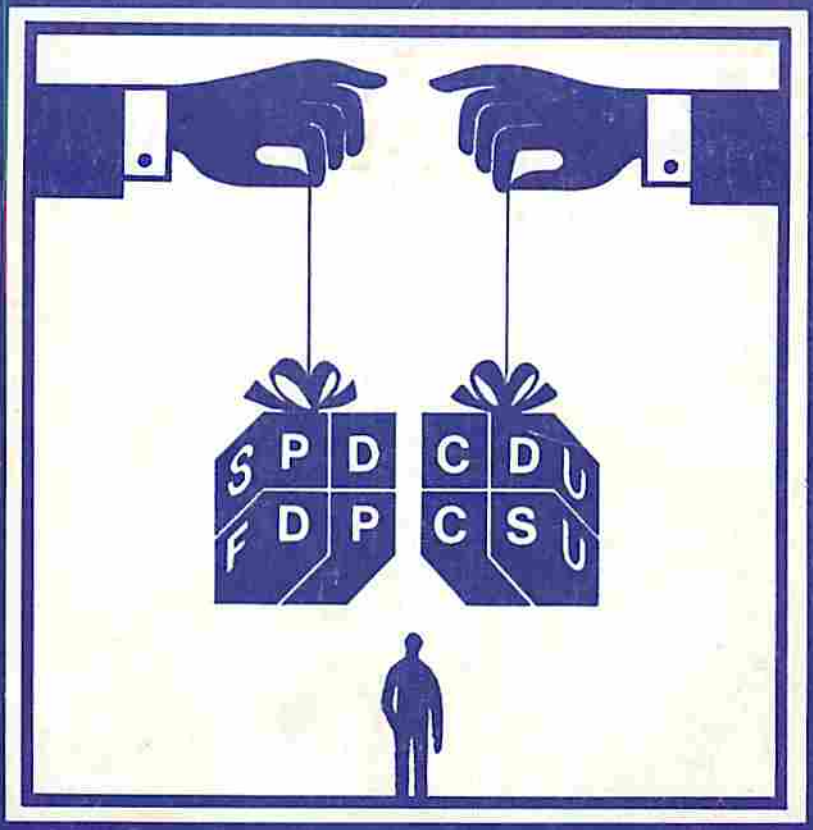


SOZIALLIBERALISMUS ODER RECHTER POPULISMUS?

AS 51

ARGUMENT — STUDIENHEFTE SH

SH 1	Altvater/Haug/Herkommer/Holzkamp/Kofler/Wagner	Wozu „Kapital"-Studium? 3,50
SH 2	Friedrich Tomberg	Was heißt bürgerliche Wissenschaft? 2,50
SH 3	M. v. Brentano	Philosophie, Theoriestreit, Pluralismus. 3,50
SH 4	W.F. Haug	Kampagnen-Analysen (1). 5,00
SH 5	Wolfgang Abendroth	Faschismus und Antikommunismus. 2,50
SH 6	Mason/Czichon/Eichholtz/Gossweiler	Faschismus-Diskussion. 4,50
SH 7	Heinz Jung	Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse. 3,50
SH 8	Haug/Völker/Zobl	Der Streit um Hanns Eislers »Faustus«. 3,50
SH 9	Thomas Metscher	Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus. 2,50
SH 10	Dreitzel/Furth/Frigga Haug	Diskussion über die Rollentheorien. 4,00
SH 11	Erich Wulff	Der Arzt und das Geld. 2,50
SH 12	Volkmar Sigusch	Medizinische Experimente am Menschen. 2,50
SH 13	Peter Fürstenau	Zur Psychoanalyse der Schule als Institution. 2,50
SH 14	Heydorn/Konneffke	Bildungswesen im Spätkapitalismus. 4,50
SH 15	Frigga Haug	Für eine sozialistische Frauenbewegung. 3,50
SH 16	Friedrich Tomberg	Basis und Überbau im historischen Materialismus. 4,50
SH 17	Thomas Metscher	Ästhetik als Abbildtheorie. 4,00
SH 18	Michael Nerlich	Romanistik und Antikommunismus. 3,50
SH 19	Warneken/Lenzen	Zur Theorie literarischer Produktion. 3,50
SH 20	W.F. Haug	Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel. 2,50
SH 21	Axel Hauff	Die Katastrophen des Karl Valentin. 4,50
SH 22	BdWi/Marvin/Theißen/Voigt/Uherek	Die NofU - Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Uni. 5,00
SH 23	Erich Wulff	Transkulturelle Psychiatrie. 4,50
SH 24	Gleiss/Heintel/Henkel/Jaeggi/Maiers/Ohm/Roer	Kritische Psychologie (I). 8,00
SH 25	Reinhard Opitz	Der Sozialliberalismus. 5,00
SH 26	Schnädelbach/Krause	Ideologie-Diskussion. 4,00
SH 27	Eisenberg/Haberland	Linguistik. 3,00
SH 28	Werner Krauss	Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag. 4,50
SH 29	Tjaden/Griepenburg/Kühnl/Opitz	Faschismus-Diskussion (II). 5,00
SH 30	Marcuse/Abendroth/Gollwitzer/Stolle/Kievenheim/Gerken	Studentenbewegung - und was danach? 5,00
SH 31	BdWi u.a.	Demokratische Hochschulreform. 4,00
SH 32	Helmut Ridder	Zur Ideologie der »Streitbaren Demokratie«. 4,50
SH 33	W.F. Haug	Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur. 4,00
SH 34	Erich Wulff	Psychiatrie und Herrschaft. 4,00
SH 35	Abholz/Böker/Frießem/Jenss	Arbeitsmedizin. 6,00
SH 36	Haug, Marcuse, u.a.	Emanzipation der Frau. 8,00
SH 37	Projekt Automation und Qualifikation	Bildungsökonomie und Bildungsreform. 8,00
SH 38	D. Henkel/D. Roer	Sozialepidemiologie psychischer Störungen. 4,00
SH 39	H. Gollwitzer	Christentum/Demokratie/Sozialismus (I). 7,00

Sozialliberalismus oder rechter Populismus?

Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland

mit Beiträgen von
M. Breitbach, W. Elfferding, F. Hase,
M. Th. Greven, W. F. Haug, F. Heidenreich,
E.-U. Huster, M. Jäger, F. Kröll,
W. Krumbein, M. Lange,
U. Lindenberger, Th. Scheffler,
U. Seelbach, M. Weg, A. Westphal

ARGUMENT-SONDERBAND AS 51

Redaktion dieses Bandes
Wieland Elfferding, Michael Jäger, Michael Kreutzer, Thomas Scheffler

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Sozialliberalismus oder rechter Populismus?:
Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland / mit Beiträgen von M. Breitbach ... – 1.–4. Tsd. – Berlin: Argument-Verlag, 1980.
(Das Argument: Argument-Sonderband; AS 51)
ISBN 3-920037-52-9
NE: Breitbach, Michael (Mitverf.)

Copyright ©Argument-Verlag GmbH Berlin 1980. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Redaktion und Verlag: Altensteinstr. 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon: 030/831 40 79. – Auslieferung: Argument-Vertrieb, Tegeler Straße 6, 1000 Berlin 65, 030/461 90 61. – Satz: ass-fotosatz, Göttingen. – Herstellung: alfa druck, Göttingen. – Umschlaggestaltung: Sigrid von Baumgarten und Hans Förtsch. – 1.–4. Tausend September 1980

Inhalt

Editorial 4

Strategien der Analyse

Wieland Elfferding
Strauß, das Kapital und die Linke 6

Michael Th. Greven
Kontinuität und Diskontinuität
des deutschen Konservatismus 21

Kampffelder der Blöcke

Thomas Scheffler
Außenpolitik und Hegemonie in der Bundesrepublik
Deutschland 31

Diskursanalyse

Wolfgang Fritz Haug: Thesen zur Strauß-Diskurs-Analyse. 46
Ulman Lindenberger: Notiz zum sozialpolitischen Diskurs
bei Strauß 54
Ulrich Seelbach: Notiz zu „Demokratisierung"
und „Mitbestimmung" im Strauß-Diskurs 57

Michael Breitbach und Friedhelm Hase
Die neue Rechte im Verfassungsrecht 60

Friedhelm Kröll
Rechtspopulistischer Kommunalismus 75

Ernst-Ulrich Huster und Marianne Weg
Sozialer Konflikt und Sozialpolitik 88

Michael Jäger
Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus . 110

Handlungschancen der Linken

Wolfgang Krumbein
Soziale Wurzeln der SPD 143

Frank Heidenreich und Andreas Westphal
Sozialliberalismus oder sozialistische Volkspartei? 156

Michael Jäger
Die Grünen – eine neue „Partei neuen Typs"? 166

Matthias Lange
Die Grünen zwischen sozialer Bewegung und Partei . . . 182

Über die Autoren 198

Editorial

Dieser Band erscheint zur Bundestagswahl 1980, dient aber nicht der taktischen Begründung von Wahlempfehlungen und -prognosen. Die Frage: *Sozialliberalismus oder rechter Populismus?* wird uns über die Wahl hinaus und unabhängig von ihrem Ausgang weiter beschäftigen.

Die Linke hat die Wahldiskussion unter den Fragen geführt: *Wie Strauß verhindern?* und *Wieder „kleineres Übel" wählen?*

Bei aller Zersplitterung und Machtlosigkeit könnte die Linke die Macht haben, durch geschlossene Stimmabgabe eine Regierung Strauß zu verhindern. Durch die Wahlerfolge der Grünen in den Ländern scheint das auch möglich, ohne sich unter das Joch der Wahl zwischen „Übeln" zu beugen. Diese Perspektive einer Einigung auf eine eigenständige Haltung in der Wahlfrage bei allen Differenzen und unterschiedlichen organisatorischen Bindungen setzt eine maximale Mobilisierung der Linken zur Wahl voraus – noch mehr: ihr Hineinwirken bis tief in den Einflußbereich des Gegners auf der Rechten. Manche hat das dazu bewogen, nun umso mehr mit Abgrenzungen und falschen Gleichungen die jeweils andere Abteilung der Linken einzuschüchtern und zur Einheit zu zwingen: mit „Schmidt=Strauß" gegen Gewerkschafter und SPD-Linke, mit „Hilfstruppen von Strauß" gegen die Grünen usw. Die Abgrenzer erreichen damit das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollen.

Keine linke Gruppierung kann allein die Linke mobilisieren. Jede linke Gruppierung mobilisiert allein sogar ihr eigenes Potential weniger als mit anderen zusammen. Nur in dem Maße, wie wir gemeinsam und dadurch erfolgversprechend *gegen Rechts* kämpfen (Stoppt-Strauß-Komitees, Gewerkschafter gegen Rechts; Rock gegen Rechts u.a.); wie wir über die Parteigrenzen hinweg an einer gemeinsamen theoretischen und politischen Kultur arbeiten (Volksuniversität, Sozialistische Konferenz; Großer Ratschlag; Gesundheitstag u.a.); wie wir in *Anerkennung* der kontroversen politischen Orientierungen und Organisationen in der Linken an einem praktischen Zusammenhalt arbeiten, *ohne* diese Kontroversen *auszusparen – nur in dem Maße* können wir die eigenen Kräfte maximal mobilisieren, können wir bis weit ins bürgerlich dominierte Lager hineinwirken und Menschen zum eigenständigen politischen Handeln ermutigen und dadurch die erstarrten politischen Blöcke in Bewegung bringen. Jede Wahlempfehlung muß in einer solchen Perspektive eines linken Blocks begründet sein.

Jede Linksblock-Strategie setzt die Analyse des Blocks an der Macht und alternativer bürgerlicher Blockbildung voraus. Eine solche Analyse muß offenlegen, warum die Menschen in den alten politischen Formationen verharren. Sie muß das Politische als eigenständige, nicht reduzierbare Dimension ernstnehmen und als widersprüchliche Formierung von Interessen und Lebensweisen der Massen be-

greifbar machen. In diesem Sinne versuchen die folgenden Analysen, die beiden großen politischen Blöcke unter dem Aspekt ihrer hegemonialen Kapazität zu fassen und dazu neue Begriffe auszuprobieren. Dabei führen wir die im Aufruf zur Mitarbeit an diesem Band angefangene Kontroverse um die Gefährlichkeit einer rechtspopulistischen Politik fort (vgl. die Thesen von Michael Jäger und Wieland Elfferding in Argument 119). Gibt es einen Rechtsruck im Bürgerblock, der nicht notwendig zum Faschismus führt, aber Massen gegen gewerkschaftliche und reformistische Politik zu mobilisieren vermag? Verspielt das sozialliberale Konzept der Integration der abhängig Arbeitenden in den Staat bei anhaltender Krise seinen Kredit? Oder erweist es sich mit der Entwicklung eines sozialliberalen Korporatismus, einer schleichenden Verstaatlichung der Gewerkschaften, die in dem von *Poulantzas* beschriebenen „autoritären Etatismus" resultieren könnte, als das langfristig überlegene? Was kann die Linke gegen beide Gefahren tun?

Weder bei der Untersuchung der verschiedenen Politikbereiche, um deren Dominierung die Blöcke kämpfen, noch bei der Analyse von Handlungschancen der Linken beanspruchen wir Vollständigkeit. Das Gewicht liegt auf der Entwicklung und Diskussion neuer politikwissenschaftlicher Paradigmen (Populismus, politischer Diskurs; Konservatismus als parteiübergreifendes Konzept; Korporatismus; Volkspartei usw). An der ursprünglichen Konzeption, die eine vergleichende Untersuchung der „Kampffelder" Bildung, Familie, Gewerkschaften, Medien vorsah, mußten wir erhebliche Abstriche machen. Hier stellten sich grundlegende Defizite materialistischer Politikanalyse heraus: nach wie vor untersuchen Marxisten die herrschende Politik nicht darauf, wie sie *wirkt,* sondern warum sie „falsch" ist. Gefragt wird immer, inwiefern die herrschende Politik den Interessen der Beherrschten nicht entspricht, statt: wie trotz antagonistischer Interessen eine „Entsprechung" im Politischen organisiert wird und wie diese von links aufgebrochen und umgebaut werden kann. Durch jene abstrakt richtige aber selbstentwaffnende Fragestellung, mit der wir zu brechen vorschlagen, liegen für wichtige Stützpunkte bürgerlicher Hegemonie – Medien, Familie, Kirche usw. – keine Kenntnisse vor, die hätten präsentiert werden können.

In diesem Band wird kein homogenes Konzept der Politikanalyse vertreten. Die Autoren versuchen mit verschiedenen Ansätzen, in Auseinandersetzung mit dem Material ein Stück aufeinander zuzugehen. Wo neue Begriffe eingeführt werden, sind sie als Vorschlag und Aufforderung zur Diskussion zu verstehen. Auch die zentralen Begriffe *Populismus* und *Sozialliberalismus* bleiben mit Fragezeichen stehen: bezeichen sie klar unterscheidbare politische Blöcke oder Fraktionen eines herrschenden Blocks? Liegen sie überhaupt auf derselben „Ebene" oder bezeichnet „Rechtspopulismus" *nur ein Merkmal* des unter Strauß formierten Blocks? Diese Fragen müssen weiter untersucht werden.

W.E./M.J.

Wieland Elfferding

Strauß, das Kapital und die Linke

Jede Politik enthält eine bestimmte Anschauung von den Verhältnissen, in die sie eingreift, eine *Theorie*. Das gilt auch dort, wo diese Theorie nicht ausgeführt ist. Umgekehrt sind Theorien politisch, sofern sie mit ihren Begriffen Richtungen festlegen für Eingriffe in die Verhältnisse. Im Folgenden sollen ausgewählte Vorschläge, Strauß zu begreifen, darauf geprüft werden, ob sie wirksam gegen ihn zu kämpfen erlauben. Dabei kommen einige übergreifende Probleme materialistischer Politikanalyse in den Blick, für deren Lösung im zweiten Teil thesenhaft eine Richtung skizziert wird.

1. Positionen zu Strauß

1.1. Wer macht die Politik?

Reinhard Kühnl und *Norman Paech*, die Initiatoren der Aktion „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!", sehen in Strauß[1] den „Machtanspruch der rücksichtslosesten Wirtschafts-, Finanz- und Militärkreise" mit dem Ziel der „radikalen Ausmerzung aller politischen ‚Entartungserscheinungen' – von der Entspannungspolitik bis zu gewerkschaftlichen Positionen, von Abrüstungsforderungen bis zu Bürgerinitiativen und fortschrittlicher Frauenbewegung." (Kühnl/Paech 1979, 1522) In der Kanzlerkandidatur von Strauß drücke sich aus, „daß diejenige Fraktion der herrschenden Klasse, die auf die politische Konzeption und Strategie von Strauß setzt, rapide und wesentlich erstarkt ist." (Kühnl 1980, 4).

Kein Marxist wird bezweifeln, daß eine „Politik der rigorosen Zurückdrängung gewerkschaftlicher Forderungen und drastischer Umschichtung des Staatshaushaltes zugunsten der Privatwirtschaft" (Huffschmid 1980, 68) im Interesse des Kapitals liegt. Aber wie können wir Strauß als Gegner ernstnehmen, wenn der wahre Täter *das Kapital* ist? Die Frage scheint unsinnig, weil Strauß doch gerade als *Vertreter von Kapitalinteressen* ernst zu nehmen ist. Dennoch: dieser Begriff erlaubt nicht, den politisch entscheidenden Unterschied zu machen zwischen den ökonomischen Interessen des Kapitals an guten Bedingungen der Profitproduktion und den verschiedenen Formen ihrer „Vertretung" im Politischen. *Süverkrüp* singt:

Früher mal war die CDU die Partei des Großkapitals.
Heute hingegen ist sie
die Partei des Großkapitals.
Darin besteht der haarfeine Unterschied.
Zur SPD.
Die war früher nicht so.

In der entwaffnenden Karikatur sophistischer Politikerrede entlarvt Süverkrüp das herrschende Interesse des Großkapitals als ihren Witz. Die *politische Analyse* wird aber ihrer Waffen beraubt, wenn sie Parteien, Fraktionen, Personen nur noch als egale Personifikationen der herrschenden Klasse abbildet.

Nun kann zu Recht eingewandt werden, daß Kühnl verschiedene *Fraktionen* des Kapitals unterscheidet, deren reaktionärste und aggressivste von Strauß vertreten werde, während – so darf man folgern – andere Teile des Kapitals von Schmidt und den Sozialliberalen vertreten werden: Ein historischer Nachweis dieses Zusammenhangs von bestimmten Kapitalgruppen mit bestimmten ökonomischen Interessen und den beiden großen politischen Blöcken ist bisher unseres Wissens nicht geführt worden. Wir wissen, daß beide Verbindungen zu exportorientierten Teilen des westdeutschen Kapitals haben (Rüstungszentrum München, Osthandel), denen nach der hier referierten Auffassung häufig besondere „Aggressivität" zugeschrieben wird. Unabhängig von dieser Frage, die weiter untersucht werden muß[2], gilt selbst dann, daß die Formierung der politischen Blöcke weder unmittelbar auf der „Ebene" der spezifischen Verwertungsinteressen dieser oder jener Kapitalfraktion geschieht, noch direkt aus ihnen erklärt werden kann.

1.2. Strauß und die Krise

Kühnl faßt Strauß, wie oben zitiert, als „Antwort" der aggressivsten Kapitalfraktion *auf die Krise*. Nach Kühnl ist in kapitalistischen Gesellschaften folgender Zusammenhang von Herrschaftsformen und langfristigen ökonomischen Konjunkturen festzustellen:

Prosperität – Demokratie (Integrationismus)
Krise – „autoritärer Staat" (Konfrontationspolitik)

In Zeiten der Prosperität kann sich die herrschende Klasse parlamentarisch-demokratische Regierungsformen leisten, es gibt genügend „Spielraum" für Zugeständnisse an die Arbeiterklasse; in der Arbeiterbewegung dominieren reformistische und integrationistische Richtungen.

„In dem Maße, in dem ökonomische Krisenerscheinungen an Tiefe und Dauer zunehmen und schwerwiegende soziale, politische und ideologische Folgen hervorrufen, verstärken sich die Versuche der herrschenden Klasse, das politische Instrumentarium zu verändern, um die neuen Verhältnisse optimal bewältigen zu können." (Kühnl 1980, 4)

Kühnls Analyse bewegt sich hier weiter im Klassendiskurs: die herrschende Klasse versucht, verändert, bewältigt usw. Die Probleme, die sich nach Kühnl „für die herrschende Klasse" in Krisensituationen stellen, haben allerdings nicht unmittelbar mit Ökonomie – mit Ausbeutung, Verteilung usw. – zu tun, sondern mit Politik: *Wie* können die Krisenlasten der arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet werden? Wie können die durch die Krise mobilisierten *politischen* Potentiale zur Stabilisierung der bestehenden Eigentumsordnung umgelenkt werden? *Wie* können die Herrschenden die Krise zu einer offensiven Neuverteilung der politischen Macht und des gesellschaftlichen Reichtums nutzen? (Vgl. Kühnl 1980, 4f.)

Diese Fragen können von den Mitgliedern der herrschenden Klasse *als* Ausbeuter und Organisatoren des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht beantwortet werden. Soweit ein Unternehmer als Mitglied einer Vereinigung, einer Partei usw. in die Politik eingreift und an der Ausarbeitung von „Antworten" auf die Krise mitwirkt, bedient er gesellschaftliche Praxisformen, deren Gesetzmäßigkeiten nicht in Begriffen der Kritik der politischen Ökonomie analysiert werden können. Selbst wenn er „Druck" auf die Regierung ausübt, fängt doch die Politik erst da an, wo diese den „Druck" in ein Programm, ein Gesetz usw. „übersetzt".

Die Annahme langfristiger ökonomisch bedingter Konjunkturen politischer Herrschaftsformen besticht dadurch, daß sich damit Knotenpunkte der Geschichte des 20. Jahrhunderts auf den ersten Blick plausibel *darstellen* lassen – die faschistische Offensive am Ende der Weimarer Republik wie die Kanzlerkandidatur von Strauß. Aber unterstellt diese Analyse nicht, daß der Strategiewechsel in der politischen Herrschaft schon in den ökonomischen Interessen des Großkapitals festgelegt und vorbestimmt ist? Wird damit nicht unterstellt, daß der Kampf der Parteien, Fraktionen, Parteiführer usw. nur die „Umsetzung" oder Realisierung dieses ins Ökonomische eingeschriebenen Strategiewechsels ist *und nicht* die wirkliche *Entscheidung* über ihn, die dann auch noch anders ausfallen könnte? Werden damit nicht notwendig die *politischen* Gegensätze im Block an der Macht, die Brüche in der bürgerlichen Hegemonie und die Eingriffsmöglichkeiten der Linken unterschätzt?

Von einem ganz anderen Standpunkt aus kritisieren die *Sozialistischen Studiengruppen* (SOST) die Position Kühnls (ohne sie allerdings offen zu nennen).

„Die Unionsparteien sind keineswegs nur die Staffage, hinter der die Monopolherren die Drähte ziehen. Sie repräsentieren ein Klassenbündnis der Mehrheit der Kapitalistenklasse und der traditionellen Mittelklassen mit großen Teilen der Lohnabhängigen, dem die politischen Repräsentanten der Mittelklasse entscheidende ideologische Impulse geben." (SOST 1980, 39)

Als „Träger der Rechtswende in der Unionspolitik" bestimmen die SOST die traditionellen Mittelklassen. Ihre Privilegien seien durch die „verstärkte Konkurrenz durch den eigenen Nachwuchs" und durch die „Beschränkung der öffentlichen Mittel" gefährdet. Sie würden „starke professionelle Vorurteile" entwickeln und „ausgeprägt korporativistische Strategien" (40). „Dieses Zentrum korporativer Strategien verbindet sich mit entsprechenden Neigungen und Haltungen bei höher qualifizierten und besser verdienenden Lohnabhängigen" (42).

Nach der These der SOST stehen hinter Strauß die durch die sozialliberale Reformpolitik der frühen 70er Jahre begünstigten Kleinbürger (hauptsächlich die sog. „freien Berufe"), die nun gemeinsam mit besserverdienenden Arbeitern zur Erhaltung ihrer Privilegien gegen die Bildungs- und Sozialpolitik derselben Sozialliberalen protestieren. Zur Begründung ersetzen die SOST den „unklaren Begriff vom Unternehmerlager durch den sozialstatistisch treffenderen Ausdruck ‚Selbständige'" (39). Sie stoßen in den Unionsparteien auf eine Überrepräsentanz der „Selbständigen", und darunter wieder der „traditionellen Mittelklassen" (ebd.).

Nun wird niemanden verwundern, daß es in der CDU/CSU mehr Zahnärzte und Bauern gibt als Großkapitalisten; die Frage ist, ob die Politik einer Partei aus der Zusammensetzung ihrer Mitgliederschaft abgeleitet werden kann. Die SOST versuchen das über das Mittelglied der „Bewußtseinsformen", hier der „korporativen". Aber warum sollte die Wahrung von Privilegien und Besitzstand nach rechts ausschlagen? Sind wir nicht bei dem gleichen Dilemma der Politikanalyse wie bei Kühnl angelangt – nur daß Strauß jetzt aus den Klasseninteressen des Kleinbürgertums und nicht der Großkapitalisten erklärt werden soll? Der Verweis der SOST auf Formen des Alltagsbewußtseins könnte nützen, wenn er mit einer Analyse ihrer Überformung und Funktionalisierung durch die politischen Apparate verbunden wäre. Aber hier endet die Untersuchung bewußt:

„Die These vom Konzeptwechsel des Monopolkapitals bedarf immer der Er-

gänzung durch die These von der praktisch unumschränkten Manipulierbarkeit von Bewußtseinsformen." (42)

Diese Kritik wird unklar, wenn es wenige Zeilen weiter heißt, die Wirksamkeit des Konzepts der Unionsparteien beruhe „nicht auf raffinierter Verführung durch die Monopolherren, sondern auf dem geschickten Ausnutzen von korporativen, berufsegoistischen und individualistischen Interessen..." (ebd.) In welchem Interesse und mit welchem Ziel werden denn diese Interessen „ausgenutzt"? Setzt das „Ausnutzen" nicht eine diese Interessen umfassende und dominierende politische Strategie voraus, von deren Wechsel Kühnl gerade spricht? – Kühnl läßt für die Untersuchung politischer Strategien und ihrer Veränderungen Raum, soweit es die Rede von den Klassen als politischen Subjekten zuläßt; bei den SOST schrumpft das Politische vollends zu einem Epiphänomen ökonomisch determinierter Bewußtseinsformen.

1.3. „Autoritärer Staat"?

Reinhard Kühnl spitzt mit seiner These des Strategiewechsels der herrschenden Klasse ein Befürchtung zu, die viele in ihrem Kampf gegen Strauß bewegt: daß eine Regierung Strauß einen deutlichen Ruck in Richtung Abbau demokratischer Rechte und Unterdrückung der Linken bedeuten würde. Kühnl nimmt an, daß die herrschende Klasse sich in der Krise zunehmend von integrationistischen und parlamentarisch-demokratischen Formen politischer Herrschaft abwendet und eine Transformation des politischen Systems zum „autoritären Staat" betreibt. Allerdings schrieb er schon in seinem Gutachten über „die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus":

„Weder die Ideologie noch das tatsächliche politische Verhalten von Strauß und der von ihm repräsentierten Kräfte können als Ganzes oder in ihren wesentlichen Teilen als faschistisch bezeichnet werden." (Kühnl 1972, 552)

Als wichtigste Unterschiede zwischen Faschismus und CSU nannte Kühnl damals Antikapitalismus, Antiklerikalismus, Organisationsform (uniformierte und bewaffnete Parteiverbände) und prinzipiellen Antidemokratismus des deutschen Faschismus. Andererseits hieß es:

„Sowohl die Ideologie wie das tatsächliche politische Verhalten ... weisen jedoch Merkmale auf, die als spezifisch faschistisch charakterisiert werden müssen. Das gilt vor allem für die Agitation gegenüber Minderheiten, die aus dem Bereich des Humanen ausgesondert werden." (Kühnl 1972, 552)

Wenn nun die herrschende Klasse heute auf *andere* als parlamentarisch-demokratische Herrschaftsmethoden sinnt, dann wäre doch schon *eine* wichtige Schranke in Richtung Faschismus durchbrochen. Kühnl betont aber, daß die „Tendenz zu einer faschistischen Diktatur" nicht die Hauptgefahr sei, sondern die Hauptgefahr sei der *autoritäre Staat*.. Er sei dadurch charakterisiert, daß demokratische Rechte und rechtsstaatliche Garantien ausgehöhlt würden unter Beibehaltung „gewisser Fassadenstükke der parlamentarischen Demokratie" (Kühnl 1979, 28).

Hier bleibt eine Unklarheit: könnten „Fassadenstücke" des Parlamentarismus den Unterschied einer Strauß-Regierung vom Faschismus begründen? Müssen wir überhaupt annehmen, daß Strauß nur noch „Fassadenstücke" der Demokratie stehenlassen wird? Daß sich die Repression der Linken verschärfen würde und daß Strauß gerade deswegen bekämpft werden muß, ist klar. Aber vielleicht müssen wir umgekehrt fragen: wie hat sich das Instanzengefüge des Parlamentarismus *jetzt schon* so verschoben, daß Berufsverbote, Polizeiwillkür usw. ohne genau absehbare Grenzen möglich waren und weiter möglich sind? Ist vielleicht nicht nur – wie *Michael Jäger* in diesem Band argumentiert – ein sozialliberaler Korporatismus *in Verbindung* mit Parlamentarismus denkbar, sondern auch ein CSU-Staat, der Parlamentarismus mit neuen Formen der Massenmobilisierung von rechts verbindet, um oppositionelle, insbesondere gewerkschaftliche Bewegungen weit „unterhalb" der Repression abzublocken (etwa nach dem Modell des Volksbegehrens gegen die Gesamtschule in NRW)? – Diese Fragen müssen weiter untersucht werden. Bisher können wir die spezifische Wirkungsweise der CSU-Politik nur am Beispiel Bayerns und des Wahlkampfs analysieren.

1.4. Strauß und die Massen

Das Grundproblem der Erklärung von Strauß als dem „starken Mann des Kapitals" ist, daß sie die Massenwirkung seiner Politik aus *anderen* als den Kapitalinteressen ableiten muß. Unter Bezug auf den Nationalsozialismus in Deutschland formuliert Kühnl das Problem so:

„Die Gewinnung von Massen aber ist nur möglich, wenn eine politische Bewegung sich glaubwürdig darstellen kann als Bewegung des kleinen Mannes, wenn sie an Bewußtseinsformen und Ressentiments anknüpft, die in den Massen lebendig sind, wenn sie soziale Demagogie in großem Maßstab betreibt." (Kühnl 1980, 7)

Kühnl sieht die ideologische Arbeit der Rechten so: da gibt es „aus der realen Krise erwachsende" Ängste in der Bevölkerung (Kühnl 1980, 9), die durch „politische Kampagnen verstärkt" werden. Politik als ideologische Arbeit wäre demnach Handhabung (Manipulation) von *Bewußtseinsformen*. Aber leben die Eltern, von denen Kühnl beispielsweise redet, und denen „suggeriert" wird, „daß der ‚sozialistische' Staat ihnen durch Gesamt- und Ganztagsschulen, durch ‚kulturrevolutionäre' Umwälzungen die Kinder wegnehmen und im Geist des ‚Kollektivismus' ‚indoktrinieren' wolle" (Kühnl 1980, 9) – leben diese Eltern nicht wirklich einen ungelösten Kompetenzstreit zwischen Familie und Staat? Sozialliberale Reformpolitik hat die Brechung des Bildungsprivilegs, die *Erweiterung* von Kenntnissen und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit für viele zugleich als Kompetenz*entzug* organisiert – als bürokratische Bildungsreform ohne Entwicklung der Selbstbildungskräfte von Eltern und Schülern. Der Sozialliberalismus hat den Widerspruch zwischen Vergesellschaftungsanforderungen und -fähigkeiten für die Familien objektiv verschärft. Erst diese Erfahrung wirklicher Inkompetenz (Unfähigkeit/Unzuständigkeit) bei weiterbestehender Kompetenzerwartung an die Eltern erlaubt die Reartikulation ihres Protests als „Anti-Staat" und „Anti-Kollektivismus" in einem rechten politischen Diskurs (vgl. hierzu die Beiträge zur Diskursanalyse von Haug, Lindenberger und Seelbach in diesem Band).

Werfen wir zum Vergleich einen Blick auf die Position von *Hajo Funke* und *Bodo Zeuner*. Ihre These ist, etwa salopp, zusammengefaßt in dem Titel „Profit aus der Angst" (Funke/Zeuner 1980, 3). Im ersten Teil ihrer Analyse interpretieren sie das wirtschaftspolitische Programm der CDU/CSU unter dem Kandidaten Strauß nach ihrem „klassenspezifischen Gehalt", der „in einer grundlegenden Neubestimmung des Staates in Bezug auf den ökonomischen Prozeß" liege (Funke/Zeuner 1980, 4). Das Maßnahmenbündel zur Kürzung des Staatshaushaltes um ein Sechstel, „brutale Klassenpolitik im Interesse des Kapitals", solle durch „direkte Einbeziehung des Staates in den Klassenkampf auf Seiten des Kapitals" durchgesetzt werden und unterscheide sich gerade darin von der SPD-Politik der „Befriedung durch Interessenausgleich" und Kooperation der Klassenorganisationen (Funke/Zeuner 1980, 11).

Im *zweiten* Teil untersuchen sie die Durchsetzung des Straußschen Programms mittels „Psychologie". „Strauß einzige Chance ist, den Klassencharakter seiner Politik zu verschleiern..." (Funke/Zeuner 1980, 12). Schon im Vorspann schreiben die Autoren,

Strauß' Politik sei nur durchsetzbar, „wenn die materiellen Interessen der Wähler im Wahlkampf durch eine ‚Psychologie' von rechts verdeckt werden" (Funke/Zeuner 1980, 4). Methodisch stoßen wir hier auf dieselbe Konstruktion wie bei Kühnl: eine Theorie der Klassenbestimmung von Politik wird durch eine Theorie der Durchsetzung dieser Politik ergänzt, die unverbunden neben dem ersten Ansatz steht.

Es scheint, als sei das Bewußtein der Massen, ihre Erfahrungen usw. ein äußerer, zusätzlicher Faktor, den „das Kapital" (außer seinen Interessen) dann auch noch bedenken muß, um erfolgreich sein zu können. Diese Konstruktion ist theoretisch und politisch unbefriedigend. Wir können Politik nicht begreifen, wenn wir denken, zuerst würde die Kapitalistenklasse eine Strategie ausarbeiten, wo am Schluß der Kanzlerkandidat Strauß als „starker Mann des Kapitals" steht, und dann wird – gleichsam taktisch – eine „Umsetzung" unter Berücksichtigung des Bewußtseins der Massen konzipiert, die für die Mehrheit gebraucht werden. Die historische Entwicklung einer „Politik des Kapitals" ist *von Anfang an* die Verknüpfung der Lebensweisen, Erfahrungen, Interessen bestimmter Massen der Bevölkerung mit denen des Kapitals – in der Form der Unterstellung der ersteren unter die letzteren. Das ist nicht eine bestimmte *Seite* der Politik, kein Aspekt, sondern das *ist sie selbst*. Ziehen wir die hegemoniale Arbeit an der „Hinaufarbeitung" ins Politische, wie Gramsci das genannt hat, von der Politik ab, – dann bleibt nichts mehr von ihr übrig. – Praktisch-politisch ist an der hier kritisierten Sichtweise unbefriedigend, daß sie durch die Interpretation der Straußschen Politik als *Manipulation* eine linke Politik bloßer Aufklärung oder Gegenmanipulation nahelegt.

2. Rechtspopulismus gegen Sozialliberalismus

Das Grundproblem politischer Analyse besteht in der Bestimmung der *handelnden Subjekte*. Unter Marxisten werden bisher überwiegend die *Klassen* als politische Subjekte angesehen. Sofern von anderen Subjekten, von Staat, Parteien usw., die Rede ist, werden sie als Derivate der Klassen bestimmt, die also auf die Klassen zurückführbar/reduzierbar sind – womit wir wieder bei den Klassen landen. Für eine materialistische Theorie des Politischen bringt diese Annahme erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Die naheliegendste ist die folgende: als Klasse stehen die Arbeiter in einem Antagonismus zum Kapital und haben das Interesse, diesen Antagonismus zu entwickeln und zu lösen – also die Revolution zu machen. Machen sie, wie nun schon seit 60 Jahren,

die Revolution nicht, dann muß das *andere Gründe* haben, die mit der Bestimmung der Klasse als politischem Subjekt nichts zu tun haben. Damit ist aber eine theoretische Verknüpfung des Kerns des Marxismus, der Theorie der Ausbeutung und des Klassenkampfs, mit einer Erklärung der Politik verbaut. Dem entspricht ein ständiger Mangel an wissenschaftlicher Fundierung praktischer politischer Handlungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung. – Bisher ist nur von wenigen Marxisten der Schluß gezogen worden, daß das politische Subjekt anders bestimmt werden muß (z. B. Gramsci, Ingrao, Laclau).

Im Politischen handeln im allgemeinen nicht Klassen, sondern Parteien (Jäger 1979). Der für die Produktionsverhältnisse der Menschen entscheidende Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist *hier* nicht der entscheidende; hier wird vielmehr über seine Entwicklung mit entschieden. Der Klassenantagonismus ist ins Politische übersetzt, d. h. in aus dem Klassenantagonismus nicht bruchlos ableitbare Antagonismen, die zueinander wiederum in nicht a priori festgelegten Beziehungen stehen.

Einfach als „Partei des Großkapitals" z. B. hätte die CDU in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik nicht regieren können; der „CDU-Staat" war nicht einfach der „Staat der Monopole". Entscheidend war vielmehr, daß die CDU die Lösung der ökonomischen Probleme (Wiederaufbau, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung) mit einem Konzept der nationalen Frage (Wiedervereinigung und Antikommunismus) so verbinden konnte, daß die Formierung der Arbeiterbewegung zu einer politischen Kraft verhindert wurde. Die freiwillige Zustimmung der Massen zur Rekonstruktion monopolkapitalistischer Herrschaft konnte weder durch „Bestechung" noch rein durch Zwang (der gleichwohl immer eine die Ideologie abstützende Rolle spielt, z. B. Kommunistenverfolgung von Anfang der 50er Jahre an) organisiert werden. Schon das Konzept der sogenannten „Wohlstandsgesellschaft" und des „Wirtschaftswunders" kann nicht als ökonomische Bestechung oder ideologischer Betrug begriffen werden, sondern nur als Entwicklung einer bestimmten *Lebensweise*, in der die Bedürfnisse der Massen aufgenommen und zugleich so ideologisch überformt sind, daß sie keinen Klassensinn ergeben und in aktiver Übereinstimmung mit der herrschenden Ordnung stehen.

Was wir so zu umschreiben versucht haben, ist der für die Politikanalyse zentrale Begriff der *Hegemonie*. Die bürgerliche Hegemonie, die die der Arbeiterklasse ausschließt, besteht in der ständigen *Umarbeitung* der potentiell systemsprengenden Antagonismen und um sie gruppierten Praxen in systemkonforme; die He-

gemonie ist dieser Prozeß der *Übersetzung* von ökonomischen und Klassenantagonismen in demgegenüber *verschobene* Antagonismen und Formen ihrer Austragung. Hegemonie setzt in diesem Sinne eine plurale Struktur politischer Kräfte voraus, in der sich ein Konsens über diese Formen der Austragung bilden kann. Die entscheidende *hegemoniale Arbeit* leisten dabei die *Parteien*, die den Zusammenhang all dieser Kampffelder und Praxen durch ihre Unterordnung unter ein nationales politisches Konzept herstellen. Den hierarchisch angeordneten Zusammenhang von politischen Praxen und Orientierungen – vom Ökonomischen bis zur Bestimmung der Stellung der Nation in der Welt – nennen wir einen *Block*.[3] Der Block vereinigt verschiedene und gegensätzliche Klassen bzw. Klassenteile, aber nicht *als* Klassen, sondern als politische und ideologische „Zusammenschlüsse" – seien sie organisiert oder nur durch Konsens zusammengehalten.

Wie können wir das Verhältnis von *Parteien* und *Blöcken* bestimmen? Aus dem bisher Entwickelten ergibt sich zweierlei: *einmal* können die Parteien nicht als *Klassenparteien* in dem Sinne gefaßt werden, daß sie Klassen *repräsentieren* – gleichsam Sprachrohre von Klasseninteressen sind. Andersherum: sie organisieren die Hegemonie einer Klasse durch die Entwicklung klassenübergreifender, insbesondere die ausgebeuteten Klassen umfassende Praxen und entsprechender Bewußtseinsformen. *Zweitens* können die Parteien auch nicht als Repräsentanten von Klassen*bündnissen* analysiert werden. Sie *sind* vielmehr diese Bündnisse, die zwischen den Klassen *als* Kapitalisten, Lohnarbeiter, Bauern usw. nicht geschlossen werden können.

Die Parteien nehmen an der Bildung von Blöcken teil, die Grenzen der Blöcke fallen aber weder mit den Grenzen von Parteien überhaupt noch mit denen bestimmter Parteien zusammen. Der christlich-soziale Block („CDU-Staat") umfaßte in den 50er und 60er Jahren außer den Unionsparteien große Teile der FDP und kleine Teile der SPD. Sein politischer Unterbau in der societá civile bestand neben der katholischen Kirche aus einer Vielzahl von Vereinen, Stiftungen usw. im Vorfeld der Parteien. Die Schwächung des konservativen Blocks wurde Mitte der 60erJahre deutlich mit der ersten schweren Wirtschaftskrise, Bildung der großen Koalition, Formierung der oppositionellen Intelligenz teils um die FDP, teils um die Studentenbewegung und dem heftigen Eintreten der EKD für eine Wende in der Politik gegenüber den sozialistischen Ländern. Die Erschöpfung der *hegemonialen Kapazität* der CDU, ihre Unfähigkeit, eine neue programmatische Synthese von ökonomischer Krisenbewältigung, nationaler Frage und Re-

Formierung der Intellektuellen (Bildungsreform) zu formulieren, ließ die SPD im Bündnis mit evangelischer Kirche, Intellektuellen und Gewerkschaften diese Politikfelder besetzen, damit Teile des alten Blocks abspalten und zum sozialliberalen Block formieren.

Die Schwierigkeit für jede rechte Politik in der Bundesrepublik besteht heute darin, daß sie sich einem Zusammenhang von interklassistischen Praxen der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung der „sozialen Frage" gegenübersehen, der bisher gut funktioniert und fest in den sozialliberalen Block eingebaut ist. Das sind die vielfältigen Formen der Lohnpolitik, Sozialversicherung, korporativer Absprachen usw., die die Arbeiterklasse auf viele gegenüber dem Klassengegensatz dezentralisierte Fronten „verteilt" und die als „typisch sozialliberal" gelten. Die Rechte hat bis 1979 versucht, zentrale Stücke sozialer Reformpolitik aus dem sozialliberalen Diskurs herauszulösen – ohne Erfolg, ohne Einbrüche in das institutionalisierte System der Lohn- und Sozialpolitik. Inzwischen hatte der Sozialliberalismus die beiden Ordnungsprinzipien seiner Politik – Friedenspolitik und Reformpolitik – selbst aufzugeben begonnen, weil unter den Bedingungen der Krise ihre Fortführung nur durch Basismobilisierung gegen die Rechte und die Unternehmerverbände, also mit einem reformistischen „populistischen Bruch"[4] möglich gewesen wäre. Damit wären aber die Schranken des Sozialliberalismus selbst in Richtung sozialistischer Politik und linker Bündnisse gebrochen gewesen.

Die sozialliberale Verwaltung des selbst betriebenen Vergesellschaftungsschubes von oben und die Abschiebung der Krisenlasten an die Arbeiter, kleinen Angestellten und Selbständigen sowie an die Intellektuellen setzt zunehmend ein sozial heterogenes Potential von „kleinen Leuten" frei, die aus dem institutionell stabilisierten Konsens über die Lösung der sozialen Grundfragen der Gesellschaft herausgehen. Sie bilden das Potential, das für *populistische Ansprachen* von links oder rechts bereit ist.

Strauß hat diese Gruppe von Menschen nicht als Potential rechter Politik entdeckt (vgl. Geißlers „Neue Soziale Frage"). Vielmehr liegt das Neue in der Form der politischen Mobilisierung, in der Ansprache dieses Potentials. Wir nehmen dafür den Begriff des Populismus auf, wie er von Laclau weiterentwickelt worden ist[5]. Darunter verstehen wir Elemente eines politischen Diskurses, die sich nicht auf eine Klasse, Partei o.ä. beziehen, sondern auf das Volk – im Sinne des *Volkes da unten*, des Volks mit plebejischem Selbstverständnis, das sich lebt und versteht gegen „die da oben"[6]. Das Volk in diesem Sinne hat eine eigene, und eigens zu untersuchende Realität: die Straße, den Stammtisch, das Volks-

fest, bestimmte Witze usw. – eine ganze, mehr oder minder zusammenhängende Kultur. Ohne sich auf diese Praxen und Bewußtseinsformen einzulassen, ohne den Versuch, sie in den eigenen Diskurs einzugliedern – so die These von Laclau – kann keine Klasse die Hegemonie erringen oder erhalten.

Der Begriff des *Populismus* bezeichnet keinen vollständigen politischen Diskurs wie etwa „Sozialliberalismus". Er bezeichnet vielmehr eine bestimmte Art der Formierung des „Volks"-Elements eines politischen Diskurses. Ein populistischer Diskurs ist allgemein, egal ob links oder rechts, durch drei Momente charakterisiert: 1. er artikuliert die *demokratischen*[7] Diskurselemente (Ideologeme), die Teile der Bevölkerung zu klassenübergreifenden Konsenspolen zusammenschließen (z. B. gegen hohe Steuern, Frauen gegen die Männer usw.); 2. er ordnet diese demokratischen Diskurselemente um ein populares Zentrum an, um das herum sich die Teil-Massen in *einer* Front versammeln (z. B. gegen die Beschneidung der individuellen Freiheiten); 3. er artikuliert die verschiedenen Elemente so, daß sie insgesamt gegen den Staat bzw. gegen den Block-an-der-Macht gerichtet sind. „Unvollständig" ist der Populismus als Diskurs insofern, als er selbst keine klassenspezifische Einheit formiert. (vgl. zur doppelten Artikulation des politischen Diskurses: Laclau 1980a, 35).

Wie eine genauere Analyse des Strauß-Diskurses zeigt (vgl. den Beitrag von W. F. Haug in diesem Band), ist es eben diese *Technik der Massen-Ansprache*, die Strauß von dem Kohl/Geißler-Flügel unterscheidet. Für einen wirksamen Kampf gegen Strauß und die von ihm vertretene Politik kommt alles darauf an, diese *Form von Politik* in ihren spezifischen Unterschieden zu anderen rechten Politiken (Konservatismus, Faschismus usw.) zu begreifen. Dazu gehört, eine Reihe von politischen und theoretischen Vorurteilen abzubauen, die an einer vernünftigen politischen Praxis gegen Rechts hindern. Das wichtigste ist, die „Inhalte" – wir würden jetzt sagen: die Ideologeme – der rechtspopulistischen Politik seien *als solche* rechts, sprich: bürgerlich. Aber z. B. der Protest gegen die Steuerlast ist *nicht als solcher* „rechts", er wird nur von Strauß durch die Artikulation mit Privatindividualismus und Antisozialismus in einen rechten Diskurs eingebaut. Das ist zugleich ein Spiel mit dem Feuer: die *populistische* Artikulation dieses Protests gegen „die da oben" könnte sich im nächsten Augenblick gegen Strauß-da-oben und die verbündeten Rüstungskonzerne richten, die Milliarden Steuergroschen verschlingen. Diesem Risiko jedes *rechten* Populismus begegnet Strauß mit einer scharfen Gewaltandrohung gegen jede linkspopulare Artiku-

lation von Protest gegen den Staat. Was von manchen für eine persönliche Marotte oder Ungeschicklichkeit von Strauß gehalten wird, hat hier seinen funktionalen Sinn.

Ein zweites Vorurteil erweist sich angesichts dieses Analyseansatzes als gefährlich: der angeblich kleinbürgerliche *und* bayrische *Anachronismus* der CSU-Politik. Hier wird die „Modernität" und mögliche Wirksamkeit einer Politik nach der „Klassenherkunft" ihrer Elemente beurteilt. Aber der Steuerprotest des bayrischen Handwerkers ist der politischen Form nach durchaus dem des niedersächsischen Bauern und des westfälischen Arbeiters *gleich*, sie wären also auch – nur von der Wirkung populistischer Ansprache in der Politik her gesehen – in einem Block gegen den sozialliberal regierten Staat zu verbinden.

Unter der spezifischen Wirkungsweise von Strauß und CSU verstehen wir *keine rein ideellen Wirkungen*. Der politische Diskurs von Strauß, wie jeder politische Diskurs, leistet die *Anordnung von „Sinn"* dieser Welt und dieser gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik in einer bestimmten *materiellen Anordnung* politischer *Instanzen* und entsprechenden *Praxen*. Dabei denke ich insbesondere an die Bereiche, die Gramsci unter dem Begriff der societá civile zusammengefaßt hat: Vereine, Kultur, Kirche, Parteien usw. Ohne die Entwicklung einer mit einer politischen Partei verbundenen politischen Infrastruktur, die mit dem Leben der Massen verbunden ist – in der es selbst vonstatten geht, ohne Bierzelt, Vereinsleben und Kirchgang ist die Herrschaft der CSU in Bayern nicht zu verstehen (vgl. den Beitrag von F. Kröll in diesem Band). Damit ist für die materialistische Politikanalyse eine Feld bezeichnet, das sie bisher so gut wie nicht betreten hat. Wo ist die bahnbrechende marxistische Schrift über die Kirchen, über die Sportvereine, über das Bierzelt?

Wie können wir gegen Strauß wirksam kämpfen? Indem wir auch in unserem Denken, in unseren Begriffen *der* politischen Praxis Raum geben, in der wir nicht nur aufklärerisch Strauß als Kapitalvertreter brandmarken, sondern wo wir selbst der Not und Angst – auch der Wut der durch die Krise Gedrückten zur Selbstartikulation und Selbstorganisation verhelfen; wo wir anfangen, eine Kultur und eine Politik zu entwickeln, in der sich Volk und Sozialismus vereinen gegen Strauß. Erst wenn wir – pars pro toto – das Bierzelt erobern, wenn der Protest gegen Bürokratismus und Unfreiheit sich auf unserem Feld, in der Linken entfalten kann, haben wir gegen Strauß eine Chance.

Anmerkungen

[1] „Strauß" steht im Folgenden für *die* Politik, die jetzt den Unionsblock formiert und dominiert. Die richtige Kritik an Personalisierung und Dämonisierung der Person Franz Josef Strauß hat bisher das Problem nicht gelöst, welche unverzichtbare Bedeutung die Person dann doch für diese Politik hat.

[2] Vgl. dazu den Versuch von Michael Jäger in diesem Band, auf der Abstraktionsebene des rein ökonomischen Interesses die gegensätzlichen Strategien von CDU/CSU und den Sozialliberalen abzuleiten. Daß gegensätzliche ökonomische Interessen, z. B. an der Erhaltung der kleinen und mittleren Kapitale und an der Entwicklung der Monopole, den „Effekt ‚von unten' gesetzter Selektionen" für politische Strategien haben, ist sicher richtig. Das heißt aber u.U. nur, daß *im Politischen* eine Anordnung der sich ausschließenden Gegensätze geschaffen wird, die sie nicht aufbrechen läßt – wie z.B. in Bayern, wo die „Modernisierung" mit sorgfältiger „Mittelstandspolitik" verbunden wurde und der Protest der dennoch unvermeidlich Enteigneten in ein umfassendes politisches Mobilisierungskonzept integriert werden konnte.

[3] *Reinhard Opitz* hielt uns in seiner Vor-Ab-Urteilung des vorliegenden Bandes inflationären Umgang mit Gramscis Begriffen, besonders mit seinem Block-Begriff vor. Die Zusammenarbeit von Schiller und Strauß in der großen Koalition zeige, daß „die sozialliberale Koalition einerseits, die CDU/CSU andererseits" nicht „zu ‚Blöcken' ernannt" werden könnten. (Opitz 1980, 373) Aus dem Folgenden geht hervor, daß zwischen Parteien/Parteikoalitionen und Blöcken in der Politikanalyse in der Tat sinnvoll unterschieden werden kann. Davon unabhängig ist allerdings die Einsicht, daß die politischen Funktionen von Personen in Blöcken nicht ihnen als solchen ankleben – sie also mit der Umstrukturierung der Blöcke wechseln können. Und schließlich ist zuzugeben, daß der Blockbegriff weiter ausgearbeitet und präzisiert werden muß – vor allem, weil Gramsci keinen eindeutigen („im Sinne Gramscis", wie Opitz meint) hinterlassen hat (vgl. dazu PIT 1979, 210).

[4] *Ernesto Laclau* versteht unter einem *populistischen Bruch* (populist rupture) die Zusammenfassung von vorher auseinanderliegenden „Fronten" bzw. Antagonismen zu einer Front, was den plötzlichen Eintritt großer Menschenmassen in die Politik ermöglicht. Vgl. Laclau 1980b).

[5] Vgl. Laclau 1977 und 1980. Wie jeder theoretisch noch ungenügend ausgearbeitete Begriff ist auch der des *Populismus* durch Mißbrauch und Gebrauchsinflation bedroht. Gegen seine Verwendung spricht aber nicht, daß er bisher hauptsächlich für bestimmte Bewegungen in Lateinamerika, z. B. den Peronismus, gebraucht wurde. Laclau (1977) arbeitet seine theoretische Verallgemeinerung des *Populismus* aus, weil sich die bisherigen Populismus-Analysen gerade durch ihre Bindung des Begriffs an eine bestimmte historische Konstellation (Konfrontation von „rückständiger" und „moderner" Gesellschaft) *und* an bestimmte Klassen in ungelöste Widersprüche verwickelt hatten. Bei einer Populismus-Theorie geht es also auch nicht um eine Begriffs-„Übertragung".

[6] *Reinhard Opitz* unterstellt in diesem Zusammenhang die Konstruktion eines einheitlichen Volksbewußtseins, dem die Kommunisten sich anpassen und damit nach rechts öffnen sollten (vgl. Opitz 1980, 371f.) Sowohl Laclau als auch wir unterscheiden aber ausdrücklich zwischen dem Volk und dem –

ideologisch konstituierten – VOLK. Es kommt gerade darauf an, zwischen diesen beiden einen *analytischen* Schnitt zu legen, um *politisch* die plebejischen Volkskräfte gegen ihre Fesselung durch Volktümelei und Gemeinwohlappell mobilisieren zu können.

[7] Die von Laclau vorgeschlagene Begriffsverwendung orientiert sich hier an der in der Arbeiterbewegung tradierten Rede von *demokratischen* im Gegensatz zu *sozialistischen* bzw. revolutionären Kämpfen; nach dieser Vorstellung gibt es z. B. in den westeuropäischen Ländern eine Reihe von entwickelten demokratischen Kampffronten, ohne daß es bisher gelungen ist, sie um einen „popularen Pol" so zu versammeln, daß ein „populistischer Bruch" möglich wird. Der Mangel der Begriffsbildung ist, daß dieser Pol selbst die Frage der Demokratie sein könnte. Vgl. Laclau 1980b.

Literaturverzeichnis

Buro, Andreas, Joachim *Hirsch* und Roland *Roth 1979:* Thesen (zur Tagung „Strauß und die Folgen", 20. 10. 79, WE), in: links Nr. 116, Nov. 79, 12–14.

Funke, Hajo und Bodo *Zeuner 1980:* Profit aus der Angst. Ökonomie und „Psychologie" in der Wahlkampfstrategie der CDU/CSU, in: Prokla 38, 3–21.

Ders. 1980: Die Verwertung der Angst, in: Strauß – eine Karriere. Über den manchmal unaufhaltsamen Aufstieg des Franz Josef S. und seine Pläne. Berlin/West, 50–91.

Goldberg, J./Semmler, B. 1980: Der starke Mann des Kapitals. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F. J. Strauß. Köln.

Hirsch 1980, Joachim: Chance für Strauß? in: links Nr. 119, Feb. 1980, 10–12.

Huffschmid 1980, Jörg: Die wirtschaftspolitische Konzeption der CDU/CSU, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2. Probleme der politischen und ökonomischen Durchsetzung. Argument-Sonderband AS 52, Berlin/West, 58–74.

Jäger 1979, Michael: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument-Sonderband 44, Berlin/West, 45–64.

Jahn 1979, Egbert: Zum Verlauf der Tagung („links"-Tagung zu „Strauß und die Folgen" 20. 10. 79, WE) – Ein Kommentar, in: links Nr. 116, November '79, 10–11.

Kaestner 1979, Jürgen: Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU. Frankfurt/M.

Kühnl 1972, Reinhard: Gutachten über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, in: Blätter f. dt. u. internat. Politik 5/72, 531–553.

Kühnl 1979, Reinhard: Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung, in: spw 4, 20–30.

Kühnl 1980, Reinhard: Konzeption und Funktion des F. J. Strauß, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Sonderheft 1/1980, 4–12.

Kühnl/Paech 1979: „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!", veröffentlicht von Prof. Dr. Reinhard Kühnl und Prof. Dr. Norman Paech auf einer Pressekonferenz am 28. November 1979 in Bonn, in: Blätter f. dt. u. int. Pol. 12'79, 1522–1524.

Laclau 1977, Ernesto: Politics and Ideology in Marxist Theory. London. (1981 auf deutsch im Argument-Verlag).
Ders. 1980a: Zu einer Theorie des Populismus, in: Das Argument 119, Berlin/West, 33–38.
Ders. 1980b: Populistischer Bruch und politischer Diskurs, in: Das Argument 124, Berlin/West.
Lohmann 1980: Karl-Ernst: Strauß, die Grünen und das sozialistische Wahldilemma, in: Prokla 38, 23–39.
Neusüß 1980, Christel: Der „freie Bürger" gegen den Sozialstaat? Sozialstaatskritik von rechts und von Seiten der Alternativbewegung, in: PROKLA 39, Berlin/West, 79–104.
Opitz 1980, Reinhard: Über vermeidbare Irrtümer. Zum Themenschwerpunkt „Faschismus und Ideologie" in Argument 117. In: Das Argument 121, Berlin/West, 357–375.
Projekt Ideologie-Theorie (PIT) 1979: Theorien über Ideologie, Argument-Sonderband 40, Berlin/West.
SOST 1980=Sozialistische Studiengruppen: Was tun gegen Strauß? In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/80, Hamburg, 37–45.

Michael Th. Greven

Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Konservatismus

Methodisch-theoretische Vorüberlegungen zur Beantwortung einer aktuellen Frage

Die Kandidatur von Franz-Josef Strauß hat in der linken politischen Kultur der Bundesrepublik eine Hochkonjunktur aufklärerischer Literatur produziert, die in einem eindeutig politisch-instrumentellen Verhältnis auf dieses für bedeutsam erachtete politische Ereignis reagiert. Erstaunlich ist (oder etwa nicht?), daß dabei ziemlich umstandslos das im vergangenen Jahrzehnt erarbeitete oder wieder angeeignete analytisch-theoretische Instrumentarium über Bord ging bzw., daß seine Verwendung für diesen Fall nicht als notwendig angesehen worden zu sein scheint. Gebannt starrt alles auf die Figur des Kandidaten – so als machten Männer Geschichte; so als sei der Satz aus der Parteienwerbung, "Auf den Mann an der Spitze kommt es an", analytisch mißverstanden worden. Auch scheint die einmal relativ weit durchgearbeitete Parlamentarismus- und Parteienkritik vollständig irrelevant für

diesen Fall zu bleiben – erscheint doch als Maßstab der Kritik zumeist, nicht bloß implizit, das idealistische Bild einer funktionierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, in der die Parteien als Ausdruck der Volkssouveränität tatsächlich fungieren und in der allein ein Kandidat, der sich nicht an die demokratischen Spielregeln gehalten hat, als Bruch mit ihren eigenen Werten erscheint. Verwunderung scheint auf der versammelten Linken auch darüber zu bestehen, daß diese Demokratie in diesem Fall ihre eigenen Werte kaum ernst zu nehmen scheint, indem sie einen wegen Amtsmißbrauch entlassenen Ex-Minister, einen der Lüge im Parlament überführten Volksrepräsentanten und einen den verbalen demokratischen Wertkodex beim Umgang mit dem politischen Gegner mißachtenden Parteiführer nach wie vor als seriösen Politiker des Establishments anerkennt. Schließlich ist der Mann bayrischer Ministerpräsident (mit einer 60%-Mehrheit im Rücken), Vorsitzender einer regional bedeutsamen politischen Partei und endlich seit einem Jahr als Kanzlerkandidat auch Repräsentant der Union; er wird bei den anstehenden Bundestagswahlen mehr als vierzig Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Das vorauszusagen, bedarf keiner Prophetie. Allein diese wenigen Beobachtungen und Hinweise sprechen dafür, daß der ganze Ansatz der oben angesprochenen propagandistisch-aufklärerischen Literatur vielleicht von der Absicht her sympathisch aber vom Ansatz her falsch ist, insofern in ihr dieser Kandidat als ein *Unikum* (und manchmal Monstrum) in der politischen Landschaft der BRD dargestellt wird; bei einem, der in solchem Maße *Repräsentant* gesellschaftlicher Interessen und Einstellungen ist, kommt es aber darauf an, sich nicht unablässig mit den landsmannschaftlich und individuell bedingten Idiosynkrasien seiner politischen Karriere und ihres aktuellen politischen Ausdrucks zu beschäftigen, sondern vielmehr mit der in ihm verkörperten und politisch-symbolisch ausgedrückten, offenkundig verallgemeinerbaren, d.i. gesellschaftlichen Tendenz zu beschäftigen, die seine politische Rolle als Repräsentant ermöglicht. Der Kandidat als individuelle Person mag ein Problem für seine Frau und seine unmittelbare Umgebung sein; eine Union, die diesen zum Kandidaten macht und eine Wählerschaft, die ihm fast zur Hälfte folgt, ist ein gesellschaftliches Problem, das alle angeht und alle betrifft. In einer ordentlich durchmischten gesellschaftlichen Zufallsgruppe sind ja heute mindestens vier von zehn Mitgliedern Strauß-Anhänger, werden sich jedenfalls im Oktober durch seine Kandidatur nicht darin irritieren lassen, die Union zu wählen, fühlen sich also durch das Risiko seiner Kanzlerschaft nicht erschreckt, sehen –

zumindest in jeweils individuellen Ausschnitten – in seinen ja hinlänglich bekannten Suadas und Invektiven ihren politisch-ideologischen Standpunkt ausgesprochen und verkörpert. Hier liegt das wirkliche Problem kritischer Analyse – und auch politischer Arbeit. Aber auch wenn Strauß, was zu vermuten steht, im Herbst seinen persönlichen Aufstieg zur Macht nicht wird erfolgreich abschließen können, wenn er dann wieder – und wahrscheinlich mit verminderter politischer Bedeutung im Vergleich zur Zeit vor 1979 – nur (!?) bayrischer Ministerpräsident sein wird, werden jene mehr als vierzig Prozent der Wahlbürger einen Sieg der Sozialliberalen wohl kaum zum Anlaß nehmen, einen sozial-liberalen Kurs in politischer Bildung zu belegen, um zu lernen, wie man künftig "mehr Demokratie wagen" kann. Im Gegenteil steht zu vermuten, daß die *auch* durch die polarisierende Wahlkampagne von Strauß mobilisierten politischen Einstellungen und Erwartungen nach wie vor vorhanden, erheblich frustriert und dadurch nach dem ja sozialpsychologisch bekannten und erklärten Ablaufmuster weiter radikalisiert und aggressiv aufgeladen sein werden. Auch und gerade eine Strauß-Niederlage nach einer solchen Kampagne befördert und festigt also – wenn auch vielleicht auf quantitativ niedrigerem Niveau – das politisch-ideologische verbreitete Bild von Einstellungen und Erwartungen, um dessen sozialwissenschaftliche Analyse es vor allem gehen muß.

Ich möchte mich hier nur mit einem kleinen Ausschnitt beschäftigen, der zudem auf eine rein innerwissenschaftliche Ebene begrenzt bleibt, dessen Vernachlässigung in den angesprochenen Debatten mir aber symptomatisch für die mangelhafte Fähigkeit und Bereitschaft kritischer Sozialwissenschaft zu sein scheint, ihre abstrakten Diskussionen und Analysen auch in ihr politisches Engagement einzubringen; letzteres bleibt überwiegend politisch-moralisch – was freilich nicht wenig und vor allem nichts falsches ist, angesichts einer deutschen Tradition des politisch wirkenden Disengagements der Wissenschaft; nur eben zu wenig. Es geht nicht an, daß all die klugen Analysen und Debatten über bürgerliche Herrschaftsformen, über Kontinuität und Diskontinuität von Konservatismus und (Neo-)Faschismus, über Korporatismus und Populismus vergessen sind, wenn es darum geht, Aufrufe und Deklarationen gegen einen Kandidaten zu unterschreiben, von dem behauptet wird, er gefährde die demokratische Entwicklung im Lande und den Frieden in der Welt – dabei auch noch auf das Funktionieren einer Öffentlichkeit in dieser Gesellschaft zu vertrauen, deren historischer Funktionswandel vom Medium der rationalen Interessenfestlegung hin zum monopolisierten und staat-

lich regulierten Steuerungs- und Integrationsinstrument, zur "Kategorie bürgerlicher Öffentlichkeit" in einer kritischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, längst erwiesen schien. Obwohl damit nur ein kleiner Ausschnitt aus den gesellschaftlichen und politischen Fragen aufgeworfen ist, die praktisch und wissenschaftlich anstehen, möchte ich hier den Versuch unternehmen, ohne direkten Bezug auf diese Kandidatur mich mit den theoretischen und methodischen Vorüberlegungen zu der Frage zu beschäftigen, inwieweit das gesellschaftliche Umfeld, das diese Kandidatur ermöglicht hat und stützt, in der Kontinuität des deutschen *Konservatismus* steht, oder aber inwieweit es berechtigt ist, aufgrund von angebbaren gesellschaftsstrukturellen und ideologischen Problemverschiebungen in Verbindung mit der mehr akzidentiellen politischen Konfliktszenerie in der Bundesrepublik der siebziger Jahre von der Etablierung einer *Neuen Rechten* analytisch auszugehen.

Dabei erscheint es mir als ein Fehler der bisherigen Diskussion, daß nach Traditionslinien des Konservatismus bzw. nach einer Neuen Rechten von vorne herein im Rahmen des rechts-links-Schemas des gegebenen Parteiensystems gefragt und daß das Potential einer Neuen Rechten ausschließlich auf dem äußeren Rand des CDU/CSU-Potentials gesucht wird. Zwar können diese an der gesellschaftlich-ideologischen Oberfläche verbleibenden Ansätze in ihren Ergebnissen nicht unberücksichtigt bleiben, weil ja die Ideologien und gesellschaftlichen Einstellungen sich nicht zufällig ausformen, durchhalten und verändern, sondern am Maßstab gesellschaftlicher Interessenwahrnehmung in langfristig bestehenden Konfliktfigurationen gebildet sind. Ich halte es aber ergänzend, ja vordringlich für wichtig, aus der Funktionsdialektik der bestehenden gesellschaftlichen Wirklichkeit zu entwickeln, welche Momente in ihr sich auf die Ausweitung von Herrschaft historisch und materiell richten, wie ideologisch sich das darstellt und welche gesellschaftlichen und politischen Akteure daran explizit oder faktisch beteiligt sind. Ausgangspunkt einer solchen Fragestellung ist der meines Erachtens inzwischen überzeugend gelungene Nachweis, daß es sich beim Konservatismus herkömmlicher Prägung nicht ausschließlich und in erster Linie um eine bloße *Reaktion* auf die Etablierung bürgerlicher Herrschaft und kapitalistischer Ökonomie durch den Prozeß, der zusammengefaßt bürgerliche Revolution genannt wird, sondern daß vielmehr dieser herkömmliche Konservatismus *integrierter ideologischer und konfliktorischer Bestandteil* schon jener Umwälzung ist, an deren Ende die Ablösung feudal-agrarischer Herrschaft durch bürgerli-

che Vekehrsformen steht. Der Konservatismus ist keine nachträgliche Reaktion auf die bürgerliche Revolution, sondern eine ideologische Komponente der bürgerlichen Vergesellschaftung selbst[1]. Dabei ist hier im Augenblick unbeachtlich, inwiefern, trotz dieser Zurückweisung einer gesellschaftsformationellen Ungleichzeitigkeit bei seiner Konstituierung, Ungleichzeitigkeiten der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung selbst darin ihren Ausdruck finden, also unterschiedliche Entwicklungsstände bürgerlicher Vergesellschaftung und ihres ideologischen Ausdrucks sich in Synthesen wie "Konservatismus" und "Liberalismus" zusammenfassen und dabei auf der Ebene politisch-gesellschaftlicher Konflikte durchaus als gegeneinandergestellte und unvereinbare Positionen wirken können.

Schließlich muß auch zur sozialen Basis und klassenmäßigen Repräsentanz des Konservatismus vor einer vorschnellen Selbstverständlichkeit der Zuordnung gewarnt werden; keineswegs ist es nämlich so, daß das einfache Schema eines (konservativen) Widerstandes der "alten" Herrschaftsrepräsentanten der agrarisch-feudalistischen Gesellschaft gegen den (liberalen) Fortschritt bei der Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Lebens- und Produktionsweise die Situation angemessen begreift. Die einfache Gliederung agrarisch-feudal = konservativ und bürgerlich-kapitalistisch = liberal stimmt schon für die deutsche Geschichte nur mit erheblichen Abstrichen, verliert aber angesichts der Rolle des englischen Adels im 17. und 18. Jahrhundert sowie der Bedeutung der "noblesse de robe" für die historisch progressive Entwicklung Frankreichs vollends an Plausibilität. Ein Schema, das "Konservatismus" und "Liberalismus" im Sinne einer mechanischen Zuordnung zu sozio-ökonomischen Basen abzugrenzen und zu erklären versucht, scheitert, insbesondere wenn man die kollektivierenden Effekte breiter ideologischer Massenbewegungen betrachtet, in denen die politisch-ideologische Zuordnung zur sozialen Basis sich nur sehr wenig zur Erklärung eignet. Wo kommen die liberalen Landwirte, wo die konservativen Arbeiter her (denen Strauß in Bayern zu nicht geringem Teil seine Mehrheit verdankt), von denen es auf jeden Fall mehr gibt, als diesem mechanischen Erklärungskonzept lieb sein dürfte?

Läßt man einmal von solchen Erklärungsversuchen ab – was natürlich keineswegs heißen darf, daß nunmehr die sozio-ökonomische Basis keine Rolle mehr spielt, die Klassenanalyse vernachlässigt werden darf –, dann kommt vor allem die Eigengeschichtlichkeit der politisch-ideologischen Sphäre ins Spiel, also ein tragender Bestandteil der sozio-kulturellen Vergesellschaf-

tung. Mit dem Terminus "Eigengeschichtlichkeit" ist keiner idealistischen Geistes- oder Kulturanalyse das Wort geredet, sondern auf dem dialektischen Vermittlungszusammenhang von politisch-ideologischer und klassenstrukturell-ökonomischer Ebene der Analyse beharrt. Dialektik schließt ja real und begrifflich kausale Determination wegen ihres stets einseitig gerichteten Ursache-Wirkung-Prinzips aus, meint auch nicht einfach ungerichtete Wechselwirkung, die historisch ganz statisch gemeint sein könnte, also bloß Zusammenhang, Korrelation, sondern Dialektik verweist als durch subjektive Praxis unter objektiv-historischen Bedingungen konstituiertes Widerspruchs- und Entwicklungsverhältnis von Handeln und Bedingung oder von Freiheit und Geschichte auf die Möglichkeit, daß sich die durch den Widerspruch gerichtete Tendenz stets von beiden Seiten her entfalten und durchsetzen kann. Das heißt zum einen, daß es in der durch den (jeweiligen historischen) Widerspruch bedingten Entwicklung keine Notwendigkeit der Tendenz gibt und das heißt zum anderen, daß die politisch-ideologische Handlungs- und Konfliktsphäre ihrerseits zum treibenden Moment der Vergesellschaftung zu werden vermag.

Bevor diese allgemeinen historischen Überlegungen auf aktuelle Verhältnisse in der Bundesrepublik angewandt werden können, muß schließlich ein schon angesprochener Gedanke noch ausgefüllt werden: die Begrenztheit einer Sichtweise, die Fragen an die Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Konservatismus sowohl in der rechts-links-Dimension als auch in der klassenstrukturellen Zuordnung mechanisch in der angedeuteten Weise vorab begrenzt, muß aufgebrochen werden zugunsten von analytischen Prämissen, bei denen auch die Kontinuität eines "linken" Konservatismus, bzw. die Konservierung gesellschaftlicher Herrschaft in historisch spezifischer Weise durch die Repräsentanten und Organisationen der nichtagrarischen und nichtbürgerlichen Klassen und Schichten ins Blickfeld kommt. Und dies nicht abgegrenzt von der allgemeinen Fragestellung als Sonderproblem der "Arbeiteraristokratie", des Revisionismus, des "working-class-toryism" oder gar des "Verrats der Arbeiterklasse" durch die Sozialdemokratie, sondern in viel grundsätzlicherer Weise, indem nach der formationsimmanenten Kontinuität auch der realen historischen Konstitution der Arbeiterklasse als Teil der bürgerlichen Vergesellschaftung gefragt wird. Der Konservatismus als ideologisches Korrelat stabilisierender Systemfunktionen bürgerlicher Vergesellschaftung, die im dialektischen Zusammenwirken mit den objektiv progressiven Momenten der akkumulativen Entwicklung ökono-

misch-technologischer Potenzen die jeweilige gesellschaftliche Synthese erbringen, ist keine bloß bürgerliche Veranstaltung antagonistischer Konfliktaustragung gegen eine an sich revolutionäre Arbeiterklasse. Indem Konservatismus als ideologischer Ausdruck einer Vergesellschaftungstendenz bei der Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse verstanden wird, kommt es darauf an, ihn nicht bloß als in sich undialektische Position gegen andere, zum Beispiel sozialstrukturell gegen die Arbeiterklasse, analytisch einzugrenzen, sondern die Dialektik von Konservatismus und Revolution, von Tendenzen der Stabilisierung und Überwindung bürgerlicher Herrschafts- und Produktionsweise auch innerhalb jeder sozialen Bewegung und Institution selbst aufzuspüren. Eine solche analytische Betrachtung führt dazu, nicht von konservativen Kräften einerseits und nicht-konservativen Kräften andererseits, sondern von konservativen und nicht-konservativen Momenten innerhalb aller sozialen Bewegungen und Institutionen zugleich auszugehen, die insgesamt durch die Reproduktionsweise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft historisch geprägt sind. Historische Dialektik heißt nicht, daß sich innerhalb einer Gesellschaftformation die Kräfte der Stabilität und Integration und die der Revolutionierung und Entwicklung als absolut verschiedene gegenüberstehen, sich als antagonistische bekämpfen und so über den Fortgang der Geschichte wie in einem sportlichen Wettbewerb entscheiden, sondern die historische Dialektik von Gesellschaftsformationen resultiert aus der Widersprüchlichkeit in ihrer je spezifischen Form, die sich durch *alle* ihre gesellschaftlich-historischen Manifestationen hindurchzieht.

Die Frage nach Kontinuität bzw. Diskontinuität des Konservatismus stellt sich angesichts eines solchen Konzepts anders, als sie sich z. B. für Martin Greiffenhagen (1971), Helga Grebing (1978) und Hans Gerd Schumann (1974) gestellt hat, die übereinstimmend in der zentralen Frage in ihren Untersuchungen zu der Antwort kamen, daß die Kontinuität des Konservatismus überwiege und daß es keinen Sinn mache von einem Begriff des Neokonservatismus oder gar der Neuen Rechten auszugehen. Dieses Ergebnis verdankt sich einer auf die Frage nach der ideologisch-programmatischen Kontinuität und Identität konzentrierten Untersuchungsweise, die eine funktionsanalytische Dimension vollständig ausschließt. Aber ihre Bestimmung des Konservatismus war dabei methodisch reduziert auf einen historisch-phänomenologischen Zugang, wie ihn beispielsweise Nolte in seinen Faschismusanalysen auch methodisch explizit ausgeführt hat: als Konservatismus wird wahrgenommen, was sich als Konservatismus

ausgibt. Schon auf dieser sicher etwas simplifizierenden Ebene der Darstellung wird klar, daß eine solche Selektionsweise des Untersuchungsgegenstandes nicht nur auf einer rein geistes- und kulturgeschichtlichen Zugangsweise beruht – die auch nicht dadurch relativiert wird, daß, wie vor allem bei Grebing, nachträglich eine sozialhistorische Verortung der konservativen Ideologieposition geleistet wird –, sondern daß sie auch die Frage der Diskontinuität *methodisch* a priori ausschließt. Wenn man sich, durch den methodischen Zugang bedingt, stets nur im Kreise der Autoren aufhält, die sich selbst in die Kontinuität des Konservatismus (in diesem phänomenologisch verstandenen Sinne) stellen, dann ist die Antwort, daß eine zeitgemäß angemessene "konservative Theoriebildung nicht gelungen ist" (Grebing 1978, 387), ja keineswegs überraschend sondern logische Konsequenz einer petitio principii. Auch ein Konservatismusbegriff, der in idealtypischer Weise traditionelle konservative Inhalte summiert (Menschenbild, Staatsbegriff, Gesellschaftsbegriff, etc.), um dann in der Gegenwart vertretene Positionen ggf. zu subsumieren, wenn sie gleiche oder ähnliche Inhalte vertreten, beantwortet die Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität methodisch schon vorab.

Demgegenüber hat ein Zugang zur Begriffsbestimmung des Konservatismus, der von einer Funktionsanalyse gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen sowie sozialer Bewegungen ausgeht und dabei jeweils nach deren Wirkung für historische Entwicklung bzw. Stabilisierung des status quo fragt, den offenkundigen methodischen Vorteil, daß nicht vorab schon aufgrund unhistorischer Setzungen bestimmte ideologische Positionen ausgeschlossen werden. Deutlicher bestimmt muß allerdings noch werden, worauf sich in diesem Ansatz "Entwicklung" bzw. "Stabilität" richten; hier wäre meines Erachtens zunächst *Fritzsche* zu folgen, daß der "Konservatismus...geschichtlich-gesellschaftlich von einem Interesse und seinen ideologischen Ausformungen autoritärer, privilegienverteidigender Disposition nicht abgelöst werden (kann)", (Fritzsche 1977, 97). Es geht also mit der Verteidigung von Privilegien um die Stabilisierung von Herrschaft. Aber diese analytische Fassung müßte gegen die bei Fritzsche dann erfolgende historische Einengung verteidigt werden, nach der diese "autoritäre, privilegienverteidigende Disposition" sowohl genetisch (dazu schon oben die Kritik) als auch unhistorisch-ontologisch auf die privatkapitalistische Herrschafts- und Produktionsweise beschränkt bleibt. Es ist klar, daß diese Eingrenzung unter Verhältnissen, in denen der Kapitalismus noch weitgehend *privat*kapitalistisch strukturiert die gesamte gesell-

schaftliche Synthese determiniert, nicht weiter auffällt, weil privatkapitalistische Reproduktion und Stabilisierung gesellschaftlicher Herrschaft noch weitgehend identisch sind. Sie wird aber bedeutungsvoll, wenn im Stadium des zunehmend entprivatisierten monopolistischen Kapitals und der für die Reproduktion der Produktionsweise konstitutiv gewordenen permanenten Staatsintervention das Konservatismuskonzept analytisch durch die Fixierung auf die Privateigentumsproblematik so eingeschränkt wird, daß die etatistische Stabilisierung monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse, etwa durch eine korporatistische Strategie, wegen ihres interventionistischen Charakters nicht mehr als Bestandteil konservativer Strategie begriffen werden kann. Es kommt dann zu einem bloß scheinbaren (weil lediglich durch das analytische Konzept vorgetäuschten) Widerspruch zwischen Staatsintervention in die Privatverfügung des Kapitals einerseits und konservativer Verteidigung privatkapitalistischer Verhältnisse gegen *jegliche* Staatsintervention andererseits. Eine analytische Konzeption hingegen, die die konservativ zu stabilisierenden Herrschaftsverhältnisse nicht historisch spezifisch vorab ausformuliert, sondern historisch-materialistisch in ihrem jeweiligen Entwicklungsstand als Zielzustand konservativer Strategie begreift, deren eigentlicher Inhalt dann nicht das besondere Herrschaftsverhältnis privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln, sondern das jeweilige Herrschaftsverhältnis, in welcher konkret-historischen Fassung der Eigentumsverhältnisse auch immer wäre, könnte solche Probleme vermeiden.

Dem möglichen Vorwurf, damit ein unhistorisches Konzept vorgeschlagen zu haben, sei sogleich begegnet, daß dieses Konzept, dieser Begriff von Konservatismus so historisch ist, wie das Problem und der Begriff von Herrschaft selbst. Auch Herrschaft ist ja nicht auf kapitalistische Produktionsverhältnisse beschränkt, sondern diese sind nur eine spezifische und historisch begrenzte Form derselben, der andere vorausgingen und der heute in weiten Teilen der Welt andere schon folgen. Auch dort ist damit ein analytischer Begriff von Konservatismus aktuell und anwendbar, wie ich ihn hier vorschlage.

Auf die aktuellen politischen Verhältnisse der Bundesrepublkik abschließend angewendet, verdeutlichen diese Überlegungen, daß das Problem konservativer Strategie weder sozialstrukturell auf eine bestimmte Klasse oder Gruppierung reduzierbar ist, noch (partei-)politisch auf die Union und ihren Kanzlerkandidaten. In der Dialektik von herrschaftsstabilisierenden und herrschaftsnegierenden Tendenzen stecken alle politisch-gesellschaftlichen

Positionen, oder besser: sie alle drücken sie aus. Keine Partei – und sei sie noch so klein und unbedeutend – und keine soziale Bewegung – und sei sie noch so "grün" – kann für sich beanspruchen, nur die eine, nur die progressive Seite der Dialektik zu repräsentieren. So wie es in dieser dialektisch vermittelten Synthese gesellschaftlicher Widersprüche keine revolutionäre Unschuld geben kann, so steht auch der Konservatismus nicht lediglich für die Verteidigung des Immergleichen, sondern schmiegt sich der Entwicklungsdynamik der gesellschaftlich-institutionellen Formen von Herrschaft an und wandelt sich mit diesen. Begriffe wie "technokratischer Konservatismus" und "Technokratie" sind Versuche, diese Entwicklungen auch analytisch nachzuvollziehen; sie scheitern aber dort, wo sie noch immer versuchen, den zeitgenössischen Inhalten und Formen von der Kybernetik bis hin zu den entwickelten Steuerungssystemen der Staatsintervention die ideologischen und semantischen Referenzen des 19. Jahrhunderts zu unterschieben. Wenn Strauß sagte: "Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren", dann war darin besser begriffen, daß auch Herrschaft in Form und Inhalt selbst einen Fortschritt kennt, als es jene Theorien des Konservatismus zu sehen vermögen, die analytisch auf die Identität oder Ähnlichkeit nach rückwärts fixiert bleiben.

Anmerkungen

[1] Helga Grebing (1974, 26f) faßt den historischen Forschungsstand so zusammen: "Konservatismus ist ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft selbst. Der Konservatismus entsteht nicht als ahistorisch-retrospektiver Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft, sondern geht aus den eigenen ideologischen Bedürfnissen insofern hervor, als die bürgerliche Gesellschaft selbst mit dem Konservatismus eine ihr inhärente Gegenstrategie gegen die ihr immanenten emanzipatorischen Momente, die die bürgerliche Gesellschaft über sich selbst hinausweisen, hervorbringt, und zwar bereits in einem historischen Zusammenhang, in dem gleichzeitig die alte Produktionsweise sich in der Auflösung befindet und die neue, die kapitalistische, sich durchzusetzen beginnt. Weder im Hinblick auf den Ursprung noch auf die weitere Entwicklung des Konservatismus dürfte dieser als Rechtfertigung vorkapitalistischer feudaler Produktionsverhältnisse schlechthin im Sinne einer schematischen Basis-Überbau-Zurechnung zu stationieren sein. Der Konservatismus ist vielmehr als ein integrierter Bestandteil der Genesis der bürgerlichen Gesellschaft selbst zu begreifen."
Wie später ersichtlich, stimme ich dem nur im Hinblick auf die Immanenz der *bürgerlichen* Fassung des Konservatismus zu, hingegen nicht darin, daß aller Konservatismus lediglich bürgerlich und Produkt der bürgerlichen Gesellschaft sei.

Literaturverzeichnis
Fritzsche 1977, Klaus: Konservatismus, in: F. Neumann (Hrsg.): Handbuch politischer Theorien und Ideologien. Reinbek b. Hamburg, 65–105.
Grebing 1974, Helga: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik. Stuttgart usw.
Dies. 1978:Erneuerung des Konservatismus?, in: Politische Vierteljahresschrift 3/1978, 372–391.
Greiffenhagen 1971, Martin: Das Dilemma des Konservatismus. München.
Schumann 1974, Hans Gerd (Hrsg.): Konservatismus. Köln.

Thomas Scheffler

Außenpolitik und Hegemonie in der Bundesrepublik Deutschland

1. Im Wahljahr ohne Innenpolitik?

„Ein halbes Jahr vor einer von den Politikern als schicksalhaft hingestellten Bundestagswahl", klagte ein Leitartikel der FAZ im April 1980, „ist das Land weit entfernt davon, im Wahlkampffieber zu liegen. Innenpolitik im weitesten Sinne findet nicht statt. Zwischen Regierung und Opposition gibt es keine heiß umstrittenen gesetzgeberischen Pläne. Nicht einmal die Außenpolitik, der es an Stoff wahrlich nicht mangelt, findet Umsetzung nach innen"[1]. Die Diagnose war richtig und falsch zugleich. Tatsächlich spielten innenpolitische Fragen im Wahlkampf 1980 eine untergeordnete Rolle. Aber sie wurden durch außenpolitische Themen *verdrängt*. Dem Duell Strauß-Schmidt entsprach keine vergleichbar polarisierende Mobilisierung der Bevölkerung in Sachfragen. Aber bedeutet dies, daß der *Kampf* der Blöcke stillgestellt war? Im Gegenteil! In hegemonialen Kämpfen ist die scheinbare „Annäherung" der Kontrahenten oft gerade der *kritischste* Punkt der Schlacht, wo es darum geht, den Gegner auf seinem eigenen Terrain zu schlagen, die grundlegenden Elemente seines Denkens dem organisierenden Prinzip des eigenen Programms zu unterwerfen und durch „Vereinnahmen" zu verwandeln.

Nachdem Franz Josef Strauß am 2. Juli 1979 Kanzlerkandidat geworden war, hatte die Union zunächst die *innenpolitischen* Kontroversen verschärft: sie attackierte die Gewerkschaften und fachte einen Nationalsozialismus/Sozialismus-Streit an. Vor al-

lem polemisierte sie im Namen der „Freiheit des Individuums" gegen den „bürokratischen Wohlfahrtsstaat". In diesem Sinne verabschiedete der Bundesparteiausschuß der CDU noch im September 1979 ein neues wirtschaftspolitisches Programm; und auch der „Zukunfts-Kongreß" der CSU im Novemberstand zu weiten Teilen im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Alternativen der Unionsparteien. Zunehmend allerdings bemerkten die Strategen der CDU/CSU, daß in einer verhältnismäßig entspannten Konjunkturlage die rabiaten Konsequenzen ihres wirtschaftspolitischen Programms[2] nicht nur die sozial schwächeren Gruppen (Arbeitslose, Rentner, Kinderreiche, wenig verdienende Arbeiter) abschrecken würden, sondern auch die vom Wohlfahrtsstaat profitierenden *Neuen Mittelschichten*[3]. Die Grundvoraussetzung, die Strauß 1974 in Sonthofen für seinen Erfolg benannt hatte – eine Situation massiver Sozialangst in der Bundesrepublik – war nicht unmittelbar gegeben. Da schien um die Jahreswende die Afghanistan-Krise Gelegenheit zu bieten, ein unpopuläres innenpolitisches Programm und einen unpopulären Kandidaten als „außenpolitische", nationale Notwendigkeit durchzusetzen. Die Meinungsumfragen deuteten auf ein rapides Ansteigen weltpolitischer Bedrohungsängste der Bundesbürger[4]. Am 17. 1. 1980 warfen Kohl und Strauß der Regierung im Bundestag daher vor, die „Gefahr einer Katastrophe" zu *verharmlosen*. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg sei der Friede so brüchig geworden wie jetzt[5]. Im Februar erklärte der Kandidat gar, er sei noch nie damit einverstanden gewesen, „daß die politischen Schwerpunkte sich immer mehr auf den Bereich der Innenpolitik verlagert" hätten[6]: „Natürlich stehe ich auch zur bruttobezogenen Rente, die unser Plan ist. Doch wenn ich Friedrich Naumann wäre, würde ich sagen: Was nützt die schönste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen!"[7]

Doch das Schüren der Kriegsangst wurde für die Union zunächst zum Eigentor: Die SPD – der eine bloße Debatte über Inflation, Sozial- oder Energiepolitik weitaus unangenehmer gewesen wäre[8] – *„vereinnahmte"* es und setzte es, besonders im Landtagswahlkampf für Nordrhein-Westfalen in eine Furcht vor Franz Josef Strauß als weltpolitischem Sicherheitsrisiko um. Sie nutzte die Krise zur Neutralisierung der christdemokratischen Volksansprache ebenso wie zur Einbindung potentieller Grün-Wähler. Der für die Innenpolitik der Bundesrepublik langfristig folgenreichste Schachzug gelang ihr auf dem Gebiet der Finanzpolitik: Die dramatische Erhöhung des Bonner EG-Beitrags – vorläufige Spitze der „international bedingten" Mehrbelastungen des

Bundeshaushalts – nutzten Kanzler, Finanzminister und Fraktionsvorsitzender dazu, mitten im Vorwahlkampf nicht nur indirekte Steuererhöhungen, sondern v. a. eine mögliche Änderung des Finanzverteilungsschlüssels zwischen *Bund und Ländern* zu popularisieren. Ein Lebensnerv der Unionspolitik wurde dadurch angegriffen. Denn das Schlüsselinstrument sozialliberaler Hegemonie ist die zentralstaatliche Konjunkturpolitik. Die finanzielle Schwächung der Länder würde diese davon abhängiger machen. Auch könnte eine sozialliberale Bundesregierung ihren größeren finanziellen Spielraum zu gezielten regionalen Strukturprogrammen ausschöpfen, um sozialdemokratische Mehrheiten in den Bundesländern zu sichern oder christdemokratische zu erschüttern[9].

„Schmidt als Krisenkanzler – ... So hatte sich das Strauß wohl kaum gedacht, als er über die Chancen räsonnierte, die für die Union und ihn in einer Krise stecken könnten" spöttelte die ZEIT[10]. Nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg in NRW war die Union gezwungen, die Beschränkung der Auseinandersetzung auf „außenpolitische" Themen zu korrigieren. Strauß argumentierte seither, der „Kriegskanzler" Schmidt *übertreibe* die Kriegsgefahr, um sich als Friedensengel zu produzieren[11]. Bereits im April war sein Wahlkampf in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wegen *innenpolitischer* Zaghaftigkeit indirekt kritisiert worden[12]. Die Lösung wurde nach der Niederlage in NRW in einer Kampagne präsentiert, die konservative Außen- und Innenpolitik offensiv und organisch miteinander verknüpfen sollte.

Ihre Diagnose: Gefährdung des Friedens durch wohlfahrtsstaatlich-kollektivistische Versorgungsmentalität des Volkes. Frieden beruhe auf psychischer Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung. Diese setze die Veralltäglichung klarer *Feindbilder* voraus[13], die ihrerseits aber gerade durch die Veralltäglichung des Wohlfahrtsstaates untergraben werde, weil diese das Interesse der Bevölkerung an *Versorgung* und *Frieden* größer mache als das an *Freiheit*[14] und hierdurch in einen europäischen *Isolationismus* gegenüber den USA führe[15]. In diesem Zusammenhang konnte der Aufruf: „Wir brauchen dringend Argumente, um die Gefährlichkeit der Inflation zu manifestieren"[16] unmittelbar außenpolitische Bedeutung gewinnen. Weil die Inflation die Fähigkeit der Individuen untergrabe, finanziell für sich selbst zu sorgen, zwinge sie sie zum Anschluß an kollektive Organisationen, an Gewerkschaften und *Verbände*, wodurch sie letztlich vom Wohlfahrtsstaat abhängig würden[17]. Dahinter steht nicht zuletzt die Befürchtung, die wohlfahrtstaatliche Entprivatisierung der Gesell-

schaft könnte die prinzipielle Fähigkeit der Bevölkerung mindern, sich *Feinde* im existentiellen Sinn vorstellen zu können und statt dessen die Neigung zu Kompromiß und Status quo fördern, womit wiederum der außenpolitische Handlungsspielraum des Staates beeinträchtigt würde.

Diese Argumentation unterstellt eine spezifische Verbindung von Menschen-und Weltbild, Alltags- und Statshandeln, wie sie im konservativen *Politikbegriff* von *Carl Schmitt* klassisch geleistet worden ist. Dieser Politikbegriff, rechtzeitig zum Wahlkampf in Massenauflage popularisiert[18], erblickt die Besonderheit des Politischen in der seinsmäßigen Scheidung von *Freund* und *Feind*[19]. Die ihm zugrunde liegende letzte Instanz, der „Ernstfall" des Politischen, ist folglich der *Krieg*[20]. Da Wohlleben bei den Menschen aber die „Illusion einer ungefährdeten Ruhe" begünstigt[21], ist die Politikfähigkeit eines Volkes daran gebunden, daß die Fähigkeit, Freund und Feind zu unterscheiden, unmittelbar in seinem Alltagshandeln routinisiert wird. Erforderlich ist eine Gesellschaft, die „weiß", daß der Mensch des Menschen Wolf ist und den Krieg aller gegen alle als ständige wirkliche Möglichkeit kennt[22]. In diesem Sinne der Ausrichtung des inneren Zusammenhalts des Volkes auf den Kriegsfall fehlt dem Konservatismus tatsächlich die „Fähigkeit zum Frieden"[23].

Was der konservative Politikbegriff nur als Verlust der Politikfähigkeit abbilden kann, ist für den *sozialliberalen* rationale Grundlage politischen Handelns. *Er* unterstellt die reale Möglichkeit eines geregelten, friedlichen *Interessenausgleichs* zwischen gesellschaftlichen *Verbänden* über den Staat. Nicht das Verdeutlichen von Feindschaften, sondern von (bei allen Gegensätzen) *gemeinsamen* Interessen ist sein leitendes Prinzip: nicht der Krieg, sondern der *Frieden*. Keineswegs führt dies zum „Primat der Innenpolitik". Hinter der internationalen Propagierung der Lehren des „Modell Deutschland" und der sozialdemokratischen „Friedenspolitik" steht die Überzeugung, daß das Leitbild des pluralistisch-korporativen Wohlfahrtsstaates besser zur Bewältigung von Konflikten in der „Weltgesellschaft" taugt als die Existenzkämpfe des Schmittschen politischen „Pluriversums"[24].

2. Die Legitimationskrise der CDU/CSU

Die von unterschiedlichen Politikbegriffen strukturierte Verlagerung der Wahlkampfdiskussion auf *„außenpolitischen"* Themen offenbarte zugleich die Schwäche der deutschen Linken: SPD und CDU/CSU operierten auf einem Terrain, das von der Linken

geistig mit wenigen Ausnahmen verlassen worden ist, seit der „Internationalismus" der 60er Jahre – trotz (auch wegen?) der übermächtigen internationalen Durchtränkung des Alltagslebens – weitgehend der Wendung zur lokalen und regionalen Umwelt wich. Die Schwäche wurde zum Versagen, wo man sich dann doch auf „weltpolitisches" Argumentieren einließ: Reinhard *Kühnls* politisch gutgemeinte These, *Strauß vertrete die expansivsten Teile des deutschen Kapitals*[25], konnte weder die stille Sympathie gerade der (vom Exportboom besonders profitierenden[26]) *Großindustrie* für die Regierung Schmidt[27] erklären, noch angeben, ob bzw. wieso die CDU/CSU mit einer aggressiven außenpolitischen Propaganda *Mehrheiten* mobilisieren wollte. Auch der konservative Block funktioniert nicht nach dem Motto: „Die Bosse rufen an!"

Der innenpolitisch hochgradig heterogene konservative Block verdankte seinen Aufstieg und seine äußerliche Geschlossenheit unter Adenauer einem *außenpolitischen* Konsens[28], der strategisch die Elemente der *Westorientierung* und der *deutschen Frage* durch das Bindeglied *„Politik der Stärke"* miteinander verknüpfte: eine Stärkung des westlichen Bündnisses sollte es ermöglichen, dem Osten die Bedingungen der Wiedervereinigung zu diktieren. In der Präambel ihres Grundgesetzes hatte sich die Bundesrepublik als *Provisorium* definiert: als Kampfgemeinschaft für die Wiedervereinigung. „Die Bundesrepublik scheint insofern nicht gegründet, um die Praxis von Recht, Freiheit und Selbstbestimmung um ihrer selbst willen zu ermöglichen... Sie lebt davon, daß das Denken und das Bewußtsein der Bürger sich an einem Ziel orientieren, das außerhalb der erfahrenen Ordnung liegt."[29]

Die Definition der politischen Verfassungsordnung durch ein *außenpolitisches* Ziel hatte für die Hegemonie der Union zentrale Bedeutung: sie deckte die politische Integration vordemokratischer Traditionen und Potentiale in den neuen konservativen Block ebenso wie die Aushöhlung der demokratischen Substanz des Grundgesetzes[30]. Zugleich rechtfertigte sie eine Gesellschaftspolitik, die zunehmende Strukturdefizite in Bildung, Gesundheit, Raumordnung und staatlicher Wirtschaftsplanung in Kauf nahm, um sich durch exzessive Förderung von Privatkonsum, Privateigentum und Besitzmittelstand als wirtschaftsliberales Propagandamodell gegenüber der DDR hervortun[31] und die eigene mittelständische Basis befestigen zu können.

Diese Konzeption geriet seit Ende der 50er Jahre in die Krise, als das *nukleare Patt* ihr organisierendes Element, die „Politik

der Stärke", sinnlos machte. Als v. a. die USA und Frankreich dann aus je verschiedenen Motiven die starre Ost-West-Konfrontation aufzulockern begannen, gerieten für die Bundesrepublik die Konsenselemente Westintegration und Wiedervereinigung miteinander in Widerspruch. Damit war aber indirekt die innenpolitische Integrationskraft der CDU/CSU bedroht.

In dieser Situation vollzog die SPD eine strategische *„Annäherung"* an den konservativen Block. Sie gipfelte in Herbert Wehners Bundestagsrede vom 30. 6. 1960, in der sich die Partei zum Prinzip der Westintegration bekannte und damit in den außenpolitischen Konsens des konservativen Blocks eindrang. Bis dahin hatte der Zusammenhalt des konservativen Blocks davon profitiert, daß die SPD seinen außenpolitischen Konsens frontal angriff. Nun konnten seine inneren Widersprüche – seit Anfang der 60er Jahre verdichtet im Gegensatz von „Atlantikern" und „Gaullisten" – offen ausbrechen. Während seine rivalisierenden Fraktionen sich gegenseitig blockierten, wurden sie zunehmend von der SPD als ihrem möglichen Bündnispartner abhängig. Der Zusammenarbeit von „Atlantikern" und Sozialdemokraten im Bundestag entsprachen seit 1962 „gaullistische" Sondierungen für eine Große Koalition unter Ausschaltung der FDP[32]. Die SPD war nach allen Seiten koalitionsfähig geworden. Sie konnte beginnen, den außenpolitischen Konsens des konservativen Blocks gewissermaßen „von innen heraus" zu reformulieren.

Bereits in der Großen Koalition 1966–1969 kontrollierte sie mit dem Auswärtigen Amt und den Ministerien für Gesamtdeutsche Fragen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wirtschaft die meisten außenpolitisch entscheidenden Ressorts. Doch erst, als ein Element des konservativen Blocks – die FDP – durch die Große Koalition gezwungen war, sich als *Oppositionspartei* zu profilieren und sich ab 1967 dafür entschied, dies v. a. auf ost- und deutschlandpolitischem Gebiet zu tun (Schollwer-Papier, Rubin-Vorstoß): erstens, weil ihre innere Zusammensetzung keine eindeutige *gesellschaft*spolitische Alternative zur Großen Koalition erlaubte und zweitens, weil außenpolitische Themen eher zur Aufspaltung des Regierungslagers geeignet schienen[33] – erst da waren die geistigen Grundlagen der sozialliberalen Koalition geschaffen.

Der Konsens, der sie einte, war zunächst ein außenpolitischer – um so mehr, als gerade in ihrer formativen Phase 1969–1972 ihre eigene innenpolitische Heterogenität und die knappen, unzuverlässigen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag die Koalition nötigten, ihre langfristige Herrschaftssicherung primär über die Durch-

setzung neuer außenpolitischer Strukturen anzugehen[34]. Mit der „Neuen Ostpolitik" arbeitete sie an einem neuen bundesrepublikanischen Konsens, der die Elemente des alten, Westorientierung und Deutschlandpolitik, durch das neue Bindeglied „Entspannung" ineinander verband und dadurch inhaltlich veränderte. Die Anerkennung zweier deutscher Staaten und ihre Einbindung in ein umfangreiches Geflecht internationaler Verträge nahmen der Bundesrepublik nach und nach ihren *provisorischen* Charakter und bereiteten damit den Wechsel ihrer inneren Legitimationskriterien vor: statt der Pflicht zur Wiedervereinigung konnte jetzt, besonders ab 1972, die autonome Rationalität des Modells Bundesrepublik selbst zur Debatte gestellt werden. Damit war der Zusammenhalt der CDU/CSU gefährdet. Bislang war sie eher ein heterogener Dachverband innenpolitischer Interessenverbände gewesen, der v. a. durch einen außenpolitischen Konsens und dessen institutionellen Repräsentanten, den Kanzler, geeint worden war. Die sozialliberale Koalition beraubte sie nicht nur des Kanzlers: der neue außenpolitische Konsens zerstörte vielmehr die deutschlandpolitischen Legitimationsprinzipien, unter denen entscheidende Teile der Unionsklientel – Alter Mittelstand, Vertriebene und nicht zuletzt die vordemokratischen Potentiale – bisher ökonomisch und politisch „versorgt" worden waren. Während umgekehrt die SPD/FDP, der traditionellen deutschlandpolitischen Profilierungszwänge immer mehr enthoben, zunehmend planerische Elemente offen in ihre Gesellschaftspolitik aufnehmen, den öffentlichen Sektor reformieren und dadurch die Neuen Mittelschichten an sich würde binden können.

Die Union entschloß sich daher, ihre alten Legitimationsprinzipien zunächst zu verteidigen und entfachte bis zu den Neuwahlen 1972 eine wilde nationalistische Hysterie. Doch abermals wurde sie durch eine hegemoniale „Annäherung" der SPD abgefangen. Parolen wie „Walter Scheel und Willy Brandt verraten unser Vaterland!" stellte diese 1972 den Slogan entgegen: „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land" – und verschob dadurch nationale Identifikationen mit Gesamtdeutschland auf die *Bundesrepublik.*[35]. *Die Geburtsstunde des „Modell Deutschland" hatte geschlagen.*

3. Von der Deutschlandpolitk zur Weltpolitik

1972/73 stand die sozialliberale Koalition auf dem Gipfel ihres Sieges. Sie hatte 1972 die Bevölkerung in ungeahntem Ausmaß mobilisiert und 1973 im wesentlichen ihr ostpolitisches Vertrags-

werk abgeschlossen. Paradoxerweise bereitete sie gerade dadurch ihre Krise vor: Je besser die Verträge funktionierten, desto mehr würden ihre Früchte für die Bevölkerung etwas völlig Alltägliches werden. Zumindest je glaubhafter die CDU/CSU die pacta-sunt-servanda-Linie vertreten würde, desto schwieriger mußte es werden, mittels der *Deutschlandpolitik* die Bevölkerung noch einmal gegen die Union zu mobilisieren. Und umgekehrt: Wenn der *Erfolg* der Neuen Ostpolitik den Kampf mit der Union zwangsläufig auf das Terrain der legitimen Ausgestaltung der *Bundesrepublik* verlagerte, dann mußte die Koalition gerade hier für ihre ostpolitische Mobilisierung 1969–1973 zahlen: Die SPD konnte nicht verhindern, daß ihre Basis den Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge auch als Kampf gegen die CDU und die Unternehmer verstand. Gerade weil die Sozialdemokratie ihre Basis primär mit „außenpolitischen" Themen ansprach, konnte sie die *„Reformeuphorie"* nicht kontrollieren, die sie darin ebenfalls wachrief. Das veränderte Verhältnis zwischen der Partei und ihren Wählern schlug sich 1973/74 in einer ausgedehnten Streikwelle und zunehmenden innerparteilichen Kontroversen nieder[36], während andererseits Inflation, Arbeitslosigkeit und Energiekrise die Finanzierung der sozialliberalen Reformvorhaben immer illusorischer machten. Im Mai 1974 trat Willy Brandt zurück.

Die CDU/CSU konnte zwei Wege beschreiten, diese Situation auszunutzen: (1) die Erarbeitung eines eigenen kohärenten innenpolitischen Reformprogramms; (2) die Bestimmung neuer Kampffelder des Ost-West-Konflikts, auf denen noch nicht das Kompetenzmonopol der sozialliberalen Koalition lastete. Der erste Weg wurde v. a. durch die Mannheimer Erklärung zur „Neuen Sozialen Frage" 1975 markiert. Wegen der inneren Heterogenität der Union war er strategisch fragwürdig. Bereits die Mannheimer Erklärung war ein Formelkompromiß zwischen zwei gegensätzlichen politischen Richtungen: der christlich-sozialen (Geißler), die einen *Ausbau* des Wohlfahrtsstaats zugunsten „schwacher" Gruppen (Rentner, Hausfrauen u. a.) forderte *und* der wirtschaftsliberalen (Biedenkopf), die auf die prinzipielle „Entstaatlichung von Verteilungsproblemen" und den „Primat der Eigenvorsorge" drang[37]. Die Zweideutigkeit der Konzeption mußte ihre kohärente Umsetzung in praktische Politik unglaubwürdig machen. Besonders die CSU witterte in ihr ein Einfallstor des „Kollektivismus" in die Union, das ihre Fähigkeit zu mittelständischer Politik gefährdete.

Zumindest mittelfristig waren *außenpolitische* Kampffelder besser geeignet, um die Widersprüche in der Union zuzudecken,

die FDP von der SPD abzuspalten und die Bundesrepublik in eine Kampfgemeinschaft mit außenpolitischen Zielen – in ein neues Provisorium – zurückzuverwandeln. Der Union kam dabei zugute, daß die Ostverträge die Bundesrepublik aus ihrer deutschlandpolitischen Fixiertheit erlöst und ihr einen neuen, eigenständigen Handlungsspielraum in der Weltpolitik geschaffen hatten. Ihre Politik in der Dritten Welt z. B. unterlag nicht länger den Maßgaben der Hallstein-Doktrin. Die Union, beonders die CSU, versuchte nun, den neuen weltpolitischen Handlungsspielraum in eine weltpolitische *Mission* umzudefinieren. Bereits in den 60er Jahren hatte Franz Josef Strauß auf die Gefahr einer amerikanisch-sowjetischen Entspannung mit einer „gaullistischen" Konzeption geantwortet: Die Schwerkraft eines mächtigen, nuklear gerüsteten, unabhängigen *Westeuropa* solle die osteuropäischen Satelliten aus der Gravitationssphäre der Sowjetunion lösen und zu einem gesamteuropäischen Block (ohne die UdSSR) als weltpolitischem Faktor führen. In der *Bundesrepublik*, Teil eines geteilten Landes im Herzen des Kontinents, fasse sich damit das vergangene und zukünftige Schicksal Gesamteuropas, und damit auch das Interesse an seiner Einheit, am reinsten zusammen.

Die Teheraner Geiselnahme vom 4. November 1979 bot Gelegenheit, diese Konzeption an die Bedingungen der achtziger Jahre anzupassen:

„Es ist geradezu beklemmend zu sehen", erklärte Strauß noch im gleichen Monat, „daß eine Weltmacht, die in der Lage ist, alle Industriezentren der Erde mehrmals und nachhaltig zu vernichten, ...heute die Vermittlung Moskaus anruft, mit den Diensten Arafats liebäugelt oder diese sogar schon in Anspruch genommen hat, um eine totale Blamage mit schrecklichen menschlichen Konsequenzen zu verhindern. Daß man vor einer Horde von 400 rasenden Derwischen kapitulieren muß, ist ein schmerzlicher Vorgang, der natürlich, wenn diese Krise auch behoben sein wird, seine psychologisch-politischen Wirkungen noch in eine weite Zukunft hinein zutage treten lassen wird." „Hier werden wir eben vom Anruf der Geschichte wieder erfaßt": „Die erste Konsequenz aus der veränderten Weltlage muß sein, ...daß wir Europäer uns endlich von der Mentalität befreien müssen, daß die Amerikaner alles an unserer Stelle zu tun, für uns zu leisten hätten... Man sollte doch endlich zur Kenntnis nehmen, ...daß sie auch nicht mehr in der Lage sind, diese Rolle zu spielen, daß sie sowohl materiell wie politisch überfordert sind."[38].

Die „veränderte Weltlage", in der die *Europäer* „vom Anruf der Geschichte wieder erfaßt" werden – das ist (neben der „Führungsschwäche" der USA) für die Union heute v. a. der Aufbruch der *Dritten Welt*, den *sie* als militärische und wirtschaftliche Einkreisung Europas durch die *Sowjetunion* abbildet, als „weltpolitisches Umfassungsmanöver", dessen Fronten von Afghanistan

über Iran, den Vorderen Orient, die besonders gefährdete arabische Halbinsel, das Horn von Afrika, Angola und Mozambique bis nach Südafrika reichten und mit der Energie- und Rohstoffversorgung Europas auch seine Gesellschaftsordnung bedrohten[39]. Eine Herausforderung, die eine energische Dritte-Welt-Politik verlange, die sich primär am Freund-Feind-Prinzip orientiere.[40]

Die Vorstellung eines von Kommunisten und rasenden Derwischen belagerten christlichen Europa einerseits und eines unzuverlässigen, langfristig zur Selbstgenügsamkeit fähigen Amerika[41] andererseits sind einander ergänzende Voraussetzungen einer neuen deutsch-europäischen Kampfgemeinschaftsmentalität. Schon bald nach Straußens Kandidatenkür erklärte der Sicherheitsexperte der CDU/CSU, Mertes, – damals überraschend – der Zickzackkurs der USA drohe zu einer Gefahr für die Sicherheitssubstanz Europas zu werden[42], und noch im Februar 1980 kritisierte Strauß, im Gegensatz zur CDU-Spitze, in Frankreich die Unberechenbarkeit der USA[43]. Erst als die SPD das Thema der „Interessen Europas" immer erfolgreicher für ihre „Friedenspolitik" vereinnahmte, ging die Union geschlossen dazu über, den „entscheidenden Unterschied" zur SPD in deren angeblicher Abkoppelungsstrategie zu sehen und den Schulterschluß mit den USA zu predigen[44].

4. Das Janus-Gesicht der „Friedenspolitik"

„In einer merkwürdigen Verkehrung der historischen Vorurteile", bemerkt Iring Fetscher dazu, „tritt heute die sozial-liberale Koalition eindeutig für den Primat der nationalen deutschen Interessen ein, während die konservative Opposition für die Ein- und Unterordnung unter die Politik der atlantischen Großmächte plädiert. Solange nationale Politik Großmachtpolitik war, standen die Konservativen stets auf ihrer Seite; allerdings vertraten sie damit, wie die beiden Weltkriege gezeigt haben, kaum die Interessen des deutschen Volkes. Jetzt, da nationale Politik Friedenspolitik ist, gebärden sich Konservative mit einem Male als die angeblich besseren ‚Internationalisten'".[45] Aber stimmt die darin enthaltene Gleichung, konservative Außenpolitik sei stets Aggressions- und sozialliberale stets Friedenspolitik? Bismarck betrieb nach 1871 eine höchst erfolgreiche Friedenspolitik. Unter Nixon erreichte die Entspannung ihren Höhepunkt. „Wäre das Gespann Ford/Kissinger noch am Ruder" – so selbst die sozialliberale ZEIT – „es gäbe vermutlich keinen Anlaß, die Deutschen des Anti-Amerikanismus zu zeihen."[46]

Wie friedenssichernd ist umgekehrt die *sozialliberale* „Friedenspolitik"? Zunächst ist festzuhalten, daß die SPD ihre außenpolitischen Reformen bereits unter Willy Brandt mit den gleichen *Mitteln* durchsetzte wie zuvor die Konservativen: einer *Geheimpolitik* des Kanzlers und seiner engsten Vertrauten, auf deren Entscheidungen weder die Opposition, noch die Regierungsfraktionen oder das Kabinett nennenswerten Einfluß hatten[47]. Angesichts der überragenden Bedeutung der Außenpolitik für die Definition „nationaler" Interessen und damit für die inhaltliche Integration eines hegemonialen Blocks müssen diese Politikmitel auf die Binnenstruktur der Sozialdemokratie zurückschlagen. Die Integration über Adenauers außenpolitisches Kompetenzmonopol hatte bereits die Entwicklung der Union zu einer programmatisch kohärent durchstrukturierten Partei blockiert[48]. Die Integration der SPD durch den „Friedenskanzler" Schmidt ist nicht weniger problematisch: die Entwicklung zu einem „Kanzlerwahlverein", der sich nach außen durch die diplomatischen Balancefähigkeiten seines Führers definiert, untergräbt ihre *gesellschaftsverändernde* Schlagkraft[49] und macht sie dadurch zum Sklaven des Status quo.

Es gibt nun *zwei* Arten von „Friedenspolitik". Die eine will die *Ursachen* von internationalen Konflikten bekämpfen; die zweite den Status quo *ausbalancieren*. Die erste muß daher auf eine politische, soziale und moralische Umgestaltung der Weltgesellschaft zielen; die zweite auf die Organisation des *Gleichgewichts der Kräfte*. Die erste prägte das außenpolitische Denken der Regierung Brandt; die zweite das der Regierung Schmidt[50].

In den kommenden Jahrzehnten wird der Frieden vor allem durch die Auswirkungen der kapitalistischen *internationalen Arbeitsteilung* in der *Dritten Welt* bedroht werden[51]. Das Gleichgewichtsdenken allein kann ihn nicht bewahren. Der Kapitalismus schöpft seine Lebenskraft daraus, *ökonomisch* als Weltsystem, politisch aber nur als nationalstaatliche Vielfalt organisiert zu sein: Es existiert kein „internationaler Überbau", der Zugriffsmöglichkeiten auf das Wirken des *Weltsystems* selbst bietet. Ihn vorzubereiten, ist der rationale Kern der Anstrengungen für eine „Neue Weltwirtschaftsordnung". Aber das Gleichgewichtsdenken ist ihnen begrifflich gerade entgegengesetzt. Es kann internationale Krisenpotentiale nur als Kräfteverhältnisse zwischen *Staaten* abbilden.

Eine Partei, deren „Weltbild" durch Gleichgewichtsdenken geprägt ist, wird daher auch die eigene Bevölkerung nicht mehr für ein gesellschaftsveränderndes Umdenken im Sinne einer Reform

der internationalen Arbeitsteilung motivieren können. Ihre Friedenspolitik wäre kurzatmig. Statt den Frieden zu sichern, würde sie nur den Krieg hinauszögern (oder lokal begrenzen), das Wirken seiner Ursachen aber konservieren – um daraus umgekehrt stets von neuem ihre Existenzberechtigung als „Friedenspartei" abzuleiten. Hier liegen in der Zukunft Einfallstore der CDU/CSU in die sozialliberale Hegemonie. Denn im Namen des „Gleichgewichts" können auch „begrenzte" Drohungen und Kriege notwendig werden. Und ebenso, wie dem konservativen *Politikbegriff* die „Fähigkeit zum Frieden" fehlt, mangelt dem sozialliberalen die „Fähigkeit zum Kriege".[52]

Anmerkungen

1 Friedrich Karl Fromme: *Im Wahljahr ohne Innenpolitik*, FAZ, 11. 4. 1980, S. 1.

2 zu diesen: Hajo Funke: *Strauß als Provokation*, in: KRITIK, Nr. 23 (1979), 334ff.

3 vgl. Dieter Piel: *Der heilsame Schock*, in: DIE ZEIT, 6. 6. 1980, S. 19.

4 vgl. *Sturz vom Gipfel*, in: DER SPIEGEL, Nr. 3, 14. 1. 1980, S. 34ff.; *Peking statt Moskau?*, ebd., Nr. 22, 26. 5. 1980, S. 69ff. Einen kontinuierlichen Meinungswandel in diese Richtung bereits seit dem „Sturz von Kanzler Brandt" als „Wendepunkt" der bundesrepublikanischen Geschichte suggerierte der Meinungsforscher Werner Kaltefleiter: *Neubau der Allianz? Die Nato gewinnt aus der Krise neue Zustimmung*, in: DIE POLITISCHE MEINUNG, Nr. 188, Jan./Febr. 1980, S. 20ff.; vgl. aber: Sturz vom Gipfel, a.a.O., S. 34.

5 Dr. Kohl: *Eine Krise erster Ordnung*, in: DAS PARLAMENT, 26. 1. 1980, S. 1; Dr. h. c. Strauß: *Noch nie war der Friede so brüchig geworden*, ebd., S. 4ff.

6 Franz Josef Strauß: *„Ich kann eiskalt austeilen"*, in: DIE ZEIT, 29. 2. 1980, S. 9; ebenso ders.: *Wofür wir stehen und kämpfen*, in: BAYERNKURIER, 28. 6. 1980, S. 17.

7 Strauß: „Ich kann eiskalt austeilen", a.a.O., S. 10. Ähnlich Hans-Peter Schwarz: *Das Ende aller Sicherheit. Die Weltpolitik nach dem Überfall auf Afghanistan*, in: Die politische Meinung, Nr. 188, Jan./Febr. 1980, S. 12: „Auch der Primat der Innenpolitik, nach dem die europäischen Völker in den siebziger Jahren weitgehend gelebt haben, dürfte bald der Vergangenheit angehören."

8 vgl. Gunter Hofmann: *Disziplin wird groß geschrieben. Die SPD auf dem Weg zur Kanzlerpartei – Phantasie und Reformwille sind im Augenblick nicht sehr gefragt*, in: DIE ZEIT, 6. 6. 1980, S.3.

9 vgl. Walter Kannengießer: *Geld und politische Macht*, in: FAZ, 10. 6. 1980, S. 1; ders.: *Steuerpolitik als Wahlpolitik*, ebd., 26. 6. 1980, S. 1.

10 Gunter Hofmann: *Aufbruch zu Neuwahlen*, in: DIE ZEIT, 18. 4. 1980, S. 1.

11 Strauß: Wofür wir stehen und kämpfen (Anm. 6), S. 16.

12 Fromme: Im Wahljahr ohne Innenpolitik (Anm. 1); vgl. auch: *Ernüchterung*

in den Unionsparteien über die künftigen Wahlchancen, in: FAZ, 29. 4. 1980, S. 4.

[13] Günter Maschke: *Frei und gefürchtet zu leben. Zum zweihundertsten Geburtstag von Carl von Clausewitz*, FAZ, 31. 5. 1980, Beil.: „Unersetzlich ist die psychische Entschlossenheit eines Volkes, die eigene Lebensordnung unter allen Umständen zu verteidigen." „Daß der Frieden nur möglich ist, wo es einen Feind gibt, und wo man sich der Tatsache der Feindschaft auch klar bewußt ist, ja, daß der Friede auf gar nichts anderem beruhen kann als auf der Anerkennung des Feindes – diese einfache Wahrheit entgeht einem friedenswilligen und friedensgierigen Lande ... in dem ein Verteidigungsminister einmal erklärte, seine Armee besitze kein Feindbild."

[14] Günther Gillessen: *Wie die Mauern von Jericho*, FAZ, 31. 5. 1980, S. 1.

[15] dazu den Literaturbericht von Thomas Kielinger: *Der Kern atlantischer Störungen: Amerika fragt zuerst nach der Freiheit, Europa nach dem Frieden*, in: DIE WELT, 18. 6. 1980, S. 7; vgl. die These von Schwarz, Das Ende aller Sicherheit (Anm. 7), S. 12: die Vorherrschaft des „Primats der Innenpolitik" habe in den siebziger Jahren einen europäischen Isolationismus bewirkt.

[16] Arno Surminski: *Was ist so schlimm an der Inflation?*, FAZ, 14. 6. 1980, S. 13.

[17] Surminski, ebd., vgl. auch Friedrich Karl Fromme: *Nur nicht in den Abgrund schauen*, FAZ, 27. 5. 1980, S. 1.

[18] vgl. den programmatischen Sammelband von Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.): *Illusionen der Brüderlichkeit. Die Notwendigkeit, Feinde zu haben*, München 1980, in dem Schmitt wenig zitiert, dem Geiste nach aber auf jeder Seite gegenwärtig ist.

[19] Zum folgenden vgl. Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen.* Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien (1963), Berlin 1979, S. 26ff.

[20] Ebd., S. 33: „Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins. Krieg ist nur die äußerste Realisierung der Feindschaft. Er braucht nichts Alltägliches, nichts Normales zu sein, auch nicht als etwas Ideales oder Wünschenswertes empfunden zu werden, wohl aber muß er als reale Möglichkeit vorhanden bleiben, solange der Begriff des Feindes seinen Sinn hat."

[21] ebd., S. 65.

[22] Von daher die laut Schmitt „merkwürdige und für viele sicher beunruhigende Feststellung, daß alle echten politischen Theorien den Menschen als ‚böse' voraussetzen, d. h. als keineswegs unproblematisches, sondern als ‚gefährliches' und dynamisches Wesen betrachten." (ebd., S. 61).

[23] Helmut Schmidt am 13. 5. 1980 im Bundestag über die CDU/CSU. Es ist aber zu unterscheiden zwischen dem *Politikbegriff* als organisierendem Element des Denkens einer Partei und ihrer konkreten Politik. Die Union ist in dem Maße *„konservativ"*, wie ihr Denken *in letzter Instanz* durch den konservativen Politikbegriff geordnet wird. Konservative, reformistische und revolutionäre Denkelemente sind nicht das Monopol jeweils *verschiedener* politischer „Blöcke", sondern finden sich in *allen* – aber jeweils in einer anderen „Mischung", jeweils von einer anderen politischen „letzten In-

stanz" unterworfen und geordnet. Wenn nun im folgenden Textabschnitt – im Anschluß an die These Ernst *Fraenkels*, der Pluralismus sei die Staatstheorie des Reformismus – ein genauer Gegensatz zwischen konservativem und sozialliberalem *Politikbegriff* behauptet wird, so heißt das für den Bereich der *konkreten Politik* nicht, daß Sozialdemokraten notwendig „Gesinnungspazifisten" seien (die Geschichte der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg beweist das Gegenteil). Aber es heißt, daß im (drohenden) Kriegsfall das Wirken der reformistischen Elemente in ihrem Denken durch das der konservativen zunehmend neutralisiert und zerstört werden kann – mit dem Ergebnis einer immer widersprüchlicheren Politik, die in eine umfassende konservative „Selbstkorrektur" der Partei oder in die politische Durchsetzung *anderer*, konservativer oder revolutionärer Parteien führen kann.

[24] Schmitt, a.a.O., S. 54: „Aus dem Begriffsmerkmal des Politischen folgt der Pluralismus der Staatenwelt. Die politische Einheit setzt die reale Möglichkeit des Feindes und damit eine andere, koexistierende, politische Einheit voraus. Es gibt deshalb auf der Erde, solange es überhaupt einen Staat gibt, immer mehrere Staaten und kann keinen die ganze Erde und ganze Menschheit umfassenden Welt‚staat' geben. Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum."

[25] vgl. Reinhard Kühnl: *Konzeption und Funktion des F. J. Strauß*, in: F. J. Strauß und die CDU/CSU-Weltpolitik, AIB-Sonderheft, Nr. 1/1980, bes. S. 5, 7.

[26] vgl. *Güter mit Intelligenz*, in: DER SPIEGEL, 26. 5. 1980, S. 44ff.

[27] hierzu: Richard Gaul: *Späte Liebe zu Schmidt*, in: DIE ZEIT, 21. 3. 1980, S. 18.

[28] vgl. im folgenden v. a.: Reinhold Roth: *Parteiensystem und Außenpolitik*, Meisenheim am Glan 1973; Heino Kaack/Reinhold Roth: *Die Parteien und die Außenpolitik*, in: Hans-Peter Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 175–195.

[29] Michael Hereth: *Das Gerede von der Einheit*, in: DIE ZEIT, 8. 6. 1979, S. 16.

[30] vgl. ebd.: „Solange das Grundgesetz nur für eine Übergangszeit das Zusammenleben der Deutschen regelt, sind die Integrität und Autorität der Institutionen der Republik von zweitrangiger Bedeutung." Es liegt dann nahe, sie „gerade aktuellen Problemlagen anzupassen und sei es unter Verzicht auf ‚eigentlich' wichtige Prinzipien, denn das ‚eigentlich' wichtige ist ja gar nicht die Übergangsverfassung, sondern das wiedervereinigte Deutschland."

[31] vgl. Kurt Steinhaus: *Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland*, in: BRD–DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 415ff.

[32] vgl. Detlef Bischoff: *Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik*, Meisenheim am Glan 1973, S. 15ff.

[33] vgl. Kaack/Roth:Die Parteien und die Außenpolitik (Anm. 28), S. 190ff.

[34] vgl. Reinhold Roth: *Außenpolitische Innovation und politische Herrschaftssicherung*, Meisenheim am Glan 1976, S. 44ff.

[35] vgl. Helmut Berschin: *Deutschland – wo liegt es? Sprachgrenzen um Vaterland und Nation*, in: Die politische Meinung, Nr. 188, Jan./Febr. 1980, S. 90ff.

[36] vgl. R. Deppe, R. Herding, D. Hoß: *Sozialdemokratie und Klassenkonflikte*, Frankfurt/New York 1978, S. 16ff.

[37] vgl. Siegmar Mosdorf: *Konservativ-ordoliberale Wohlfahrtsstaatskritik und das Konzept der Neuen Sozialen Frage*, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, Nr. 39, 30. 9. 1978, S. 37ff.

[38] Franz Josef Strauß: *Das Fundament der achtziger Jahre*,in: BAYERNKURIER, 24. 11. 1979, S. 19–20.

[39] ders., ebd., S. 22; ders.: Noch nie war der Friede so brüchig geworden (Anm. 5), S. 5; ders., Wofür wir stehen und kämpfen, (Anm. 6), S. 17.

[40] vgl. Fritz Zimmermann: *Deutschlands Stellung in der Welt*, in: Bayernkurier, 24. 11. 1979, S. 26; Dr. Todenhöfer: *Verzicht auf Machtpolitik ist lebensgefährlich*, in: DAS PARLAMENT, 2. 2. 1980, S. 4; ders.: *Mehr Unterstützung für Verbündete*, in: ebd., 17. 5. 1980, S. 2.

[41] hierzu: Strauß: *Afghanistan als Wendepunkt*, in DAS PARLAMENT, 29. 3. 1980, S. 4; ders.: Wofür wir stehen und kämpfen, (Anm. 6); vgl. auch: Robert Held: *Die schwache Weltmacht*, FAZ, 7. 5. 1980, S. 1.

[42] *Vertrauenskrisen der Bonner Außenpolitik?*, NZZ, FA 1.–2. 8. 1979, S. 3.

[43] *Die Bonner Parteien mit Carter unzufrieden*, FAZ, 15. 2. 1980, S. 4.

[44] Strauß: *Was uns von Schmidt unterscheidet*, in: BAYERNKURIER, 24. 5. 1980, S. 4; *„Neutralisierungspolitik" der SPD Wahlkampfthema der Union*, FAZ, 27. 5. 1980, S. 1; Jürgen Todenhöfer: *Voll auf Wehners Linie*, in: BAYERNKURIER, 21. 6. 1980, S. 1, 6.

[45] Iring Fetscher: *Merkwürdige Wandlungen. Weshalb Franz Josef Strauß kein demokratischer Patriot ist*, in: VORWÄRS, 27. 3. 1980, S. 4.

[46] Marion Gräfin Dönhoff: *Sind die Deutschen anti-amerikanisch?* in: DIE ZEIT, 27. 6. 1980, S. 1.

[47] vgl. Günther Schmid: *Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/1970*, Köln 1979.

[48] vgl. Reinhold Roth: Parteiensystem und Außenpolitik (Anm. 28), S. 41ff.

[49] vgl. hierzu: Gunter Hofmann: Disziplin wird groß geschrieben, (Anm. 8).

[50] vgl. Ernst Kuper: *Der Wandel der westdeutschen Entspannungskonzeption während der sozialliberalen Koalition*, in: Helga Haftendorn u. a. (Hg.): Verwaltete Außenpolitik, Köln 1978, S. 259f.; vgl. auch: *„Meine Sorge ist: kein Stillstand". Bundeskanzler Helmut Schmidt über Afghanistan und die Folgen.* in: DER SPIEGEL, Nr. 6, 4. 2. 1980, S. 27ff.

[51] Vgl. jetzt: Willy Brandt u. a.: *Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission*, Köln 1980.

[52] Vgl. dazu Anmerkung 23.

Strauß-Diskursanalyse

Vorbemerkung

Im folgenden „Werkstattpapier" wird versucht, Strauß bei der ideologischen Transformationsarbeit zu beobachten (vgl. dazu Hall in: Argument 122/1980 und W. F. Haug in: Arg. 121/1980). Zentraler Begriff ist „Diskurs"; mit ihm sollen semiotische Verkettungsprozesse untersucht werden. Relativ stabile Verkettungsprozesse nennen wir Diskursformationen. Wir untersuchen, wie Bedeutungen artikuliert (etwa im Sinne von: geäußert) werden; das Wie ist faßbar in der Verkettung bestimmter Begriffe usw. Diese Verkettung einzelner Kettenglieder bezeichnen wir, einer international verbreiteten Terminologie folgend, als *Artikulation* (Gliederung). Der Begriff trägt also den Doppelsinn, Äußerung und Gliederungsstruktur von Bedeutungen zusammenzufassen.

Wenn im folgenden der Begriff des Rechtspopulismus (vgl. dazu Laclau, in: Argument 119/1980) versuchsweise auf Strauß angewandt wird, so deshalb, weil der „Thatcherismus" die Erfolgsmöglichkeit einer solchen Formation hat denkbar werden lassen. Weder ist der Strauß-Diskurs eindeutig rechtspopulistisch, noch wird eine kurzfristige Erfolgswahrscheinlichkeit behauptet. Jedoch könnte eine politische Legitimationskrise[1], begleitet von einer ökonomischen Krise und einem weitgehenden „Abwirtschaften" der Sozialdemokratie als Regierungspartei, diesem Konzept in absehbarer Zeit eine gefährliche Dynamik zuwachsen lassen.

Vorweg notiert sei noch, daß in der Struktur der Strauß-Reden in Abhängigkeit von Situation und Adressaten „Volk" durch „Bürger" substituiert wird (und umgekehrt). Die mögliche Richtung wird durch die Tatsache angezeigt, daß Strauß 1976 plante, falls keine Einigung in seinem Sinn mit der CDU erreicht werden sollte, im Norden der Bundesrepublik eine „freiheitliche ‚Deutsche Volkspartei'" auszurufen (vgl. SPIEGEL 49/1976, S. 34, sog. „Wienerwald-Rede").

Zum Umgang mit dem Material: Kursiv gesetzt sind wörtliche Elemente aus Strauß-Reden, bei denen unwesentliche Teile weggelassen sind. Unveränderte Passagen werden in Anführungszeichen zitiert.

Wolfgang Fritz Haug

Thesen zur Diskursanalyse von Strauß

1) Mit dem Rechtsruck in der Politik der CDU/CSU, wie die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß ihn manifestiert, sind populistische Elemente im politischen Diskurs dieser Formation in den Vordergrund gerückt. Diese diskursive Umschichtung und die populistischen Elemente sollen uns im folgenden beschäftigen. Wir behandeln also nur einen Aspekt.

2) Auf dem westberliner CDU-Parteitag schärft Strauß den Delegierten die Notwendigkeit dieser Umschichtung ein und das

heißt auch unausdrücklich die Notwendigkeit, traditionelle Diskurselemente des Bürgerblocks umzuorganisieren:

„Wir brauchen mehr Einwirkung auf den kleinen Mann, dessen Psychologie man kennen muß, mehr unmittelbare Verbindung zu den breiten Schichten unseres Volkes, mit Würdigung ihrer Probleme, in einer verständlichen Sprache und mit glaubwürdiger Ensatzbereitschaft. Die Union muß Kampfpartei sein und, wo sie es nicht ist, werden!" (BK 31. 5. 80)

3) Das „Volk" ist keine fertige Größe. Es ist nicht nur umkämpft wie die Gunst eines Publikums, sondern zunächst und vor allem wie eine Bedeutung. Die Bildung der Bedeutung „Volk" ist das grundlegend Umkämpfte. Wir werden daher unsere Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, wie Strauß das „Volk" diskursiv herstellt. Diesen Vorgang als Produktionsvorgang betrachten heißt auch, auf entlarvende Interpretationen verzichten, wenn man nicht einen andern Begriff von Entlarvung prägen und darunter solche Analysen verstehen will. Denn es kann sich nicht vor allem darum handeln, Sätze über Sachverhalte (propositionale Äußerungen) mit den Sachverhalten zu konfrontieren, um dann zu Schlüssen zu kommen wie „dieser Redner lügt". Vielmehr geht es darum, die Artikulationen zu untersuchen, in denen bestimmte Sachverhalte erst zum Gegenstand von Äußerungen werden.

4) Strauß stellt das „Volk", grob skizziert, auf folgende Weise her. Er knüpft an den Gegensatz zum Staat an und verbindet darüber den *Kleinen Mann* mit dem *kleinen Unternehmer* (und hierüber mit dem Unternehmer schlechthin). Er artikuliert beide über sich, den großen Kleinen Mann. Und er artikuliert das Ganze in einer Sprache, die plebejische, ja derbe Redeweisen bevorzugt. – Wie er diese populistische Formation mit traditionellen Formationen wie dem Kirchendiskurs oder dem Honoratiorendiskurs zu verbinden versucht, klammern wir hier der Einfachheit halber einstweilen aus.

Wir untersuchen wenigstens grob die einzelnen Hauptelemente der populistischen Strukturbestandteile.

5) Staatsfeindschaft ist die gefährliche[2] Triebkraft, die Strauß zunächst zur Zer-Setzung (Desartikulation) sozialdemokratischer Bindungen mobilisiert. D. h. er tut, wogegen er anredet: er „hetzt" buchstäblich gegen den Staat, gegen die *Beschneidung der Freiheitsrechte*, gegen *Amtsanmaßung der Bürokraten*, gegen den *Steuerstaat*, der *dem kleinen Mann ehrlich verdiente Lohngroschen aus der Tasche zieht.*

6) Damit ist schon angesprochen, wie der *Kleine Mann* diskursiv hergestellt wird. Da sind vor allem die Arbeiter. Um sie – neben Rentnern, Hausfrauen, Kleinbürgern – in den Kleinen Mann ein-

zuschmelzen, müssen sie aus der Verbindung zum sozialdemokratischen Diskurs herausgelöst werden. Die großen Ziele der Gewerkschaftsbewegung werden zu diesem Zweck von Strauß eingegliedert. Er legt den Schnitt zwischen diesen Zielen und den Funktionären der SPD bzw. der Gewerkschaften und natürlich gegen sozialistische Orientierungen. Der sozialdemokratische Politiker wird in seiner Abgehobenheit vom Volk gezeigt, als *Dienstwagenfahrer*[3] *aus Bonn, der keine Ahnung mehr hat, wie das Volk denkt und fühlt und spricht.* Nun wird mitten durch den SPD-Diskurs vom Sozialen geschnitten: „sozial" wird nach dem positiv/negativ-Schema auseinandergelegt[4] in *das von der CDU/CSU geschaffene soziale Netz* und ein falsches „*Soziales*". Dieses wird in einer Kette von Gleichungen mit einer ganzen Reihe von Gegenbegriffen verkettet, bis ein diskursives Netz entsteht, das die Sozialdemokratie auf eine Weise darstellt, daß der Kleine Mann ausgegliedert ist und in den Diskurs des Rechtspopulismus eingegliedert werden kann. Einige Elemente der Verkettung sind folgende:
„*Sozial*" = *sozialistisch* = *Staatseinmischung* = *Freiheitsabschaffung* = *Funktionärsherrschaft* = *Ausbeutung* = *Diktatur* = *Terror* = *Kommunismus.* Die „Funktionäre" werden darüber hinaus häufig als Akademiker vom Kleinen Mann abgehoben.

7) Der Unternehmer wird desartikuliert vom Kapitalisten; der „Kapitalist" wird in den SPD-Zusammenhang eingegliedert: *Kapitalisten findet man auf der Luxusjacht von Helmut Schmidt* und sie *schwänzeln in Bonn um ihn herum. Wahrscheinlich gibt es in der SPD mehr Millionäre* als im von Strauß geführten Parteibündnis. Hinzukommt,

„daß viele Millionäre und Milliardäre in dieser oder jener kapitalistischen Gesellschaftstracht (Helmut Schmidt) wie ein Schwarm von Fliegen umschwärmen, so wie Insekten die Lampen umschwärmen." (BK 31. 5. 80)

Den *ehrlichen Unternehmer* stellt Strauß durch den Gegensatz zum Staat und dessen Beamten her. Er *riskiert sein eigenes Geld, trägt seine eigne Haut zu Markte,* während der *Staatsfunktionär fremdes Geld verwirtschaftet und ihm allenfalls Versetzung womöglich mit höherem Gehalt, schlimmstenfalls Ruhestand mit einem dicken Ruhegeldpolster droht.* Weder Kapitalrisiko, noch Arbeitsplatzrisiko beim Beamten. Aber dies ist noch nicht alles. *Das von der CDU/CSU geknüpfte soziale Netz wird zur Hängematte für Faule;* die *Funktionäre des SPD-Staats* werden mit folgender Gleichungskette verknüpft: *Bürokraten und Funktionäre, Bequeme und Faule, Ideologen und Vorbeter.* In diesem Gegensatz

trägt nun der *Unternehmer* wie der *Kleine Mann seine Haut zu Markte* und wird wie dieser im VOLK artikulierbar.

8) Das Volk stellt sich jetzt dar als *partnerschaftliche Begegnung in allen Schichten und Ständen.* Die Hauptartikulation dieser *partnerschaftlichen Begegnung* ist der Gegensatz zum *Klassenkampf.* Das Netz ist hier so geknüpft, daß ein Gegendiskurs, der die Arbeiterklasse als solche gegen den von Strauß organisierten ideologisch-politischen Block anriefe, es noch fester zurren könnte.

9) Regelmäßiger Bestandteil der Straußreden ist die Selbstdarstellung als *Kleiner Mann.*

„Ich komme aus einem Milieu einer Arbeitervorstadt. Ich bin mit seinen Problemen groß geworden. Ich kenne die Sprache des Volkes..., nicht deshalb, weil ich studiert habe..., weil ich auf Schauspieler[5] getrimmt worden bin, sondern deshalb, weil das meine Natur ist, weil das meine Herkunft ist, weil ich dort mehr politische Heimat habe als in manchen Häusern der Vornehmen und Reichen, die heute um Helmut Schmidt herumscharwenzeln." (Ebd.)

„Eines kann ich den Herren auch sagen: Ich stehe dem kleinen Mann – ob es der Kumpel an Rhein und Ruhr ist, ob es der Arbeiter am Flugplatz in Berlin ist , ob es der Taxichauffeur in Hamburg ist, oder ob es die breite Schicht der Hausfrauen ist – näher als die meisten der Funktionäre und hohen Manager, gleichgültig, in welchem politischen Lager sie stehen." (Ebd.)

„Auch wenn es diejenigen, die glauben, die Arbeiterschaft für sich gepachtet zu haben – sehr zum Leidwesen eines großen Teiles der Arbeiterschaft-, nicht gerne hören: Ich komme aus dem Arbeitermilieu..." (Bk 6. 10. 79)

So artikuliert Strauß den *Kleinen Mann und die hohen Funktionäre und (Kapital-) Manager* zum *Volk.* Er selber ist der Kreuzungspunkt. Er nimmt die Stelle des Großen Kleinen Mannes ein.

10) Strauß nimmt die den plebejischen Redewendungen innewohnende Perspektive von unten nach oben ein, wann immer er die Organisatoren des sozialistischen oder auch nur sozialdemokratischen Volkes zeigen will.

„Die Herren, die dafür verantwortlich sind, sollen sich nicht mehr vor der Verantwortung drücken..."

Er baut Diskurselemente ein, in denen das Volk traditionell die Herrschenden zur Rechenschaft zieht. Er organisiert den Gegensatz zu jeder Art von Standesdünkel, vor allem aber den Gegensatz zu Theorien, der plebejisch dadurch ausgesprochen wird, daß sie vom Standpunkt des Geldbeutels gewertet werden.

Sozial heißt für sie (die Sozialisten), daß andere für sie zahlen.

„Wenn man heute da und dort eine totale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen erlebt – meistens von denen, die alles bestreiten, außer ihrem Lebensunterhalt." Dann die Schimpfwörter, die bekannten Tiernamen, dazu *Phrasendrescher, Seichbeutel, Hirnprothesenträger* und vieles andere mehr. (Es ist ohnmächtig, hierin nur eine unfeine oder auch menschenverachtende Art oder eine bloße Unbeherrschtheit zu sehen.)[6]

Die linken Zwischenrufer machen Politik ohne Kopf, dafür mit Kehlkopf.

Woher kommt die Krise an Rhein und Ruhr? Daher, daß die maßgeblichen SPD-Politiker „zu sehr mit ihren ideologischen Darmverstopfungen beschäftigt waren". (Köln) –

Mit plebejischen Sichtweisen sind im übrigen die Strauß-Skandale, sei es mit amerikanischen Prostituierten, sei es mit amerikanischen Rüstungsfirmen, leichter vereinbar, als mit gehobenen moralischen Diskursen.

Von unten, vom Standpunkt einer in der Regel nicht im Sitzen ausgeübten Arbeit, erscheinen die *Bürokraten* als *Sesselfurzer.* Strauß erscheint so jedenfalls nicht.

11) *Ich glaube,* sagt Strauß, *an die Notwendigkeit, diese geistesgeschichtlichen Auseinandersetzungen bis in die Tiefe unseres Volkes hinein führen und den Instinkt für die freiheitlichen Chancen, aber auch für die der Freiheit drohenden Gefahren schaffen und schärfen zu müssen.* (GdF 19)

In der Tiefendimension des von Strauß diskursiv hergestellten VOLKS, in dessen *Instinkt,* soll der Basisgegensatz von *Freiheit* und *Freiheitsfeinden* festgelegt sein. *Freiheit* ist selbstverständlich mit *Sozialer Marktwirtschaft* artikuliert. *Die SPD ist immer ein Feind der Marktwirtschaft geblieben.* Über diese Kette ist die SPD als Freiheitsfeind faßbar. Die Freiheitsfeinde werden ausgegrenzt aus der Demokratie. Die Ausgrenzung der SPD ist damit angebahnt, allerdings nicht kurzschließend ausgesprochen. (Die Grenze zwischen bloßer Anbahnung und kurzschließendem Vollzug bezeichnet eine der Trennlinien, die den Strauß-Diskurs vom faschistischen Diskurs unterscheidet. Er hält am Verfassungsdiskurs fest und baut die eigene Struktur darüber als die eines umgreifenden Verfassungsschutzes).

Auf der einen Seite soll instinktartig tief festgelegte Feindschaft die Ausgrenzung der Sozialisten tragen, auf der anderen

Seite entsprechendes Vertrauen. „Wir brauchen eine Politik, die wieder Vertrauen schafft. Nur so kann unser Volk den Anruf der Geschichte richtig beantworten." (BK 1. 3. 80)

12) Wie werden traditionelle Elemente des Machtdiskurses der Herrschenden mit rechtspopulistischen Elementen verbunden? Besichtigen wir solche traditionellen Elemente, wie sie bei Strauß vorkommen: Alle Politik „will Ordnung". Und „der harte Kern aller sichtbaren Ordnungen sind nun einmal die religiösen Vorstellungen" (GdF 113).

Aufgebaut wird die *Ordnung* durch *Macht* und *Autorität*:

„In der Tat gehört die Überwindung des Widerstandes zur Definition der Macht. Der Autorität, die gesellschaftliche Ordnung aufbaut, entspricht der Gehorsam der Ordnungsuntergebenen. ...die politische Entscheidung bedarf der jeweils angemessenen Machttechnik, die die geistige Entscheidung in die Wirklichkeit hineigestaltet." (GdF 117)

Im Kern geht es dabei um eine Ordnung, „in der der einzelne je nach seinen Leistungen und Begabungen zu Wohlstand gelangen... kann." (BK 6.10.79) *Auf tausend Kinder kommt vielleicht ein hochbegabtes Kind, dazu noch ein paar weniger begabte.* Sie gilt es auszulesen und nach oben steigen zu lassen. Die bereits nach Oben gekommenen (mit Ausnahme der Unfähigen des SPD-Staates) sind solche zurecht aufgestiegenen Hochbegabten.

Diese gewiß traditionell-konservativen Vorstellungen artikuliert Strauß nun in plebejischen Formen. Auslese und Aufstieg der Begabten garantieren, daß „die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes von unten nach oben gehoben, statt von oben nach unten nivelliert wird." (BK 6. 10. 79) D. h. die Oben/Unten-Differenzierung wird mit der Anordnung Von-unten-nach-oben gekreuzt, die auf soziale Gleichheit[7] abzielende Politik der SPD dagegen mit der herrschaftlichen Form des Von-oben-nach-unten.

Trotz dieser Kreuzungskünste sind die Stellen, an denen der traditionell-konservative mit dem rechtspopulistischen Diskurs verschmolzen wird, Bruchstellen. Diese Brüchigkeit scheint einer der Faktoren zu sein, die das Gebilde zugleich blockieren und dynamisieren, was zu einer Verschärfung der Feindbildelemente führt.

13) Staatsfeindschaft, Unten gegen Oben – wie werden diese Elemente populardemokratischer Diskurse unter die rechte Domination gebracht? Einmal durch Abspaltung und Ausgrenzung aller Ansätze der selbstorganisierten Eigenmächtigkeit von unten[8]. Zum andern durch Verkettung der Staatsablehnung mit dem starken Staat. Wir wissen, daß in diesem – vom rechten Standpunkt

erforderlichen – Absichern gegen die Geister, die man rief, überhaupt gegen die selber mitentfesselte Dynamik, daß in der Sicherheitslösung über den Starken Staat die allergefährlichste Dynamik steckt. Aber sehen wir zu, wie Strauß die Verkettung bildet. *Gegen den sich überall einmischenden Staat – für die Privatsphäre mit ihrer Freiheit* – zu *schützen durch den Starken Staat.* Kurzformel: „Nur der starke Staat ist ein Freiheitsstaat." (GdF 145)

14) Die Stärke der rechtspopulistischen Formierung durch Strauß beruht nicht in Manipulationen, ist nicht nach marketing-Art zu denken oder zu bekämpfen. Man kann ihm nicht verwehren, daß er ein Terrain besetzt, wenn man nicht dieses Terrain verteidigt. Der Sozialdemokrat als Dienstwagenfahrer, technokratisch abgehoben, volksfern sprechend und fühlend, ist er etwa eine Erfindung? Die fallengelassenen Reformen, die Phrasendrescherei – gibt es das nicht? Das passiv gehaltene, in bürokratischen Formen zum Objekt degradierte „Volk" ist ebensowenig ausgedacht. Die langjährige weitgehende Verengung der gewerkschaftlichen Politik auf das „Mehr" für die Beschäftigten, bei Versäumnissen an so vielen andern Fronten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, bei den Massenmedien wie in der Kultur, in der ökologischen Frage wie gegenüber der Frauenbewegung, dazu Mißtrauen gegenüber Basisaktivitäten in der eigenen Organisation, Verfilzungserscheinungen – all diese Versäumnisse definieren Positionen, die der Rechtspopulismus besetzen kann. Strauß wuchert durchweg mit den Pfunden negativer Wahrheiten der Sozialliberalen Politik und der Gewerkschaften. Nur eine Anrufung des Volkes von links, die es ernst nimmt, die es als selbsthandelndes anerkennt, kann langfristig dem rechtspopulistischen Diskurs enge Grenzen ziehen. Nur die Entfaltung einer umfassenden, vielförmigen, nicht auf materielle Interessen reduzierten demokratischen und sozialistischen Volkskultur[9], kann auf Dauer das Terrain besetzen, das Strauß um den Preis einer gefährlichen Dynamik zunehmend beansprucht.

Anmerkungen

[1] „Der große starke Mann, für den Strauß die meisten seiner Freunde und Gegner halten, braucht die große Krise als Legitimation." (Johannes Gross: Staatsmann Strauß, Leitartikel FAZ 27. 2. 80).

[2] Eine Dimension dieser Gefährlichkeit ist durch die Grundstruktur der Politik, ausgeübt von Berufspolitikern, im repräsentativen System bestimmt. In diesem Sinn rügte die „Frankfurter Allgemeine" vor kurzem Wehner, weil er einen Streitpunkt innnerhalb der Europäischen Gemeinschaft „gefährlich populär formuliert" habe, „als er sagte, daß die Bundesrepublik sich nicht belie-

big ‚wie eine Kuh melken' lassen wolle." (FAZ, 3. 6. 80, S. 1 im „kleinen" Leitartikel).

[3] Der Kontext legt fest, daß „Dienstwagenfahrer" nicht den Fahrer meint, sondern den „Bonzen", der sich fahren läßt.

[4] Die Artikulation von sozialdemokratischer Sozialpolitik mit der Degradation der Begünstigten zu unmündigen Objekten ist von Helmut Schelsky auf dem CDU-Parteitag 1973 denkwürdig eingebracht worden (vgl. dazu meine Analyse: Zwei Kapitel über den ideologischen Klassenkampf, in: Argument 100/1976; ferner die nachstehende Notiz von Ulman Lindenberger).

[5] Helmut Schmidt wird als *Oscar-Preisträger der Nation* dagegengeordnet.

[6] Helmut Schmidt versucht das mit dem Slogan, einem Mann, der sich selbst so wenig unter Kontrolle habe, dürfe man nicht die Kontrolle über den Staat anvertrauen. Die Reichweite der Wirkung eines solchen Slogans ist doppelt begrenzt: Sie ist zunächst durch das Ausmaß der Krise, einschließlich der Legitimationskrise des politischen Systems begrenzt; sodann durch die Grenze bestimmter Klassen(-Teile) und (vor allem Bildungs-)Schichten, bei denen ein „beherrschtes", kühl-distanziertes Auftreten zum guten Ton gehört. Man sollte daher an dieser Sprache den Versuch beachten, plebejische Sprechweisen zu integrieren. Ein ander Ding ist die Bezeichnung von politischen oder ideologischen Gegnern als Ratten und Schmeißfliegen (so die kritischen Schriftsteller) oder als Unkraut (so die SPD-Linke); auch an diesen Metaphern sollte es nicht die „Unkontrolliertheit" des Sprechers sein, was vor allem anzugreifen ist, sondern die Verkettung mit dem Paradigma dessen, was auszurotten ist (Unkraut, Ungeziefer – Un-Menschen).
Daß solche Vernichtungsmetaphorik auf humanistisch Gebildete des konservativen Lagers abstoßend wirken, zeigt die Reaktion von Günther Rühle: „Hier zeigte sich wieder einer als Gärtner, der Unkraut nannte, wo Menschen gemeint sein mußten. Und dies blieb ohne Widerspruch in einer Partei, die im Menschen das Abbild Gottes zu sehen vorgibt." (Günther Rühle: Der Aufbau. Deutsche Szenen: Der Auftritt des Kandidaten, FAZ 22. 5. 80).

[7] *Chancen-Gleichheit,* im sozialliberalen Diskurs mit *Gerechtigkeit* verbunden, wird umgearbeitet in *Chancen-Gerechtigkeit.*

[8] Zugleich wird in Gestalt der Privatsphäre ein Bereich relativ eigenmächtigen Handelns eingezirkelt und mit dem Bedürfnis nach Selbstbestimmtheit verknüpft. Privatheit heißt hier folgerichtig, daß Vergesellschaftungshandeln mit den entsprechenden Vergesellschaftungskompetenzen aus diesem Bereich verdrängt sind.

[9] Neben vielen anderen Ansätzen kann die Westberliner Volksuniversität als ein Versuch verstanden werden, einen Beitrag in dieser Richtung zu leisten.

Ulman Lindenberger

Notiz zum sozialpolitischen Diskurs bei Strauß

Der Materialanalyse liegt folgender Ausschnitt einer Strauß-Rede zugrunde:

„Natürlich muß christlich-soziale Politik, freiheitliche Politik, die Würde des Menschen wahren und sichern in seinen vielfältigen Lebenslagen und Lebensbezügen. Aber in erster Linie muß das dadurch geschehen, daß man den Menschen zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung befähigt und ihn nicht auf Schritt und Tritt gängelt... Wir wollen die Selbstentfaltung des einzelnen Bürgers fördern, ohne ihm seinen eigenverantwortlichen Freiheitsraum zu nehmen. Deshalb müssen sozialpolitische Maßnahmen in erster Linie auch Hilfe zur Selbsthilfe sein. Keine Behinderung und keine soziale Schwäche dürfen jemals Anlaß und Rechtfertigung dafür sein, daß die Betroffenen total betreut, gegängelt und schließich entmündigt allein Objekt und Opfer einer allmächtigen öffentlichen Sozialpotenz, ja man möchte beinahe sagen Sozialomnipotenz werden. Es gibt auch den Mißbrauch der Sozialpolitik als Herrschaftsinstrument. Nicht sozial, sondern sozialistisch sind Maßnahmen, bei denen durch staatliche und bürokratische Eingriffe dem Bürger Entscheidungen abgenommen werden, die er selbst treffen könnte..." (Bk 24. 11. 79).

Die Struktur der einzelnen Diskurs-Elemente läßt sich genauer bestimmen. Nehmen wir z. B. das Element „Würde des Menschen wahren" aus Satz 1. Es verweist als Verfassungsgebot auf andere Verfassungsgebote, d. h. es erzeugt *Rekurrenz* (vgl. Stierle, 139). Dies ist möglich aufgrund seiner zusammengesetzten Struktur: „Würde" gäbe als Element keinen Sinn – Sinn hier als strukturierter Zusammenhang von Bedeutungen –; das Element „Würde des Menschen wahren" dagegen ergibt Sinn, es wird identifizierbar als dem Verfassungsdiskurs entstammend. Elemente, die selbst schon aus Verknüpfungen bestehen, nennen wir *Syntagmen*.

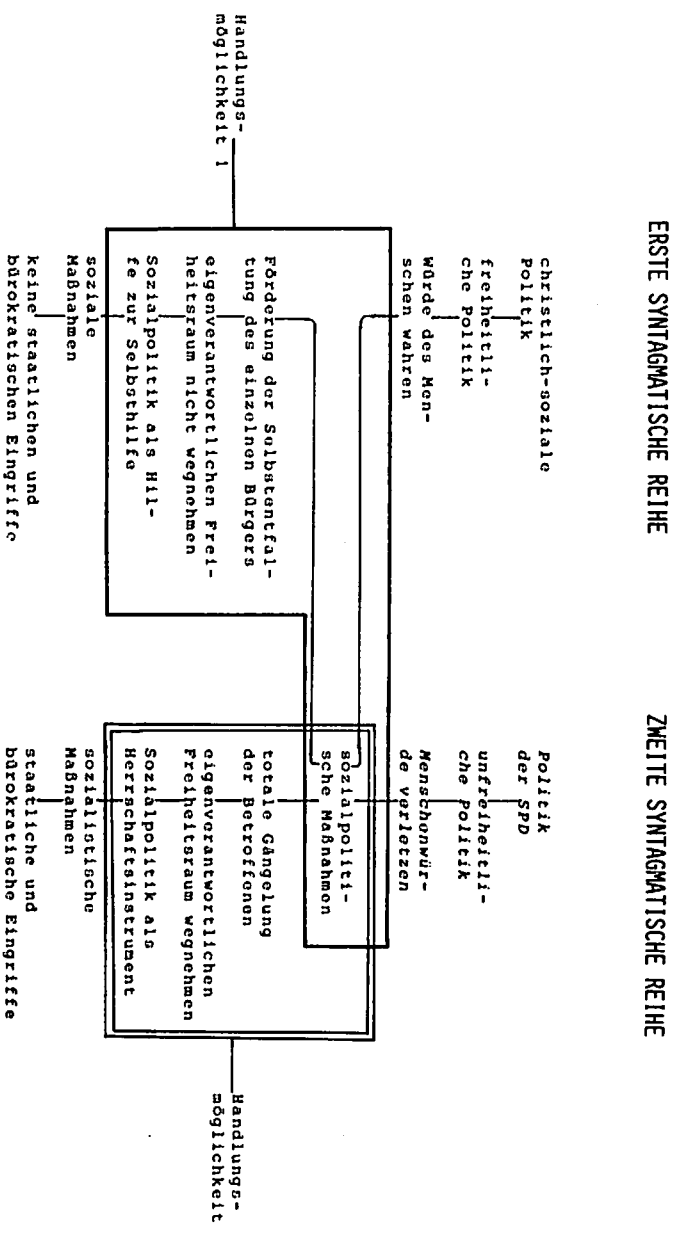
Satz 1 reartikuliert also Elemente des Verfassungsdiskurses, indem ihm entstammende Syntagmen (freiheitliche Politik, Würde des Menschen wahren) mit dem Syntagma „christlich-soziale Politik" zu einer syntagmatischen Reihe verknüpft werden, wobei das Syntagma „freiheitliche Politik" nicht nur auf den Verfassungsdiskurs, sondern auch auf den „Freiheit- oder Kollektiv"-Diskurs verweist und daher besonders eng mit dem Element „christlich-soziale Politik" verknüpft ist. – Die Elemente des Verfassungsdiskurses sind aufgrund der Institutionalisierung und Allgemeingültigkeit dieses Diskurses hart umkämpft. Auch Strauß nimmt den Verfassungsdiskurs für sich in Anspruch; das unterscheidet ihn (neben anderen Punkten) vom faschistischen Diskurs.

Mit dem ersten Satz ist das Kampffeld, die Sozialpolitik, abgesteckt. Fassen wir die Diskurs-Elemente als Kreuzungspunkte semiotischer Ketten auf, die diskursiv miteinander vernetzt werden, so können wir weiter beobachten, daß verschiedene politische Diskurse in verschiedenen Politikbereichen unterschiedlich dichte Vernetzungen aufweisen. Das diskursive Netz der SPD hat im sozialpolitischen Bereich eine „Dichtestelle" . Strauß desartikuliert das Element „Sozialpolitische Maßnahmen" aus dem Diskurs der SPD und reartikuliert es in seinen Diskurs. Dies geschieht durch die Produktion von zwei einander entgegengesetzten syntagmatischen Reihen, die aber beide mit dem Syntagma „sozialpolitische Maßnahmen" verknüpft sind, also zwei Möglichkeiten staatlichen Handelns darstellen:

In Handlungsmöglichkeit (Hm) 2 werden Elemente aufgegriffen, in denen das Volk seinen Protest gegen den Machtblock artikuliert, genauer: Strauß knüpft dort an, wo bestimmte Massen schon einmal ihren Protest gegen den Machtblock artikuliert haben. So ist z. B. das Syntagma „Sozialpolitik als Herrschaftsinstrument" aus linken Diskursen desartikuliert. – Der Antagonismus Volk-Machtblock wird gegen die Sozialpolitik der SPD gerichtet durch Verknüpfung der Hm 2 mit dem Element „Sozialpolitische Maßnahmen" und durch eine Negativverknüpfung mit Satz 1. Anfänglich wurden die dem Verfassungsdiskurs entstammenden Elemente artikuliert als Elemente, von denen *jeder* sozialpolitische Diskurs ausgeht „natürlich muß..."). Die Negativverknüpfung der Hm 2 mit Satz 1 bewirkt nun die Verknüpfung dieser Hm mit den Gegenelementen von Satz 1. Eine Ausgrenzung des sozialpolitischen Diskurses der SPD aus dem Verfassungsdiskurs wird damit angebahnt.

Hm 1 hat mit Hm 2 das Syntagma „sozialpolitische Maßnahmen" gemein. Es ist aber mit Syntagmen verknüpft, die denen der Hm 2 genau entgegengesetzt sind. Angerufen wird, im Gegensatz zu linken Diskursen, der einzelne Bürger. Strauß spaltet also den linken Diskurs an dieser Stelle auf: Er übernimmt die Selbsttätigkeit, grenzt aber das Kollektiv von ihr ab. – Die Selbsttätigkeit von unten wird gekreuzt mit dem Staatseingriff von oben: *Förderung* der *Selbst*entfaltung, *Hilfe* zur *Selbst*hilfe. – Hm 1 wird durch Verknüpfung mit Satz 1 artikuliert als christlich-soziale Sozialpolitik.

Die beiden entgegengesetzten Reihen konstituieren den sozialpolitischen Diskurs bei Strauß. Bei Produktion dieser Reihen reartikuliert Strauß Elemente des sozialpolitischen Diskurses der SPD in einer Weise, daß die Forderung nach drastischer Senkung der Sozialausgaben als Sozialpolitik artikulierbar wird.


ERSTE SYNTAGMATISCHE REIHE
christlich-soziale Politik
freiheitliche Politik
Würde des Menschen wahren
Förderung der Selbstentfaltung des einzelnen Bürgers
eigenverantwortlichen Freiheitsraum nicht wegnehmen
Sozialpolitik als Hilfe zur Selbsthilfe
soziale Maßnahmen
keine staatlichen und bürokratischen Eingriffe
Handlungsmöglichkeit 1
ZWEITE SYNTAGMATISCHE REIHE
Politik der SPD
unfreiheitliche Politik
Menschenwürde verletzen
sozialpolitische Maßnahmen
totale Gängelung der Betroffenen
eigenverantwortlichen Freiheitsraum wegnehmen
Sozialpolitik als Herrschaftsinstrument
sozialistische Maßnahmen
staatliche und bürokratische Eingriffe
Handlungsmöglichkeit 2

Ulrich Seelbach

Notiz über Demokratisierung und Mitbestimmung bei Strauß*

Fast schon „vergessen" sind zwei (damals zentrale) populare Anrufungen der sozialliberalen Regierung Brandt. Das „mehr Demokratie wagen" der Regierungserklärung griff die Forderungen der „jungen kritischen Generation" nach Abbau der Privilegien, Abbau verkrusteter Organisation der Institutionen (Uni und Schule, Lehrlingsausbildung) auf, die Mitbestimmungsdiskussion war Kristallisationspunkt der Forderung nach mehr Transparenz und Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter. Durch diese popularen Anrufungen konnten bestimmte untergeordnete Elemente des APO-Diskurses und der sich wieder zu Wort meldenden Arbeiterbewegung (Septemberstreiks) in den sozialliberalen Diskurs der Regierung Brandt eingegliedert werden. Sehen wir zu, wie Strauß sich diesen Anrufungen gegenüber verhält. Meine These ist, daß sie mit seinem Konzept nicht artikulierbar sind. Ihre Reartikulation würde eine ungleich höhere Anstrengung der Blockierung erfordern, als Vorteile durch ihre Einbindung heraussprängen.

Demokratisierung

„Die Inflation des Demokratiebegriffs verdanken wir dem gleichen Mann, der die Inflation des Geldwerts in ruinöse Bewegung gesetzt hat, Willy Brandt." (122). Strauß bindet *Demokratie* an den Freiheitsraum für den einzelnen Bürger, für den Staat auf der anderen Seite ist die Demokratie „Instrumentarium zum Ausgleich von Interessenkonflikten" (146) und Mittel zur Verwirklichung christlicher Werte (147) - sie wird dem kleinen Mann zur Seite gestellt. Die Erfahrung realer Freiheitseinschränkungen des kleinen Mannes hingegen wird an *„Demokratisierung"*, als Einschränkung der Demokratie, geknüpft. Sie führe nur zur Befriedigung des Machtinteresses einer „bestimmten Gruppe"(123). Gruppen- wie Klassenegoismus ist bei Strauß vom Interesse des kleinen Mannes abgegrenzt. Allein, diese Bestimmung ist noch zu brüchig, deshalb versucht Strauß „ Demokratisierung" über ihre Negativartikulation mit dem Kommunismus auszugrenzen. Er verkettet sie mit der „völlige(n) Unterwerfung der Länder Ost- und Mitteleuropas... unter die Oberherrschaft Moskaus" , dem Beiseiteräumen „aller rechtsstaatlichen Normen " in der DDR. (129) Später wurde sie zum „Schlachtruf der APO" - Strauß versucht eine negative Tradition des Verwendungzusammenhanges aufzubauen.

„50000 neue Mitglieder kamen allein 1969 (in die SPD). Die Aufforderung zum Marsch durch die Institutionen verhallte nicht ungehört:, Die APO kehrt heim' hatte damals Horst Ehmke selbstgefällig festgestellt!" (136) Es ist interessant zu sehen, wie Strauß eine - seiner eigenen Anstrengung analoge- Tätigkeit der damaligen sozialliberalen Regierung beobachtet. Er erkennt den Sinn, der mit dieser popularen Anrufung in Gang gesetzt wurde: Die Einbindung von oppositionellen Kräften in den herrschenden Diskurs. An dieser Stelle greift Strauß ein; das Ende der APO wird mit dem Beginn der „reaktionären Rückwartsentwicklung der SPD zu einer marxistischen Klassenkampfpartei" (136) gleichgesetzt. Die SPD-integrierte APO wird, als zu den Feinden der Demokratie gehörig, aus dem Volk ausgegrenzt. „Demokratisierung" setzt Strauß – an eine Formulierung Wieczorek-Zeuls anknüpfend, die den „Radikalenerlaß" als Abschreckungsstrategie, welche die „Demokratisierung in unserer Gesellschaft" verhindern solle, kennzeichnet – gleich mit dem „ungehinderten Zugang kommunistischer Verfassungsfeinde in den Staatsdienst" (139). Anonyme Mächte, „Demokratisierung", und Politisierung werden nicht allein einer Funktionärsherrschaft zugeschrieben: „Wir wenden uns dagegen, daß der einzelne Bürger durch die ‚Demokratisierung' und Politisierung aller Lebensbereiche anonymen Einflüssen und Mächten ausgeliefert wird, die sich ihrerseits jeder echten Kontrolle entziehen." (144) – sondern die ausübenden Funktionäre, werden– über ihre kommunistische Herkunft oder Tradition– mit den Feinden der Demokratie in eins gesetzt.

Mitbestimmung

Während Strauß „Demokratisierung" aus seinem Diskurs ausgrenzt, versucht er „Mitbestimmung" mit seinem Konzept, wenigstens teilweise, zu kreuzen (er kämpft um sie). Hierzu muß er zwischen *Mitbestimmung* und *sozialliberaler Mitbestimmung* einen Schnitt legen. Selbstverständlich ist für ihn „ein Mitwirkungsrecht an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Mitverantwortung am Arbeitsplatz" (201). „Mitbestimmung entspricht dem demokratischen Grundverständnis – Mitbestimmung durch Leistung, Kompetenz, Verantwortung..." (33). Diese durch Leistung und Verantwortung artikulierte Mitbestimmung macht sie vereinbar mit Werten des kleinen Unternehmers, die zugleich Werte des fleißigen, verantwortungsbewußten Arbeiters sein können, wenn man das Konzept: „die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen" (DGB–Erklärung vom

22.10.1969) erfolgreich ausgrenzt und den Arbeiter an die soziale Marktwirtschaft bindet. „Mitbestimmung" der Sozialliberalen hingegen wolle von „demokratischer Direktwahl" (192), von der Beteiligung aller (und nicht nur der gewerkschaftlich organisierten) Arbeiter nichts wissen (34), weil dies „dem Machtanspruch von Funktionären zuwiderlaufen" würde (192). „...Gewerkschaftsfunktionäre nehmen ihm (dem mündigen Arbeitnehmer) das Denken und das Entscheiden ab." (34) – „Die Idee der Mitbestimmung als Mitkontrolle durch die Arbeitnehmer wird auf den Kopf gestellt: Wer ist noch in der Lage, die Kontrolleure zu kontrollieren?" (34). Echte Mitbestimmung als *funktionsgerechte* Mitbestimmung wird mit der „Selbstverwirklichung des arbeitenden Menschen" (192) artikuliert, sozialliberale Mitbestimmung wird als „von einer Funktionärsschicht in Gewerkschaften und SPD herbeigeredete"...„*funktionärsgesteuerte* Mitbestimmung" ausgegrenzt (33). Strauß versucht durch die Kreuzung von Werten des freien Wirtschaftssubjektes mit funktionsgerechter Mitbestimmung der Perspektive der popularen Anrufung die Spitze zu nehmen: unter Mobilisierung der Anrufung gegen den Staat neutralisiert er die populare Anrufung „Mitbestimmung", grenzt sie aus dem Diskurs des kleinen Mannes aus.

Der Versuch der Ausgrenzung und Neutralisierung beider popularen Anrufungen ist noch brüchig. Sicher ist dies der Grund, warum Strauß in seinen Reden vor größerem Publikum auf diese Punkte nicht zu sprechen kommt. Die schlafenden Hunde zu wekken, könnte für ihn gefährlich werden.

Literaturverzeichnis

BK 6. 10. 79 = F. J. Strauß: Mit aller Kraft für Deutschland. Rede vor dem CSU-Parteitag am 29.9.79 in München. Bayernkurier v. 6.1o.79. (Auch als Broschüre, 40 S.)

BK 24.11.79 = F.J.Strauß: Das Fundament der achtziger Jahre. Rede auf dem Zukunftskongreß der CSU am 16./17.11.79 in München. Bayernkurier v. 24.11.79.

BK 1.3.80 = F.J.Strauß: Wahltag '8o: Es geht um Deutschland. Die Stunde des Ernstes, die Stunde der Wahrheit und die Stunde der Ehrlichkeit ist angebrochen (Politischer Aschermittwoch in Passau). Bayernkurier v.1.3.8o.

BK 31.5.80 = F.J.Strauß: Wende und Erneuerung. Rede vor dem CDU-Parteitag in Berlin. Bayernkurier v. 31.5.8o.

GdF = Franz Josef Strauß, Gebote der Freiheit. München: Gruenwald 1980. 319 S.

Stierle = Stierle, Karlheinz: Text als Handlung, München: UTB 1975.

Weitere Reden von F.J.Strauß

Die Herausforderung des neuen Jahrzehnts. Bayernkurier v. 5.1.1980.
Wem die Stunde schlägt... Bayernkurier v.26.1.1980.
Bereit zur Verantwortung. Rede des CSU–Vorsitzenden im Bundestag vom 28.Februar 1980. Bayernkurier v.8.3.1980.
Was uns von Schmidt unterscheidet. Der Spitzenkandidat vor dem CSU–Parteiausschuß in Ingolstadt. Bayernkurier v.24.5.1980.
Wofür wir stehen und kämpfen. CSU–Parteitag. Bayernkurier v.28.6.1980.

*Alle Zitate aus GdF.

Michael Breitbach und Friedhelm Hase

Die neue Rechte im Verfassungsrecht

1) Gegenstand dieses Berichts*) sind Tendenzen, die in jüngster Zeit in verfassungsrechtlichen ebenso wie in Verfassungsfragen betreffenden politischen Diskussionen und Veröffentlichungen in der Bundesrepublik zu beobachten sind: Tendenzen, an denen sich ablesen läßt, daß der Entstehungs- und Vereinheitlichungsprozeß einer *neuen rechten* Verfassungsideologie begonnen hat – einer ideologischen Richtung, die mit ihrem „Denken vom Ernstfall her"[1] in Konkurrenz zu der autoritär-pluralistischen *Stabilitäts*ideologie zu treten beginnt, die das Verfassungssystem der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahrzehnten nahezu unangefochten beherrscht hat. Von den Entstehungs*bedingungen* dieser neuen Richtung kann hier nur wenig gehandelt werden. Deren Analyse hätte sich vorrangig mit der Krise des *sozialliberalen* Reform- und Integrationskonzepts und der mit diesem verbundenen staatlich-politischen Praxis zu befassen: mit einer Politik, die in zahlreiche Sackgassen geraten muß, weil sie weder bereit noch imstande war und ist, ihre – zumindest formelle – Vorherrschaft in den Staatsapparaten dazu zu nutzen, das von ihr propagierte integrativ-sozialpolitische Konzept durch entschlossene und effektive sozialstrukturelle Reformen abzustützen. Die Strauß-Kandidatur mit ihren vielfältigen politischen Implikationen, vor allem mit der durch sie markierten Umorientierung der Politik der CDU/CSU[2], dürfte die Entstehung der hier behandelten Tendenzen jedenfalls stark befördert haben, indem sie grundlegende strukturelle Veränderungen auch der staatlichen Praxis hat denkbar wer-

den lassen, die über den bloßen parlamentarischen Machtwechsel weit hinausgehen. All dies kann hier nicht weiter vertieft werden. Wir wollen vielmehr in erster Linie der Frage nachgehen, ob aufgrund der beobachteten Tendenzen tatsächlich von einem „ideologischen Bruch", von der Entstehung einer *neuen* und *selbständigen* ideologischen *Richtung* gesprochen werden kann. Diese Frage möchten wir vorsichtig bejahen[3].

Eine *genauere* Einschätzung der Perspektive neuer, „unfertiger" Ideologien wird schon dadurch erschwert, daß diese häufig diffus und unklar, konzeptionell unscharf und in ihren konkreten Optionen unrealistisch sind. Dies gilt in besonderer Weise für *Verfassungs*ideologien, die niemals „aus sich heraus" zu verstehen sind, sondern in einem engen Verweisungszusammenhang mit der politischen Praxis, zumal der Praxis der *Staatsapparate* stehen, aus dem sie erst ihre Konsistenz und bestimmte Gestalt gewinnen können. Eine „funktionierende", als „präzise" und „realistisch" empfundene Verfassungsideologie verweist stets auf eine als stabil erlebte politische Praxis, mit der sie in bestimmter, konkret zu analysierender Weise verklammert ist. Ihre Überzeugungskraft, ihre spontane Plausibilität und die Präzision ihrer Begriffe hängen nicht so sehr von ihrer „immanenten" Schlüssigkeit und Stringenz ab. Wichtiger ist die Frage, ob die Staatsapparate und politischen Instanzen, an denen sie sich – ausdrücklich oder implizit – orientiert, denen sie die Hauptrollen auf der politisch-juristischen Bühne zuweist, eine stabile Praxis zu entfalten vermögen. *Neue* Verfassungsideologien, die erst damit beginnen, Möglichkeiten der Veränderung der staatlichen Praxis zu ventilieren und konzeptionell zu verdichten, die sich aber nicht auf eine etablierte Praxis stützen können, werden sich daher allemal zunächst vage, eher tastend und häufig in illusorischen Forderungen und Programmen artikulieren. Sie sind deshalb aber, wie sich an schwerwiegenden Beispielen leicht belegen ließe, keineswegs irrelevant[4]. Auch in ihren krudesten Vorschlägen[5] zeigen sie noch an, daß sich die etablierte Ideologie und die mit ihr verbundenen Praxisformen – d. h. hier, im Bereich der Verfassungsideologie, die zentralen staatlichen Integrationsmechanismen und -ideologien – in einer Krise befinden, die immerhin so gravierend ist, daß ein Teil des Verfassungsdiskurses sich um eine konzeptionelle Neuorientierung bemüht.

2) Was die neue rechte Verfassungsideologie vor allem charakterisiert, ist eine besondere Sensibilität, ein augeprägtes Gespür für die Krisenhaftigkeit und -anfälligkeit des politischen und verfassungrechtlichen Status quo. Das Auftreten einer Ideologie, die

nicht Harmonie, Konsens und Interessenausgleich anruft, sondern Krisenstimmung verbreitet, muß überraschen, hatte doch das Verfassungssystem der Bundesrepublik in den letzten 25 Jahren eine Stabilität gewonnen, die weithin als selbstverständlich empfunden wurde und bis in die jüngste Zeit als nahezu unerschütterlich erschien. Letzteres hängt in erster Linie damit zusammen, daß sich spätestens Ende der 50er Jahre, unter den exzeptionellen Bedingungen eines wirtschaftlichen Dauerbooms, fixiert auf eine minoritäre Fundamentalopposition, ein außerordentlich stabiler, alle parlamentarisch repräsentierten Parteien und die staatlichen Apparate umfassender und koordinierender innenpolitischer Block herausbildete, der die ökonomischen, politischen und ideologischen Grundstrukturen des Status quo in der Bundesrepublik affirmierte. Dieser Block artikulierte sein (bekanntlich ziemlich rabiates) Selbstverständnis und seinen Zusammenhalt in verschiedenen, allseits „anerkannten" „Grundwerten" und Konsensen, nicht zuletzt in dem Dogma von dem bestehenden als dem „freiheitlichsten" Staat in der deutschen Geschichte, an dem Zweifel zu dulden er immer weniger bereit war[6]. Durch juristische Überhöhung, Verdichtung und staatliche Institutionalisierung dieser „Werte" und Konsense entstand eine relativ stabile und einheitliche *autoritär-pluralistische Verfassungsideologie*, die eine oft erstaunlich weit reichende justizielle, vor allem verfassungsjustizielle Verrechtlichung auch wichtiger politischer Kontroversen ermöglichte. Die hegemoniale Potenz dieses autoritären Pluralismus war immerhin groß genug, alle grundsätzlichen verfassungskonzeptionellen Alternativen aus dem Bereich des ernstlich Denk- und Diskutierbaren zu verbannen[7]. Die beste aller denkbaren Welten schien erreicht: die „offene Gesellschaft" der Freunde und Interpreten der Verfassung[8], in der (nahezu!) jeder „mitmachen" und ohne weiteres „zu seinem Recht kommen" konnte.

Die Überzeugung von der besonderen Stabilität „unseres freiheitlichen Staats" und „seiner Verfassungordnung" bestimmte denn auch den harmonischen Ton, der auf den zahlreichen Jubelfeiern anläßlich des 30. Jahrestags der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik noch eindeutig dominierte. Allerdings waren anläßlich eben dieses Datums auch ganz andere, neue Töne zu hören. Walter Schmitt Glaeser etwa leitete sein Referat auf einem Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung mit der Behauptung ein, daß wir „ein Dezennium der Verfassungsverstöße hinter uns" haben, womit er „Verfassungsverletzungen von ‚oben'" meinte (37). Walter Leisner, einer der wichtigsten Wortführer der neuen Rechten im Ver-

fassungsrecht, hat sich „nach 30 Jahren Grundgesetz" mit der Frage beschäftigt, ob „sich heute ein ‚*Güteurteil*' ... über das Grundgesetz, etwa im Vergleich zur Weimarer Reichsverfassung" fällen läßt und ob dieses „*Belastungsproben* bestanden" hat (Leisner 1979 b, 518). Neu ist nicht die Frage – sie wurde gern gestellt, um die geläufige Vorstellung vom „Bonn" abzurufen, das nicht „Weimar" ist. Neu aber ist Leisners Antwort: ein „Güte-" oder „Bewährungsurteil" über das Grundgesetz und dessen stabilisierende Wirkung könne *nicht* gesprochen werden, weil eine eigentliche *Belastungsprobe* bisher gar nicht stattgefunden habe, sondern noch ausstehe (Leisner 1979 b, 518ff.). „Ob wir sie (die Verfassung) als (deutsche) Eiche sehen dürfen, wir wissen es nicht, denn es kam kein Sturm" (Leisner 1979 b, 521). Ob es künftig zu schweren Krisen kommen, vor allem, ob das Grundgesetz in ihnen Bestand haben wird, erscheint als ungewiß. Es hat, so Leisner im Hinblick unter anderem auf die Verfassungsgerichtsbarkeit und deren herausgehobene Stellung, das „Verfassungsleben" weitgehend zu „entpolitisieren" versucht: „durch steigende Verrechtlichung sollten politische Konflikte wenn nicht abgebaut, so doch eingegrenzt werden". Doch dürfen „das reale politische Gewicht" und „die politischen Stabilisierungswirkungen der neuen Institutionen" des Grundgesetzes nicht überschätzt werden. Sie bringen, wie der Verfassungsschutz – so Leisner etwas dunkel – zeigt, „wieder neue desintegrierende Probleme" (Leisner 1979 b, 519). – Das Grundgesetz ist zudem „bereits nach einem Menschenalter eine ‚ausgeschliffene Verfassung'", es ist „weitgehend flexibilisiert" worden. Die durch die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung vorangetriebene „Verrechtlichung" des Politischen ist mit einem hohen Preis, nämlich mit „Biegsamkeit und Verbiegung" der Verfassung erkauft worden: „Der Verfassungrechtler kann dem Bürger nach 30 Jahren Grundgesetz nicht sagen, worauf er sich unbedingt verlassen könne. Was absolut geschützt wird, ist sicher kein Regime, keine Staats-, Wirtschafts- oder Gesellschaftsordnung" (Leisner 1979 b, 521f.). Für das vorherrschende Verständnis ist die Verfassung „keine Entscheidung mehr, sondern lediglich ein ‚Prozeß', allenfalls noch eine *Orientierung*" (Leisner 1979 c,56). Das Grundgesetz „ist wirklich eine ‚offene Verfassung' geworden". Kann man von einer solchen Verfassung Sicherungen und Halt in den Krisen der Zukunft erwarten, die Leisner jedenfalls für möglich hält? Oder, mit Leisner: „Ob man hier noch härten kann?" (Leisner 1979 b, 521f.).

3) Diese wenigen Zitate deuten bereits darauf hin, daß im Zentrum der Kritik der neuen rechten Verfassungsideologie gerade

diejenige Besonderheit steht, die die eigentliche Stärke der bisherigen Verfassungpraxis in der Bundesrepublik auszumachen schien: Die intensive und elastische Verklammerung politischer und juristischer Praxisformen und Ideologien, die durch die spezifische Funktionsweise des autoritären Pluralismus ermöglicht worden ist. Verfassung als „Prozeß", „Flexibilität" und „Offenheit" der Verfassung sind ja Abbreviaturen der Struktur und des Verfahrens einer Praxis, die sich besonders intensiv auf eine besonders stark vereinheitlichte politisch-ideologische Formation stützen und die in dieser vorgefundene Ordnungsvorstellungen, Werte und Konsense in einer in der Tat flexiblen Weise mit dem Recht verbinden konnte. Die aus dieser Verbindung resultierenden Folgen für die Struktur des Verfassungsrechts der Bundesrepublik sind bekannt und vielfach beobachtet (und von „links" auch kritisiert) worden: die Erosion der Normativität, die Aufweichung der Formalstruktur des Rechts, der eine starke Ausweitung seiner topisch-rhetorischen Dimension, eine opportunistische Öffnung für werthaft-materiale Rechtsvorstellungen und Argumentationen korrespondiert. „Flexibilität" und „Offenheit" der Verfassung sind Formeln einer Praxis, die in dem durch die „Solidarität aller Demokraten" gezogenen Rahmen verschiedene, „plurale" Richtungen, Interessen, Ansprüche und Erwartungen koordiniert, deren Ausgleich und Zusammenhalt nicht nur „faktisch" – auf politischem Wege – hergestellt, sondern zugleich rechtlich organisiert und institutionalisiert wird. „Güter- und Interessenabwägung", „Verhältnismäßigkeitsgrundsatz", „praktische Konkordanz" und „Willkürverbot" sind zentrale juristische Scharniere, über die sich im Bereich des Verfassungsrechts die Kompromißbildungen dieses Pluralismus realisieren, denen die Reproduktion der vorgefundenen ökonomischen, politischen und ideologischen Grundstrukturen immer schon vorgegeben ist. Diese spezifische Struktur der Verfassungpraxis wird vor allem an der besonderen Bedeutung sichtbar, die die *Verfassungsgerichtsbarkeit* für den „Verfassungskomplex" der Bundesrepublik gewonnen hat: Mit dem Gericht hat dieser „Komplex" an zentraler Stelle eine Kontrollinstanz etabliert, die mit ihrer institutionell definierten – aus der justiziellen Entscheidunglogik folgenden – ausgleichenden Sichtweise auf der kompromißhaften Berücksichtigung auch im Parlament unterlegener Interessen insistiert, die dies aber immer nur dadurch tun kann, daß sie die verschiedenen konfligierenden Interessen auf die gemeinsame, für *alle* verbindliche, von *allen* affirmierte und von *allen* zu erhaltende (Verfassungs/Werte) Ordnung zurückbindet. Die verschiedenen, in dem autoritären Pluralismus aggregier-

ten Parteiungen und Gruppierungen – nur diese haben „Einlaß" bei dieser Veranstaltung! – gruppieren sich um das Gericht und bringen ihre verschiedenen „Werte"-Chips zum Einsatz: Das „Recht auf Wiedervereinigung" und das „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes" etwa gegen das „Verfassungsziel der Friedenssicherung"[9], das „Recht auf Selbstverantwortung der schwangeren Frau" gegen das Kindes-„Recht auf Leben"[10], das „Recht auf Kriegsdienstverweigerung" gegen den „Verfassungsauftrag", die „Funktionsfähigkeit der Bundeswehr" sicherzustellen[11] usw. Durch „Abwägung" der „Rechte", „Güter" und „Interessen" versucht das Gericht, einen für alle akzeptablen Kompromiß zu finden und in der „Rechtsordnung" abzustützen.

4) Es scheint gerade der flexible, *kompromißhaft-ausgleichende* Charakter der bisherigen Verfassungspraxis, der justizzentrierten *Verrechtlichung* politischer Prozesse und Kontroversen zu sein, der in der neuen rechten Verfassungsideologie als prekär empfunden wird. Wir wollen uns im folgenden vor allem mit zwei Einwänden beschäftigen, die sie immer wieder vorbringt. Sie lassen sich grob dahin zusammenfassen, daß die kompromißhaft-pluralistische Verrechtlichung des Politischen

1. eine entschlossene, „hoheitliche", eindeutige, klare und greifbare politische und ideologische Praxis des Staats (jedenfalls potentiell) be- oder verhindere, kurz, daß sie die *politische Identität des Staats* bedrohe, daß sie zugleich aber
2. die Eindeutigkeit der rechtlichen Regelungen und Garantien auflöse, die *privat-individueller Freiheit* verläßlichen Schutz vor dem Zugriff eines ausufernden Sozialstaats bieten können, dessen Regelungsanspruch immer umfassender und erdrükkender werden.

Wir wollen uns zunächst mit dem ersten Einwand beschäftigen: Die bisher deutlichste Formulierung der These, die Verrechtlichung des Politischen sei der politischen Staatspraxis hinderlich, findet sich u. E. in Hans Buchheims Ausführungen über „Probleme der Juridifizierung der Verfassung" (Buchheim, 19ff.). Unter Juridifizierung der Verfassung versteht Buchheim, daß man das Grundgesetz „einseitig als oberste Rechtsnorm" auffasst und „seine Bedeutung als *politisches Konzept des Staates*" nur wenig beachtet. „Man trifft in dem Bereich der Politik, in dem die Verfassung letztlich von der Mentalität oder Meinung bzw. vom Willen der Bevölkerung getragen wird, Entscheidungen nach rechtlichen, statt, wie es nötig wäre, nach politischen Kriterien. Verfassungsfragen werden fast ausschließlich als verfassungsrechtliche Fragen behandelt und gerichtlicher anstatt politischer Kontrolle

unterworfen" (Buchheim, 19; Hervorhebung von uns, M. B., F. H.). Wiederum zeigt sich hier, daß die neue Verfassungsideologie gerade dort Probleme und Gefahren sieht, wo die eigentliche Stärke der bisherigen Verfassungspraxis zu liegen schien: in ihrer schier unbegrenzten Fähigkeit, politische Konflikte in Rechtsfragen umzudefinieren. – Das Grundgesetz enthält aber – so Buchheim – nicht nur Normen, sondern auch Prinzipien, und die Unterscheidung zwischen diesen ist für „das Verfassungleben" von „fundamentaler Bedeutung". Denn nicht die Normen, sondern die Prinzipien – allgemeine Prinzipien wie „Freiheit" und „Gleichheit" sowie spezifisch politische – begründen das *Konzept der Verfassung*, bestimmen ihre „politisch-konzeptionelle Geltung" (Buchheim, 19ff., 27). „Der Staat ist letztlich nicht auf Normen errichtet, sondern seine normative Verfassungs- und Rechtsordnung ruht auf einem Fundament, das aus politischer Meinung und rationaler Machtdisposition besteht" (Buchheim, 27f.).

Die Konsequenzen dieser Unterscheidungen demonstriert Buchheim vor allem an der gegenwärtigen Praxis der Berufsverbote, die er als „Musterbeispiel für die Juridifizierung des Verfassungslebens" bezeichnet. Von vornherein kann es für Buchheim bei der Frage nach der „Verfassungstreue" nicht darum gehen, ob ein Bewerber für den öffentlichen Dienst gegen die *normativen* Regelungen der Verfassung verstößt – es geht nicht um Normen, sondern um den „politischen Willen" und die „politischen Entscheidungen", die der Verfassung zugrunde liegen, um die „Prinzipien" der Verfassung: „Das Gefüge der Verfassung und des positiven Rechts hält nur, wenn die politische Meinung, der Wille zur Verfassung virulent bleibt....Der Versuch, in diesem, die Verfassung tragenden Bereich der Politik Sicherheit durch normative Fixierungen zu gewinnen, ist trügerisch und schädlich. Trügerisch, weil er in Wirklichkeit keine Sicherheit bieten kann, trotzdem aber eine Illusion von Sicherheit schafft. Schädlich, weil jede Normierung in diesem Bereich *die eigentlich tragenden Kräfte der Politik beschränkt und teilweise lähmt*. Denn wo immer eine normative Regelung Platz greift, verlieren Machtkalkül und politisches Handeln notwendigerweise ihr Recht" (Buchheim, 27f.; Hervorhebung von uns)[12]. – Buchheims Kritik richtet sich also nicht gegen die Praxis der Berufsverbote schlechthin, sondern nur gegen deren *juristische Inszenierung*. Bei der Frage der „Verfassungstreue" geht es nicht um Rechtsfragen, sondern allein um die „politische Einstellung des Bewerbers", um die „Einschätzung seiner Persönlichkeit". Derjenige, der die Entscheidung trifft, kann sich im wesentlichen nicht auf Fakten stützen, „die Gegenstand einer ge-

richtlichen Beweiswürdigung sein könnten". Er muß „politische Kriterien anwenden, mithin über politisches Urteil verfügen und politisch zur Verantwortung gezogen werden können". Statt dessen aber behandelt die gegenwärtige Praxis „in kritischen Fällen die Bewerbung quasi als Rechtsfrage, bei der mit ‚gerichtsfesten' Tatsachen dem Bewerber nachgewiesen werden muß, daß er aktiv die Verfassung bekämpft" (Buchheim, 29). Die Verrechtlichung wird zu einer *Bindung*, die es erschwert, die Verfassungsordnung politisch zu verteidigen (Buchheim, 38).

Überraschend sind diese Ausführungen dehalb, weil sie eine elementare Unterscheidung in Erinnerung rufen, die der Verfassungsdiskurs der Bundesrepublik nahezu vollständig verdrängt hatte: die Unterscheidung von juristischen und politischen Praxisformen und Ideologien. Dieser Diskurs hatte fast alle politischen Fragen zu Rechtsfragen gemacht. Daß die juristische Inszenierung des Politischen aber überaus voraussetzungsvoll ist, problematisch bleibt und, mit der Veränderung der politischen und ideologischen Konjunkturen, brüchig, widersprüchlich und prekär werden kann, wird nicht zuletzt an Buchheims Stellungnahme deutlich: die bisher als normal erlebte und bewußtlos reproduzierte Verrechtlichung der Berufsverbote erscheint hier als lähmende Beschränkung der politischen Handlungsfähigkeit des Staats. Die hieran sichtbar werdende *allgemeine* Problematik der Verrechtlichung kann an dieser Stelle nur angedeutet werden: Sie resultiert daraus, daß die Verrechtlichung dazu tendiert, prekäre Grenzen verschiedener, ineinander verwobener, dabei aber prinzipiell zu unterscheidender gesellschaftlicher Praxisformen zu verwischen[13]. Die nicht-identischen Funktionsweisen und -bedingungen des Politischen und Ideologischen einerseits, der rechtlichen Praxis andererseits lassen sich nicht dauerhaft negieren, ohne daß die Plausibilität und Konsensfähigkeit beider „Bereiche" gefährdet wird. Dies hängt damit zusammen, daß die juristische Praxis weitaus stärker als politische und sonstige Ideologien in die zentralisierten und hierarchisch strukturierten, von oben bis unten durchorganisierten staatlichen Apparate integriert ist, die ihre Entscheidungen letzten Endes gewaltsam durchsetzen. Recht ist sozusagen die konkrete Sprache der staatlichen Apparate und muß, anders als politische und sonstige Ideologien, jederzeit bestimmbar sein und eindeutige, „verbindliche" Vollzugsanweisungen formulieren, die an jeder Stelle des weit verzweigten staatlichen Mechanismus einheitlich erkannt, akzeptiert und zwangsweise durchgesetzt werden können. Die in die Rechtspraxis (notwendig) integrierten politischen und ideologischen Gehalte müssen daher

relativ allgemein, stabil, unveränderlich, unumstritten und eindeutig sein. Politik und Ideologie im übrigen aber können und müssen beweglicher und uneinheitlicher strukturiert sein, weil sie die „Felder"sind, auf denen sich die verschiedensten gesellschaftlichen Gegensätze artikulieren. Wird, in Phasen exzeptioneller Vereinheitlichung des politischen und ideologischen Diskurses, die rechtliche Institutionalisierung des Politischen „zu weit" vorgeschoben, so gefährdet dies auf die Dauer sowohl die juristische als auch die politische Praxis: Beim Aufbrechen politischer und ideologischer Gegensätze wird das („überpolitisierte") Recht diskreditiert und verliert seine Eindeutigkeit, die politischen und ideologischen Instanzen aber werden gegen die Einschränkungen rebellieren, die das auf Verbindlichkeit und Erzwingbarkeit angelegte Recht ihnen auferlegt. –

Buchheims Mahnung, „die politische Meinung" und den „Willen zur Verfassung virulent" zu halten, sein Plädoyer für eine entschlossene und offensive politische und ideologische Praxis des Staats scheint charakteristisch für die neue Richtung zu sein. Auch Leisner verwirft die „Parole der Ideologielosigkeit" als Illusion: „Herrschaft ist immer etwas irgendwo ‚Ideologisches', nie ein täglich-pragmatisches Kraftspiel...Vor allem gilt das für eine Staatsform, welche die Vielen zur Herrschaft führen soll. Hier muß begeistert werden, und die Integrationskraft solcher Ideen ist immer auch, will man nicht mit Worten spielen – Staatsideologie". Die „anarchistischen oder utopistischen Bewegungen" der Gegenwart zeigen „dieses tiefe Bedürfnis, vor allem der Jugend, nach dem geistig formierten Staat". Man wird, so Leisner, den „so heftig sich äußernden Bedürfnissen von Menschen entgegenkommen müssen, die an etwas glauben wollen und bereit sind, dafür zu sterben..." (Leisner 1979 a, 19f.) – Hier zeichnet sich ein neues, radikalisiertes Verfassungskonzept ab – von Glauben und Ideologie, von Kämpfen und Sterben war in der Verfassungsideologie schließlich lange nicht mehr die Rede –, dessen wesentliche Gehalte und Stoßrichtung wir im folgenden zu bestimmen versuchen werden. Dabei gehen wir auf den zweiten der oben unterschiedenen Einwände der neuen Rechten gegen die Verrechtlichung ein: den Einwand, sie beseitige die rechtlichen Barrieren, die den Weg zum „totalen Sozialstaat" versperren. Es wird zu zeigen sein, daß das Konzept der neuen Rechten, insofern an konservative Ideologien aus der deutschen Verfassungstradition anknüpfend, sich nicht so sehr an den spezifischen ideologischen und politischen Integrations- und Harmonisierungsmechanismen des modernen *parlamentarischen Repräsentativstaats* orien-

tiert, in denen die antagonistischen und sonstigen Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft dadurch dethematisiert werden, daß Struktur und Praxis des Staats als mit dem „Willen aller" übereinstimmend dargestellt werden[14] – daß Ausgangs- und Fluchtpunkt ihres Konzepts vielmehr die *Freiheit des privaten Eigentums* und der *privaten Sphäre des Individuums* ist.

5) „Im Namen der Freiheit" muß, so Friedrich Karl Fromme, eine neue Front eröffnet werden: Während „der vielfältig gezauste, von der Vergangenheit diskreditierte, in einer emanzipativ gesonnenen Gegenwart immer weiter zurückgedrängte sogenannte Hoheitsstaat...zu einem blassen Schemen" heruntergekommen ist, wird „der Sozialstaat immer bedrängender...dem Bürger wird die Chance zur eigenen Lebensentscheidung immer mehr beschnitten"[15]. Kaum eine Parole dürfte in der neuen Rechten lebhafter und breiter Zustimmung sicherer sein. Erstes Ziel ihrer Polemiken, hauptsächlicher Grund ihrer Befürchtungen ist immer wieder die (jedenfalls von ihr behauptete) Entwicklung zum „*Sozialstaat*", die ihr nicht nur als „Vergesellschaftung" oder „Pluralisierung" des Staats gilt, die dessen hoheitliche Kraft schwächen muß[16]. Vor allem – und darauf wollen wir uns im folgenden konzentrieren – scheint ihr diese Entwicklung auf eine umfassende „*Verstaatlichung*" privat-gesellschaftlicher Lebensbereiche hinauszulaufen, die zur Zerstörung „naturwüchsiger" Ordnungsgefüge ebenso wie zur Aufhebung *individueller Freiheit*, zur Beseitigung von „*Privacy*" führen muß.

a) Der Begriff „Sozialstaat" ist einigermaßen unscharf. In erster Linie aber verweist er auf all diejenigen Programme, Normen und Maßnahmen, die sich letztlich in „Sozialleistungen" niederschlagen und die man als „klassische Sozialpolitik" bezeichnen kann. Diese ist es auch zunächst, die im Zentrum der Polemik der neuen Rechten steht. „Warum werden die Bürger nicht stärker in diesem sozialen Staat, sondern immer hilfsbedürftiger," (Leisner 1979 a, 147). Ganz einfach: weil der „Sozialstaat" selbst den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit der Bürger untergräbt. „Denn verteilt wird ganz wesentlich unter Schwache, jedenfalls unter Schwächere...Andererseits lichten sich die Reihen derjenigen durch Verteilung laufend, welche als die ‚Stärkeren', ‚Leistungsfähigeren' angesehen werden" (Leisner 1979 a, 150). Die sozialstaatliche Tendenz zu „Totalsicherung" (Leisner 1979 a, 161) und „*egalitärer Versorgung*" führt zur „Verkürzung des individuellen Rechts auf Leistung" (Doehring 1979, 140). Dieses „Recht auf Leistung" aber hätte die Grundlage nicht nur des demokratischen, sondern auch des – recht verstandenen – „sozialen" Staats zu

nen der vorherrschenden Praxis der Verrechtlichung wird das „ursprüngliche" Recht in Wirklichkeit „entwertet": „Die ehernen Tafeln von damals werden nicht gebrochen, sie *zerfließen*, und gerade in jenen Institutionen, welche sie härten sollten" (Leisner 1979 c, 56).

7) Es geht der neuen Rechten also um eine grundlegende Veränderung der verfassungsrechtlichen Praxis. „Vieles spricht dafür, daß wir nach dreißig Jahren Grundgesetz endgültig von der ‚Werte-Verfassung' Abschied nehmen müssen" (Leisner 1979 b, 522). Was folgt auf diesen Abschied, was soll an die Stelle der „Werte-Verfassung" treten? Wohin zielt die für notwendig gehaltene Veränderung? Nach dem oben Ausgeführten versteht es sich von selbst, daß insoweit derzeit nur eine allgemeine Richtung angegeben werden kann, wobei vieles unklar, vieles offen bleibt. In erster Linie geht es sicher um eine stärkere Politisierung und Ideologisierung der staatlichen Praxis, ebenso um eine stärkere Ideologisierung des privaten Eigentums und der besonderen „Freiheit" privater Lebensbereiche. Zugleich scheint es der neuen Rechten um eine stärkere Betonung formaler rechtlicher Kompetenzen, der „Formalstruktur" des Rechts zu gehen. Freigesetzt von „sozialstaatlichen" Hemmungen, Bindungen und Beschränkungen treten sich „freier (starker) Staat" und „freier (starker) Bürger" gegenüber – eine Konzeption, die in vielem wie eine eigentümliche Reprise der Verfassungsideologie des Bismarck-Reichs erscheint[20].

Über den *ideologisch-manipulativen*, ja *demagogischen* Charakter der neuen rechten Verfassungsideologie sollen hier weitere Worte nicht verloren werden. Er wird dort am deutlichsten sichtbar, wo das private Eigentum als der eigentliche Hort der „Freiheit", der „Sozialstaat" aber als genuin autoritärer, freiheitsfeindlicher Staat ausgegeben wird, der in letzter Instanz Erbschaften des NS-Staats angetreten habe[21]. Gleichwohl hielten wir es für fatal, würde der Realitätsbezug und -gehalt der neuen Ideologie unterschätzt[22]: sie kann gewiß bei realen Erfahrungen, bei einer verbreiteten Sehnsucht nach Privatheit ebenso wie bei Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühlen in der Bevölkerung anknüpfen, die nicht zuletzt durch administrativ-etatistisch inszenierte und erlebte sozialliberale Reformen erzeugt worden sind[23]. Das konservative Konzept der „Privacy" und der „Befreiung" des Individuums kann dort plausibel sein, wo noch die Veränderung der Gesellschaft als „Vergesellschaftung von oben"[24] erfahren wird.

richtlichen Beweiswürdigung sein könnten". Er muß „politische Kriterien anwenden, mithin über politisches Urteil verfügen und politisch zur Verantwortung gezogen werden können". Statt dessen aber behandelt die gegenwärtige Praxis „in kritischen Fällen die Bewerbung quasi als Rechtsfrage, bei der mit ‚gerichtsfesten' Tatsachen dem Bewerber nachgewiesen werden muß, daß er aktiv die Verfassung bekämpft" (Buchheim, 29). Die Verrechtlichung wird zu einer *Bindung*, die es erschwert, die Verfassungsordnung politisch zu verteidigen (Buchheim, 38).

Überraschend sind diese Ausführungen dehalb, weil sie eine elementare Unterscheidung in Erinnerung rufen, die der Verfassungsdiskurs der Bundesrepublik nahezu vollständig verdrängt hatte: die Unterscheidung von juristischen und politischen Praxisformen und Ideologien. Dieser Diskurs hatte fast alle politischen Fragen zu Rechtsfragen gemacht. Daß die juristische Inszenierung des Politischen aber überaus voraussetzungsvoll ist, problematisch bleibt und, mit der Veränderung der politischen und ideologischen Konjunkturen, brüchig, widersprüchlich und prekär werden kann, wird nicht zuletzt an Buchheims Stellungnahme deutlich: die bisher als normal erlebte und bewußtlos reproduzierte Verrechtlichung der Berufsverbote erscheint hier als lähmende Beschränkung der politischen Handlungsfähigkeit des Staats. Die hieran sichtbar werdende *allgemeine* Problematik der Verrechtlichung kann an dieser Stelle nur angedeutet werden: Sie resultiert daraus, daß die Verrechtlichung dazu tendiert, prekäre Grenzen verschiedener, ineinander verwobener, dabei aber prinzipiell zu unterscheidender gesellschaftlicher Praxisformen zu verwischen[13]. Die nicht-identischen Funktionsweisen und -bedingungen des Politischen und Ideologischen einerseits, der rechtlichen Praxis andererseits lassen sich nicht dauerhaft negieren, ohne daß die Plausibilität und Konsensfähigkeit beider „Bereiche" gefährdet wird. Dies hängt damit zusammen, daß die juristische Praxis weitaus stärker als politische und sonstige Ideologien in die zentralisierten und hierarchisch strukturierten, von oben bis unten durchorganisierten staatlichen Apparate integriert ist, die ihre Entscheidungen letzten Endes gewaltsam durchsetzen. Recht ist sozusagen die konkrete Sprache der staatlichen Apparate und muß, anders als politische und sonstige Ideologien, jederzeit bestimmbar sein und eindeutige, „verbindliche" Vollzugsanweisungen formulieren, die an jeder Stelle des weit verzweigten staatlichen Mechanismus einheitlich erkannt, akzeptiert und zwangsweise durchgesetzt werden können. Die in die Rechtspraxis (notwendig) integrierten politischen und ideologischen Gehalte müssen daher

relativ allgemein, stabil, unveränderlich, unumstritten und eindeutig sein. Politik und Ideologie im übrigen aber können und müssen beweglicher und uneinheitlicher strukturiert sein, weil sie die „Felder"sind, auf denen sich die verschiedensten gesellschaftlichen Gegensätze artikulieren. Wird, in Phasen exzeptioneller Vereinheitlichung des politischen und ideologischen Diskurses, die rechtliche Institutionalisierung des Politischen „zu weit" vorgeschoben, so gefährdet dies auf die Dauer sowohl die juristische als auch die politische Praxis: Beim Aufbrechen politischer und ideologischer Gegensätze wird das („überpolitisierte") Recht diskreditiert und verliert seine Eindeutigkeit, die politischen und ideologischen Instanzen aber werden gegen die Einschränkungen rebellieren, die das auf Verbindlichkeit und Erzwingbarkeit angelegte Recht ihnen auferlegt. –

Buchheims Mahnung, „die politische Meinung" und den „Willen zur Verfassung virulent" zu halten, sein Plädoyer für eine entschlossene und offensive politische und ideologische Praxis des Staats scheint charakteristisch für die neue Richtung zu sein. Auch Leisner verwirft die „Parole der Ideologielosigkeit" als Illusion: „Herrschaft ist immer etwas irgendwo ‚Ideologisches', nie ein täglich-pragmatisches Kraftspiel...Vor allem gilt das für eine Staatsform, welche die Vielen zur Herrschaft führen soll. Hier muß begeistert werden, und die Integrationskraft solcher Ideen ist immer auch, will man nicht mit Worten spielen – Staatsideologie". Die „anarchistischen oder utopistischen Bewegungen" der Gegenwart zeigen „dieses tiefe Bedürfnis, vor allem der Jugend, nach dem geistig formierten Staat". Man wird, so Leisner, den „so heftig sich äußernden Bedürfnissen von Menschen entgegenkommen müssen, die an etwas glauben wollen und bereit sind, dafür zu sterben..." (Leisner 1979 a, 19f.) – Hier zeichnet sich ein neues, radikalisiertes Verfassungskonzept ab – von Glauben und Ideologie, von Kämpfen und Sterben war in der Verfassungsideologie schließlich lange nicht mehr die Rede –, dessen wesentliche Gehalte und Stoßrichtung wir im folgenden zu bestimmen versuchen werden. Dabei gehen wir auf den zweiten der oben unterschiedenen Einwände der neuen Rechten gegen die Verrechtlichung ein: den Einwand, sie beseitige die rechtlichen Barrieren, die den Weg zum „totalen Sozialstaat" versperren. Es wird zu zeigen sein, daß das Konzept der neuen Rechten, insofern an konservative Ideologien aus der deutschen Verfassungstradition anknüpfend, sich nicht so sehr an den spezifischen ideologischen und politischen Integrations- und Harmonisierungsmechanismen des modernen *parlamentarischen Repräsentativstaats* orien-

tiert, in denen die antagonistischen und sonstigen Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft dadurch dethematisiert werden, daß Struktur und Praxis des Staats als mit dem „Willen aller" übereinstimmend dargestellt werden[14] – daß Ausgangs- und Fluchtpunkt ihres Konzepts vielmehr die *Freiheit des privaten Eigentums* und der *privaten Sphäre des Individuums* ist.

5) „Im Namen der Freiheit" muß, so Friedrich Karl Fromme, eine neue Front eröffnet werden: Während „der vielfältig gezauste, von der Vergangenheit diskreditierte, in einer emanzipativ gesonnenen Gegenwart immer weiter zurückgedrängte sogenannte Hoheitsstaat...zu einem blassen Schemen" heruntergekommen ist, wird „der Sozialstaat immer bedrängender...dem Bürger wird die Chance zur eigenen Lebensentscheidung immer mehr beschnitten"[15]. Kaum eine Parole dürfte in der neuen Rechten lebhafter und breiter Zustimmung sicherer sein. Erstes Ziel ihrer Polemiken, hauptsächlicher Grund ihrer Befürchtungen ist immer wieder die (jedenfalls von ihr behauptete) Entwicklung zum „*Sozialstaat*", die ihr nicht nur als „Vergesellschaftung" oder „Pluralisierung" des Staats gilt, die dessen hoheitliche Kraft schwächen muß[16]. Vor allem – und darauf wollen wir uns im folgenden konzentrieren – scheint ihr diese Entwicklung auf eine umfassende „*Verstaatlichung*" privat-gesellschaftlicher Lebensbereiche hinauszulaufen, die zur Zerstörung „naturwüchsiger" Ordnungsgefüge ebenso wie zur Aufhebung *individueller Freiheit*, zur Beseitigung von „*Privacy*" führen muß.

a) Der Begriff „Sozialstaat" ist einigermaßen unscharf. In erster Linie aber verweist er auf all diejenigen Programme, Normen und Maßnahmen, die sich letztlich in „Sozialleistungen" niederschlagen und die man als „klassische Sozialpolitik" bezeichnen kann. Diese ist es auch zunächst, die im Zentrum der Polemik der neuen Rechten steht. „Warum werden die Bürger nicht stärker in diesem sozialen Staat, sondern immer hilfsbedürftiger," (Leisner 1979 a, 147). Ganz einfach: weil der „Sozialstaat" selbst den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit der Bürger untergräbt. „Denn verteilt wird ganz wesentlich unter Schwache, jedenfalls unter Schwächere...Andererseits lichten sich die Reihen derjenigen durch Verteilung laufend, welche als die ‚Stärkeren', ‚Leistungsfähigeren' angesehen werden" (Leisner 1979 a, 150). Die sozialstaatliche Tendenz zu „Totalsicherung" (Leisner 1979 a, 161) und „egalitärer Versorgung" führt zur „Verkürzung des individuellen Rechts auf Leistung" (Doehring 1979, 140). Dieses „Recht auf Leistung" aber hätte die Grundlage nicht nur des demokratischen, sondern auch des – recht verstandenen – „sozialen" Staats zu

sein: ersteres, weil „das Ideal der Demokratie der selbstbewußt besitzende Bürger" (Leisner 1979 a, 57), nicht der Versorgungsempfänger ist, letzteres, weil „die Freiheitsverbürgung...letztlich sozialer als die egalitäre Versorgung" ist (Doehring 1979, 128). Es bedarf keiner besonderen Phantasie, die Freiheit zu bestimmen, die hier gemeint ist und von der aus hier gedacht wird: „Freiheit (ist) heute in erster Linie wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit" (Leisner 1979 a, 163). „Privateigentum ist nicht nur eines von vielen Instrumenten der Freiheit; sie ist ganz wesentlich einerseits selbst Freiheit, andererseits ein Wert, der, vor allem, Freiheit heute sinnvoll und nützlich erscheinen läßt" (Leisner 1979 a, 51).

b) All diese Parolen dürften in der einen oder anderen Form bekannt sein, rekurrieren sie doch – mit der Identifikation von „Freiheit" und privatem Eigentum – auf zentrale und vertraute Elemente der bürgerlichen Ideologie. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht weiter hiermit aufhalten, sondern auf einen anderen Aspekt der neuen Verfassungsideologie hinweisen. Nicht nur durch die staatliche Verteilungspolitik und auf wirtschaftlichem Gebiet scheint ihr nämlich die „Freiheit" des Einzelnen bedroht – dem reglementierenden Zugriff des „Sozialstaats" sind tendenziell alle Lebensbereiche mehr und mehr ausgesetzt. Mit dem neuen „familienfeindlichen" Jugendhilfegesetz etwa wird „die Erziehungsaufgabe der Familie zugunsten des Staates" eingeschränkt[17]. In der Reform des elterlichen Sorgerechts zeigt sich eine Tendenz zur „Verstaatlicheung der Familie", zur „totalen" Verrechtlichung der Erziehung (Schmitt Glaeser, 51). Auch in Bezug auf andere Lebensbereiche wird der Ruf nach „Freiheit" von staatlicher Reglementierung laut, etwa wenn neuerdings die „erlaßfreie Schule" gefordert wird. Konzentrierter Ausdruck dieses von der neuen Rechten verbreiteten Unbehagens an der Praxis „sozialstaatlicher" Regulierung und Reformgesetzgebung ist der geläufige Slogan von der *Vorschriftenflut*: zu vieles, nahezu alles beanspruche heute der Staat zu regeln, und dennoch (oder gerade deshalb) stelle sich keine Kontinuität, keine Sicherheit, kein Beständigkeit ein. „Im Rechtsstaat (herrscht heute) kein eigentliches Vertrauen, weit weniger jedenfalls als einst gegenüber gesetzesfreier monarchischer Gewalt; denn der Fürst, selbst institutionalisierter Ausdruck des Dauernden, konnte sein Wort nicht so rasch zurücknehmen wie der demokratische Gesetzgeber" (Leisner 1977, 539). Hier kann nur eine grundsätzliche Umorientierung Abhilfe schaffen: „Es ist nicht unsere Aufgabe, alles zu normieren...Es geht nicht um mehr Normen und Kontrollen, sondern um mehr rechtsfreie Räume, mehr Privacy im eigentlichen Sinne" (Leisner 1977, 542).

6) Die Kritik gilt hier natürlich nicht den staatlichen „Normen und Kontrollen" im Bereich der *politischen Freiheitsrechte*, an denen in den letzten Jahren in der Bundesrepublik – vom politischen Strafrecht über die Schnüffelpraxis der verschiedenen Geheimdienste bis hin zu den bereits erwähnten Berufsverboten – gewiß kein Mangel bestand. „Privacy" zielt nicht auf, sondern *gegen* politische Öffentlichkeit[18]. Die Kritik der neuen Rechten gilt in erster Linie der sozialliberal initiierten *Reform*gesetzgebung der letzten Jahre, von der sie die Auflösung überkommener Ordnungszusammenhänge befürchtet. Die Richtung, in die diese Reformen sich letzten Endes nur bewegen können, ist ihr nicht zweifelhaft: „Wenn hier von sozialistisch gesprochen wird, ist durchaus nicht nur das typisch kommunistische Regime gemeint, sondern eine auch in unserem Staat bestehende Tendenz, die trotz verbaler Ablehnung kommunistischer Ideale doch deren Substanz fördert, sei es in der Annäherung an Rätesysteme, wie sie sich z. B. in der Gruppenuniversität findet, oder an materielle Egalitätsvorstellungen" (Doehring 1979, 129)[19].

Wir können nun genauer angeben, warum die neue rechte Verfassungsideologie sich *kritisch* auf die kompromißhaft-ausgleichende Verrechtlichungsstrategien bezieht, die die Verfassungspraxis der Bundesrepublik bisher bestimmen: weil diese mit ihrer ausgeprägt topisch-rhetorischen Orientierung, mit der „Abwägung" und „verhältnismäßigen" „Optimierung" der „Güter" und „Interessen" alle Bastionen zu schleifen (oder besser: aufzuweichen) scheint, die privater „Freiheit" Schutz vor dem Zugriff des „Sozialstaats" bieten könnten. Doehring beklagt, „daß die Grundrechtsauslegungen in einem solchen Maß divergieren, daß eine faßbare und allgemeinverbindliche Bindung immer schwerer auffindbar wird" (1978, 38). Leisner konstatiert: „In dreißig Jahren sollte es möglich sein, ...strategische(n) (das „absolut Unveränderliche" markierende) Punkte des Grundgesetzes zu bestimmen; *es ist nicht gelungen*" (1979 b, 521), ganz im Gegenteil. Im vorherrschenden Verständnis des allgemeinen Gleichheitssatzes als Willkürverbot ist dieser zu einem bloßen „Abwehrrecht gegen Unvernunft" degeneriert. Das für die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zentrale Grundrecht auf „freie Entfaltung der Persönlichkeit" „ist zu einem nahezu inhaltslosen ‚Grundrecht auf das verfassungsmäßige Gesetz' herabgesunken" (Leisner 1979 b, 521). Die Verdichtung der Grundrechte zu „der sog. Wertordnung der Grundrechte" führt, wie etwa bei der sog. Drittwirkung deutlich wird, „zur Aufhebung der Grundrchte bzw. ihre(r) Paralysierung" (Doehring 1979, 134). In den „werthaften" Argumentatio-

nen der vorherrschenden Praxis der Verrechtlichung wird das „ursprüngliche" Recht in Wirklichkeit „entwertet": „Die ehernen Tafeln von damals werden nicht gebrochen, sie *zerfließen*, und gerade in jenen Institutionen, welche sie härten sollten" (Leisner 1979 c, 56).

7) Es geht der neuen Rechten also um eine grundlegende Veränderung der verfassungsrechtlichen Praxis. „Vieles spricht dafür, daß wir nach dreißig Jahren Grundgesetz endgültig von der ‚Werte-Verfassung' Abschied nehmen müssen" (Leisner 1979 b, 522). Was folgt auf diesen Abschied, was soll an die Stelle der „Werte-Verfassung" treten? Wohin zielt die für notwendig gehaltene Veränderung? Nach dem oben Ausgeführten versteht es sich von selbst, daß insoweit derzeit nur eine allgemeine Richtung angegeben werden kann, wobei vieles unklar, vieles offen bleibt. In erster Linie geht es sicher um eine stärkere Politisierung und Ideologisierung der staatlichen Praxis, ebenso um eine stärkere Ideologisierung des privaten Eigentums und der besonderen „Freiheit" privater Lebensbereiche. Zugleich scheint es der neuen Rechten um eine stärkere Betonung formaler rechtlicher Kompetenzen, der „Formalstruktur" des Rechts zu gehen. Freigesetzt von „sozialstaatlichen" Hemmungen, Bindungen und Beschränkungen treten sich „freier (starker) Staat" und „freier (starker) Bürger" gegenüber – eine Konzeption, die in vielem wie eine eigentümliche Reprise der Verfassungsideologie des Bismarck-Reichs erscheint[20].

Über den *ideologisch-manipulativen*, ja *demagogischen* Charakter der neuen rechten Verfassungsideologie sollen hier weitere Worte nicht verloren werden. Er wird dort am deutlichsten sichtbar, wo das private Eigentum als der eigentliche Hort der „Freiheit", der „Sozialstaat" aber als genuin autoritärer, freiheitsfeindlicher Staat ausgegeben wird, der in letzter Instanz Erbschaften des NS-Staats angetreten habe[21]. Gleichwohl hielten wir es für fatal, würde der Realitätsbezug und -gehalt der neuen Ideologie unterschätzt[22]: sie kann gewiß bei realen Erfahrungen, bei einer verbreiteten Sehnsucht nach Privatheit ebenso wie bei Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühlen in der Bevölkerung anknüpfen, die nicht zuletzt durch administrativ-etatistisch inszenierte und erlebte sozialliberale Reformen erzeugt worden sind[23]. Das konservative Konzept der „Privacy" und der „Befreiung" des Individuums kann dort plausibel sein, wo noch die Veränderung der Gesellschaft als „Vergesellschaftung von oben"[24] erfahren wird.

Anmerkungen

* Gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in Heft 2/80 von „Demokratie und Recht" erscheint. – Berücksichtigt sind hier in der Hauptsache folgende Abhandlungen und Vorträge: *W. Leisner:* Demokratie. Selbstzerstörung einer Staatsform?, Berlin 1979 (zit.: Leisner 1979 a); *ders.:* Flexibilität als Bewährungsprobe? Vom Grundgesetz der Werte zur Verfassung der Möglichkeiten, in: Bayr. Verwaltungsblätter 1979, 518ff. (zit.: Leisner 1979 b); *ders.:* Die Verfassungsverbiegung. Durch „kleine Schritte" zu einem anderen Grundgesetz. In: Politische Studien, Sonderheft 2/1979, 55ff. (zit.: Leisner 1979 c), ein auf einem Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU gehaltener Vortrag; *ders.:* Rechtsstaat – Ein Widerspruch in sich? Juristenzeitung 1977, 537ff. (zit.: Leisner 1977); *K. Doehring:* Sozialstaat, Rechtsstaat und freiheitlichdemokratische Grundordnung, in: Die politische Meinung, Sonderheft, 1978 (zit.: Doehring 1978), eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung getragene Veröffentlichung; *ders.:* Alternativen des Sozialstaats, in: 30 Jahre Grundgesetz, hrsg. v. *D. Merten* und *R. Morsey*, Berlin 1979, 125ff. (zit.: Doehring 1979); *H. Buchheim:* Probleme der Juridifizierung der Verfassung, in: 30 Jahre Grundgesetz, a.a.O., 19ff. (zit.: Buchheim); *W. Schmitt Glaeser:* Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, in: Politische Studien, Sonderheft 2/1979, 37ff. (zit.: Schmitt Glaeser), ein auf einem Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU gehaltener Vortrag.

[1] Vgl. dazu M. Stürmer: Demokratie im Schatten des Ernstfalls, FAZ v. 29. 6. 1979.

[2] Zur Bedeutung der Strauß-Kandidatur für das politische Konzept der CDU/CSU vgl. Das Erfolgsrezept der CSU, Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, H. 6/79, 3ff.

[3] Die weitere Entwicklung der Verfassungsideologie ist natürlich von der nicht zu prognostizierenden Entwicklung der politischen Konjunkturen abhängig.

[4] Auch die konservativen Verfassungsideologien aus „Weimar", die bei der Zerstörung der Weimarer Republik eine wichtige Rolle gespielt haben, waren nicht gerade „präzise", „rational" und „realistisch".

[5] Vgl. in diesem Zusammenhang etwa die Verfassunsreformvorschläge *F. A. v. Hayeks*, über die *W. v. Simson* berichtet, Der Staat 1979, 403ff.

[6] Interessanterweise ist dieses Dogma bereits zum Gegenstand des Spottes der neuen Rechten geworden. *F. K. Fromme* fragt in der FAZ v. 10. 1. 1980: „Ist der Staat, unser schöner demokratischer, sozialer Rechtsstaat, der ‚freiheitlichste Staat in der deutschen Geschichte', zu einem Ungeheuer geworden, das schwer auf den Schultern seiner Bürger lastet?". Derartige Äußerungen wären noch vor kurzem gewiß allgemein als frevelhaft empfunden worden.

[7] Vgl. hierzu nur *H. Quaritsch:* Der fortschreitende Verfassungsstaat, in: Der Staat 1978, 421ff.: „In der Wertschätzung des verfassungrechtlichen Status quo Westdeutschlands gibt es keinen Dissens" (429).

[8] Vgl. *P. Häberle:* Die offene Gesellschaft der Verfassungsinterpreten, Juristenzeitung 1975, 297ff.

[9] BverfGE 36, S. 1ff. (Grundlagenvertrags-Urteil).

[10] BVerfGE 39, S. 1ff. (Entscheidung zu § 218 StGB).

[11] BVerfGE 48, S. 127ff. (Entscheidung über die Wehrdienstnovelle).

[12] Buchheims Argumentation ist im übrigen strukturell derjenigen kongruent, mit der sich *R. Smend* 1928 gegen eine Ausdehung der Staatsgerichtsbarkeit wandte, vgl. Verfassung und Verfassungsrecht, München u. Leipzig 1928, 135f., 143f.

[13] Vgl. allgemein zur Bedeutung der Abgrenzung verschiedener gesellschaftlicher Praxisbereiche *W. F. Haug:* Umrisse zu einer Theorie des Ideologischen, in: Theorien über Ideologie, Argument-Sonderband 40, 178ff., 199.

[14] Vgl. hierzu allgemein *P. Anderson:* Antonio Gramsci (deutsch) Berlin 1979, insbes. 37ff.

[15] In FAZ v. 16. 1. 1980.

[16] Leisner konstatiert mit Bezug auf den „Sozialstaat": „Diese Staatsform gibt dem Bürger materielle Inhalte nicht vor, sie entnimmt sie dem Konsens der Gesellschaft". „Sozialstaat" ist nach dem vorherrschenden Verständnis „lediglich das juristische Gefäß, in welches laufend die immer neuen Inhalte des Sozialen einfließen" (1979a, 141).

[17] Vgl. den Bericht in der FAZ v. 20. 5. 1980.

[18] So warnt Buchheim vor einer „Usurpation der nichtstaatlichen Öffentlichkeit im Namen der Gesellschaft", durch die „deren legitimes Subjekt, nämlich der Einzelne zum illegitimen Konkurrenten der Gesellschaft gestempelt wird, der seine Interessen angeblich auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen versucht" (Buchheim, 33).

[19] Wo derartige Gefahren drohen, kann – so Leisner – die ebenso gängige wie gedankenlose „Behauptung von der Alternativlosigkeit der Demokratie" (1979 a, 14) nicht länger akzeptiert werden. „Die Zeit ist reif für eine Grundsatzkritik (von Demokratie und Rechtsstaat) ...nicht aus marxistischer Sicht... sondern durchaus auf den Grundlagen der ‚bürgerlichen' Dogmatik" (1977, 539).

[20] Vgl. dazu K. H . Ladeur in *F. Hase/K.-H. Ladeur:* Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches System, Frankfurt am Main 1980, 64.

[21] So schreibt Leisner, „zentrale geistige Grundlagen wie auch institutionelle Formen des ‚Sozialen'" seien gerade von „Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus" entwickelt worden (1979 a, 145).

[22] Der Realitätsgehalt der neuen Konzeption ist auch am Beispiel der bayrischen Entwicklung ablesbar, vgl. dazu die oben in Anmerkung 2 angeführte Analyse.

[23] Vgl. zu dieser Einschätzung auch *J. Habermas:* Einleitung in: Stichworte zur „geistigen Situation der Zeit", 1. Band: Nation und Republik, hrsg. von *J. Habermas,* Frankfurt am Main 1979, 24, 28.

[24] Auf dem letzten Parteitag der CSU warnte Generalsekretär E. Stoiber unter Berufung auf „die Freiheit" vor „der fortschreitenden ‚Sozialisierung von oben'" (FR vom 21. 6. 1980, S. 1); vgl. zum Begriff auch *M. Jäger, W. Elfferding:* Wie gefährlich ist Franz Josef Strauß? Das Argument 119, 74ff.

Friedhelm Kröll

Rechtspopulistischer Kommunalismus

Zu einem Aspekt der ideologisch-politischen Tätigkeit der CSU

Der Aufsatz befaßt sich mit einigen Zügen der Stiftung mobilisierungsfähiger Massenloyalität durch die CSU. Er behandelt ein CSU-typisches politisches Konzept, im folgenden als „rechtspopulistischer Kommunalismus" bezeichnet. Die Überlegungen präsentieren sich allerdings nicht als ein 5. Oktober-Memorandum „how to vote". Ebensowenig wie das aufzuhellende Phänomen eines „rechtspopulistischen Kommunalismus" (RPK) von der CSU für den 5. Oktober niedergebracht worden ist und nach Ablauf dieses Datums wieder gestorben sein wird, krampfen sich die vorgetragenen Überlegungen an diesem Datum fest. Es geht um den skizzenförmigen Versuch, einen m.E. noch unzureichend aufgearbeiteten Wesenszug der ideologisch-politischen Tätigkeit der CSU ins Licht zu rücken.

1. Zur Ortsbestimmung des Problems „rechtspopulistischer Kommunalismus"

Es würde schon eine gute Portion Ignoranz dazu gehören, von den ledernen Kniebundhosen, die Paul Breitner und Karl-Heinz Rummenigge am Abend des Gewinns der „Deutschen Fußballmeisterschaft" durch den FC Bayern München vor den Kameras des ZDF vorführten, auf eine gleichsam krachledern-hinterwäldlerische Zurückgebliebenheit des bayerischen Fußballs und zumal des Münchner Fußballgeschäfts zu schließen. Ähnlich ignorant zeigt sich, wer „Programm" und „Strategie Strauß" ob der manchmal bajuwarisch-waldursprünglich anmutenden Inszenierungselemente vornehm gar als „ungleichzeitig" belächelte und darin schließlich die Wurzeln des unweigerlichen Scheiterns des „Programm Strauß" erblickte. Solcherart „Sonderling"-Optik verstellt den Blick sowohl für den strategischen Gehalt des „Programm Strauß" als auch für die potentielle Anwendungsreichweite bestimmter Züge der ideologisch-politischen Tätigkeit der CSU. Auf den letztgenannten Aspekt konzentrieren sich die Überlegungen zum RPK-Konzept; was den erstgenannten angeht, habe ich dem Reflexionskonzentrat von Opitz, referiert während des Anti-Strauß-Kongresses am 12. 4. 1980 hier nichts hinzuzufügen[1].

Hilflose Kritik an „Programm" und „Strategie Strauß", als die so manche Gang-und-Gäbe-Polemik gegen den „Kanzlerkandidaten" sich herausstellt, heftet sich nicht selten mit Vorliebe an bestimmte Spezifika CSU-eigener politischer Inszenierung. Solche Besonderheiten, meinethalben der Trachtenanzug mitsamt „Sepplhut", werden gerne zu scheinbar genuin bajuwarischen Politik-Kuriosa aufgebauscht und ins Licht eines ironisch vermeinten Anachronismus-Verdikts getaucht[2]. Als ließen sich im Trachtenanzug nicht sowohl Interessen der Rüstungsindustrie wie die der Lohnabhängigen vertreten. Der Trachtenanzug bezeichnet an sich noch keine bestimmte ideologisch-politische Position; sein interessenbestimmter, kulturell-politischer Gebrauchszusammenhang ist von Belang. Es ist jedenfalls ein kaum zu unterschätzendes Verdienst von Mintzel, mit seinen Untersuchungen die Legende von der „folkloristisch-hinterwäldlerischen" CSU gründlich destruiert und die „Modernität" ihrer politischen Arbeit aufgewiesen zu haben[3]. Die Arbeiten Mintzels belegen, daß die angedeutete Art von „ironischer Kritik" weder an die strategischen Konsequenzen des „Programm Strauß", noch – was hier zur Diskussion steht – an die Spezifik der ideologisch-politischen Tätigkeit der CSU heranreicht. Die Auffassung, der besondere Charakter der CSU-Politik erschöpfe sich letztlich im geschickten, historisch einmaligen Umgang mit bajuwarischer Rückständigkeit, verkennt im Ansatz schon, daß der in regionale und zumal lokale Gewandungen schlüpfenden Alltagspraxis der CSU eine nachgerade rational-kalkulierte Konzeption zugrundeliegt. Einen wesentlichen Aspekt dieser noch näher zu bestimmenden ideologisch-politischen Formierungsweise bildet das, was ich im folgenden als „rechtspopulistischen Kommunalismus" (RPK) umreißen werde. Dieses Konzept ist, wenn ich es recht sehe, bisher nur „in den Farben Bayerns" erprobt worden, und mit Erfolg. Insofern kann es als ein CSU-spezifisches Konzept betrachtet werden[4]; nicht aber als ein einzig und allein auf Bayern anwendbares. Denn der Funktionsweise des RPK scheint mir gerade eigen zu sein, chamäleongleich je wechselnde lokale und regionale Kolorierungen anzunehmen.

Worauf ich im folgenden nicht näher eingehen werde, betrifft die Ortung des RPK-Konzeptes als einem Bestandteil dessen, was Opitz als die „Straußsche Rechtskräftesammlung" (1980, 7) analysiert. Mir scheint, daß das RPK-Konzept ein wesentliches Schubelement bilden könnte, die „Alternative Strauß" – statt „Erkaufen der politischen Loyalität mit sozialpolitischen Kompromissen nach der sozialliberalen Methode der integrativen Massenabsi-

cherung" (Opitz 1980, 4) Einpflanzen reaktionär mobilisierungsfähiger „Gesinnung in der Bevölkerung" – schrittweise bundesweit zur Geltung zu bringen. Kurzsichtig wäre es, die Tragfähigkeit des RPK-Konzepts einzig am aktuellen bundespolitischen Wahlstimmen-Barometer zu messen; daß dieses Konzept auch Wahlstimmen zu scheffeln imstande ist, davon zeugen die CSU-Wahlergebnisse der 70er Jahre. Aber das RPK-Konzept erntet nicht reichen Stimmensegen, weil es ein glänzendes Wahlkonzept ist, sondern es wirft Wahlstimmen ab, weil es in seiner Wirkungsweise fest im außerparlamentarischen Raum verankert ist.

Schließlich noch eine Anmerkung zur Einordnung des RPK-Konzepts ins Hegemonie-Thema. Nach meinen bisherigen Überlegungen bin ich der Auffassung, daß dieses CSU-typische Konzept nicht als die oder eine Strategie zur Bildung von so etwas wie einem „rechtspopulistischen Block", der einem „sozialliberalen Block" abgrundtief gegenüberstünde, zu begreifen ist. Vielmehr fasse ich das RPK-Konzept als eine spezifische *ideologisch-politische Formierungsvariante* auf, die von der CSU innerhalb des gesamten Ensembles hegemonialer, von den Interessen der herrschenden Klasse her vor-, nicht durchbestimmter Tätigkeiten im Wege besonderer Praxis- und Erfahrungszusammenhänge entwickelt worden ist und gezielt ausagiert wird. Es wäre ein eigenes Kapitel, über die Kovarianz bzw. Kollisionshaltigkeit von rechtspopulistischer Formierungsweise und sozialliberaler Integrationsweise nachzudenken (vgl. hierzu einige Bemerkungen in: Kröll, Vereinskultur..., 1980). Worum es mir hier geht, ist zu verdeutlichen, daß aus meiner Sicht des RPK-Konzepts beide, die sozialliberale ebenso wie die rechtspopulistische Formierungsvariante, jeweils bestimmte Weisen der Bildung *eines* hegemonialen Blocks im Interesse der ökonomisch-gesellschaftlich herrschenden Klasse darstellen, deren simultane, sowohl friktionsgeladene wie aber auch sich aufschraubende (nicht zuletzt in Form der Inszenierung schiefer Alternativen wie „Schmidt oder Strauß") Praktizierungsmöglichkeit mir in diesem Bundestagswahlkampf belegt zu sein scheint. Jedenfalls, wenn es im BdA-Organ „der arbeitgeber" vom 24. 4. 1970 (!) heißt: „Die CDU braucht F. J. Strauß", so kann daraus noch lange nicht geschlossen werden, daß der BdA der Auffassung gewesen wäre, er hätte fürderhin keinen Bedarf mehr nach Brandt/Schmidt bzw. der sozialliberalen Formierungsvariante gehabt. M.E. kann schließlich die rechtspopulistische Formierungsvariante durchaus auch eine Heimstatt in einer „Großen Koalition" haben. Ich lasse dies hier auf sich beruhen, weil es nicht mein Thema ist.

2. Zur Funktionsweise des Konzepts „rechtspopulistischer Kommunalismus"

„Kommunalpolitik ist Politik"[5]. Dieser lapidare Satz deutet an, daß die CSU von einer administratorischen Geringschätzung der kommunalen Politikebene weit entfernt ist. Umgekehrt, diese Ebene bildet gleichsam den Angelpunkt ihrer hegemonialen Konzeption. Was die CSU an der Kommunalpolitik so besonders interessiert, ist der profane Sachverhalt, daß „die Gemeinde als Bereich (erscheint), in dem für den Bürger die Probleme noch am überschaubarsten sind und seine unmittelbare Daseinsfürsorge bewältigt wird"[6]. Kurz, es ist der gemeindliche „Lebenszusammenhang von Arbeiten, Wohnen und Erholen"[7], worin nicht nur sinnfällig die Folgen von „Wirtschaft" und „Politik" durchschlagen, sondern diese Bereiche auch in lebensformspezifischen Diskursen gefiltert und verhandelt werden. Und just in die Filtrierungsvorgänge versucht die CSU „hand- und kopfgreiflich" sondierend und orientierend einzuwirken. Vor diesem Hintergrund deutet sich an, daß für die CSU Kommunalpolitik nicht einfach das „unterste Fach" nach Bundes- und Landespolitik darstellt; Kommunalpolitik reicht für sie weiter, ist im Verständnis der CSU ein Kernbestandteil der Stiftung ihrer politischen Vormachtstellung. Von hier aus ist denn auch der Zugang zur Erschließung der Funktions- und Wirkungsweise des RPK-Konzepts zu gewinnen[8].

Vor dem aufgerissenen Horizont verstehe ich unter dem RPK-Konzept eine bestimmte Form der Versäulung politischer Macht der herrschenden Klasse nach unten *als ob* es eine Weise der Bildung politischer Macht von unten nach oben sei, geleistet durch eine spezifische Instrumentierung der Teilhabe des „Volkes" an Artikulations- und Willensbildungsprozessen, die zugleich seine Entmachtung und interessenfremde Umpolung zur hegemonialen Verfügbarkeit für eine „krisenreaktive Vorwärtsstrategie" der herrschenden Klasse bewirkt.

Ich halte es für möglich, daß das RPK-Konzept auch außerhalb Bayerns zur Geltung gebracht werden könnte; in diesem Lichte wäre von der politischen Linken die CSU-Drohung mit der „Vierten Partei" noch einmal zu durchdenken. Einflußreich könnte m.E. jenes Konzept auch dort sein, wo die SPD auf kommunaler Ebene, insbesondere im Bereich ihrer Um- und Vorfeldorganisationen, verwaiste Stellen hinterläßt, oder wo sie aus Stellungen herausgedrängt wird, weil sie sich aufgrund ihrer sozial-integrativen, sozial-beschwichtigenden Formierungsvariante Mobilisierungsverbot auferlegt[9]. Fest steht bisher, daß das RPK-Konzept der po-

litischen Rechten in Bayern Früchte eingetragen hat. Und spätestens seit der Schleifung von traditionellen Hochburgen der SPD im protestantisch-industriellen „fränkischen Gürtel" durch die CSU, seit ihren deutlichen Einbrüchen ins traditionelle SPD-Wählerreservoir und endlich seit der zunehmenden Rekrutierung der CSU-Mitgliedschaft aus bestimmten Abteilungen auch der industriellen Lohnarbeiterschaft (erste Generation, erzeugt durch den nachgeholten Industrialisierungsschub), darf die Frage gestellt werden, ob es sich bei dem RPK-Konzept nicht um mehr denn bloß ein bayerisches Sonderphänomen handelt. Bedeutsame Teile der CSU-Führung gehen jedenfalls davon aus. Das gibt Anlaß zur perspektivischen Frage, ob ihr ideologisch-politisches Konzept geeignet erscheint, a) als eine strategische Variante vorbeugender Krisenpolitik, vorgreifender *Bindung* inzwischen orientierungslos flottierender Bevölkerungsteile an den herrschenden status quo zu dienen, b) darüber hinaus als ein Mittel zur *Mobilisierung* von solchen Bevölkerungsteilen, welche Anzeichen von sozialer Enttäuschung, Apathie, Desinteressiertheit und politischer Desorientierung – u.a. Ausfallbestände sozialliberaler Formierungsweise – zeigen, für reaktionäre politische Kalküle.

Ausgangspunkt der Überlegungen zum Charakter des RPK-Konzepts ist das geronnene Resultat einer friktionsreichen Entwicklung der CSU von einer konfessionell gefärbten, regionalistisch geprägten, politischen Bedürfnissen des „alten Mittelstandes" und des Kleinbürgertums entspringenden „Honoratiorenpartei" zu einem schlagkräftigen politischen Organ rechtspopulistischer Formierung. Den Hintergrund dieser Umwandlung bilden die „nachgeholten Industrialisierungsprozesse" in Bayern (vgl. hierzu Mintzel 1977, bes. Kap. XI), mitsamt den sozialstrukturellen Wandlungen und den hieraus sich ergebenden politischen Formierungsproblemen, für deren Bewältigung eine mittelständisch orientierte Honoratiorenpartei (mit konfessionalistischen Fesseln) völlig ungeeignet war. Den Kern dieses Umformierungsprozesses, auf den hier nicht eingegangen werden kann, stellt die Herausbildung einer eigentümlichen „Zwitterstruktur" dieser Partei dar[10]. Diese Zwitterstruktur bildet den eigentlichen organisationspolitischen Drehpunkt der Funktionsweise des RPK-Konzepts, dem die CSU ihre „starke hegemoniale Stellung im politischen Leben Bayerns"[11] verdankt. Aus einer ursprünglichen Not, aus der Parteikrise der 50er Jahre[12], erwächst allmählich eine strategische Tugend, in deren Verlauf auch Strauß zur zentralen Figur der CSU heranwächst. In den Selbstporträts der CSU erscheint jene Zwitterstruktur terminologisch als Zweiteilung ihrer Partei in eine

„politische Partei" apparatlichen Typs und in eine „freie politische Aktionsgemeinschaft", mit Orientierung auf den Charakter einer „Volksbewegung", auf eine überkonfessionelle und sozialschichtübergreifende „Sammlungsbewegung"[13]. Die Kristallisationskerne dieser Bewegung liegen auf Gemeinde- und Kreisebene; die direktiven Machtkerne liegen allerdings auf einer davon strukturell geschiedenen Ebene.

Nimmt man das Resultat jenes langwierigen Umformungsprozesses als Ausgangspunkt, so läßt sich bestimmen, daß die hegemoniale Kraftentfaltung der CSU aus einer eigentümlichen Strukturierung ihrer organisationspolitischen Praxis resultiert, der die ideologische Tätigkeit auf der hier interessierenden gemeindeweltlichen Ebene funktional eingeordnet ist. Was organisationspolitisch als Konzept des „kleinen Baustils" (Mintzel) bezeichnet werden kann, erscheint auf der Ebene der ideologischen Tätigkeit als politische Anrufung auf „kleinen Tribünen", d. h. lokalspezifische und lebensformbezogene Ansprechweisen.

Die Erscheinungsweise als „politische Partei" wie als „gesellschaftspolitische Aktionsgemeinschaft" ist gewiß nichts CSU-Spezifisches. Charakteristisch allerdings sind (a) die Modi der Verschaltung der beiden genannten Ebenen, (b) die entsprechende Gestaltung der „Tribünen" und „Ansprechweisen" und (c) die den genannten Ebenen zugeordneten politischen Kompetenz-, Inkompetenzstrukturen. Mit ihrer „Zwittergestalt" antwortet die CSU letztlich auf die Trennung respektive Vermittlung von „politischer" und „bürgerlicher Gesellschaft". Als „politische Partei" (A) erscheint sie repräsentativ verankert innerhalb der „politischen Gesellschaft"; faktisch besitzt sie eine hegemoniale Stellung in Parlament, Staatsregierung und Bürokratie. Als „gesellschaftspolitische Aktionsgemeinschaft" (B) präsentiert sie sich als populares, konsenswebendes Vermittlungsorgan an der Nahtstelle zwischen „politischer" und „bürgerlicher Gesellschaft". Von der Einwirkungsweise der CSU her gesehen lassen sich (neben dem genuin politisch-institutionalen Feld) zwei ihr vorgelagerte Felder grob scheiden: (1) eine genuin „zivile" institutionale Sphäre – etwa von den überregionalen ökonomischen und beruflich-sozialen Interessenorganisationen („Dachverbände") bis zu den lokal-kulturell vernetzten sozialen Vereinigungen, insbesondere dem politikwissenschaftlich bisher arg unterschätzten Vereinswesen; (2) ein vorpolitisches Übergangsfeld zwischen „politischer" und „bürgerlicher Gesellschaft" – etwa von den staatlich-/halbstaatlichen Institutionen der Kirche, der öffentlich-rechtlichen Medien bis zu den kommunalen Selbstverwaltungsorganen. Beide institutionale

Felder besitzen eine machthierarchische Gliederung, an die sich die innere Struktur des CSU funktional angeglichen hat.

Die „oberen Etagen" von (1) (Großindustrie und Großgrundbesitz) sind direkt mit dem Staatsapparat und der CSU als „Staatspartei" über eine Fülle „unsichtbarer Fäden" verknüpft. Was die Interessenartikulation der „unteren Etagen" von (1) angeht, so besitzen sie keinen „direkten Draht" zur CSU als „Staatspartei", sondern sie kommt primär über die Etagenleiter von (2) zur Geltung. Dieser „Umweg" ist durchweg von spezifischen Selektions- und Umarbeitungsprozessen der Interessenartikulationen des „Volkes" charakterisiert; Prozesse, in die hinein die CSU sich als Regulator und Interpret, als „Übersetzer" vorpolitisch eingebrachter Ansprüche in politisch-ideologische Diskurse schiebt.

Das vorpolitische Übergangsfeld (2) zeichnet sich dadurch aus, daß die „oberen Etagen" eher in die „politische Gesellschaft" eingerückt sind (z. B. Konkordat, Rundfunkbeirat), während es in seinen „unteren Etagen", in denen sich (in oft ungelenk-vorpolitischer Form artikulierte) Interessen der abhängigen Bevölkerung äußern, stärker in der „bürgerlichen Gesellschaft" eingewurzelt ist. Deshalb gilt auch diesen „unteren Etagen" und ihren Einzugsfeldern das besondere Augenmerk der „kommunalpolitischen" Strategie der CSU.

Die CSU als funktional getrennter Einheit von „politischer Partei" und „gesellschaftspolitischer Aktionsgemeinschaft" hat sich – unter der Ägide von Strauß[14] – zu einem Kristallisationskern hegemonialen Einflusses der Großbourgeoisie herangebildet. In diesem Kern schießen sowohl die Felder (A) und (B) als auch die Sphären (1) und (2) zu einem komplizierten, keineswegs widerspruchs- und konfliktfreien Verbund zusammen[15]. Die Konfliktstrukturen und -austragung innerhalb des von der CSU gestifteten Verbundes sind letztlich widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen von Großbourgeoisie und Bevölkerung geschuldet; das Nicht-Vereinbare zum „falschen Einverständnis" zusammenfließen zu lassen, darin besteht die ideologisch-politische Formierungsarbeit der CSU innerhalb des „Volkes" auf der Grundlage ihres RPK-Konzepts. Die hegemoniale, das „Volk" formierende Verwebungsweise wird durch eine eigentümliche ideelle Verwandlung der wirklichen Versäulung der politischen Macht der herrschenden Klasse nach unten in den wirksamen, loyalitätsstiftenden Schein der Bestimmtheit der politischen Macht von unten her in Form eines Konsens zwischen „unten" und „oben" vollzogen. Dabei wirken die organisationspolitische Verfaßtheit der CSU und ihre daran festgemachten ideologischen Appellmuster

zusammen. Die ausgezeichnete Stätte dieses Zusammenwirkens ist die *Gemeinde*, die laut CSU-Diagnose neben der Familie die zweite „Grundform der Gesellschaft", besser: einen entscheidenden Ansprechpunkt ihrer ideologisch-politischen Tätigkeit bildet[16].

Die organisationspolitische Verfaßtheit der CSU, Innendimensionierung in „politische Partei" und „gesellschaftspolitische Aktionsgemeinschaft", wobei in letzterer die Grenze zwischen Parteimitgliedschaft und Bürgerschaft gleichsam in der Schwebe gehalten wird, sichert, zusammen mit der herausgestellten relativen Atonomie der unteren CSU-Verbände, die Mechanismen jener Verkehrung der tatsächlichen Versäulungsrichtung der politischen Macht in den Köpfen derer, denen „unten" die politische Artikulation und Aktion als von ihnen gewollte erscheint. Die organisationspolitische Zwitterstruktur stellt schließlich den Angelpunkt der Wirksamkeit der CSU-typischen ideologischen Anrufungen dar, insofern den beiden Strukturelementen, „Partei" und „Aktionsgemeinschaft", eine spezifische Kompetenz-Inkompetenz-Verteilung zugewiesen ist. Die CSU bildet in sich gleichsam eine quasi-ontologisierte Sphärenscheidung von „politischer Führung" und „Volk" ab, vollzieht auf diese Weise die politische Entmachtung derer, die „unten" sind – und zwar mit deren Einverständnis. Dies wird verbürgt erstens durch die Zuordnung der Kompetenz für die „Große Politik" an die „Führung"[17], und zweitens durch die Gewährung und Anrufung von Kompetenzen des (Partei-)Volks für die „Kleine Politik vor Ort", welche die je eigenen tagtäglichen Angelegenheiten der Menschen betrifft. Auf der „kleinen Tribüne" der lokalen Lebensorganisationen präsentiert sich die CSU als organischer Bestandteil des „Volks", auf der „großen Tribüne" repräsentiert die „Führung" die „Große Politik", tritt sie als Hegemon auf, der ob seiner Kompetenz Akklamation einfordert. „Do kinna mir net mitredn", in dieser typischen Wendung, die sicher auch in anderen Dialekten zu finden ist, verdichtet sich geradezu in klassischer Weise die freiwillige Inkompetenzerklärung des „Volkes"[18]. Ihren entscheidenden Wirkungsort haben die organisationspolitischen und ideologischen Mechanismen der CSU im vorpolitischen Übergangsfeld (2), weil hier die CSU erstens eingreift als Richter darüber, was in die Kompetenz der „Führung" und was in die des „Volkes" fällt, und zweitens interveniert als „Übersetzer" von sozialen Ansprüchen, die, von unten angemeldet, an die Partei herangetragen werden. Diese beiden Funktionen werden im kommunalpolitischen Kontext erfüllt, d. h.

von der Strukturform der CSU als „gesellschaftspolitische Aktionsgemeinschaft".

Die CSU ist der Kompetenz-Inkompetenz-Strukturierung entsprechend etagenförmig aufgebaut; die Etagen sind verstrebt durch den Apparat sowie durch die zur Identifikation einladende Inszenierung der „führenden Persönlichkeiten" (d. h. die „Kompetenten" für die „Schicksalsfragen der Nation", an ihrer Spitze der Parteiführer). Sie erscheinen als Repräsentanten der Gesamtpartei in all ihren Etagen ebenso wie des vertikal gegliederten „Volkes" (Gleichsinnigkeit der Hierarchien von „Volk" und „Partei": Volks-Partei). In den „oberen Etagen" operiert die Parteiführung mitsamt den Kommandostellen des Apparats; hier wird eine effektive Verschachtelung der Partei mit dem Staatsapparat, den „oberen Rängen" der „zivilen" institutionalen Sphäre (1) und des vorpolitischen Übergangsfeldes (2) besorgt (CSU als Staats-Partei). Unterhalb dieser Etage arbeitet, von der „oberen" rahmenkontrolliert, diejenige Handlungsetage, welche die Realisierung des RPK-Konzepts „vor Ort" leistet. Hier erscheint der Parteiapparat in seiner Eigenschaft als herrschaftlicher Funktionärsapparat fast bis zur Unkenntlichkeit zu einer quasi-gemeindlichen politischen Institution verwischt. In diesen „unteren Etagen", der „bürgernahen" Erscheinungsform der Partei als massenformierende „gesellschaftspolitische Aktionsgemeinschaft", werden die Fäden zu den unteren vorpolitischen Artikulationsorganen der Bevölkerung zu einem komplizierten Operations-Geflecht verknüpft[19]. Hier hat statt, was Mintzel den „Baustil der kleinen Formen" genannt hat: die regionalistisch und vor allem *kommunalistisch komponierte Artikulationsform* der „Gesellschaft" in die CSU hinein und vor allem umgekehrt, von der CSU aus in die institutionale „zivile" Sphäre – in deutlich hegemonialer Absicht. Als Vermittlungsinstanzen wirken dabei z. B. die Organe der Kirchengemeinde, der Lokalzeitung, des Vereinswesens, der kommunalistisch präsentierten Publikationen der Bayerischen Staatsregierung, und die – besonders effektvollen – „bürgernahen", gezielt auf Protest und Unmutsartikulation orientierten Rundfunksendungen, die „vor Ort" in Gasthäusern regelmäßig veranstaltet werden[20]. Die gemeindlich institutionalisierten „unteren Etagen" der Partei arbeiten als formierende kommunale Mikroinstitutionen, welche die hegemoniale Stellung der CSU begründen. Hierüber wird Integrationspolitik in die „bürgerliche Gesellschaft" hinein geleistet. Dabei fällt auf, daß Unzufriedenheit, Unmut und Protestbereitschaft nicht tabuisiert, sondern im Gegenteil gezielt aufgegriffen werden, um allerdings einer entsprechenden, formierungsgerechten Um-

arbeitung durch die CSU zugeführt zu werden. Die CSU verschwimmt auf dieser „niederen Ebene" zu einer Aktionsgemeinschaft all der „kleinen Leute", die (unter Einhaltung der Kompetenzregeln) an der Politik teilhaben möchten.

Die Sphäre der „Teilhabe" aber ist restriktiv an die kommunale Lebenswelt gebunden, die ideologisch und organisationspolitisch abgekoppelt erscheint von dem, was die CSU propagandistisch als die Option für den „starken Staat" reklamiert[21]. Es herrscht eine strikte Sphärenscheidung zwischen den politischen „Alltagsangelegenheiten", für die das „Volk" selbst zuständig ist, woran freilich die CSU ideologisch „subsidiär" mitwirkt, indem sie a) die Fragen des „Volkes" in hegemonialen Funktionen angepaßte Kontexte umwebt, und indem sie b) Fragen, die unter „Schicksalsfragen der Nation" firmieren, „nach oben" verweist, wodurch das „Volk" tendenziell in Gefolgschaft verwandelt wird. Was die Probleme angeht, für die die Bevölkerung als kompetent deklariert wird, operiert die CSU gleichsam als Verlängerung der öffentlichen kommunalen Selbstverwaltungsorgane oder sie läßt umgekehrt die lokalweltlichen Institutionen halbinstitutional und personell in ihre unteren Etagen hineinwachsen. Auf diese Weise kann die CSU als „Verbündeter" angesprochen werden, um „nach oben" dem Unmut Luft, dem Protest Geltung zu verschaffen, und zwar dort, wo man sich ohne Umwege Wirksamkeit erhofft. In diesem Bereich verfestigt sich auf diese Weise der suggestive Schein von Direktheit, im Unterschied zur tatsächlichen direkten Verbindung zwischen der CSU und den Spitzen der Organisationen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes. Weil die CSU „unten" wie ein *gesellschaftliches* Organ der Willensbildung erscheint, wird durchweg verhindert, daß sich der Unmut gegen die CSU als „Staatspartei", als fremder politischer Herrschaftsapparat wendet. Sie ist es ja selbst, die den Protest aufgreift und nach „oben" weitergibt. Freilich, wie skizziert, wird in der „oberen Etage" gesiebt und verwandelt. Der Protest wird in hegemoniale, die Bevölkerung homogenisierende ideologische Muster umformiert[22]. Die Pointe liegt m.E. darin, daß die Dissonanzen zwischen reaktionärem Etatismus und Populismus durch die ideologische Wirkungsstruktur der CSU „aufgehoben" und in rechtspopulistische hegemoniale Formierung umgeschmolzen werden.

Ideologisch scheint mir der Kern des RPK-Konzepts darin zu liegen, daß der Einzelne über seine je „kleinen Lebenswelten" angerufen wird, in einer Weise, die die kleinen Lebenswelten gegen die anonymen „vermachteten Großorganisationen" ressentimentförmig ins Recht setzt. Es werden mobilisierungsfähige

Bechwörungsformeln ausgesendet; es wird an die Einzelnen appelliert, ihre gewachsenen Lebensformen und die darin befriedigten Lebensbedürfnisse gegen die „Verstaatlichung", die „Verrechtlichung", die „Bürokratisierung", die „Anonymisierung" usf. zu verteidigen[23]. Diese demagogischen Appelle können durchaus als eine spezifische Variante der Ideologeme zur „Rettung des Abendlandes" betrachtet werden. Dabei greift dann vollends der Antikommunismus als ideologisch-psychosozialer Appell, insofern „Sozialismus" und „Kommunismus" als die Lebensbedrohungen schlechthin gezeichnet werden, von denen aus angeblich alle negativen, die Lebensformen auslaugenden bzw. verarmenden Tendenzen ausgehen. Das Spezifische der Appellform der CSU „vor Ort" liegt darin, daß sie selbst sich als Organ dieser gewachsenen Lebensformen inszeniert, sich selbst als „natürlicher" Verbündeter den lokalen Initiativen und Institutionen anbietet, um mitzuhelfen, die „Zerstörer der Lebensformen" dingfest zu machen und auszuschalten. *Gemeindepolitik und -ideologie* bzw. „ideologische Milieumobilisierung" (Mintzel) sind die Schlüssel plebiszitärer Strategie der CSU, als Mittler zwischen a) „politischer" und „bürgerlicher Gesellschaft" und b) zwischen den durchaus als naturgegeben dargestellten Ebenen „unten" und „oben" zu fungieren. Dabei scheint mir bedeutsam für die Funktionsweise des RPK-Konzepts, daß die CSU durchaus an der Erhaltung des Eigenlebens der ihr vorgelagerten lokalweltlichen Organe und Institutionen interessiert ist, mitnichten an ihrer „Verstaatlichung" und bürokratischen Entkräftung arbeitet. Indem sie das RPK-Konzept in Anwendung bringt, verhindert die CSU, daß sich gegen sie als Staats-Partei die typischen Anti-Staatsaffekte richten. Es zeigt sich schließlich, daß im Rahmen dieses Konzepts den vielfältigen Institutionen, Traditionen und Lebensformen lokalweltlicher Natur eine besondere Bedeutung zukommt. Diese Einrichtungen werden von der CSU gleichsam zu vorpolitischen Hilfsorganisationen ihrer hegemonialen Praxis instrumentiert. Die Strategie, den CSU-Ortsverein als Konzentrationspunkt, als richtenden und helfenden Patron der lokalen Lebenswelt, als Bewahrer lokalkultureller Identität über sozialstrukturelle Schranken hinweg, als Homogenisierungsinstanz eines letztlich unumstößlich erscheindenden vertikal „gegliederten Sozialganzen" auszubilden, dies scheint mir der Springpunkt der CSU als „Volkspartei" zu sein.

Die politische Linke hat dieser Strategie und ihrer Konsequenzen inne zu werden, um geeignete Anknüpfungspunkte für ihre politische Alltagsarbeit zu gewinnen[24].

Anmerkungen

[1] Referat von Dr. Reinhard Opitz, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Friedens-Union, gehalten am 12. April 1980 auf dem Anti-Strauß-Kongreß in Mannheim (unkorrigiertes Rede-Manuskript).

[2] Solcherart hilflose Kritik zeichnet insbesondere einen bestimmten Typus urbanistisch-sozialliberaler Intelligenz gerade außerhalb Bayerns aus; selbst innerhalb der marxistischen Linken läßt man sich davon leimen. Was die sozialliberalen Politiker angeht, so lassen sie sich jedoch nicht daran hindern, in schnöder Nachahmung der CSU nun ihrerseits zunehmend im „bajuwarischen Look" aufzutreten. Diese Nachahmungspraxis nimmt gelegentlich geradezu lächerliche Züge an, so wenn die SPD seit einigen Jahren einen „politischen Aschermittwoch" nun ausgerechnet in Vilshofen abhält, nachdem die CSU nach Passau abgewandert ist. Ein wenig Lektüre von Oskar Maria Graf täte da not. Kurz, der bajuwarisch-waldursprüngliche Schein der CSU ist trügerisch.

[3] Ich beziehe mich hier auf die Studien von A. Mintzel: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1972 und: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977. Wenn ich auch einige theoretische Leitfäden Mintzels nicht teile (auf eine Auseinandersetzung muß hier verzichtet werden), so steht doch außer Frage, daß Analysen zur CSU zur Zeit ohne die seriösen deskriptiv-typologischen, materialreichen Befunde Mintzels nicht zu leisten sind. An dieser Stelle sei auf weitere empirische Unterlagen, auf die sich meine Überlegungen stützen, verwiesen. Es handelt sich im wesentlichen um öffentliche und parteiöffentliche Materialien der CSU, um medienpolitische Fabrikate der CSU und der Bayerischen Staatsregierung vor allem aus dem kommunalpolitischen Bereich (insbesondere das Periodikum „Blickpunkt Bayern", hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit allen Staatsministerien und dem Staatsminister für Bundesangelegenheiten). Schließlich liegen den Überlegungen sekundäranalytische Studien zu lokalen Lebensformen, insbesondere zum Vereinswesen zugrunde. Die Beschäftigung mit der Politik der CSU und die Skizzierung des RPK-Konzepts leiteten sich ursprünglich von dem allgemeineren Ausgangsproblem her, welche Rolle Lokalvereine in der praktischen Alltagspolitik der Bundesrepublik spielen. Vgl. F. Kröll: Vereinskultur und ideologische Hegemonie. Forschungsaspekte, in: ARGUMENT-Sonderband 47 (1980); Vereine in der Lebensweise der Arbeiterklasse. Ein Literaturbericht zur Vereinsforschung in der Bundesrepublik, in: Jahrbuch des IMSF, Bd. 3 (1980).

[4] Die teils spontane, teils kalkulierte Genese dieses Konzepts wäre gesondert auf der Basis kritischer Reinterpretation einschlägiger Befunde der Mintzelschen Studien zu erörtern.

[5] Vgl. die höchst instruktiven politiktheoretischen Erläuterungen zum Begriff „Kommunalpolitik", in: CSU. Bayerische Kommunalwahlen 1978. Hrsg. Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München 1977 (2. Aufl.), bes. S. 13f.

[6] ebd., S. 13, 14

[7] ebd., S. 7

[8] In der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 14. November 1978 findet dieses nicht spartenförmig verengte Verständnis von Kommunalpolitik bis in das Gliederungsprinzip der Rede hinein seinen Niederschlag. Ihren Ausgangspunkt nimmt die Erklärung bei dem problematisch gewordenen „Verhältnis Bürger–Staat", das nach Ansicht von Strauß in wachsendem Maße durch Bürokratisierungsdruck gestört werde. Schließlich „steigt" die Rede „auf" zur Rolle „Bayerns in Deutschland und Europa". Die Redegliederung macht Sinn: um hegemoniale Europapolitik betreiben zu können, ist es von Vorteil, sich um mobilisierende Massenloyalität zu kümmern; deshalb der Ausgangspunkt: „Staat–Bürger". Vgl. Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß vor dem Bayerischen Landtag am 14. November 1978, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei.

[9] Über die Auszehrung der gemeindlich verankerten Vorfeldorganisationen (Fußballvereine, Schachvereine etc.) der SPD, über den Verlust der Geselligkeits- und Kulturfunktionen der SPD-Ortsvereine wäre gesondert zu diskutieren; (vgl. H. J. Siewert: Der Verein. Zur lokalpolitischen und sozialen Funktion der Vereine in der Gemeinde, in: H. G. Wehling: Dorfpolitik, Opladen 1978). Es scheint aber, daß nach Jahren der Vernachlässigung (im Zuge der Formierung zur Kanzlerpartei seit Mitte der 60er Jahre?) in jüngster Zeit wieder in verstärktem Maße Anstrengungen unternommen werden, verlorenes Terrain mit Hilfe kommunaler Kulturpolitik wieder zurückzugewinnen. Für diesen Gesamtkomplex aber sind dringend empirische Diagnosen vonnöten.

[10] Vgl. A. Mintzel 1977, S. 77ff.

[11] Vgl. CSU. Porträt einer Partei. Hrsg. CSU-Landesleitung, München o. J., S. 17

[12] Vgl. A. Mintzel 1977, S. 53ff., S. 67ff.

[13] Vgl. CSU. Porträt einer Partei, S. 20ff.

[14] Vgl. ebd., S. 21, S. 27.

[15] Wie konfliktbaltig dieser Verbund ist, zeigen z. B. die Gebietsreform-Auseinandersetzung (vgl. A. Mintzel 1977, S. 267ff.) und jüngst erst die Debatte um die Feiertags-Regelung in Bayern.

[16] Vgl. CSU. Bayerische Kommunalwahlen 1978 und die Referate zur Kommunalpolitik und zur Familienpolitik auf dem „Zukunftskongreß" der CSU am 16./17. November 1979 in München.

[17] Solche Inkompetenz-Erklärungen für das „Volk" in Sachen „Großer Politik" finden sich in CSU-Broschüren zuhauf. Dabei wird insbesondere die Kompetenz beim Parteivorsitzenden systematisch monopolisiert. Da nimmt es auch nicht Wunder, daß das (Partei-)Volk Strauß seine lateinischen Wendungen, wie z. B. „pacta sunt servanda", keineswegs verübelt. Er gilt eben als der „Kompetente" und einem solchen stehen derartige Einlage durchaus zu...

[18] Eindrucksvoll finden sich solche Inkompetenz-Erklärungn in Oskar Maria Grafs „Bayerischen Dorfgeschichten aus früheren und heutigen Zeiten". Es sprechen einige Anzeichen dafür, daß es innerhalb der SPD starke Tendenzen gibt, verquer zu ihrer Tradition, in Sachen „Großer Politik" in der Mitgliedschaft eine Bereitschaft zu freiwilligen Inkompetenz-Erklärungen

zu erzeugen. Dies geschieht exemplarisch in Form technokratisch bestimmter *Komplexitäts*diskurse.

[19] Zu einzelnen Aspekten dieser Verflechtung vgl. A. Mintzel 1977, S. 184ff. Sie bildet die Grundlage für den von der CSU unmißverständlich für sich reklamierten Führungsanspruch: „Die Christlich Soziale Union hat den Auftrag, politische Führung auszuüben und gestaltenden Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen. Sie ist bestrebt, die Wünsche, Bedürfnisse, Interessen und Befürchtungen der Bürger aufzunehmen, am Gemeinwohl zu werten, auszugleichen und in den Prozeß der gesellschaftlichen und staatlichen Willensbildung einzubringen". (Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union, hrsg. v. d. CSU-Landesleitung, München 1979, S. 20).

[20] Die bemerkenswerteste Medienveranstaltung dieser Art ist wohl die als „Wirtshausdiskurs" angekündigte, periodische Fernsehsendung „Jetzt red' i" die „Land-auf-Land-ab" in Gemeinden abgehalten wird.

[21] Vgl. zur ideologischen Rechtfertigung dieser Restriktion: CSU. Bayerische Kommunalwahlen 1978, S. 12f. und: Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union, S. 25ff.

[22] Z. B. wird das Thema der Arbeitslosigkeit aus dem politökonomischen Kontext herausgelöst und in einen allemal sinnfälligeren „Heimat"-Diskurs umgeordnet, indem der Verlust des Arbeitsplatzes als Phänomen der „Entwurzelung" im Zeichen wachsender „sozialistischer" Bürokratisierung artikuliert wird.

[23] Diese Beschwörungsformeln durchziehen unablässig die Redebeiträge auf dem schon zitierten CSU-Zukunftskongreß.

[24] Den Versuch, solche Anknüpfungspunkte im lokalweltlichen Vereinswesen herauszuarbeiten, habe ich in dem Beitrag „Vereinskultur und ideologische Hegemonie. Forschungsaspekte" unternommen; in: W. F. Haug/K. Maase (Hrsg.): Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur, Argument-Sonderband AS 47, Berlin/W. 1980.

Ernst-Ulrich Huster und Marianne Weg

Sozialer Konflikt und Sozialpolitik

1. Mehr oder weniger Staat im Sozialbereich?

Über die Sozialpolitik wird in der Bundesrepublik gegenwärtig fast ein Drittel des Bruttosozialproduktes umverteilt. Die Sozialleistungsquote hat tendenziell zugenommen. Diese Entwicklung hat nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Bedeutung. Für den gesamtwirtchaftlichen Produktionsprozeß wie für die Reproduktion der Bevölkerung sind die Sozialausgaben ein immer wich-

tigerer Faktor geworden. Damit gewinnen sie auch als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung an Gewicht.

Das gilt in besonderer Weise für die Wahlkampfzeit 1979/80. Die Frage „Mehr oder weniger Staat?" bestimmt Angriff und Verteidigung zwischen der CDU/CSU-Opposition und der sozialliberalen Koalition diesmal vorrangig auf der sozialpolitischen Ebene, wie die seit Herbst 1979 gewählten Themen – Bevölkerungspolitik, Familienpolitik, Renten, Jugend, Gesundheit – signalisieren. Die Union beklagt wortreich, daß die Bürokratisierung voranschreite und die Freiheit des Staates und seiner Bürger bedrohe. Soziale Absicherung auch dort, wo sie nicht vonnöten sei, schaffe eine „kollektivistisch" und „gleichmacherisch" ausgerichtete, eben „sozialistische" Gesellschaft und stünde im Konflikt zu individueller Autonomie, Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe als den Grundprinzipien einer „wirklich freien" Gesellschaft.[1]

Die Sozialdemokratische Partei, als Hauptträger sozialliberaler Sozialpolitik, bleibt weitgehend defensiv gegenüber diesem konservativen Vorwurf eines gerade im sozialen Bereich angeblich entwickelten „Imperialismus staatlicher Allzuständigkeit" (Blüm). Teilweise gibt sie einem vermeintlichen Legitimationsdruck nach oder zieht sich auch hinter die Bremser-Rolle ihres marktliberalen Koalitionspartners zurück, indem sie ihre Politik so konzipiert bzw. in der Auseinandersetzung modifiziert, daß das Private ja nicht „politisch" wird. Vor allem aber schwankt sie selbst zwischen sozialdemokratischem Ziel- und Wertsystem und tatsächlichen oder vermeintlichen, jedenfalls aber akzeptierten Prioritäten des ökonomischen Systems.

Die Einschätzung sozialpolitischer Grundpositionen und Programme muß von der Frage ausgehen, wie die Grundlage der sozialpolitischen Problemlagen und Aufgabenbereiche beschaffen ist. Der grundlegende soziale Konflikt und die aus ihm erwachsenden Kosten und Gefährdungen der Reproduktion sind auf der Ebene des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der primären Einkommensverteilung angelegt. Nach den Gesetzen und Erfordernissen der profitorientierten Produktion steigt der Reproduktionsbedarf in den verschiedenen Teilbereichen – Familie, Gesundheit, Alter usw. Mit zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten verschärft sich die Selektionspolitik, die größere Gruppen von Arbeitnehmern vorübergehend oder dauerhaft auf das Sozialleistungssystem verweist. Das bedeutet, daß ein wesentlicher Teil des sozialen Grundkonfliktes auf einer zweiten Ebene dann durch staatliche Sozial- und Umverteilungspolitik zu bewältigen bzw. zu kanalisieren ist. Dabei tritt der Staat in relativer Autonomie als ver-

mittelnde Instanz gegenüber den sozialen Kontrahenten in die Verteilungsauseinandersetzungen ein. Faktisch zeigen sich die engen Wechselbeziehungen zwischen beiden Ebenen schon daran, daß der Staat im Verteilungskampf um die Einnahmen für den gesellschaftlichen Fonds der Sozialpolitik mitkonkurrieren muß, seinen sozialpolitischen Finanzbedarf also gegen den Primat des soziale Risiken schaffenden Wachstumsprozesses durchsetzen muß. Die bedeutendste Quelle der sozialen Risiken gibt also zugleich den Spielraum für die Behebung derselben. Weiter zeigt sich, daß selbstverständlich auch die Anteile für den sozialpolitischen Fonds, die in Form der Sozialversicherungen erhoben werden und lohnbezogen sind, in die Tarifkämpfe um die primären Einkommensanteile der gesellschaftlichen Gruppen eingehen. Daß die ökonomische und die sozialpolitische Konfliktebene zusammenhängen und daß auf beiden Ebenen, aber in Wechselwirkung, die sozialen Widersprüche und der Konflikt zwischen Reproduktion der Arbeitskraft und Reproduktion und Akkumulation des Kapitals auszutragen ist, wird in der sozialpolitischen Programmatik und Praxis der Parteien bei der CDU/CSU verständlicherweise sowieso nicht, aber auch bei der SPD kaum noch ansatzweise thematisiert. Vielmehr erscheinen die sozialpolitischen Probleme nur noch als solche des sozialen Bereiches und ihre Lösung wird nur noch auf der abgeleiteten Ebene gesucht. Das ist folgenreich, beschränkt es doch die politische Auseinandersetzung um „Mehr oder weniger Staat?" angesichts sozialer Konflikte in der Tat auf den Bereich der Sozialpolitik.

2. Gesellschaftliche Konfliktebenen und sozialpolitisches Handeln

2.1 Wirtschaftswachstum – Verteilung – sozialer Bedarf

Die sozialliberale Koalition war mit dem Anspruch angetreten, Wirtschaftswachstum durch Verstetigung zu sichern und zugleich der sozialen Kontrolle zu unterwerfen. Mit globaler und indirekter Steuerung sollte der gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Logik gegenüber der einzelwirtschaftlichen Profitlogik ein Platz gesichert werden, ohne letztere allerdings in ihren Konstitutionsprinzipien anzutasten.

Kapitalistisches Wachstum und die konkreten Formen, die es im Produktionsprozeß annimmt, ist aber keineswegs nur Ausdruck gesellschaftlichen Wertzuwachses, sondern erzeugt und wider-

spiegelt zugleich individuelle Gefährdung der Reproduktion der dort Beschäftigten sowie soziale Risiken für die Bevölkerung überhaupt. Mit ihren konjunktur-, verteilungs- und sozialpolitischen Zielen wollte die SPD diese Schädigungen auffangen bzw. vermeiden. Diese Kompensations- *und* Präventionsorientierung sowie die Vorstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit gingen erheblich über das Sozialstaatskonzept der 1969 abgelösten konservativen Regierungmehrheit hinaus. Sie politisch durchzusetzen und zu finanzieren, bedeutete aber, von einem forcierten regelmäßigen Wachstum des Sozialproduktes abhängig zu werden, jedenfalls beim Stand des politischen Kräfteverhältnisses und der nicht angetasteten Kapitalautonomie. Mehr Wachstum war aber seinerseits nur möglich bei intensiviertem und rationalisiertem Arbeitskräfte- und Ressourceneinsatz, so daß sich die Reproduktionsnotwendigkeiten vergrößerten und damit der Kreislauf zwischen erhöhtem sozialem Handlungsbedarf und notwendig größerem, vom Wirtschaftswachstum zu finanzierenden und abzufordernden sozialpolitischen Mittelbedarf beschleunigte.

Konnte bis Anfang der 70er Jahre der sozialpolitische Verteilungsspielraum noch über die Wachstumsraten erhalten werden, so geriet die Koalition angesichts sinkender Zuwachsraten, Krisen und stagnativer Konjunkturphasen in Schwierigkeiten. Diese waren und sind zwar nicht ausschließlich krisenbedingt und auf Krisen bezogen, kommen allerdings hier verschärft zum Tragen. Das zeigt sich z. B. an der Arbeitsmarktpolitik. Sie kann die Situation der Arbeitskraft gegenüber dem Kapital und dessen Rationalisierungsstrategien nicht sichern. Vielmehr muß sie dieser mit zahlreichen Maßnahmen – Subventionierung von Ausbildung – noch entgegenkommen oder ihre Tendenz, Gruppen aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen, durch Subventionierung des Einsatzes weniger produktiver Arbeitskräfte (Lohnkostenzuschüsse) oder Abbau/Aufhebung sozialer Schutzvorschriften (Nichtanwendung der Schwerbeschädigtenabgabe, der Ausbildungsplatzabgabe, Abbau von Arbeitsschutzvorschriften, insbesondere Nachtarbeitsverbot) mildern. Darüber hinaus ergibt sich im Bereich staatlichen Handelns ein zweiter, abgeleiteter Externalisierungseffekt: Bestimmte, weniger produktive Gruppen der Arbeiterschaft werden aus der Arbeitsmarktpolitik in die Zuständigkeit der Renten-, Familien- und Sozialhilfepolitik „hinübergereicht", begründen dort neuen Handlungsbedarf und „entlasten" die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Die Verteilungsbenachteiligungen, die sich auf der primären Ebene in Form zu niedriger Löhne für große Teile der Arbeitneh-

merschaft ausdrücken, wirken für diese fort in der Ebene der sozialpolitischen Leistungen, die nach dem Versicherungs- und Äquivalenzprinzip konstruiert sind: z. B. Arbeitslosenunterstützung und Rente.

Weitere Beispiele für die Erhöhung der Reproduktionsrisiken lassen sich an den Folgen der wachstumspolitischen Strategien aufzeigen, die die SPD/FDP-Koalition in einer vorrangig vom ökonomischen Sektor vorgegebenen Weise forciert und forcieren muß: Modernisierungs- und Technologiepolitik, Investitionsförderungspolitik und Politik der exportorientierten Expansion. Durch den Primat der Profitförderung sowie den Verzicht auf Auflagen und Kontrollen bleiben die z.T. mit angesprochenen und auch gewollten sozialpolitischen Zielsetzungen überwiegend Wünschbarkeiten. Die Politik hat, wie der gesamte kapitalistische Wachstumsprozeß, Gefährdungen der Reproduktion in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, soziale Sicherung und Familie zur Folge, weil quantitative Arbeitsbelastung, Arbeitsintensivierung, Unsicherheit des Platzes des Einzelnen in der Produktion eher zu- als abnehmen. Ökonomisch bedingte Risiken und Schädigungen z. B. der gesundheitlichen und familialen Reproduktion werden zu Risiken der wirtschaftlichen Existenz der Einzelnen. Sozialpolitische Schutzvorschriften (wie z. B. Arbeitsschutz) können konterkariert werden.

An die grundlegenden Konflikte zwischen kapitalistischem Wachstum und sozialer Reproduktion wird kaum gerührt, sie werden für die Sozialpolitik vorausgesetzt, ein Interesse an ihrer Veränderung ist nicht handlungsleitend. Die SPD beugt sich kapitalistischen „Sachgesetzlichkeiten":

- Der Produktionsprozeß erzeugt die Proportionen von Konsum und Investition und spiegelt das Verhältnis zwischen Gewicht der Reproduktion der Arbeitskraft und Reproduktion und Akkumulation des Kapitals wider. Ist die Ausweitung des Akkumulationsfonds schlicht das Ergebnis von Nicht-Verteilung, so ist die Ausweitung des Reproduktionsfonds der Arbeitskraft – wozu der Sozialfonds zählt – nur konflikthaft gegen die Verwertungsinteressen des Kapitals im Primärverteilungsbereich sowie im politischen Sektor der Sekundärverteilung durchzusetzen. Damit verbunden wird eine Umkehrung des Zusammenhangs: Kosten und Aufgaben des Sozialsystems werden dargestellt als dem gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Wachstumsprozeß zur Last fallend. Sie müssen sich in der Mittelkonkurrenz gegenüber den Ausgabenblöcken für die direkte Förderung des ökonomischen Sektors politisch legitimieren.

– Qualität, Quantität und Preis der Güter, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind, sowohl bei den privat gekauften und konsumierten als auch bei den mittelbar kollektiv bereitgestellten, werden im Produktionsprozeß bestimmt und vorgegeben. Sozialpolitik hat insofern zur Reproduktionssicherung die finanziellen Mittel für Waren und Dienstleistungen aufzubringen, die im Regelfall privatwirtschaftlich angeboten werden, auf die sie also nur sehr begrenzt Einfluß ausüben kann.

In der Tendenz nicht neu, aber angesichts der Probleme der 70er Jahre verstärkt, fordern die konservativen politischen Kräfte, daß das zunehmend schwerer zu sichernde Wachstum mit mehr staatlichen Leistungen und Eingriffen abgestützt werden muß – dies ist nur durch Beschränkung des Ausbaus des Sozialsystems zu finanzieren. Die Widersprüchlichkeit einer politischen Haltung, die den nur marktliberal abzuleitenden Rückzug des Staates aus dem einen Bereich – Sozialpolitik – damit begründet, daß mehr staatliches Handeln und Mittelzufluß im gesellschaftlich zentralen und strukturbestimmenden ökonomischen Bereich notwendig und nur so finanzierbar sei, ist evident.

2.2. Reproduktionsrisiken und sozialpolitische Bewältigung

Sozialpolitik für die drei Bereiche Familie/Kinder, Gesundheit, Alter/Invalidität bezieht sich auf die elementarsten sozialen Risiken, die über die Situation der Betroffenen am Arbeitsmarkt und in der Produktionssphäre entscheiden. Diese Bereiche sind die derzeit aktuellsten in der Diskussion im politischen Handlungsraum und betreffen die größten Posten im Sozialbudget. Deshalb erscheint es berechtigt, an ihnen die Positionen der großen politischen Kräfte auf dem „Kampffeld Sozialpolitik" zu prüfen und hinsichtlich der Verarbeitung des grundlegenden sozialen Konfliktes zu beurteilen, d.h.: danach zu fragen, welche sozialen und politischen Kräfte hier ihre Interessen artikulieren und durchsetzen.

2.2.1 Familienpolitik

Die Schwerpunkte der Familienpolitik der CDU in den 50er und 60er Jahren hatten sich an der Bedeutung der Familie als konservativer Sozialisationsinstanz einer bürgerlichen Gesellschaft orientiert. Trotzdem blieb natürlich der Vorrang des Produktionssektors: Die Familie hatte sich an die Bedürfnisse der Arbeitswelt anzupassen, nicht umgekehrt.

Von daher überwog die Politik der finanziellen Transfers, die vor allem die Institution Ehe und das konservative Familienbild mit dem berufstätigen Ehemann als Familienvorstand und Ernährer und der Ehefrau, die zu Hause die Reproduktionsaufgaben übernimmt, steuerlich honorierten. Der Bereich der finanziellen Transfers für Kinder wuchs zwar. Das Ziel eines sozialen Ausgleichs zwischen den Familien war nachrangig, wie die bloße Orientierung des Kindergeldes an der Zahl der Kinder deutlich zeigte. Eine Umverteilungsorientierung wies das System nur in negativer Richtung auf: Die steuermindernde Wirkung des Ehegattensplitting wie der steuerlichen Kinderfreibeträge alimentierten die Familie des Gutverdienenden, dessen Ehefrau nicht erwerbstätig war, erheblich höher als z. B. die Familie des Arbeiters mit geringem Lohneinkommen, dessen Ehefrau durch Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Familieneinkommens beitrug.

An diesem System hat auch die sozialliberale Koalition festgehalten. Einzelne steuerliche Entlastungsmaßnahmen, die verschiedentlich beschlossen wurden, haben an der wirtschaftlichen Lage von Arbeiterfamilien wenig geändert – dazu waren auch die Einkommenswirkungen der ökonomischen Wachstumsprobleme sowie der Inflation zu bestimmend. Umverteilungsziele für die personelle und familiale Einkommensverteilung sind allenfalls durch einzelne Erhöhungen von Kindergeld-, Wohngeld- und Ausbildungsleistungen angestrebt worden, am Grundprinzip und konservativen Besitzstand des Ehegattensplitting wurde und wird nicht gerührt. Das ist verständlich, weil es auch positiv wirkt für die Einkommenslage der bessergestellten Teile der Arbeitnehmerschaft, auf die die SPD zu einem Gutteil mit rechnet, aber auch für die Arbeiterfamilien, bei denen die gegenwärtige Arbeitsmarktlage die Frauen aus dem Arbeitsleben hinausdrängt.

Problematisch ist, daß damit bei zunächst gegebenem finanziellem Handlungsspielraum der Familienpolitik bereits der größere Teil (rund 3o Mrd. DM) absorbiert ist. Dieser steht nicht mehr für deutlich sozialwirksame Verbesserungen der kinderbezogenen Transfers (gegenwärtig rund 27 Mrd.) oder für den Bereich der familienergänzenden Realtransfers zur Verfügung. Dabei bestehen gerade bei den sozialen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, z. B. für Kinder, erhebliche Defizite, die Verbesserungen vor allem der Situation benachteiligter Familien und bessere Perspektiven für deren Kinder blockieren.

Mit dem Steuerpaket 1980–82 versucht die sozialliberale Koalition, den finanziellen Familienlastenausgleich sozialer und verteilungsgerechter zu gestalten, durch den Abbau steuerlicher Nach-

teile unvollständiger alleinerziehender Familien gegenüber den „Vollfamilien", durch Wohngeldanhebungen, sowie vor allem durch Abschaffung des verteilungsungerechten Kinderbetreuungsfreibetrages. Nach Vorstellungen der Koalition soll er ersetzt werden durch die steuertechnische Variante eines Kindergrundfreibetrages, der nur wie eine allgemeine Kindergelderhöhung wirkt (30 DM monatlich pro Kind), aber die höheren Einkommen nicht steuerlich stärker entlastet. Eine verbesserte Verteilungswirkung durch Begrenzung auf die Familie mit niedrigem und mittleren Einkommen – und dadurch mögliche höhere Beträge der Kindertransferzahlungen – wurde innerhalb der Regierungskoalition abgelehnt.

Mit den familienpolitischen Regelungen des Steuerpaketes sind von der sozialliberalen Koalition eine Reihe von besonders benachteiligten Gruppen von Familien zunächst aus der Reform des Familienlastenausgleichs ausgeblendet worden, z. B. Rentner, Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende mit sehr geringem Einkommen (bei denen keine Steuerschuld anfällt). Erst massive Proteste haben dazu geführt, daß wenigstens für einen Teil dieser Gruppen Ausgleichsregelungen entworfen worden sind.

Aber die Orientierung der sozialliberalen Familienpolitik auf den Typus der traditionellen „heilen" Familie bleibt offensichtlich. Hinter ihr tritt das sozialdemokratische Prinzip von Solidarität und kollektiver Sicherung zurück. Die Familienpolitik, die mit der Familienlastenausgleichsreform betrieben wird, sichert vorrangig die Reproduktion derjenigen Familien, die (noch) einen Platz auf dem Arbeitsmarkt und im Produktionsprozeß haben. Allein mit der frauen- und familienpolitisch wichtigen Maßnahme des Mutterschaftsurlaubsgesetzes von 1979 geht die SPD über das konservative Familienleitbild und über den Vorrang der Anforderungen der Produktionssphäre an die Arbeitskraft gegenüber den Aufgaben und Bedürfnissen hinaus, die sich von der Familie her ergeben. Dieser Ansatz ist, trotz unstreitiger bisher noch nicht ausgeräumter Schwachstellen, als wichtiger Schritt zu würdigen. Neben der Lohnersatzfunktion ist vor allem die Arbeitsplatzgarantie für die ersten 6 Monate nach der Geburt eine materielle Verbesserung des Schutzes der Frauen und der Familien.

Die aktuelle Haltung der CDU/CSU-Opposition in der Familienpolitik knüpft dagegen verstärkt an die altbekannten konservativen Konzepte an. Die vom Wirtschafts- und Gesellschaftssystem angelegten sozialen Unterschiede dürften nicht durch „gleichmacherische" Familienlastenausgleichsmaßnahmen verwischt werden. In Fällen sozialer Not und Bedürftigkeit sollen sozialkaritative

Einzelmaßnahmen greifen.[2] Im Realtransferbereich der Familienpolitik wird das „Zuviel" an Angeboten und damit verbundenen Reglementierungen kritisiert. Sie provozierten eine Anspruchshaltung bei zu vielen „nicht wirklich Bedürftigen" und lähmten die individuelle Initiative und Autonomie. Deshalb sei zur Wiederherstellung der Freiheit der Einzelnen und der Familie eine massive Einschränkung dieser Leistungen notwendig.

In anderen familienpolitischen Transferbereichen allerdings setzt die Opposition den Maßnahmenpaketen der sozialliberalen Koalition Vorstellungen entgegen, die wesentlich flächendeckender und vom Finanzumfang aufwendiger sind. Ein Beispiel hierfür ist das Erziehungsgeld, das die Kinderbetreuungsleistung der Mütter, und hier gerade der nichterwerbstätigen, über 2 1/2 Jahre honorieren soll - anders als das Mutterschaftsurlaubsgeld mit seiner Lohnersatzfunktion für Arbeitnehmerinnen, die ein Kind bekommen. Ähnlich ist der Unterschied zwischen SPD und CDU auch in der familienpolitischen Frage der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rente: Auch hier scheint die CDU eine soziale Vorreiter-Rolle zu spielen, indem sie in einer wahren Inflationierung 2, 3 und inzwischen 5 Erziehungsjahre[3] für Mütter zur Anrechnung vorschlägt, wenn sie sich voll der Betreuung ihres Kindes widmen. Hier hat die Opposition ohne Zweifel einen Ansatzpunkt an zentralen Problemen und Wünschen/Bedürfnissen vieler Familien und Frauen gefunden. Aber sie funktionalisiert – im Stil der „Neuen Sozialen Frage" mit ihren nur neu erfundenen sozialen Gegensätzen – diese nur zur Propagierung eines Interessengegensatzes zwischen Hausfrauen (auch „Familienfrauen" genannt) und erwerbstätigen Frauen.

Abgesehen von den Zweifeln an der Finanzierbarkeit und Realisierung eines solchen Programms gerade unter konservativen Zielprioritäten zugunsten des wirtschaftlichen Bereiches, (was bedeuten würde, dieses Programm durch Abbau „weniger wichtiger" Sozialleistungsbereiche zu finanzieren), ist der reaktionäre Gehalt dieser Vorschläge insbesondere für die Situation der Frauen unübersehbar. Mit konservativem Interesse werden die Frauen nun, da der Arbeitsmarkt einen Angebotsüberhang aufweist, in die Familie zurückverwiesen. Mit dem Stichwort von der „Wahlfreiheit" die es für Frauen und Familie sozialpolitisch herzustellen gelte, wird davon abgelenkt, daß die bestimmenden gesellschaftlichen Strukturen im ökonomischen Bereich die Wahl gerade nicht lassen. Eine Politik der „Stärkung der Familie" ist dies nur in konservativer Hinsicht, nicht emanzipatorisch durch bessere gesellschaftliche Unterstützung der Reproduktion im Familienbereich

bzw. Geltendmachung ihrer Bedürfnisse gegenüber dem Produktionssektor: Hierarchische Strukturen werden aufrechterhalten, prägen auch die familiale Erziehung der Kinder, wenn die Frauen keine berufliche Basis einer selbständigen und selbstbewußten Existenz haben. Die Funktion der Familie wird „gestärkt", um als Auffanginstanz für soziale „Fälle" und für Reproduktionslasten zu dienen, die damit vermehrt von *beiden* Ebenen, der ökonomischen wie der staatlich-sozialpolitischen, externalisiert und reprivatisiert werden können.

2.2.2 Gesundheitspolitik

Ein Großteil der gegenwärtigen Gesundheitsrisiken der Bevölkerung kann in seiner Verursachung bzw. in seinen Bedingungen auf den ökonomischen Sektor zurückgeführt werden. Ihre Kompensation wird vorwiegend von privaten Anbietern geleistet. Bei gleichzeitiger kollektiver Finanzierung über die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist die staatliche Gesundheitspolitik zunächst vorrangig auf die Organisation der notwendigen Finanzierung des bestehenden Bedarfs an Versorgungsleistungen ausgerichtet. Dies wird zudem durch die ungebrochene Vorherrschaft der kurativen Medizin gestützt. Eine gesundheitliche Risiken einschränkende oder abbauende, präventive Gesundheitspolitik ist dagegen erst im Entstehen begriffen.

Die Politik, so die Bundesregierung, solle „aktiv auf die gesellschaftlichen und zivilisatorischen Entwicklungsprozesse und Veränderungen" einwirken, um die vorwiegend kurative, auf die Behandlung des Einzelfalls gerichtete Medizin durch vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen" zu ergänzen.[4] Diese weitgesteckten gesundheits- und darüber hinausgehenden gesellschaftspolitischen Ziele wurden nur in Ansätzen in Angriff genommen.[5] 1970 wurden wichtige Vorsorgeuntersuchungen in den Leistungskatalog der GKV aufgenommen – so die bei Kleinkindern und zur Krebsfrüherkennung. Sinnvollerweise hätten diese Aufgaben an neu einzurichtende und mit Spezialisten sowie eigenen Labors ausgestattete Diagnostikinstitute übertragen werden sollen. Indem man aber diese Maßnahmen in den vorgegebenen Rahmen der privatwirtschaftlichen Praxen der niedergelassenen Ärzte einfügte, begrenzte man ihre Effektivität erheblich und sicherte den niedergelassenen Ärzten eine beträchtliche Einnahmequelle. Hinzu kommt, daß die praktizierte Vorsorgelogik die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Krankheit überwiegend nicht erkennt bzw. bewußt ausblendet. Die Sozialmedizin hat bis heute

im Wissenschafts- und Universitätsbetrieb eine marginale Stellung gegenüber der medizinisch-naturwissenschaftlichen Forschung und klinischen Praxis. Dabei wäre es gerade die Aufgabe sozialmedizinischer Forschung, die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Krankheit/Gesundheit aufzuzeigen, das heißt insbesondere die krankmachenden Ursachen im Bereich der Produktion sowie in deren Wechselwirkung zur Reproduktion. Dies wäre die notwendige Grundlage dafür, daß krankheitsverursachende Strukturen des Systems allmählich durch konfliktbafte Eingriffe in die bestehenden Arbeits- und Lebensbedingungen verändert werden könnten. Im Gegensatz dazu stützt die derzeitige Vorsorgeforschung und -praxis eher konservative gesellschaftspolitische Kräfte, denen Krankheit vielfach als individuelles Risiko oder gar als durch unvernünftigen Lebenswandel selbstverschuldet betrachten. Gerade konservative Parteien sowie die Arbeitgeber- und Ärzteverbände hängen dieser „Logik" an und sehen insbesondere in der Aufforderung an ein gesundheitsbewußtes Verhalten der Bürger den Kern präventiver Gesundheitspolitik.

Brachen sich sozialliberale Reformvorstellungen im Bereich präventiver Gesundheitspolitik insbesondere an mittelständischen Interessen der Ärzte bzw. am Vorrang der naturwissenschaftlich orientierten Schulmedizin, so sind die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung vorbeugender arbeitsmedizinischer Ansätze einzuordnen in das Spannungsverhältnis von Lohnarbeit und Kapital selbst: Das 1973 verabschiedete Arbeitssicherungsgesetz stellte seitens des Gesetzgebers einen wichtigen Schritt zur primären Prävention dar, erfuhr allerdings bei der Umsetzung vielfache Einschränkungen. Es wurde in seiner Wirkung neutralisiert und unterlaufen, wo einzelwirtschaftliche Rationalität dem Gesundheitsinteresse der Beschäftigten entgegenstand. Der insgesamt schon eingeschränkten Wirksamkeit gab die Koalition noch nach, als sie schon drei Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes die zuvor verankerte Berichtspflicht der Unternehmen aus dem Gesetz herausnovellierte – wegen Undurchführbarkeit, wie es hieß.

Der Primat privatwirtschaftlicher Autonomie, sei es die der niedergelassenen Ärzteschaft, sei es die des einzelbetrieblichen Rationalitätskalküls, steckte den Rahmen ab, innerhalb dessen der Ausbau vorbeugender Gesundheitsfürsorge begonnen werden konnte. Privatwirtschaftliche Interessen wurden auch bestimmend, als es darum ging, im Bereich der kurativen Medizin mit der steigenden Kostenexpansion fertigzuwerden. Angesichts stei-

gender Kosten im Gesundheitswesen – neben den Krankenhauspflegesätzen betraf dies insbesondere die Ausgaben für Arzthonorare, Arzneien, Heilbehandlungen und medizinische Hilfsmittel – wurden nicht etwa die privaten Anbieterstrukturen politisch thematisiert, geschweige denn Ansätze zur Beschränkung ihrer Wirksamkeit gemacht. Vielmehr wurden die Krankenkassen auf eine „einnahmeorientierte Ausgabenpolitik" festgelegt. Ähnlich dem nach 1967 gemachten Versuch, mit der wirtschaftspolitischen „Konzertierten Aktion" einen Ausgleich zwischen den eigentlichen, grundlegend entgegengesetzen Interessen im sozialökonomischen Konflikt durch staatliche Institutionalisierung zu erreichen, sollte die 1978 gebildete „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" als Clearing- und Konsensbildungsstelle dienen. Daß sie die privaten Anbieter und damit auch die privatwirtschaftlichen Zulieferindustrien einschließlich des wichtigen Bau- und Ausrüstungssektors nicht wirksam binden konnte, ist nicht erstaunlich. Der Landesverband der Ortskrankenkassen in Bayern hat denn auch 1979 die „Konsequenzen" aus dieser Situation gezogen: Er vereinbarte in einem „freien" Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung, die Arzthonorare dürften dann über die vereinbarten Sätze hinausgehen, wenn durch eine Intensivierung der ambulanten kassenärtzlichen Diagnostik und Therapie erreicht werde, daß die Zahl der Krankenhauseinweisungen, die Verordnung von Arzneimitteln, Kuren und Heilbehandlungen sowie die Krankschreibungen eingeschränkt und auf das unumgängliche Minimum reduziert werden würde. Das privatwirtschaftliche Interesse der Ärzte wurde funktional gemacht, indem ihnen die Sicherung ihrer Einkommensteigerungen gerade durch „Rationalisierung" der Leistungen angeboten wurde. Kostendämpfungsziele der Krankenversicherung und Profitinteresse der Anbieter werden dabei auf eine unheilige Allianz eingeschworen, die letzten Endes zu Lasten der Schwächsten, nämlich der Kranken geht.[6]

Innerhalb der so betriebenen „Kostendämpfungspolitik" kamen Interessendivergenzen auch zwischen den einzelnen Anbietern zum Tragen. So müssen sich die einzelnen Anbieter bzw. Anbieterbereiche ihren Anteil an den Ausgaben im Gesundheitsbereich in Konkurrenz zu den anderen sichern. Zum anderen laufen die Interessen der gesamten Privatwirtschaft nicht mit den im Gesundheitsbereich selbständig Tätigen (Ärzten, Krankenhausträgern, Pharmaindustrie u.a.) parallel: Die Arbeitgeber der Privatwirtschaft haben ein Interesse an geringen Lohnnebenkosten, damit auch an niedrigeren Krankenversicherungsbeiträgen, während

der Gesundheitssektor insgesamt zur Expansion seiner Einnahmen, damit auf Anhebung der Beitragssätze zielen muß. Die widersprüchlichen Interessen haben denn auch bewirkt, daß, von anfänglichen Erfolgen abgesehen, die Politik der Kostendämpfung als gescheitert angesehen werden muß.[7] Wenn Einsparungseffekte erzielt werden, so durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Effizienzsteigerung und Rationalisierungen. Zum einen bringen diese für die abhängig Beschäftigten im Sozialbereich Dequalifizierung, höhere Leistungsanforderungen und Arbeitsplatzunsicherheit mit sich. Zum anderen werden dadurch der gerade für die Patienten notwendige soziale Kontakt verringert und Hospitalismus-Risiken hervorgerufen, wodurch diese Art von Kosteneinsparung mit deklarierten Zielsetzungen der kompensatorischen Sozialpolitik in Konflikt gerät.

Aus diesem Grund suchen im Gesundheitsbereich Beschäftigte, etwa über gewerkschaftliche Organisationen, nach Alternativen und nach Formen der Selbstorganisation, um gegenüber den manifesten privatwirtschaftlichen Interessen eine soziale Gesundheitspolitik durchzusetzen. Prävention und Kuration sollten an humanen Bedürfnissen ausgerichtet werden und auf eine Abnahme sozialer Risiken zielen; dies hätte dann durchaus auch kosteneinsparende Effekte über Qualitätsverbesserung des Gesundheitswesens zur Folge.[8] Diese dezentralen, bisher allerdings auf Teilbereiche beschränkten Ansätze würden, sollten sie als strukturbestimmend für das Gesundheitswesen durchgesetzt werden, in Gegensatz zu grundlegenden bestehenden gesellschaftlichen Strukturen treten und mit energischem Widerstand rechnen müssen.

Die Politik der Kostendämpfung stellt insgesamt nur eine Reaktion auf zuvor im außerstaatlichen Raum gefällte Entscheidungen dar, sei es auf die Preissetzung der privaten Unternehmen, sei es auf die Tarif- bzw. sonstigen Verträge im Gesundheitsbereich. Machte die Koalition mit der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen immerhin einen, wenn auch insgesamt gesehen unwirksamen Versuch der Einbindung der privaten Anbieter sozialer Leistungen, so verstärkten sich gerade im konservativen Lager und auch bei der F.D.P. die Forderungen nach stärkerer „Selbstbeteiligung" der Patienten an den Kosten der Krankenversorgung. Die Suggestion, die Patienten müßten nun erst an der Kostenaufbringung beteiligt werden, verschleiert, daß auch schon bisher die Sozialversicherten durch ihre Beiträge das Leistungssystem finanzierten und daß hier in Wahrheit nur das Solidarprinzip zur Disposition gestellt werden soll. Diese Diskussion wie auch die immer

wieder geforderte Streichung sogenannter Bagatellarzneien aus dem Leistungskatalog der GKV haben im Kern nur eine weitere Stärkung der privaten Anbieterseite zum Ziel. Der von der Eigenverschuldungsthese geprägte konservative Präventionsansatz entpuppt sich nun als das Vehikel, mit dem die angesichts der hohen Beitragsbelastungen erreichte Grenze kollektiver Finanzierung übersprungen werden soll. Bislang dem Einzelnen verbliebene Lohnanteile sollen nun auf andere Weise als auf dem Beitragsweg dem privaten Gesundheitssektor zufließen. Worte, wie die von Franz Josef Strauß, man müsse im Gesundheitswesen das Bewußtsein wecken und stärken, „daß jeder für die Erhaltung seiner Gesundheit mitverantwortlich ist, daß Raubbau mit der Gesundheit Privatrisiko ist, daß daher nicht alle Leistungen der Solidargemeinschaft aufgenötigt werden können"[9], sollen nur die finanzielle Re-Privatisierung sozialer Risiken weitertreiben. Leidtragende derartiger Strategien sind insbesondere Arbeitnehmer in besonders gefährdeten Arbeitsbereichen, Rentner und Sozialbenachteiligte.

2.2.3 Rentenpolitik

Der eigenen programmatischen Tradition folgend, möglichst große Teile der Bevölkerung in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) abzusichern („Volksversicherung"), zielte die sozialdemokratische Rentenpolitik zu Beginn der 70er Jahre und angesichts voller Kassen in der Rentenversicherung auf eine Ausweitung des Versichertenkreises. So wurden beispielsweise die GRV für Selbständige und Hausfrauen geöffnet; bei Angestellten wurde, analog zu den Arbeitern, die Versicherungpflichtgrenze aufgehoben, so daß nun alle Angestellten versicherungspflichtig wurden. Im Bereich der Selbständigen trug diese Politik dem Faktum Rechnung, daß der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in der Wirtschaft mittelständischen Existenzen eine eigene ausreichende Alterversorgung unmöglich gemacht und sie damit auf das Netz der sozialen Sicherheit verwiesen hatte. Bei den nicht erwerbstätigen Frauen andererseits wurden Möglichkeiten für eine eigenständige soziale Absicherung geschaffen. Waren diese Maßnahmen insofern sozial notwendig, so bedeuteten sie doch, daß der genannte Personenkreis auf Grund der Möglichkeit der Beitragsnachentrichtung letztlich zu Lasten der bisherigen Beitragszahler gefördert wurde; der nachzuentrichtende Beitragsanteil entsprach nicht den Beitragsleistungen der schon länger Pflichtversicherten. Neben dieser tendenziell flächendeckenden

Ausweitung der Rentenversicherung setzte die Koalition auch Leistungsverbesserungen durch, vor allem die besonders Frauen mit niedrigem Einkommen begünstigende „Rente nach Mindesteinkommen" sowie die Vorziehung der 15. Rentenanpassung und die – allerdings staatliche finanzierte – Dynamisierung der Kriegsopferrenten. Im Ergebnis hat dies zu einem wenn auch nur geringen Anstieg des Rentenniveaus im Vergleich zu den Arbeitnehmereinkommen geführt.[10]

Seit der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre hat sich die Abhängigkeit der GRV bzw. der sozial-orientierten Rentenpolitik von der wirtschaftlichen Entwicklung in mehrfacher Hinsicht erneut gezeigt: Hohe Arbeitslosigkeit bedeutet zunächst einmal Einnahmeausfall, der durch die inzwischen eingeführten Ersatzzahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherungsträger nur partiell ausgeglichen wird. Während der Wirtschaftskrise stieg zugleich das Ausgabenvolumen: Das hohe Nominallohn-Niveau vor Krisenausbruch wirkte sich über die Dynamisierungsformel erst in der Krise rentensteigernd aus. Zum anderen wurde die – im Kern sinnvolle – flexible Altersgrenze seitens der Unternehmen nun zum fast regulären Beschäftigungsabbau mißbraucht. Dies wurde durch die stärkere Inanspruchnahme der Regelung verstärkt, daß ältere Arbeitsnehmer schon mit 60 Jahren bei vorliegender Arbeitslosigkeit in Rente gehen können. Erwerbs- und Berufsunfähigkeit nahmen zu. Im Ergebnis haben Renten auf Grund von Berufs-, Erwerbsunfähigkeit bzw. vorgezogenem Ruhegeld auf Grund von Arbeitslosigkeit die regulären Altersrenten überflügelt: 1978 entfielen bei der Arbeiterrentenversicherung 57,6 vH., bei Arbeiter-und Angestelltenrentenversicherung zusammen 51,8 vH. der Zugangsrenten auf diese drei genannten vorzeitigen Verrentungsarten.[11] Hinzu kamen demographische Veränderungen in der Versichertenstruktur. Die Summe der Belastungsfaktoren für die RV bedeutete, daß 1978 im Rahmen des Generationenvertrages zwei abhängig Beschäftigte praktisch die Existenzgrundlage für einen Rentner mitschaffen mußten. Wollte und konnte man zur Abdeckung dieser Lasten die Beiträge der GRV nicht weiter anheben – sie waren von 1957 bis 1973 schon um 4vH. auf 18 vH. angehoben worden – und wurden angesichts der angespannten Haushaltslage staatliche Zuschüsse nicht verfügbar gemacht, blieben nur Ausgabeneinsparungen. [12] Das Maßnahmebündel der sozialliberalen Koalition – von der Opposition als „Rentnerbetrug", von der Koalition wohlwollend-anerkennend als „Rentenopfer" bezeichnet – führte zu linearen Abstrichen an den Steigerungsraten der Renten. Das – vorübergehen-

de – Aussetzen der bruttolohnbezogenen Rentenanpassung war immerhin so „erfolgreich", daß nach nur zwei Jahren die Reserven der GRV wieder ansteigen. Angesichts der erneuten höheren Inflationsraten hat dies letztlich zu realen Einkommenseinbußen bei den Rentnern geführt.

Die derzeit anstehende Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung einschließlich des Ausgleichs für Kindererziehung, die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente sowie die Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung sind im Grundsatz wenig kontrovers. In beiden Lagern gilt der Primat der Finanzierbarkeit auf der vorgegebenen Finanzstruktur, damit der „Kostenneutralität". Abweichungen sind geringfügig; Einzelmaßnahmen zur Verbesserung einzelner Regelungen stehen unter dem Zwang, durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt zu werden. Gibt es in der Sache wenig Anhaltspunkte für lautstarke Polemik, verlagern sich Angriffe auf die ideologische Ebene: Auf sozialdemokratische Überlegungen, die auf eine Verbesserung der Renten von im Arbeitsleben benachteiligten Einkommensgruppen zielen, reagiert die Union mit polemischen Warnungen vor dem „abschüssigen Pfad der Einheitsrente" und setzt sich als Wahrer und Hüter der „Leistungs- und Beitragsbezogenheit" der Renten in Pose.[13]

3. Transfersystem und gesellschaftliche Umverteilung

Nach Untersuchungen des DIW von 1979 wie auch nach Ergebnissen des Mikrozensus 1978 hat sich die wirtschaftliche Lage der Familien, gemessen am verfügbaren Einkommen, in den 70er Jahren verbessert, und dies nicht zuletzt durch die sozialen Transferleistungen. Die Summe der empfangenen sozialen Transfers hat sich von 1970 bis 1975 fast genau verdoppelt, von 89,5 Mrd. DM auf 179,5 Mrd. DM, und ist bis 1978 bis auf das 2½-fache weitergestiegen bis zum Betrag von 218,3 Mrd. DM.[14]

Berücksichtigt man als Gegenposten die geleisteten finanziellen Übertragungen der Arbeitnehmer (Lohnsteuer, Sozialabgaben) und prüft die Gesamtwirkung auf die personelle Einkommensverteilung, so haben sich soziale Umverteilungsziele nicht durchsetzen lassen. 1970 betrug das verfügbare Einkommen der Selbständigenhaushalte im Durchschnitt das Doppelte des Einkommens der Arbeitnehmerhaushalte, 1978 ist der Abstand auf das Zweieinhalbfache angestiegen. Noch deutlicher wird das Bild, berücksichtigt man zusätzlich außer dem sozialen Status die Zahl der Einkommensbezieher und die Zahl der Kinder in der Familie

und vergleicht dann die Pro-Kopf-Einkommen. Danach hatte 1977 im Durchschnitt eine Selbständigenfamilie mit einem Einkommensbezieher und vier Kindern für jedes Familienmitglied rund 1300 DM verfügbares Einkommen, eine Arbeiterfamilie mit einem Einkommensbezieher und vier Kindern dagegen nur durchschnittlich 418 DM pro Kopf.[15] Untersuchungen über die schichtenspezifische Inanspruchnahme sozialer Leistungen, insbesondere auch der Realtransfers zeigen, daß sich auch hier eine Verteilungswirkung zugunsten der ohnehin Bessergestellten ergibt.[16]

Das heißt: Der konservative Angriff, in den letzten Jahren hätten die Umverteilungswirkungen der sozialliberalen Transferpolitik „vertretbare" soziale Zielmarken von „Gleichheit" und Bedarfsgerechtigkeit längst erreicht, entbehrt jeder realen Grundlage. Die steuer- und leistungspolitischen Maßnahmen haben die Vergrößerung der Einkommensdisparitäten nicht verhindert. Die größten Blöcke der Leistungen im heutigen System der sozialen Sicherung bleiben – trotz des Ausgleichs der Solidargemeinschaft und des Generationenvertrages bei der GRV – eben leistungs- und äquivalenzorientiert. Sie können kein Instrument gesellschaftlicher Umverteilung sein. Die Mittelaufbringung seitens der Beschäftigten für die noch nicht, vorübergehend nicht oder nicht mehr Berufstätigen führt dazu, daß insgesamt sozialpolitische Umverteilung im wesentlichen eine zwischen den abhängig Beschäftigten ist.

Diesen Tatbestand nutzt die Opposition zu einer massiven Verurteilung des gegenwärtigen Sozialstaates mit einer vorgetragenen verteilungspolitischen Begründung: Dieser Sozialstaat nehme – ehe er gibt – dem Beschenkten selbst aus der Tasche. Gleichzeitig aber greift sie die unübersehbar ansteigende Reproduktionsgefährdung und die alarmierenden Armutserscheinungen auf und verdreht sie in Kritik an der Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition. Kurt Biedenkopf zum Beispiel hält der Koalition angesichts des Anstiegs der Sozialleistungen im letzten Jahrzehnt süffisant vor: „Sie müssen sich mal überlegen, was das heißt! Das heißt, Sie sind stolz darauf, daß die Zahl der hilfsbedürftigen Menschen in diesem Lande größer geworden ist!"[17] Dieser Angriff soll die Betroffenen – denen konservative Sozialpolitik weniger geben würde – von den Ursachen ihrer Situation ablenken. Denn für die Verteilungs- und Armutsprobleme ist selbstverständlich nicht das System der sozialen Sicherung oder die Sozialpolitik ursächlich und bestimmend, sondern die ökonomische Ebene,

deren Prioritäten und Gesetzmäßigkeiten die Opposition mit allen Kräften durchzusetzen trachtet.

Für die Umverteilungsziele und die Konzeptionen der Sozialpolitik der SPD scheint der Zusammenhang aber entweder undurchschaut – oder sie erwartet nicht, ihn angreifen zu können. Armut und Defizite der Reproduktionssicherung stellen sich in ihren Augen als Lücke im sozialen Netz, nicht aber als Ergebnis der Verteilungsauseinandersetzungen und Zuweisung sozialer Chancen bzw. Risiken in der ökonomischen Ebene dar. Daraus folgt, daß „Einwirkungsmöglichkeiten (...) lediglich auf der Ebene der personellen (Sozial-)Einkommensverteilung und der Schließung von Lücken im Sicherungssystem gesehen werden können. Gesellschaftliche Perspektiven, die auf der Ebene der Verteilungsprozesse selbst ansetzen, geraten (...) nicht (...) in die Diskussion."[18]

4. Sozialer Konflikt und Integrationskonzept

Der analytische Ansatz zur Erfassung der Strukturen zwischen ökonomischem Sektor, sozialem Bedarf und sozialpolitischem Handeln hat gezeigt, in welch bestimmendem Umfang und mit welcher Qualität die Entwicklung des Kapitals einerseits soziale Risiken und damit sozialpolitischen Handlungsbedarf produziert, andererseits den Spielraum und die Formen/Bedingungen für Struktur und Ausbau der Sozialpolitik vorgibt. Beim gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sind sozialpolitische Interventionen eine Systembedingung sowohl aus der Sicht der abhängig Beschäftigten wie aus der Sicht des Kapitals. Von daher steht das bestehende System der Sozialen Sicherung für keine Partei in der politischen Auseinandersetzung aktuell ernstlich zur Disposition. Darüber dürfen auch die frühliberal anmutenden ideologischen Attacken des am lautstärksten auftretenden rechtskonservativen Flügels der Oppoition nicht hinwegtäuschen, die den Schutz und die Restitution angeblicher „Bürgerfreiheiten" gegenüber angeblich technokratisch-bürokratisch-sozialistischen Tendenzen sozialliberaler Politik fordern. Konkreter und umfassender Sozialabbau würde heute, da über 90 vH. der Bevölkerung in vielfacher Weise von dem Bestand an sozialer Sicherung ihrer Reproduktion abhängig sind, in einem wahlpolitisch tödlichen Ausmaß desintegrierend wirken.

Deshalb ist nicht verwunderlich, daß auch aus dem Bereich der CDU/CSU – zum Teil sogar von denselben Kräften, vorwiegend aber vom christlichen Arbeitnehmerflügel der CDU – eingehende Analysen, Problematisierungen und Beschwörungen der sozialen

Defizite formuliert werden, wenn auch fast ausschließlich bezüglich des Armutsproblems, nicht bezüglich der qualitativen Momente der Reproduktionsrisiken. Folgerichtig werden von hier aus in flächendeckendem Ansatz, wenn auch sozialkaritativ und subsidiaritätsorientiert,sozialpolitische Eingriffe vorgeschlagen.

Mit dem neoklassisch-liberalen Teil der politisch-ideologischen Strategie soll die quantitativ kleinere, aber die zentrale Machtbasis der Opposition darstellende besitzbürgerliche Klientel gehalten werden, mit dem sozialkaritativen anderen Teil der Strategie in einem populistischen Ansatz die breite Bevölkerung. Unter den derzeit relativ stabilisierten ökonomischen Bedingungen wird das Spannungsverhältnis zwischen beiden Teilen des Integrationskonzeptes nicht offen virulent. Dennoch sind an der Integrationswirkung auch gegenwärtig Zweifel anzumelden: Dazu ist die herrschaftssichernde Funktion der Attacken, die sich heute weitergehenden sozialen Korrekturen entgegenstellen, doch zu deutlich, die Präsenz der reaktionären Kräfte in den Unionsparteien zu vorherrschend, ihr Bekenntnis zum Sozialstaat zu sehr Attitüde: Das gilt für die Frage der Finanzierbarkeit, für die plötzliche Zustimmung zu Forderungen, die noch vor wenigen Jahren abgelehnt wurden, für das Prinzip des „divide et impera" in der Sozialpolitik auf der Basis der behaupteten „neuen" sozialen Gegensätze, die sich statt im Produktions- im Reproduktionsbereich abspielen sollen, u.a.m. Und schließlich weisen die heutigen ideologischen Attacken und konkreten Reprivatisierungsansätze im Sozialbereich schon aus, wo sozialstaatliche Garantien obsolet würden, wenn das System wieder in seine Krisenphase hineingerät und eine verstärkte Sicherung der Stellung des Kapitals das Gebot der Stunde würde. Wenn auch die Wirkung des gerade in Deutschland bekanntermaßen gefährlich stigmatisierenden „Sozialismus"-Vorwurfes in seinem irrationalen Gehalt nicht völlig vernachlässigt werden darf, so ist der integrationssichernde Effekte des Unions-Konzeptes für das Kampffeld Sozialpolitik dennoch brüchig.

Die SPD demgegenüber hat in den Jahren 1969–1974 das allgemeine Niveau und die Breite der sozialen Sicherung deutlich gesteigert, wenn auch auf der Basis der alten Strukturen und Prinzipien – Subsidiarität, Äquivalenz, Marginalität der Bedarfsorientierung – und wenn auch vorwiegend durch Nachholen überfälliger Reformen, nur zu einem geringen Teil durch qualitative Neuansätze. Der entwickelte und trotz der ökonomischen Krise gehaltene Stand der Sozialpolitik ist in hohem Maße legitimationssichernd. Die Integrationskraft spiegelt sich in der positiven Haltung der Bevölkerung zum erreichten sozialen Besitzstand wider.[19]

Sozialdemokratische Politik insgesamt, Sozialpolitik im besonderen sucht den aus dem Wirtschaftssystem erzwungenen Prozeß mittelbarer Vergesellschaftung offensiv vorwärts zu treiben. Das heißt: Sie greift soziale Probleme auf, sucht sie flächendekkend zu ordnen. Erreicht sie ihre Ziele als ganze auch kaum, so setzt sie doch zumindest ein Mehr an sozialer Sicherheit, nämlich an Basisversorgung durch und leistet – nicht zuletzt aus Angst vor dem Verlust ihrer Basis – Abbau bzw. Reduzierungen zumindest Widerstand. Das sozialdemokratische Sozialstaatsmodell zielt auf eine konsenssichernde soziale Partizipation der Nicht-Produktionsmittelbesitzer bei gleichzeitiger Sicherstellung, ja Priorität privatwirtschaftlicher Profitabilität. Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für die Ausweitung sozialstaatlicher Teilhabe, ergo ist in der Tat auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik ihrem sozialdemokratischen Selbstverständnis nach die beste Sozialpolitik. Staatliche Wirtschaftsstimulierung ist Vorbedingung zur Regelung von Verteilungsproblemen, dies wird von Seiten der Unionsparteien zutreffend diagnostiziert. Dabei bindet die Koppelung der Reproduktion der Arbeitskraft an die des Kapitals sozialpolitische Leistungen an die konkurrenzorientierte und krisenhafte Zyklizität des Kapitals. Dies bedeutet aber auch, daß die sozialen Risiken nicht nur nicht ursachenbezogen minimiert werden, sondern angesichts intensivierter Wachstumsbedingungen zunehmen und daß zweitens eigenständige Zielsetzungen in der Sozialpolitik nur im Rahmen der durch kapitalistisches Wachstum vorgegebenen Margen verfolgt werden können; wie die Geschichte allerdings zeigt, können auch diese bei größeren sozialen und politischen Einbrüchen grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Auch wenn zweifellos heute die konservative Opposition mit ihrem Integrationsmodell gerade angesichts seiner Widersprüchlichkeit im legitimatorischen Defizit verbleibt, während die SPD mit dem von ihr vorzuweisenden Stand von sozialpolitischen Regelungen der Mehrheit der Bevölkerung auch angesichts ökonomischer Krisenerscheinungen einen durchaus relevanten Stand sozialer Sicherung und Verteilung bieten kann und von daher ihre Legitimierung im großen und ganzen wenig in Frage gestellt ist, so muß sich doch die Frage nach den Alternativen stellen. Durch bloßes Weitertreiben und allenfalls verbesserte Varianten sozialliberaler Politik sind die oben nachgewiesenen Grenzen nicht zu überwinden, kann eine Sozialpolitik nicht entworfen und durch Mobilisierung durchgesetzt werden,

- die nicht mehr an die krisenhaft-zyklischen und an die säkularen Tendenzen des kapitalistischen Wachstums gebunden ist; und
- die präventiv die umfassende sozialwirksame Gestaltung der Lebensverhältnisse von der grundlegenden gesellschaftlichen Sphäre aus in Angriff nimmt und die Entstehung sozialer Risiken vermeidet, d. h. in der sozialen Auseinandersetzung die Emanzipation der Arbeitskraft vom Kapital betreibt, und den Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten gegenüber den Gesetzen der Produktion den Vorrang sichert.[20]

Eine solche Sozialpolitik erfordert die Arbeit an dem Entwurf und der Durchsetzung eines neuen Typus sozialökonomischen Wachstums.

Anmerkungen

Angesichts des außerordentlich knappen zur Verfügung stehenden Raums können im Folgenden nur die wichtigsten Belege nachgewiesen werden.

[1] Vergleiche hierzu insbesondere das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980; Das Programm der CDU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft, beschlossen am 3. 12. 1979; Franz Josef Strauß: Gebote der Freiheit, München 1980; Birgit Breuel: Es gibt kein Butterbrot umsonst, Düsseldorf und Wien 1976; Rede von Norbert Blüm im Deutschen Bundestag am 11. 12. 1979, in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode Stenographische Berichte der 191. Sitzung, S. 15 132ff.

[2] Beispiele hierfür sind Maßnahmen von CDU-Ländern wie z. B. Familiengründungsdarlehen oder Prämien für Frauen, die ein Kind nicht über die soziale Indikationsregelung abtreiben lassen, sondern zur Welt bringen. Wenn die Haushaltslage allerdings angespannt ist, werden solche Maßnahmen unmittelbar wieder suspendiert, wie das Beispiel Baden-Württemberg aktuell zeigt. – Sie sichern also keinen Bestand an sozialem Schutz.

[3] Bei der Rentenreform 1972 allerdings hatten CDU und CSU noch gegen die von der Koalition geplante Einführung auch nur eines sog. Babyjahres gestimmt.

[4] Sozialbericht 1971, in: Deutscher Bundestag, Drucksache VI/2155, Seite 18 und Bundesregierung: Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit 1978–1981, Bonn 1978, S. 9.

[5] Vergl. zu diesen Problemen ausführlich: Klaus Hofemann, Ernst-Ulrich Huster: Präventive Sozialpolitik: Ideologie und Realität, in: WSI-Mitteilungen, 1o/1979, S. 554 ff.

[6] Vergl. „Der ‚Bayernvertrag' – sparen auf Kosten der Gesundheit?" in: Demokratisches Gesundheitswesen 1/79, S. 35.

[7] Vergl. hierzu die regierungsoffiziellen Verlautbarungen, die ihrerseits die Kostenentwicklung als „besorgniserregend" bezeichnen (Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Jahrgang XIII/18 vom 1o. 9. 1979), auch wenn man später 1980 eine „wirksame

Kostendämpfung" für möglich hält (ebenda, Jahrgang XIV/5 vom 12. 3. 1980).

[8] Vergl. hierzu auch Hagen Kühn: Kostendämpfung durch Qualitätsverbesserung? – Probleme der gegenwärtigen Politik im Gesundheitswesen, in: WSI-Mitteilungen, 10/1979, S. 537ff – Vergleiche zur Gesamtproblematik die soeben erschienene Studie von Hagen Kühn: Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesundheitswesens, Eine Untersuchung am Beispiel der Krankenhauspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1958 bis 1977/78, Königstein/Ts. 1980.

[9] Strauß, a. a. O. S. 225.

[10] Vergl. K. D. Bedau: Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978 in: WSI-Mitteilungen 12/1979, S. 638 ff.

[11] Eigene Berechnungen nach: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1979, S. 11o.

[12] Siehe hierzu insgesamt Gerhard Bäcker, Werner Elsner: Rentenversicherung in der Krise?, Köln 1979.

[13] Vergleiche die Kritik von Heiner Geißler an der „Wehner-Kommission", Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 22. 2. 1980, S. 4.

[14] Vergl. Bedau, a. a. O.

[15] Vergl. Gerhard Bäcker: Familienpolitik durch soziale Transfers, in: WSI-Mitteilungen 1/1980, S. 47 ff.

[16] Siehe hierzu etwa Sigrid Skarpelis-Sperk: Wem nützt der Staat? – Probleme der schichtenspezifisch ungleichen Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen, in: WSI-Mitteilungen 5/1978, S. 262 ff.

[17] So Kurt Biedenkopf in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 14. 9. 1979, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau vom 22. 9. 1979, S. 14.

[18] Gerhard Naegele: Verarmung durch Arbeitslosigkeit – Einige Anmerkungen zur aktuellen Armutsdiskussion, in: WSI-Mitteilungen 12/1979, S. 653.

[19] Vergl. hierzu die Ergebnisse empirischer Befragungen in H. Becker, W. Ruhland: Bürger und Sozialstaat, Forschungsbericht Nr. 22 (Sozialforschung), hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1980, S. 40 ff.

[20] Vergleiche hierzu die von beiden Autoren miterarbeiteten Überlegungen der Arbeitsgruppe „Alternbative Wirtschaftspolitik", wie sie etwa im Memorandum '80 „Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik" ihren Niederschlag haben (inzwischen erschienen im Bund-Verlag, Köln 1980).

Michael Jäger

Ökonomie und Politik des Sozialliberalen Korporatismus

1. Problemstellung

Überall in der westeuropäischen Linken wird heute über eine sich anbahnende Transformation der parlamentarischen Demokratie in den „autoritären" Staat nachgedacht, am meisten entwikkelt und verwissenschaftlicht zweifellos bei *Poulantzas*, dessen These zum Motto der folgenden Überlegungen taugt: [1]

„Man müßte blind sein..., wollte man nicht wahrhaben, daß sich allmählich eine neue Staatsform durchsetzt. Eine Staatsform, die ich in Ermangelung eines besseren Terminus als *autoritären Etatismus* bezeichnen werde, ein Terminus, der die allgemeine Tendenz dieser Transformation anzuzeigen vermag: ein gesteigertes Eingreifen des Staates in sämtliche Bereiche des sozio-ökonomischen Lebens, das mit dem einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten ‚formalen' Freiheiten einhergeht..." (Poulantzas 1978, 185f.)

Der Versuch, diese Entwicklung theoretisch weiter zu klären, bedarf wohl keiner Rechtfertigung. Ich gehe von der Annahme aus – wie vorher schon *Offe* (1979 a, b), *Kastendieck* (1978, 1979, 1980) und andere –, daß die *Korporatismus-Debatte*, das zentrale Thema der bürgerlichen Politikwissenschaft im letzten Jahrzehnt, eine solche Klärung befördert, vorausgesetzt, sie wird ihrerseits im Raum der marxistischen Theorie und Methodologie reinterpretiert.*

Die Hauptthesen der bisherigen Korporatismus–Debatte sind folgende: derzeit führe die ökonomische Entwicklung in den kapitalistischen Gesellschaften zu einer „Inkorporierung", d.h. Einbeziehung von Kapitalverbänden und Gewerkschaften in die staatliche Entscheidungsstruktur, wobei neue institutionelle Formen entstünden; die parlamentarische Verfaßtheit werde so zumindest überlagert, wenn nicht konterkariert; die Gewerkschaften müßten zu dieser Transformation nicht gezwungen werden, sondern gingen sie, unterstützt von sozialdemokratischen Regierungsparteien, freiwillig ein. *Lehmbruch* bildet wegen der Freiwilligkeit das begriffliche Paradox eines „liberalen" Korporatismus (z.B. 1979,

(*) Wegen Platzmangels muß im folgenden auf explizite Literaturauseinandersetzung sowie auf Anmerkungen fast vollständig verzichtet werden.

S.53), wohl wissend, daß Liberalismus bislang Trennung der Gesellschaft, also auch der Gewerkschaften vom Staat bedeutet hat (1977, S.92). An deren Stelle tritt freilich die Trennung von Gewerkschaftsführung und -basis, zugespitzt – dies ist ein Hauptthema der Debatte – durch innergewerkschaftlichen „Zentralismus". Nur die Führung wird in den Staat inkorporiert. Die *soziale Kontrolle*, die die Gewerkschaften als Preis der Machtteilhabe über sich selbst ausüben müssen, kann unter diesen Umständen als Hauptsinn des korporativen Systems erscheinen. Der kanadische Marxist *Panitch* faßt es „vor allem anderen" als neue politische Form von Arbeiterintegration auf (1978, S. 12f). Er meint, daß sie sich wie andere Integrationsformen während der ökonomischen Krise auflöst.

Interessant für marxistische Adaption ist aber gerade ihre relative Fähigkeit, *sogar in der Krise* zu funktionieren. Auf diese Fähigkeit hatte *Gramsci*, den Faschismus vor Augen, das Theorieproblem der bürgerlichen Hegemonie über die Arbeiterklasse zugespitzt. Man sollte deshalb Autoren wie *Bopp-Schmehl/Kypke* nicht folgen, die die Korporatismus–Debatte für irrelevant erklären, weil „Übereinkommen" jeder Art zwischen Arbeiter– und Kapitalorganisationen angeblich in dem Maße unwahrscheinlich werden, wie der ökonomische Krisendruck steigt (1979, S.1470).

Drei zentrale Schwächen der Debatte müßten bei marxistischer Aneignung beseitigt werden. Erstens die naiv-apologetische Fundierung des korporatistischen Phänomens in einem unspezifisch „ansteigenden Konzentrationsprozeß der Wirtschaft" (*Alemann* 1979, S.561, ähnlich *Winkler* 1976, S.117ff u.a.), die sich über die Tatsache in Schweigen hüllt, daß man ausgerechnet während einer schweren Weltmarktkrise Anlaß zur Reflexion des Phänomens findet. Zweitens das bürgerliche Desinteresse an der Frage, unter welchen Umständen Teilnahme der Gewerkschaften am bürgerlichen Staat nicht Inkorporieung als Integration, sondern adäquate Gegenmachtstrategie wäre. Drittens das Fehlen eines scharfen Kriteriums für Vorliegen oder Nichtvorliegen von Korporatismus, welches mit der propagandistischen Unterstellung einer immer schon wirksamen, nur noch zu vervollkommnenden korporatistischen „Tendenz" einhergeht. Bleiben solche Schwächen bestehen, dann wird die Aneignung des Korporatismus–Konzepts nur auf Umbennung bisher schon geübter Kritik an der Konzertierten Aktion hinauslaufen, und im Schutz solcher semantischer Spielerei kann die bürgerliche Politik ein Integrationssystem ganz anderer Art errichten.

Ein Blick auf das *Modell Österreich* verdeutlicht dies. Anders als in der Konzertierten Aktion werden hier keine kompetenzlosen „Sozialpartner" von Staatsvertretern zusammengerufen und über angeblich objektiv notwendige Lohnleitlinien „informiert". Es ist umgekehrt. Lohn–und Preisabkommen werden in einer „Paritätischen Kommission" zwischen hochgradig „zentralisierten" Verbänden von Arbeit und Kapital ausgehandelt und definitiv beschlossen, wobei auch Staatsvertreter anwesend sind, die aber kein Stimmrecht haben. Nicht nur einkommens–, sondern auch „ordnungspolitische" Fragen wie das Kartellrecht werden auf diese Weise entschieden und von den Institutionen der parlamentarischen Demokratie, ob es sich nun um Gesetzgebung, Verwaltung oder Arbeitsgerichtsbarkeit handelt, nur noch abgezeichnet. Das System ist keineswegs eine „Insel der Seligen", wie die FR (21.4.80 S.3) kolportiert. Da Investitionskontrolle nicht zu den Verhandlungsgegenständen der „Paritätischen Kommission" gehört und die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie infolgedessen uneingeschränkt wirken, kommt als Resultat zwar keine wirkliche Preiskontrolle heraus, dafür aber um so wirksamere Lohnkontrolle und ein praktisch vollständiger Streikverzicht, kurz, ein perfekter kapitalistischer Arbeitsfrieden, in dem man als Mitglied der sozialdemokratischen Parteiführung heute öffentlich behaupten kann, die Arbeiterbewegung sei noch mehr an Produktivität interessiert als an Vollbeschäftigung (*Nenning* 1979, S.543) Der rationale Kern der Korporatismus–Debatte ist die Frage, ob das Modell Österreich auch in Ländern wie Westdeutschland durchgesetzt werden kann bzw. – aus der Perspektive marxistischer Aneignung gesprochen – wie man ihm Widerstand leistet.

Die Widerstandschancen steigen mit der Adäquatheit der Erkenntnis. Da liegt der Versuch nahe, die spezifisch marxistischen Erkenntnispotentiale wie Unterscheidung von Basis und Überbau und „Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten" in die Analyse des korporatistischen Phänomens einzubringen.

2. Dimensionen des Sozialliberalen Korporatismus

2.1. Ökonomische Basis

Der grundlegende Zug des korporatistischen Phänomens ist die staatlich vermittelte Klassenzusammenarbeit von Arbeiterbewegung und Großbourgeoisie. Aber dieser Zug ist zugleich außerordentlich unspezifisch. Man wird in der politischen Geschichte des Kapitalismus immer die Tendenz zu dieser Zusammenarbeit und

meistens auch ihre Realisierung finden und braucht dazu keine Korporatismus–Debatte, sondern versteht bereits mithilfe der Marxschen Werttheorie: dieselbe Illusion vom gerechten Arbeitsvertrag, die wegen ihrer Verwurzelung im tagtäglichen Marktgeschehen das Bewußtsein der Ausbeutung im Betrieb verschüttet, legt ebensowenig den unversöhnlichen Bruch mit bürgerlicher Politik nahe; viel eher die Suche nach einem günstigen Kompromiß, egal ob er durch Appell an den Staat, durch Klassenverhandlungen unter staatlicher Aufsicht oder durch Teilnahme am Staat angestrebt wird.

Dieser triviale Sachverhalt verbietet es, im Verhandlungsdreieck („Tripartismus") von Staat, Gewerkschaft und Kapitalorganisation bereits ein Charakteristikum von Neokorporatismus zu sehen, wie das z.B. *Esser/Fach* (1979) und *Kastendieck* tun, wobei letzterer noch weitergeht und sogar die Frage für sekundär hält, inwieweit der Staat in die Klassenzusammenarbeit „involviert" ist (1979, S.8f). Andererseits ist der Sachverhalt nicht trivial genug, als daß ihm nicht widersprochen würde. Der Brite *Winkler* führt die Tendenz zur Klassenzusammenarbeit nicht auf den Markt, sondern auf dessen Beseitigung zurück, genauer gesagt: auf die „Notwendigkeit" seiner Beseitigung angesichts ökonomischen Krisendrucks (1976 S.11). Dem korporativen Staat traut er die Fähigkeit zu, das Wertgesetz abzuschaffen bei Aufrechterhaltung privaten ökonomischen Besitzes (S.113f). In marxistischen Termini wäre das die Quadratur des Zirkels. Die Kritik an derartigen Konzeptionen sollte sich jedoch nicht in dem Verweis erschöpfen, daß Korporatismus kein neues ökonomisches System, sondern lediglich eine neue politische Struktur im unveränderten Kapitalismus sei. Die kapitalistische Ökonomie, die eine korporative Politik hervorbringt, muß schon „verändert" sein – nicht im Hinblick auf ihre *Grundgesetze*, also auch nicht darin, daß sie aufhörte, kapitalistisch zu sein, wohl aber im Hinblick auf ihre *akkumulationsgeschichtliche Dimension* (zum Verhältnis von Grundgesetzen und Akkumulationsgeschichte vgl. *Altvater* 1975).

Der Staat, der die Klassenzusammenarbeit vermittelt, ist Rechtsstaat und Klassenherrschaft insofern, als er funktional notwendige Ergänzung kapitalistischen Warentauschs und kapitalistischer Mehrwertproduktion ist (vgl. *Bader u.a.* 1976). In dieser elementaren Charakteristik bleibt er sich gleich über parlamentarische wie korporative staatliche (Teil–) Systeme hinweg. Seine ökonomische Bestimmtheit geht jedoch noch viel weiter. Im gleichen Maß wie die ökonomischen Kategorien über den Mehrwert hinaus konkreter werden, so auch die Staatscharakteristik. Es konkretisiert sich die Problematik des Mehrwerts zu derjenigen seiner Realisierung auf dem Weltmarkt; die Weltmarktkonkurrenz hat zyklische Krisenform zur Folge; diese Form vermittelt eine Akkumulationsgeschichte des Kapitals, die innerhalb gewisser Grenzen gesetzmäßig ist. Gesetzmäßig ist infolge all dessen

auch, daß der Staat „ideeller Gesamtkapitalist" einer gegebenen Nation ist, die sich im Zentrum oder an der Peripherie des Weltmarkts befinden kann, und von daher seine Aufgabe zur Stützung des inneren Marktes wie zur Vermittlung des inneren mit dem äußeren Markt vorgegeben findet; daß sich seine Wirtschaftspolitik in Hochkonjunktur– und Krisenpolitik differenziert; und ferner auch danach differenziert, *welche* Hochkonjunktur oder Krise er nationenspezifisch durchläuft, d.h. in welchem Stadium der Akkumulationsgeschichte er sich befindet. Aufgrund dieser Bestimmtheiten gewinnt das korporatistische Phänomen schon etwas Farbe. Zum einen haben alle Länder, die mit einiger Plausibilität als Beispiele für Korporatismus angeführt werden – neben Österreich etwa Schweden, die Schweiz und die Niederlande – relativ gesicherte Positionen auf dem Weltmarkt, wobei die Ursachen verschieden sein können; das schwedische Beispiel etwa zeigt, wie eine solche Position durch konsequente Spezialisierung der Produktion (Stichwort: Volvo, Hasselblad), also ohne jeden Versuch der Weltmarkt„beherrschung" erreicht werden kann. Korporatismus ist also sicherlich an materielle Ressourcen gebunden, mit denen auch die ausgebeutete Klasse kompromißbereit gemacht wird. Das heißt aber nicht, wie sich weiterhin zeigt, daß er dort, wo er existiert, in der Hochkonjunktur jeweils anschwillt und in der Krise abnimmt.

Panitch untersteilt dies zwar. Er erklärt den Korporatismus als permanente Kompensation der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht in Zeiten staatlicher Vollbeschäftigungspolitik durch zügelnde Staatsinstitutionen. Daran ist richtig, daß aus kapitalistischer Sicht Lohnbegrenzung während der Hochkonjunktur unbedingt notwendig ist, damit die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht durch Inflation beeinträchtigt wird, und richtig ist sogar, daß der Effekt der Lohnbegrenzung tatsächlich eintritt. Aber abgesehen davon, daß mit dem Machtzuwachs der Gewerkschaften, wie man jedenfalls bei rein ökonomischer Erklärung erwarten sollte, nicht nur die „Notwendigkeit", sondern auch die Unmöglichkeit ihrer Zügelung wächst, jener Effekt also rätselhaft bleibt, erweist sich auch seine Korrelation mit der Hochkonjunktur als irreführend. Schon die Tatsache, daß die Korporatismus–Debatte jetzt, also während der Krise geführt wird, demonstriert dies. Ferner bringt *Lehmbruch* empirische Evidenz gegen Panitchs Annahme durch den Hinweis, daß im letzten Jahrzehnt die westdeutsche Steikbewegung mit jeder Krisenverschärfung zurückging, mit jeder Krisenabschwächung zunahm (1977 S.106f.); die Bereitschaft zur Dämpfung der Streiktätigkeit ist offenbar elementare Voraussetzung eines möglichen Übergangs in den Korporatismus.

Theoretisch und empirisch naheliegender ist gerade das Gegenteil von Panitchs Annahme: wie immer ein korporatives System während der Vollbeschäftigung funktionieren mag, seine

Entstehung ist *Konsequenz der Krise*. Nehmen wir das von Panitch selbst hervorgehobene schwedische Beispiel. Die schwedische Vollbeschäftigung, in deren Konsequenz der Staat die Gewerkschaften zu zügeln versuchen muß, ist selbst schon Konsequenz staatlichen Eingriffs, nämlich seiner „keynesianischen" Krisenpolitik seit 1933, der ersten in der Welt. Subjekt dieser Politik war von Anfang an die Arbeiterpartei. (Vgl. *Steiger* 1971) Da nun Anfachen der Konjunktur durch ein öffentliches Arbeitsprogramm in der Krise ebenso zur Logik antizyklischer Politik gehört wie Konjunkturdämpfung im Boom *unter anderem durch Lohnzurückhaltung*, wird es einigermaßen verständlich, daß die schwedischen Gewerkschaften, immer im Gefühl, ihr eigner parlamentarischer Arm führe diese Politik durch, auch deren unangenehmere Seite freiwillig akzeptiert haben.

Es ist also irreführend zu sagen, Korporatismus knpüfe stets an der Einkommenspolitik an (*Panitch* 1977, S.74), vielmehr handelt es sich um einen von der Arbeiterklasse akzeptierten *Tausch Einkommensrestriktion gegen gleichzeitige Vollbeschäftigung*. Ob schon seit 1933 die parlamentarische Herrschaft der schwedischen Sozialdemokraten durch ein korporatistisches System ergänzt wurde, wäre zu untersuchen; die gegenwärtige Debatte konzentriert sich aufgrund ihrer verkürzten Fragestellung auf die Nachkriegszeit. Dafür liegt der Zusammenhang von Korporatismus und Krise der 30er Jahre in Länder wie Deutschland und Italien unmittelbar auf der Hand, auch wenn die Arbeiterbewegung hier nicht Subjekt, sondern Objekt der korporatistischen Strategie ist. Mir scheint, daß gerade das deutsche Beispiel verallgemeinerungsfähig ist: *jede schwere Weltmarktkrise führt zu einer Schwächung der parlamentarischen und zu einer und zu einer Stärkung der korporativen Strategie*, weil die Sonderbelastung der Arbeiterklasse infolge kapitalistischer Krisenlösung ohne außergewöhnliche politisch–institutionelle Integrationsmechnismen nicht durchführbar wäre. Diese Gesetzmäßigkeit erklärt nicht nur die Erfolgschancen der Nationalsozialisten, sondern bildet auch den rationellen Kern von *Lehmbruchs* Hinweis, im Zusammenhang mit der „Wirtschaftszyklus–Politik" erwiesen sich parlamentarische Parteien heute wegen ihrer häufigen Wahl– und damit verbundenen hohen Konsensabhängigkeit als immer weniger zu sachlich adäquaten, längerfristig wirksamen Entscheidung fähig (1977,S.96ff, vgl. 1979, S.56). Es ist auch die Frage angebracht, ob die *Entstehung korporatistischer Ideen* im 19. Jahrhundert, die *Panitch* auf das Erlebnis der Klassenauseinandersetzungen (1977, S .61), *Lehmbruch* spezifischer auf dasjenige des Parla-

ments („Schwatzbude") zurückführt (1977,S.91), nicht ebenfalls in letzter Instanz durch eine Weltmarktkrise induziert wurde, diejenige der 1870er Jahre. Fest steht, daß damals in Deutschland die *organisatorischen Voraussetzungen* eines möglichen korporatistischen Dreiecks entstanden, nämlich auf der einen Seite verbandsmäßige Organisierung des Kapitals, das sich zugleich schon eng mit dem Staatsapparat verflocht (vgl. *Wehler* 1974), auf der anderen Entstehung einer Gewerkschaft, die zwar erst viel später und nur unter dem besonderen Problemdruck des Ersten Weltkriegs als Teilnehmer eines korporatistischen Dreiecks akzeptiert wurde, jedoch schon voerher, wie bekannt, Nährboden des „Revisionismus" und damit potentieller Stützpunkt korporativer Strategie war.

Es ist nicht gleichgültig, *welche* Weltmarktkrise wir im Zusammenhang mit dem korporatistischen Phänomen betrachten. Die Krisen der 1870er, 1930er und 1970er Jahre weisen erhebliche und für unsere Fragestellung sicherlich folgenreiche Unterschiede auf, die wir vorerst rein ökonomisch, und das heißt jetzt: akkumulationsgeschichtlich fassen wollen. Zur Erleichterung bleiben wir beim deutschen Fall, der uns bezüglich der Kapitalseite exemplarisch zeigt, wie die für den Beginn nationaler Industrielisierungen typische Dominanz einer protektionistisch orientierten Schwerindustrie sich im Laufe eines Jahrhunderts in die Dominanz von Kapitalsektoren verwandelt, die gerade in der Krise vor allem exportorientiert sind. Es ist bekannt, daß nach 1870 und noch in den 1930er Jahren das Bündnis der Schwerindustrie mit ebenfalls protektionistischen Agrariern ein ausschlaggebender Faktor für die Entstehung und Durchführung der „kontinentalimperialistischen" Krisenlösungsstrategien der deutschen Politik gewesen sind, erst in ihrer preußischen, dann in ihrer nationalsozialistischen Variante, wobei auch die politischen und kulturellen Folgen des „Zuspätkommens" der deutschen Industrialisierung eine Rolle spielten (vgl. etwa Wehler 1973, Ziebura 1974). Dieser Faktor ist in der gegenwärtigen Krise marginal geworden. Ebenso gravierend sind die Veränderungen aufseiten der unterworfenen Klassen. Der Anteil der alten Mittelschichten ist gegenüber 1870 und 1930 selbstverständlich kontinuierlich und stark gesunken, während derjenige der spezifisch kapitalistischen Klassen – Lohnarbeiter des Kapitals und bestimmte lohnabhängige Mittelschichten – entsprechend gestiegen ist.

Aus all dem lassen sich einige Veränderungen des korporatistischen Phänomens begreifen bzw. voraussagen: In den 1870er Jahren war die Arbeiterklasse noch so schwach, daß es nicht nötig

war, sie terroristisch zu unterdrücken – trotz der trial and error-Phase der Sozialistengesetze –, schon gar nicht natürlich ,sie an der Staatsmacht zu beteiligen. Es genügte, sie gesellschaftlich und politisch zu *isolieren.* In den 1930er Jahren war die Arbeiterklasse schon stark genug, um durch parlamentarische und außerparlamentarische Artikulation das kapitalistische System zu gefährden, andererseits waren die alten Mittelschichten noch nicht *so* geschwächt, daß eine antiproletarische Strategie, die sich auf sie als Massenbasis stützte, nicht erfolgreich sein konnte. Dieser Erfolg konnte aber nur über eine *Zerschlagung* der Arbeiterorganisationen und daher auch nur über eine Beseitigung des Parlaments und seine Ersetzung durch ein korporatistisches System erreicht werden. Ein halbes Jahrhundert später haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen so weit verschoben, daß nunmehr auch eine soziale Basis für die Unterdrückung der Arbeiterklasse kaum mehr zur Verfügung stehen dürfte. Ein gegenwärtiges korporatistisches System kann weder durch Isolierung der Arbeiterorganisationen überflüssig werden, noch kann man es auf deren Trümmern errichten, es stellt sich vielmehr aus der Perspektive bürgerlicher Herrschaft die Aufgabe, *die Arbeiterorganisationen selbst zum Subjekt eines korporativen Systems zu machen.*

So gesehen, haben die schwedischen Arbeiterorganisationen eine Pionierleistung erbracht, deren Resultate man heute in der Korporatismus-Debatte zu verallgemeinern und zu übernehmen versucht, während sie seinerzeit untypisch waren. Allerdings scheitert auch die Möglichkeit einer einfachen Übernahme am unaufhaltsamen Gang der Akkumulationsgeschichte. Der „keynesianische" Tausch Einkommensrestriktion gegen Vollbeschäftigung, der nicht nur dem schwedischen Modell zugrundelag, sondern auch Stabilitätsbedingung des nationalsozialistischen Systems war, ist an die in den 30er Jahren beginnende Akkumulationsphase gebunden (Altvater 1979, S. 76f.) und hat sich dahin weiterentwickelt, daß heute *Austerity und ein gewisses Maß Arbeitslosigkeit* von der Arbeiterklasse hingenommen werden müssen, damit „noch Schlimmeres verhütet" wird. Diejenigen westeuropäischen Länder, die schon seit längerem korporatistisch organisiert sind, haben seit Beginn der gegenwärtigen Krise versucht, dieser Konsequenz zu entgehen, indem sie das Beschäftigungssystem in Richtung auf ein Problem wachsender Zahlungsbilanzdefizite verschoben haben (vgl. *Salvati/Brosio* 1980, S. 115 ff.). Das kann natürlich auf die Dauer nicht gut gehen. Die korporatistische Strategie, die in Westdeutschland als Effekt der Krise seit

1974 entstanden ist, hat sich der unangenehmen Modifikation des korporativen Wirtschaftsprogramms von vornherein gestellt (aaO, S. 132 Fn.25; *Lohmann* 1979).

2.2 Parteidimension

Methodologische Vorbemerkung. „Die ökonomischen Strukturen setzen sich politisch in der ‚weiterentwickelten' Struktur fort, daß die unterworfenen Klassen sich gegenseitig regieren, jeweils im Prinzip mit Billigung der Bourgeoisie." (*Jäger* 1979b, S. 56) – Ich stelle in diesem Abschnitt christdemokratisches und sozialliberales Parteiprogramm bezüglich einer korporativen Strategie in Westdeutschland gegenüber und unterstelle dabei idealisierend, daß ersteres das Interesse eines *Klassenbündnisses von Großbourgeoisie und alten Mittelschichten*, letzteres das Interesse eines *Klassenbündnisses von Großbourgeoisie und Lohnarbeitern des Kapitals* widerspiegelt. Aus dem relativen ökonomischen Interessengegensatz der unterworfenen Klassen folgen zwei gegensätzliche Berührungszonen mit dem Interesse des Kapitals; der politische Bewegungsraum des Kapitals ist ein Effekt dieser „von unten" gesetzten Selektionen, d.h. erschöpft sich in der Möglichkeit, daß die Bourgeois „diese oder jene Partei auf dem jeweiligen politischen Schachbrett unterstützen" können (*Gramsci* 1967, S. 307; vgl. 1955, S. 16 ff). Aus der Perspektive der alten Mittelschichten ist das Interesse des Kapitals Interesse der *Eigentümer*, unabhängig davon, ob und wieviele Arbeitskräfte diese beschäftigen. Aus der Perspektive der Arbeiterklasse stellt sich dagegen gerade das Eigentum (an Produktionsmitteln) als solches als Widerspruch zum Eigeninteresse dar; nur soweit Kapitale als Verursachung der Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen erscheinen, ergeben sich Interessen-Berührungspunkte. Hieraus folgt, daß im ökonomischen Krisenfall die alten Mittelschichten alle, die (nichtrevolutionären) Arbeiter jedoch nur die fortgeschrittensten Kapitale unterstützen werden.

Vor diesem Hintergrund kann man bereits die *ökonomische Basis und den ökonomischen Aspekt der Parteistrategien* von Christdemokraten und Sozialliberalen bezüglich der gegenwärtigen Weltmarktkrise begreifen. Die sozialliberale *Modernisierungsstrategie* („aktive Strukturpolitik ", Hauff/Scharpf 1975) besteht in dem Versuch, Krisenfolgen durch einen „Gesundschrumpfungsprozeß" der westdeutschen Wirtschaft abzufangen, d.h. sie nach schwedischem Vorbild auf Sektoren zu spezialisieren, die auch längerfristig auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, und diese Sektoren zur technologischen Umwälzung zu zwingen. Modellbeispiel – auch für die Risiken des Versuchs – ist die Investitionsgüterindustrie. Mittel einer solchen Politik ist die massive staatliche Unterstützung ausgewählter Kapitale unter bewußter Vernachlässigung anderer. Was die christdemokratische Strategie betrifft, so scheint sie, glaubt man den Schlagworten, sich dasselbe Ziel gesteckt zu haben. Ein Vergleich des behaupteten Ziels

mit der Bewertung der Mittel läßt jedoch die „Erhaltungsstrategie" durchscheinen: der geforderte Rückzug des Staates aus der Wirtschaft (vgl. die Reprivatisierungsdebatte und die Theorie des Staatsversagens), die Polemik gegen die „Kooperationsbürokratie" von Staat und Großunternehmen, verbunden mit dem traditionellen Eintreten für die Wettbewerbsfähigkeit der „kleinen und mittleren Unternehmer" (Strauß im Bayernkurier, 24.11.79), all das deutet kaum auf politischen Willen zum Umbau der kapitalistischen Wirtschaft.

Aus dem Unterschied der Weltmarktstrategien ergibt sich die Differenz bezüglich des Korporatismus. Ein korporatistisches System stellt sich überall, wo es auftritt, als *klassenpolitischer Flankenschutz* einer Kapitalstrategie auf dem Weltmarkt dar (vgl. zum folgenden auch Hirsch 1980). Die oben skizzierte SPD-Strategie bedarf eines solchen Schutzes dringend, da sie mit gravierenden Nachteilen für die Arbeiterklasse verbunden ist: Austeritätspolitik zur Absicherung von Exportoffensiven im allgemeinen; Aufrechterhaltung der Produktionskontinuität, also Minimierung von Streikbewegungen auch während der Krise, auch im technologischen Umstellungsprozeß des Kapitals; Ausspielung der Fraktionen der Arbeiterklasse, die in den modernen Sektoren beschäftigt sind, gegen die übrigen Fraktionen. Deshalb mündet die Darstellung der Modernisierungsstrategie durch Hauff/Scharpf in den Vorschlag, in ihrem Kontext erforderliche „Entscheidungen nicht allein von Experten" fällen zu lassen, sondern die *Interessengegensätze zu institutionalisieren* und dadurch „Raum für ... Kompromisse" zu schaffen, „die sich unter den verschiedenen Aspekten als tragfähig zu erweisen haben" (S. 128). Da es in diesem Vorschlag nicht nur, wie in der Konzertierten Aktion, um bloße Informierung und Meinungsaustausch, sondern um *Entscheidungen* geht, haben *Narr/Offe* (1976) recht, ihn durch die Formel „Neokorporatismus als Rettung aus der Krise" zusammenzufassen. *Die Entscheidungsteilnahme, wie auch immer zustandegekommen, ist Kriterium der Inkorporierung in den Staat.* In diesem Sinne ist die christdemokratische Strategie dezidiert antikorporatistisch (vgl. die entgegengesetzte Auffassung bei Hübner/Moraal, 1980), weil sie antigewerkschaftlich ist. Antikorporatismus ist auch der Sinn der christdemokratischen *Verbändegesetz*-Initiative. Das ausdrückliche Ziel besteht darin, „den Verbänden" – und in erster Linie den Gewerkschaften – die Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandats zu untersagen, so daß sie als Teilnehmer der staatlichen Entscheidungsstruktur schon gar nicht infrage kämen. Eigentümlicherweise glauben die Initiatoren, dieses

Ziel durch gesetzliche Erzwingung von mehr innergewerkschaftlicher Demokratie erreichen zu können: nach christdemokratischer Erwartung würde die gewerkschaftliche Basis, wenn sie könnte, ihrer Führung das Politikmachen (egal welchen Inhalts) verbieten. (Von einer analogen Erwartung ging der christdemokratische Kampf gegen die ASten der Studentenbewegung aus.) Politische Tagespolemik und Gesetzgebungsstrategie der Christdemokraten sind nicht überraschend, sondern entsprechen ihrer Politik seit dreißig Jahren, die stets am Ziel eines strengen Dualismus von Gesellschaft und starkem Staat, Staat im traditionell-parlamentarischen Sinne verstanden, orientiert war. Überraschen müßte es freilich diejenigen Marxisten, die zwischen Christdemokratie und Faschismus nur einen graduellen Unterschied sehen, daß die CDU/CSU – einschließlich der Strauß-Fraktion – auch durch die gegenwärtige Krise nicht veranlaßt wird, ihre dualistisch-rechtsstaatliche Linie zu verlassen, sondern sie im Gegenteil noch zuspitzt. Die faschistische Haltung zum Korporatismus war eine ganz andere. Weit entfernt vom Formalismus der christdemokratischen Verrechtlichungspolitik, waren die Faschisten in Deutschland wie in Italien bestrebt, den Dualismus von Staat und Gesellschaft *niederzureißen,* wobei Staat konseqenterweise nicht als Rechtsstaat, sondern quasi als permanenter Ausnahmezustand konzipiert wurde.

Ein derartiger Korporatismus setzt die Unterwerfung der Arbeiterklasse durch ein Bündnis von Bourgeoisie und alten Mittelschichten voraus in der Form, daß die Arbeiterklasse in den von diesem Bündnis beherrschten Staat inkorporiert wird. Beim heutigen ökonomischen Kräfteverhältnis der Klassen ist diese Lösung unmöglich. Es macht ebensosehr den Erfolg der dualistischen CDU-Strategie unwahrscheinlich (vgl. *Salvati/Brosio* 1980, S. 125).Daraus muß man die Konsequenz ziehen, daß das korporatistische Phänomen nicht nur „akkumulationsgeschichtlich" auf die Besonderheiten der gegenwärtigen Weltmarktkrise, sondern auch „parteitheoretisch" *auf die Eigenarten der sozialliberalen Politikform hin* konkretisiert und damit auch forschungsstrategisch eingegrenzt werden muß. Unser Explikandum ist daher der *Sozialliberale Korporatismus.*

Versuchen wir eine Definition. Es hat sich ergeben, daß Korporatismus mit der ökonomischen Krise an Bedeutung gewinnt und dann in Konkurrenz zum Parlamentarismus tritt; dieser Zusammenhang ist auf die Frage nach einer spezifisch sozialliberalen Politikform zu beziehen. Wenn wir unter *Korporatismus im allgemeinen* ein politisches System verstehen, welches kapitalistische

Produktionsverhältnisse unter Krisenbedingungen reproduziert durch Verstaatlichung aller Arbeiterorganisationen mit dem Ziel einer politischen Neutralisierung der Arbeiterklasse, dann ist *sozialliberaler Korporatismus* das einzige System dieser Art, welches diese Verstaatlichung *nicht als Alternative, sondern als funktionelle Ergänzung zum Parlamentarismus* installiert, zu installieren gezwungen ist. Das folgt aus dem Umstand, daß es einerseits Politik eines Bündnisses von Arbeiterklasse und Großbourgeoisie ist, andererseits die Funktion zu erfüllen hat, eine ökonomische Spaltung der Arbeiterklasse in begünstigte und benachteiligte Arbeiterfraktionen politisch aufzufangen. Die Existenz der beiden Arbeiterfraktionen macht eine *Differenzierung der politischen Artikulationsmöglichkeiten* innerhalb der sozialliberalen Politikform wünschenwert.

2.3. Institutionelle Methode

Methodologische Vorbemerkung. In diesem Abschnitt versuche ich, die Funktionsweise des Sozialliberalen Korporatismus im Detail zu beschreiben und damit seine relative Fähigkeit zur Erhaltung bürgerlicher Hegemonie während der Krise verständlich zu machen. Die empirische Basis der idealtypisch zugespitzte n Darstellung bildet, ohne daß dies noch an einzelnen Stellen hervorgehoben werden soll, neben anderen westlichen Ländern vor allem Österreich (vgl. also *Lehmbruch* 1977, 1979, *Nenning* 1979 u.a.). Wenn Österreich Modell ist, so gerade im Hinblick auf seine hochentwickelten *institutionellen* Erfahrungen. An ihnen kann, ja muß auch ein Staat wie der westdeutsche trotz Differenz in Weltmarktbedingungen und klassenpolitischem Programm (in Österreich Verstaatlichung der großen Unternehmen, Exixstenz des vorwiegend in Klein- und Mittelbetrieben organisierten Privatkapitals in vor ausländischer Konkurrenz geschützten Sektoren, usw.) anknüpfen, wenn es um praktikable Zielsetzungen für einen Strukturwandel der Arbeiterintegration geht. – Unter „Integration" verstehen wir hier einfach das Unterworfensein unter Gesetze unabhängig von Interessen und Absichten. Jeder Versuch von Marxisten, sie wissenschaftlich zu erklären, rekuriert seit jeher auf die von Marx formulierten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, etwa auf den Zusammenhang von Äquivalenzprinzip beim Warentausch und Rechtsstaat als Form akzeptierter bürgerlicher Klassenherrschaft. Wenn diese Erklärung unbefriedigend, nämlich praktisch irrelevant und auch theoretisch zu pauschal bleibt, dann naheliegenderweise wegen des Verzichts, neben ökonomischen noch weitere, d.h. namentlich auch *politische Gesetze* als Erklärungsgrundlage heranzuziehen bzw. erst einmal zu entdecken. Politische Gesetze sind nur dem Inhalt, aber nicht der Form nach von ökonomischen Gesetzen verschieden; wir definieren sie als die regelmäßige Wiederkehr von Effekten unabhänigig von Intentionen und Deutungen, aber notwendig vermittelt durch diese – m.a.W.: von Effekten, die selbst die Intentionen/Deutungen determinieren, durch die sie vermittelt werden –, in einem bestimmten Bereich menschlicher

Praxis. – Die politischen Gesetze, die das sozialliberale Zusammenspiel von Parlamentarismus und Korporatismus determinieren, lassen sich *als System* darstellen. Das erlaubt der Begriff der *Methode*, der üblicherweise als Kette von Regeln definiert wird, angeordnet vor allem nach dem Prinzip der Subsumtion speziellerer unter allgemeinere Kettenglieder: als „Regeln" fassen wir die regelmäßige Wiederkehr korporatistischer Effekte auf. Dabei unterstellen wir natürlich nicht, es existiere zu irgendeiner „Regel" oder gar zur „institutionellen Methode" im Ganzen ein sie bewußt handhabendes Subjekt. – Mit der Analyse des „Zusammenspiels von Parlamentarismus und Korporatismus" erfassen wir nur den wichtigsten, aber nicht den einzigen Knotenpunkt der Machtbeziehungen, auf die sich der Sozialliberale Korporatismus stützt; Analysen der kulturellen, psychologischen u.a. Institutionen müßten die hier angedeutete Analyse des staatlichen Machtzentrums später ergänzen.

Die oberste Regel der zu untersuchenden „Methode" lautet: potentieller Widerstand der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Krisenbewältigung, die Austerität und partielle Arbeitslosigkeit einschließt, wird ohne Gewalteinsatz neutralisiert. Hieraus wird eine Kette untergeordneter Regeln abgeleitet, die nacheinander folgende Funktionsbereiche betreffen: (1) das korporatistische Teilsystem staatlicher Entscheidungsfindung und -umsetzung; (2) die Unterordnung des palamentarischen unter das korporatistische Teilsystem; (3) die neue Trennung von Staat und Gesellschaft mittels Grenzziehung durch die Gewerkschaft hindurch; (4) die Mechanismen der hegemonialen Herrschaft des um die Gewerkschaftsführung „erweiterten Staates", d.h. die Unterordnung der Arbeiterklasse unter das in (1), (2) und (3) zu charakterisierende System ohne Gewalteinsatz. – Wir betrachten nun die Funktionsbereiche und zugehörigen Regeln im einzelnen.

(1) Ausgangspunkt der institutionellen Methode ist der Umstand, daß der ökonomisch vorgegebene Inhalt korporativer Entscheidungen durch einen bestimmten Typ von Entscheidungspraxis abgesichert, d.h. durch deren bloße „Form" produziert wird, anstatt immer von neuem und womöglich kraft rationaler Argumente erkämpft werden zu müssen. Wichtigste Aspekte dieser „Form" sind die Besonderheiten des Entscheidungsprinzips, der Sprache der Entscheidungsvorbereitung, der zur Entscheidung zugelassenen Gegenstände und der Subjekte der Entscheidung. Entscheidungsprinzip ist nicht wie im Parlament die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sondern der Kompromiß. Da an jeder Entscheidung Vertreter von Kapital und Arbeit beteiligt sind, wird bereits durch das Entscheidungsprinzip die Klassenkollaboration nahegelegt, so daß sich die Frage stellt: produziert diese Praxis eine Integration der Arbeitervertreter in die Logik des Kapitals oder umgekehrt eine Integration des Bourgeoisvertreter in ei-

ne spezifisch proletarische, d.h. in der Tendenz sozialistische Logik? Ich betrachte die zweite Möglichkeit als Definition erfolgreicher „Gegenmachtstrategie" und behaupte, daß eine dritte Möglichkeit (Nebeneinander beider Logiken) nicht existiert (der Beweis wäre ökonomisch zu führen). Im hier dargestellten System wird die erste Möglichkeit realisiert, und zwar dadurch, daß bestimme Gegenstände nicht zur Entscheidungsdisposition gestellt werden, vor allem nicht die privaten Investitionen des Kapitals. Nur die regelmäßig wiederkehrenden Folgen dieser frei sich entfaltenden Krisenherde stehen zur Debatte. Jenachdem, wie stark die Unterordnung des parlamentarischen unter das korporative System ist, kann es sich dabei entweder nur um „einkommenspolitische" Folgen – also insbesondere Fragen der Lohn– und Preiskontrolle – oder zusätzlich um „Ordnungspolitik", z.B. Fragen der Kontrolle wirtschaftlicher Konzentration (Kartellrecht) handeln, und prinzipiell ist sogar eine noch größere Ausdehnung dieser Art von Entscheidungsbefugnissen denkbar, wobei allerdings gewährleitstet bleiben muß, daß dem nach unserer Annahme unverzichtbaren parlamentarischen Teilsystem eigene Entscheidungsbefugnisse verbleiben. In jedem Falle sorgt die „Investitionsfreiheit" als Medium ungezügelten Wirkens der Gesetze der kapitalistischen Ökonomie dafür, daß die *tatsächlichen Resultate* der korporativen Entscheidungen, sagen wir über Löhne und Preise, kurz– oder langfristig auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse hinauslaufen; im günstigsten Fall nur relativ im Vergleich mit den ökonomischen Bedingungen der Bourgeoisie. Die Enthüllung dieser Tatsachen ist nun selbst wieder ein Effekt, dessen regelmäßiges Auftreten gewährleistet sein muß, d.h. es muß gewährleistet sein, daß die Vertreter der Arbeit nicht angesichts ihrer das Entscheidungssystem verlassen. Ich betrachte das Beharren der Arbeitervertreter auf der Entscheidungsteilnahme *auch noch nach jener Tatsachenenthüllung*, gleichgültig welche Einschätzungen und Motive sie leiten, als Kriterium iher Korporativierung. Entscheidungsprinzip und–gegenstände treiben die Arbeitervertreter auf diese Schwelle zu; wenn ihr Bewußtsein vom Ziel gewerkschaftlicher Autonomie es nicht verhindert, wird der Übertritt vollzogen. Das System wird durch „Maßnahmen" zur Kanalisierung dieses Bewußtseins vervollständigt. Sie haben den Zusammenhang aufzulösen zwischen korporativen Entscheidungen, ihren tatsächlichen Resultaten und ihren Voraussetzungen (bis hin zur Voraussetzung der Anerkennung der kapitalistischen ökonomischen Gesetze), so daß die Resultate schließlich nicht als Resultate, sondern als zufällige Un-

glücksfälle dastehen. Über längere Zeit betrachtet, organisieren solche „Maßnahmen" das Bewußtsein einer „regelmäßigen Wiederkehr des Unerwarteten". Worin immer sie im einzelnen bestehen, ihr *wissenschaftlicher* Aspekt ist jedenfalls die Durchsetzung von bürgerlicher Ökonomietheorie – wie in der vergangenen Akkumulationsphase der keynesianischen – als Rahmen, in dem die Analysegrundlage von Entscheidungszielsetzungen gedacht wird (vgl. Lehmbruch 1977, S.114).

Die bisher formulierten Regeln reichen keinesfalls aus, um die Integration der Arbeiterklasse unters korporative System zu erklären, wohl aber können sie die Integrierbarkeit von Arbeiter*vertretern* in korporative *Staatsapparate* verständlich machen. Wir brauchen nur vorauszusetzen, daß Arbeitervertreter, die in das Entscheidungssystem mit „Gegenmacht"–Intentionen hineingehen, die analytische Vorstellung haben, daß staatliche Strukturen je nach Interesse und „Kräfteverhältnis" beliebig „nutzbar" seien (Staatsinstrumentalismus).Dann werden sie auch sämtliche bisher dargestellten Regeln für „neutral" halten und bereit sein, die Regelergebnisse nicht als Konsequenz regelgerechter Kanalisierung, sondern als Zufallsereignisse wahrzunehmen. Zufallsereignisse werden sie aber selbstverständlich nicht zum Überdenken der vermeintlichen „Gegenmacht"–Strategie veranlassen. Ist ein korporatives System einmal vorhanden, so kann man *voraussagen*, daß das Bewußtsein der beteiligten Arbeitervertreter instrumentalistisch und episodisch geprägt wird.

Als *Subjekte* der korporativen Entscheidungen erscheinen die *Bestandteile der sozialliberalen Partei*, d.h. auf der Klassenebene: Arbeiterklasse und Großbourgeoisie, auf institutioneller Ebene: der parlamentarische Arm dieses Bündnisses einerseits, ihre beiden gesellschaftliche Arme (Klassenverbände) andererseits.

Die übliche Rede vom „Tripartismus, an dem Staat, Kapitalverbände und Gewerkschaftsführung beteiligt sind", verwirrt hier, weil sie nicht zwischen Klassen–, Partei– und institutioneller Ebene unterscheidet. Auch *Poulantzas'* Analyse des „autoritären Etatismus" hat hier eine ihrer entscheidenden Schwächen: *er* unterscheidet zwar zwischen diesen Ebenen, aber da seine theoretische Konzeption der „Parteidimension" nur geringes Gewicht beimißt, kommt er zu dem Resultat, die gegenwärtigen Parteiensysteme würden bei der neuen Staatsform bedeutungslos, stattdessen würde sich „die Verwaltung" in eine „reale politische Partei der gesamten Bourgeoisie" verwandeln, die „nun direkt die Aufgabe der Organisierung der Hegemonie hat" (1978, S.215,216) – auf Kosten des parlamentarischen Apparats. Aber wenn „die Verwaltung" nicht um die Gewerkschaftsführung erweitert, d.h. von der sozialliberalen Partei übernommen werden würde, wie könnte sie dann ein Subjekt sein, das in der Lage ist, sich das Parlament zu unterwerfen? Und wenn es sich

um eine sozialliberale Verwaltung handelt, kann dann das gegenwärtige Parteiensystem bedeutungslos geworden sein?

Die sozialliberale Partei muß ihrerseits einen bestimmten Entwicklungssprung tun, um als parlamentarisch–korporatives Subjekt fungieren zu können. *Sie muß ihre Bestandteile, Arbeiterklasse und Großkapital, als solche institutionell artikulieren*, d.h. sie muß sich als Klassenbündnis *darstellen*. Dies ist ein Effekt der ökonomischen Voraussetzungen des Korporatismus: erhöhte Krisenmanifestation führt zu erhöhtem Klassenbewußtsein und dieses muß institutionell aufgefangen werden; es wird *sozialliberal* aufgefangen, indem die Arbeiterklasse als institutionelles Subjekt anerkannt wird, daher sich selbst als politische Macht erfährt, eine Macht jedoch, deren Äußerung im Gravitationsfeld der Klassenkollaboration verbleibt.

Aber dieser doppelsinnige institutionelle Fortschritt betrifft zunächst nur das korporative Teilsystem. Es müssen Regeln existieren, die ihm das parlamentarische Teilsystem unterordnen.

(2) Sie müssen so beschaffen sein, daß sie die parlamentarische Verfassung unterlaufen, ja ad absurdum führen, aber nicht antasten. Das generelle Mittel hierzu ist ein bestimmter Typ von Personalunion: korporative und parlamentarische Apparate werden mit denselben Parteiindividuen besetzt, nicht notwendig zur gleichen Zeit, in jedem Falle aber so, daß die politische Biografie dieser Individuen im korporativen Apparat *beginnt*. Auf diese Weise wird der verfassungsmäßigen Entscheidungskompetenz der parlamentarischen Apparate, die ja nur fomal definiert ist, genüge getan, und gleichzeitig werden die Entscheidungsinhalte im Sinne des „korporativen Paradigmas" präformiert. Der Effekt ist, daß Entscheidungen eines womöglich in der Verfassung oder im Staatsrecht gar nicht vorgesehenen korporativen Systems von Parlament, Regierung oder Arbeitsgericht stillschweigend übernommen werden. Ob das System rechtlich „vorgesehen" (d.h. legalisiert) wird oder nicht, ist übrigens selbst eine Entscheidung, von der man nach Voraussetzung annehmen muß, daß sie übernommen wird. Das zeigt, daß die *Frage der „Verrechtlichung"* nicht in den Kontext der „institutionellen Methode" gehört; sie ist bloß ein besonderer Entscheidungsinhalt, der *je nach strategischer Situation* variabel ist.

Eine noch stringentere Unterordnung existiert für den Kern des parlamentarisch/korporativen Systems. Als diesen Kern kann man die sozialliberale Partei ansehen, die das korporative System bildet und das parlamentarische System dominiert. Ist der „parlamentarische Arm" der Sozialliberalen unter den korporativen sub-

sumiert, so damit allein schon das Parlament insgesamt, weil dort das Entscheidungsprinzip der Minderheitsunterordnung gilt. Für *diese* Subsumtion müssen aber nicht einmal Verfassungsbestimmungen unterlaufen werden, und deshalb kann sie rigider und „offener" sein. Finanzielle Abhängigkeit des Partei– vom Gewerkschaftsapparat, Entscheidungsprivilegien der Gewerkschafts– in der Parteiführung, Einmischungsverbot der Partei im engeren Bereich gewerkschaftlicher Politik (Betrieb) sind mögliche Subsumtionsmittel, die sogar statuarisch fixiert sein können. Solche doppelte und dreifache Sicherung des korporativen Einflusses über die parlamentarische Partei ist nicht überflüssig, weil die Parlamentsfunktionäre aufgrund ihrer Abhängigkeit von häufig stattfindenden Wahlen besondere politische Rollen ausbilden müssen, die zum „korporativen Paradigma" in ein gewisses Spannungsverhältnis treten: sie haben dafür zu sorgen, daß auch die vom Sozialliberalen Korporatismus benachteiligten Arbeiterfraktionen zum Erhalt der parlamentarischen Mehrheit beitragen, und müssen sich deshalb ein größeres Maß systemkritischen Bewußtseins zueigen machen als die Funktionäre der korporatistischen Apparate. – Die Unterordung der Partei unter die Gewerkschaft kann auch deshalb „offen" geschehen, weil sie durch das sozialistische Postulat scheinbar gedeutet werden kann, es handle sich um einen Mechanismus proletarischer Herrschaft, z.B. um „funktionelle Demokratie" im Sinne Otto Bauers (1970, S.94; vgl. Nenning 1979, S.455). Der Schein entsteht dadurch, daß die Unterordnungsregel aus dem Gesamtzusammenhang der „institutionellen Methode" herausgerissen wird, in dem doch vorab entschieden ist, daß nicht *irgendeine* Gewerkschaft die sozialliberale Parlamentsfraktion beherrscht, sondern eine korporative.

(3) Der Erfolg des Sozialliberalen Korporatismus hängt von der Inkorporierung der Gewerkschaft in den bürgerlichen Staat ab; aber aus derselben Bedingung scheint auch seine Gefährdung zu folgen. Die Gewerkschaft mag die vorgesehenen bürgerlichen Grenzen ihrer Machtausübung überschreiten, sobald sie einmal als Staatssubjekt fest etabliert ist. Mehr noch, wenn wirklich *die* Gewerkschaft inkorporiert würde, müßte dies unter Krisenbedingungen notwendig irgendwann eintreten. Jedoch ist vollständige Verstaatlichung der Arbeiterorganisation ohnehin nur im Raum der Ideologie vorstellbar, während im realen Kapitalismus die Trennung von Staat und Gesellschaft unaufhebbar bleibt. In der Realität und im „Erfolgsfalle" kann Inkorporierung der Gewerkschaft nur heißen, daß durch die Entsendung gewerkschaftlicher Vertreter ins korporatistische System jene Trennung mitten durch

die Gewerkschaft selbst gezogenwird, während sie in einem rein parlamentarischen System zwischen Gewerkschaft und Parlament verläuft; d.h. es wird nur die Gewerkschafts*führung* inkorporiert. Dann aber sind Regeln erforderlich, die die Trennung lokalisieren und aufrechterhalten. Sie bestehen in der *regelmäßigen Verzerrung oder tendenziellen Beseitigung innergewerkschaftlicher Demokratie*. Diese Trennungslinie, die *unsichtbar ist*, komplettiert die Sichtbarkeit der institutionellen Artikulation der Arbeiterklasse im korporativen Teilsystem und hebt sie hinterrücks wieder auf. (Beim parlamentarischen Staat ist es umgekehrt: hier wird die Staatsgrenze scharf konturiert, aber wie sich die Klassen im Staat artikulieren, bleibt verschwommen.) Je weiter die innergewerkschaftliche Entdemokratisierung fortschreitet, desto unabhängiger wird die inkorporierte Gewerkschaftsführung von der Zustimmung benachteiligter Arbeiterfraktionen, desto eher kann sie sich mit der passiven Duldung durch die bevorzugten Fraktionen begnügen. Die Mittel der Entdemokratisierung sind vielfältig; meist bestehen sie im Unterlaufen von Satzungen, sie können sich aber auch in den Satzungen selbst niederschlagen. Angriffe gegen das Recht von Minderheitsrepräsentanten in gewerkschaftlichen Führungsgremien, ihre Auffassung öffentlich zu vertreten, sind ein Beispiel unter vielen: da „Repräsentation" unter solchen Umständen auf Enthauptung und Stummheit der Minderheitsfraktion hinausläuft, ist sie ein Mittel, einmal bestehende Mehrheiten zu verewigen. Die Entdemokratisierungs–Mittel werden in der Korporatismus–Debatte meistens durch den Begriff „Zentralisierungsgrad" abgebildet. Er leistet der ideologischen Deutung Vorschub, mit dem der Mechanismus vermittelt wird: ihre Grundfigur ist stets der Gedanke, daß die Stärke der Arbeiterklasse ihre Einheit, die Einheit ein starkes Führungszentrum erfordere und daß unter diesem Führungszentrum der jeweilige Interimsausschuß zu verstehen sei, der zwischen den Gewerkschaftstagen regiert; dabei wird „Einheit" als Gegensatz zu „Auffassungsunterschieden" definiert, und Auffassungsunterschiede werden gegebenenfalls als Ausdruck „egoistischer Sonderinteressen" einzelner Arbeitergruppen aufgefaßt.

(4) Die „Maßnahmen" zur Trennung von Staat und Gesellschaft innerhalb der Gewerkschaft sind nur eine – wenn auch „progressive" – *Problemverschiebung*, denn die Arbeiterklasse mag sich über die Gräben hinwegsetzen, mit denen sich eine undemokratische Gewerkschaftsführung abzuschotten versucht. Nun gibt es aber ohnehin keine Regel, die das Problem sozialliberal-korporativer Herrschaft letztendlich „löst". Die Institutionen von Klassen-

herrschaft werden sich stets als Verschiebung von Herrschaftsparadoxien herausstellen. Die Verschiebung muß sich „nur" als fähig erweisen, potentiellen Widerstand *so lange wie möglich* ohne Gewaltanwendung zu paralysieren. Die Frage, die zu stellen übrig bleibt, lautet also: inwiefern ist die Paralysefähigkeit eines parlamentarisch–korporativen Doppelsystems derjenigen eines rein parlamentarischen Systems überlegen? Die Antwort: weil von letzterer Fähigkeit nichts verlorengehrt, aber noch Kapazitäten hinzukommen.

(4.1) Unbehagen gegen korporative Politik vonseiten ökonomisch benachteiligter Arbeiter mag sich zunächst gewerkschaftsintern artikulieren. Der elementare Versuch der Paralysierung besteht dann darin, ihn auch innergewerkschaftlich zu „entkräften". Das elementare Mittel: Weitergabe der Sprache, die im korporatistischen Verhandlungssystem gesprochen wird, an die Gewerkschaftsbasis, also Weitergabe bürgerlicher Analysestücke und vor allem jener auf ihrer Grundlage entstehenden episodischen „Ideologie der unerwarteten Unglücksfälle". Ob auch die Atmosphäre des Kompromisses mit der Bourgeoisie weitergegeben wird, hängt von nationalen Besonderheiten ab; im Prinzip jedenfalls ist das korporative System auch bei kanalisiertem Konfliktsbewußtsein an der Basis funktionsfähig, ja das Zusammenwirken von Kompromiß und Konfliktrhetorik (Esser/Fach 1979) kann geradezu als weiterer „Wellenbrecher" funktionieren. Es gibt noch mehr Regeln, die ersatzweise oder nach dem Subsidiaritätsprinzip einspringen können: so kann die „episodische Ideologie" statt auf einzelne korporative Entscheidungsresultate auch auf das korporatistische System insgesamt bezogen werden, mit der Folge, daß dessen bloße Existenz unsichtbar wird: das hat *Panitch* im Auge, wenn er berichtet, die schwedische Gewerkschaftsführung rede zu ihrer Basis über Korporatismus „in terms of ‚we have a meeting'" (1977, S.54). Oder es kann, wie man an *Nennings* Argumentation sieht, eine Praxis der „programmatischen Umschweigung" dessen, was im korporatistischen System geschieht, geradezu als Strategie im Arbeiterinteresse propagiert werden, so daß der Kritiker am Korporatismus sich selbst der Kritik ausgesetzt findet. Worin auch immer die „Entkräftungs"–Variante besteht, zwei Regeln finden stets Anwendung. Weil nicht nur die korporative, sondern auch jede revolutionäre Praxis der Vermittlung durch Deutungen und Intentionen bedarf, lautet die erste Regel: die Gesamtheit der korporativen Deutungen/Intentionen muß das gesamte Feld potentiellen Widerstands besetzt halten, so daß die Benachteiligten im Idealfall totaler „Sprachlosigkeit" ausgeliefert

sind. Daraus leitet sich die zweite Regel ab: was an potentiell widerstandsfähiger „Sprache" immer schon vorhanden ist, muß von der korporativen Sprache aufgesogen werden; es tritt nur noch „als dominiertes Grundmaterial auf" (vgl.*Haug* 1980, S.353). So ist beispielsweise Arbeitereinheit ein Element revolutionären Widerstands, aber wir haben gesehen, daß es zum Rechtfertigungsgrund korporativer Entdemokratisierung werden kann. – Wenn innergewerkschaftlicher Widerstand sich durch die skizzierten „Entkräftungs"–Strategien noch nicht brechen läßt, tritt als innergewerkschaftliche ultima ratio die *Diffamierung* auf den Plan, die ebenfalls nach Regeln abläuft. Wie man solche Regeln formulieren könnte, hat *Althusser* anhand eines anderen Themas, des Mechanismus innerparteilicher Kritik in der französischen KP, demonstriert: z.B. gibt es die „Methode, imaginäre Einwände zu widerlegen" (1978, S. 84), die sich mit dem „Mechanismus der Vermengung" paart – „man vermengt die ernsthaften mit den platten Einwänden, um diejenigen, die ernstzunehmende Überlegungen geäußert haben, durch die Widerlegung eines imaginären Einwandes zu diskreditieren" (S. 86).

Diffamierungen werden gebraucht, wenn Hoffnung auf innere Paralysierung aller Individuen schon nicht mehr besteht; ihr Ziel ist eine Spaltung, die außen zwischen die Individuen fällt. Für diejenigen Individuen, die trotz Diffamierung ihren Widerstand aufrechterhalten, ist die hegemoniale Kraft des korporativen Teilsystems, d.h. seiner innergewerkschaftlichen Agenten verbraucht. Damit aber noch nicht die hegemoniale Kraft des Sozialliberalen Korporatismus insgesamt.

(4.2) Sie finden sich zunächst auf die Möglichkeit verwiesen, ihren Protest in der bereitgehaltenen Sprache des „parlamentarischen Arms" zu artikulieren. Dies wird so gewährleistet: es existiert stets ein Minimum eigener Entscheidungsbefugnis der sozialliberalen Palamentspartei, durch die sie befähigt ist, „metaökonomische Kompensationen" (Nenning 1979, S. 464) für die benachteiligten und widerstandswilligen Individuen zu beschließen und ihren Widerstandswillen dadurch gewissermaßen auf einer Metaebene zu entkräften. Alle Politikbereiche, die nichts oder nur wenig kosten, bieten sich als Arsenal solcher Kompensationen an, am meisten also Kompensationen rein ideeller Art, z.B. außenpolitische Identifikationsmuster, die je nach nationalen Bedingungen mit Feindbildern oder umgekehrt – was selbstverständlich viel begrüßenswerter ist – mit dem Bild des „ehrlichen Maklers" in Krisensituationen arbeiten können. Kompensationen, die

etwas kosten, darunter auch ökonomische, können immer mindestens *gefordert* werden.

Zur Beantwortung der Frage, weshalb Forderungen nicht auch beschlossen werden, existiert nationenspezifisch ein eigenes Terrain von Gründen wie z.B.: relative Stärke der Gegenpartei, Koalitionsgesichtspunkte, verfassungsmäßige „checks and balances" usw. Gefordert werden kann bis zu einem gewissen Grad sogar die Entkorporativerung der Gewerkschaft. Diesen gewissen Grad kann man definieren als die „Methode, einen imaginären Korporatismus anzugreifen", die sich mit dem oben schon beschriebenen Mechanismus der Vermengung paart: nachdem die Gewerkschaftsführung den Kritiker durch Widerlegung „platter Einwände" diffamiert hat, kann sich die Parlamentspartei *dieselben platten Einwände zueigen machen* und z.B. einen vagen Kampf gegen „die Bürokratisierung" der Gewerkschaften beginnen. – Die „Integration" von Kritikern durch Forderungen statt durch Beschlüsse mit realen Resultaten zeigt nicht geringere, sonder größere hegemoniale Wirkung, weil es viel schwieriger ist, die Notwendigkeit einer besonderen Zielsetzung neben einer bereits bestehenden, für die schon „machtvoll gekämpft wird", zu begründen als die Notwendigkeit einer Alternative zu einer Realität.

Indirekt wird sogar die parlamentarische Minderheitspartei der alten Mittelschichten zum Funktionselement des Sozialliberalen Korporatismus. Die ultima ratio dieser Form bürgerlicher Hegemonie besteht in dem stets verfügbaren Argument, es müsse die parlamentarische Basis gegen einen Konkurrenten verteidigt werden, der ja *tatsächlich* keine Arbeiterinteressen vertritt, also in der „Logik des kleineren Übels". Die Mittelschichtenpartei funktioniert auch dann noch für den Sozialliberalen Korporatismus – vorausgesetzt, unsere Annahmen über dessen ökonomische Basis sind richtig! –, wenn sie von antikorporativen Arbeitern aus sprachlosem Protest zur parlamentarischen Mehrheitspartei gemacht wird. Die Anschauung ihrer Politik wird diese Arbeiter wieder zur sozialliberalen Partei zurücktreiben. Nehmen wir an, auch dieser Graben wird von einigen durchschritten. Dann gibt es noch genau zwei Hegemoniemöglichkeiten. Die erste ist eine bloße Fortsetzung der „Logik des kleineren Übels". Einen *Wunschgegner* – der Integrationsaufgaben übernehmen kann, zu denen man selbst nicht mehr fähig ist, und der dabei stets kontrollierbar bleibt – kann man auch im Bereich der „antibürgerlich" werdenden Individuen zu installieren versuchen, indem man ihnen pathologische Identifikationen aufzwingt. Das kann besonders im Entstehungs-

stadium antibürgerlicher Einstellungen ein leichtes Spiel sein. Auf höherer Stufenleiter tritt dann wieder die Methode der Widerlegung platter Einwände in Aktion. Ersatzweise oder subsidiär kann zweitens versucht werden, Individuen in Situationen hineinzutreiben, die den Einsatz von Repressionsgewalt gegen sie unter Zustimmung aller oder der meisten noch „bürgerlich" eingestellten Individuen erlauben.

Wenn auch diese letzten „Regeln" versagen, dann und nur dann wird das System bürgerlicher Herrschaft besiegbar. Aber wie viel gehört dazu, selbst unter dem Druck ökonomischer Benachteiligung aus ihnen herauszutreten! Wer glaubt, dieses System (und auch andere Herrschaftssysteme) neige einfach wegen ökonomischer Krisen zur Selbstauflösung, ist weiter nicht als ein „Wunschgegner". Zwar gilt in der Tat, daß nur die ökonomische Krise es überhaupt in Gefahr bringen kann. Aber Gefährdung und Besiegung ist nun mal zweierlei.

2.4 Strategische Situation

Methodologische Vorbemerkung: In Westdeutschland herrscht eine Situation, die im nachhinein als Entstehungsphase des Sozialliberalen Korporatismus erscheinen könnte. Derartige Situationen sind nicht allein negativ charakterisiert als Nochnichtvorhandensein eines Systems X, sondern bilden selbst wieder ein „System", freilich keines, das nach „Regeln" und „Methoden" funktioniert. Termini wie „Interessenlogik" (*Groser* 1980) und „Kräfteverhältnisse" sind übliche Versuche, sich in ihm zurechtzufinden. Die folgende Darstellung politischer Kräfteverhältnisse in Westdeutschland orientiert sich methodologisch an *Gramsci* (1967, S. 322ff.) und vor allem an *Foucault* (1977, S. 113ff.). – „Fortschrittliche" und „reaktionäre Kräfte" gegeneinander abzuwiegen, verbietet sich in einer Lage, in der es darum geht, die Arbeiterklasse von der Selbstorganisation der eigenen Ohnmacht abzuhalten. Nicht Subjekte, sondern *Stützpunkte und Widerstandspunkte*, die häufig, nach Foucaults Formulierung, „die Individuen selber durchkreuzen, zerschneiden und umgestalten, in ihrem Körper und in ihrer Seele" – und in ihrem Denken – „abgeschlossene Bezirke abstecken" (S. 118), stehen sich hier gegenüber. Sie bilden gemeinsam die *strategische Situation bezüglich der sozialliberal-korporativen Strategie* und sind in ihrem äußere Umfang durch diese definiert, bestehen nämlich aus allen Elementen, die bei Berührung mit der sozialliberal-korporativen Strategie in sozialliberal-korporative Effekte übergeführt bzw. zum effektiven Widerstand gegen solche Überführung eingesetzt werden können. Bei der Analyse von Situation und Strategie müssen wir nicht vom Nullpunkt anfangen, vielmehr erweisen jetzt die Resultate der vorausgegangenen Abschnitte ihre unmittelbare politische Relevanz; die Theorie der strategischen Situation erscheint als Glied einer „vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigenden" Theoriekette (vgl. *Jäger* 1979a, S.83 bis 88, bes. 87 f.). – Es lassen sich nämlich einerseits aus der Theorie der ökonomischen Basis – insbesondere aus der Be-

hauptung eines Zusammenhangs von Krise und korporativer Tendenz – das *Vorhandensein der sozialliberal-korporativen Strategie in Westdeutschland,* aus der Theorie der Parteidimension ihre potentiellen politischen Träger und aus der Theorie der institutionellen Methode die Gestalt ihres Ziels ableiten. Andererseits ergibt sich aus letzterer Theorie auch, daß die strategische Situation aus Elementen wie Verhältnis von Gewerkschaft und Arbeiterpartei, innergewerkschaftlicher Demokratie, Politik der Mittelschichtenpartei, Charakter der innergewerkschaftlich gängigen Intentionen und Deutungen usw. besteht. – Zu diesen übernehmbaren Resultaten tritt eine spezifische Logik hinzu, für die u.a. folgende Annahmen konstitutiv sind: (a) *Strategien können ohne Strategen existieren.* Es gibt zwar „keine Macht, die sich ohne eine Reihe von Absichten und Zielsetzungen entfaltet" (S. 116), aber diese brauchen sich nicht auf die gesamte Strategie, sondern können sich auf *lokale Taktiken* beziehen, deren „Verkettung" zu einer Gesamtheit bei genügendem Problemdruck der ökonomischen und politischen Situation hinter dem Rücken aller Beteiligten vor sich gehen kann. (b) Es ist andererseits *nicht ausgeschlossen*, daß es einem Subjekt mit gegebener Zielsetzung gelingt, seine Taktik mit einer Gesamtstrategie zu „identifizieren", in welchem Falle die Erfolgschancen der Strategie wachsen. In diesen Kontext gehört m.E. *Haugs*Theorie „politischer Diskurse" (1980). Zu Recht wehrt sich Haug gegen ökonomischen Reduktionismus bei der Frage nach den Erfolgschancen solcher Diskurse. Der Erfolg hängt nicht von der Übereinstimmung mit der (subjektiven und objektiven) ökonomischen Situation ab. Dennoch *gibt es* ein objektives Erfolgskriterium: Übereinstimmung mit der *strategischen* Situation. Diese wird ihrerseits „in letzter Instanz" von der ökonomischen Basis determiniert. (c) In einer strategischen Situation gibt es neben Stütz- und Widerstandspunkten fast regelmäßig auch *immanente Widerstandspunkte*, die, wie Foucault schreibt, „in den Machtbeziehungen die Rolle von Gegnern, Zielscheiben, Stützpunkten, Einfallstoren spielen" (117). Dieses Konzept ersetzt das vage und mißbräuchliche Reden von der „objektiven Funktion" politischer Handlungen bzw. Subjekte durch eine unabweisbare Frage – welches sind die immanenten Widerstandspunkte bezüglich der gegebenen Strategie – und durch Antworten, die in Begründungspflicht und Widerlegungsmöglichkeit stets rationalen Kriterien unterworfen sind.

Wir versuchen jetzt nacheinander folgende Fragen zu beantworten: Existiert in Westdeutschland ein System des sozialliberalen Korporatismus? Wenn nein: Welches sind die Stützpunkte der auf sie zielenden Strategie? Und welches sind die Widerstandspunkte, darunter die immanenten?

Die Frage nach der Existenz ist zu verneinen, weil es in Westdeutschland keine in ein staatliches Entscheidungssystem inkorporierte Gewerkschaftsführung gibt, die über einkommens- oder gar ordnungspolitische Fragen mit der sozialliberalen Parlamentspartei und den Kapitalorganisationen Kompromisse aushandelt und umsetzt. *Die Konzertierte Aktion ist kein solches Entscheidungssystem,* denn erstens wird in ihr nicht entschieden, sondern

informiert – noch dazu im wesentlichen einseitig von der Regierung –, zweitens ist sie kein Organ, welches der gegenwärtigen ökonomischen Situation entspringt (vielmehr dem Endstadium der vergangenen Akkumulationssphase, der sie auch ihre dogmatisch-keynesianische Entstehungsideologie verdankt (vgl. Lehmbruch 1977, S 106)), und drittens haben die Gewerkschaftsvertreter bewiesen, daß sie sich nicht einmal diesem Organ gegenüber zu bedingungsloser Teilnahmepermanenz verpflichtet fühlen (Rückzug im Mitbestimmungs-Streit). Man beachte,daß es theoretisch belanglos ist, ob Rückzüge aus derartigen Organen „konfliktrhetorisch" gemeint sind oder nicht, entscheidend ist, daß sie stattfinden: wenn nämlich ein korporatives System existieren würde, dann nach Voraussetzung auch ein innergewerkschaftlicher Entdemokratisierungsgrad, der „konfliktrhetorische" Rückzüge überflüssig macht.

Zweite Frage: Welche Elemente der strategischen Situation sind dem sozialliberal-korporativen Ziel genügend „nahe", daß sie als *Stützpunkte* der entsprechenden Strategie dienen können? – Zunächst einmal ist es wesentlich, daß die Strategie in Schlüsselpositionen des sozialliberalen Blocks, der als potentielles Subjekt des korporatistischen Systems infragekommt, bereits *gedacht wird*. Auf das Buch von *Hauff/Scharpf* haben wir schon hingewiesen. Seine Vorgeschichte wie seine Folge zeigen, daß es keine politische Eintagsfliege ist. Was den „Vordenker für sozialdemokratische Politikkonzeptionen" *Scharpf* angeht (vgl. Hübner/Moraal, 1980, S.41), so kann man an der Reihe seiner Publikationen verfolgen, wie er seit Beginn der Wirtschaftskrise und vermittelt über die Aufgabenstellung der Enquete-Kommision Verfassungsreform des Deutschen Bundestages an dem Projekt arbeitet, die sozialliberale Entwicklung der Planungskapazitäten des bürgerlichen Staates auch unter den veränderten Bedingungen fortzuführen, und wie er dabei auf das korporatistische Konzept stößt: seine Formulierung aus dem Jahr 1973, wonach die „Konkurrenzdemokratie" die Planungskapazität des Staates wegen ihrer generellen Konsensabhängigkeit und ihres Zwanges zu kurzfristigen Erfolgen beschränke, seine Forderung, nach „Komplementärstrategien" zu suchen, die eine zusätzliche „künstliche" Konfliktsteigerung und Konsensbildung erzeugen würden (Mayntz/Scharpf 1973, bes. S. 137ff.), stimmt schon bis aufs Haar mit der Problemdiagnose überein, aus der *Lehmbruch* später die Notwendigkeit des „liberalen Korporatismus" ableitete (1977, S. 96ff.) Sein Koautor Hauff ist bekanntlich bald nach der Veröffentlichung des gemeinsamen „strukturpolitischen" Programms zum

Forschungsminister ernannt worden, in welcher Eigenschaft er den auf die Marktökonomie des Kapitals bezogenen Programmteil massiv durchführt. Der Vorgang signalisiert dennoch vorerst nur *lokale Bewußtheit* über die korporative Strategie innerhalb des sozialliberalen Blocks: nicht einmal der SPIEGEL, sein wichtigstes Presseorgan, hat bisher auch nur ihren marktökonomischen Aspekt begriffen (vgl. 12/80, S. 37ff.) Die Entwicklung eines korporativen „Diskurses" ist also zwar weit fortgeschritten, aber noch nicht am Ziel.

Intentionen und Deutungen, die dem korporativen Ziel so nahe kommen, daß sie als Stützpunkte der korporativen Strategie begriffen werden können, sind in Äußerungen führender DGB-Funktionäre (vgl. z.B. den Schlagzeilenbericht der FR vom 3.4.80 über den vom DGB-Vorsitzenden Vetter geforderten „Umdenkungsprozeß"), in Aufsätzen gewerkschaftlicher Theoretiker (vgl. den Literaturbericht von *Ehrig*, 1980) und im Verlauf der gewerkschaftlichen Programmdiskussion präsent. Man findet hier einerseits eine starke Affinität zur Strategie der „aktiven Strukturpolitik", deren Ziele und Mittel häufig nicht anders bezeichnet werden als bei Hauff und Scharpf. Andererseits steht, was die Investitionsfrage angeht, die Forderung nach einem System der Information, Koordination und Erfolgskontrolle nach wie vor neben dem Programmgrundsatz, daß die letzte Entscheidung über Investitionen im einzelnen Unternehmen bleiben müsse; so daß selbst die Presse des Kapitals zu dem Schluß kommt, der DGB sei vom „Enteignungs- zum Entmachtungsmodell" übergegangen, d.h. er wolle nicht den Kapitalismus beseitigen, *sondern* „eine umfassende Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft" herbeiführen (vgl. den eben erwähnten FR-Bericht). Gegen eine derartige Linie gibt es starken innergewerkschaftlichen Widerstand. Immerhin, ob sich Funktionäre wie Vetter auflehnen würden, wenn das „Entmachtungsmodell" bei österreichischen Verhältnissen stehenbleibt, kann bezweifelt werden, solange er uneingeschränkt von „positiven Erfahrungen mit Wirtschafts-und Sozialräten in anderen europäischen Ländern" spricht. Wirklich bedenklich ist seine Haltung zur Frage innergewerkschaftlicher Demokratie. Er bezeichnet das Demokratiebild, nach dem vor allem die Abhängigkeit der Mandatsträger von Wahlen gewährleistet sein muß, in Auseinandersetzung mit dem christdemokratischen Verbändegesetzentwurf als „formalistisch".

„Und wenn die eine oder andere Satzung Gewerkschaftsvorständen das Recht einräumt, Funktionäre einzusetzen oder zu bestätigen, ist das noch lange kein Indiz für mangelnde Demoratie oder gar Diktatur. ...am Beispiel des

'von oben' eingesetzten Bezirksleiters: Hat oder erringt er nicht das Vertrauen und die Mitarbeit der Mitgliedschaft, ist seine Arbeit zur Unwirksamkeit verdammt. Eine fundamentale Bedingung für Gewerkschaftspolitik ist also, daß sie von der Mitgliedschaft getragen, akzeptiert wird. Dies ist m.E. ein stärkeres demokratisches Fundament, als es selbst Wahlen gewährleisten können." (Vetter 1979, S. 208)

Dieses „antiformalistische" Demokratiebild dürfte kaum Schutz vor korporatistischer Entdemokratisierung bieten, im Gegenteil, es erleichtert deren Durchsetzung. Geringere „Mitarbeit" der Gewerkschaftsmitglieder, im Sinne von Demobilisierung, Streikverzicht, ist ja gerade Zweck dieser Strategie. Sollten sich derartige Tendenzen auch in der Praxis durchsetzen (Fall Plumeyer!), dann würde alles, was den relativ *hohen Zentralisierungsgrad* des DGB ausmacht, nicht mehr für Kampfkraft, sondern für korporatistische Selbstentmannung der Arbeiterklasse zu Buche schlagen. So vor allem das Fehlen parteipolitischer Zersplitterung, aus dem leicht eine Zementierung des sozialliberalen status quo werden könnte, und die weitgehende Konzentration von Entscheidungskompetenzen auf der Führungsebene. Die relativ schwache Stellung der DGB-Dachorganisation gegenüber den Einzelgewerkschaften bildet hier ein Gegengewicht, weil die Möglichkeit besteht, daß der Kampf zwischen korporativen und antikorporativen Gewerkschaftsflügeln sich am Verhältnis der Einzelgewerkschaften zueinander (einschließlich der führenden Funktionäre) festmacht, etwa entlang der Zugehörigkeit zu „moderneren" oder in die Krise geratenen Branchen; dafür gibt es heute schon Anzeichen (z.B. unterschiedliche Politik der IG-Chemie- und der IG-Druck-Führung). Auf die Gewerkschaften in den „kritischen" Branchen kommt es jedenfalls gerade an, denn die Krise ist es, die die korporative Strategie überhaupt erforderlich gemacht hat. – Alles in allem kann man urteilen, daß das Bewußtsein großer Teile der DGB-Führung einem korporativen „Diskurs" nahe kommt und daß eine korporative Entdemokratisierungsstrategie zwar auf Widerstand stößt, aber beileibe nicht chancenlos ist.

Die Großbourgeoisie als letzter potentieller Teilnehmer eines korporativen Systems ist von diesem zweifellos noch am weitesten entfernt. Mag sie auch über den „Sozialismus" der DGB–Führung beruhigt sein – und sie scheint sehr genau zu wissen, welcher Zusammenhang zwischen Handlungsfähigkeit der Führung und gewerkschaftlichem „Zentralisierungsgrad" besteht (vgl. SPIEGEL 5/80, S. 66) –, so wird sie deshalb das „Entmachtungsmodell" noch nicht ohne Not akzeptieren. Die führenden Bourgeoisfunktionäre scheinen sich heute in einem Übergang zu

befinden. Antimitbestimmungskampf und „Tabukatalog" liegen noch als Beweise traditioneller Konflikthaltung auf dem Tisch, andererseits ist das Abrücken vom christdemokratischen Kampf gegen den „Gewerkschaftsstaat" zumindest auf der parteipolitschen Ebene unübersehbar. Bemerkenswerterweise scheint auch die sozialliberale Polemik gegen die „Unberechenbarkeit" von Strauß, hinter der man leicht das zentrale Interesse der korporativen Strategie erkennt – die „Berechenbarkeit", die die Sozialliberalen anbieten können, ist der Arbeitsfrieden –, bei ihnen auf fruchtbaren Boden zu fallen. Die Großbourgeoisie beginnt offen mit der SPD–Führung zu sympathisieren. (Vgl.die Berichte in SPIEGEL 12/80, S.32 ff und5/80, S.58 ff.)

Dritte Frage: welche *Widerstandspunkte* enthält die strategische Situation? – Widerstand von rechts, der sich als Kampf gegen „den Gewerkschaftsstaat", gegen „Verfilzung" und für Privatisierung aller „Verbände" seines antikorporativen Charakters auch ein Stück weit bewußt ist, wird massiv vom christdemokratischen Block ausgeübt. Vieles spricht jedoch dafür, daß der Kampf aus der Defensive heraus geführt wird. Während für das korporative Programm in zunehmener Offenheit und Öffentlichkeit agitiert wird, wird die antikorporative Polemik infolge der Entwicklung der Kräfteverhältnisse immer gewundener; die Christdemokraten wagen 1980 keine Wiederholung des offen antigewerkschaftlichen Wahlkampfs von 1972, sondern lavieren zwischen progewerkschaftlichen Gutwetteraktionen und mehr oder weniger absichtsvollen Indiskretionen über die Aufrechterhaltung ihrer Verbändegesetzinitiativen hin und her. Während im sozialliberalen Block zwar mit verteilten Rollen, aber einheitlicher Stoßrichtung und Begründung die korporative Intention verbreitet wird, zerfällt die christdemokratische Gegenintention in die „populistische" Variante der Strauß–Fraktion und die durch das Konzept der „Neuen sozialen Frage" definierte Kohl–Geißler–Variante, zwei Begründungsstränge, deren schwere Vereinbarkeit durch die parteiinternen Fraktionskämpfe evident geworden ist. Schließlich, während im sozialliberalen Block keine Unklarheit über den Klassencharakter der korporativen Strategie herrscht und auch nicht in der Öffentlichkeit erzeugt wird, sind die Christdemokraten zu solcher Unklarheit gezwungen – sie greifen die Strategie stets als „sozialistische" an –, weil sie sich Angriffe gegen den großbourgeoisen Teil eines möglichen Korporatismus nicht leisten können. Daß diese Unklarheit den Sozialliberalen dabei hilft, sogar Sozialisten in die korporative Strategie einzuspannen oder sie zumindestens zu paralysieren, liegt auf der Hand. Die Christdemokraten

haben jedoch noch weitere, über die politische Tagespolemik hinausreichende Widerstandsmöglichkeiten. Sozialliberaler Korporatismus bedeutet Unterordnung des parlamentarischen Systems unter das direkte Verhandlungssystem der Klassen, deren Bündnis der sozialliberale Block organisiert. Dieses parlamentarische System ist jedoch als einzig entscheidungskompetentes in der Verfassung verankert. Eine wirksame Gegenstrategie könnte darin bestehen, die Verfassungsinstanzen durch Anrufung der konsensunabhängigen Judikative, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts, gegen Funktionsveränderungen jeder Art zu verteidigen. Mit dieser Strategie ist es den Christdemokraten seit zehn Jahren immer wieder gelungen, sozialliberalen Reformen Grenzen zu setzen; läßt sich so auch der Korporatismus verhindern? Das scheint fraglich. Erstens hat auch die Unabhängigkeit der Judikative in punkto gesetzlicher Grundlage und Richterernennung Grenzen, und das historische Beispiel des siegreichen Kampfes, in dem Franklin D. Roosevelt seine teilweise korporatistisch gefärbte New Deal–Politik gegen das amerikanische Oberste Bundesgericht durchsetzte, zeigt, daß solche Grenzen unter dem Druck einer aktuellen Problemlage in kurzer Zeit erreicht sein können (vgl. Baines 1977, S.345). Zweitens, und das ist viel wesentlicher, müßte die Unabhängigkeit der westdeutschen Judikative zur Durchsetzung der korporativen Strategie wohl nicht einmal angetastet werden: es scheint eher, daß sie ihr den Weg ebnet.

Das BVerfG hat den durch die sozialliberale Politik der Staatseingriffe in die Wirtschaft notwendig implizierten Übergang vom dualistischen Rechts– in den Maßnahmenstaat seinerzeit akzeptiert und steht schon deshalb einem Denken in Verbändegesetz-Kategorien nicht automatisch nahe. Es hat freilich die Rechtsstaats*ideologie* der 50er Jahre dabei aufrechterhalten, indem es die Politik der „Maßnahmen" als bloße Ausführung von Meta-Recht hinstellte, welches es zu diesem Zweck eigens erfand, d.h. schöpferisch aus dem Grundgesetz „herausinterpretierte", nach einem Muster, das schon in den 50er Jahren selbst bei der Erfindung des Begriffs „Freiheitlich-demokratische Grundordnung" wirksam wurde. Der Dualismus von gesellschaftlich-privater Aktion und staatlich-rechtlicher Rahmensetzung wurde auf diese Weise verschoben in den neuen Dualismus von staatlicher Aktion in der Gesellschaft einerseits, Rahmensetzung *durch „Werte"* andererseits. (Vgl. *Aschke* 1979) *Offe* nimmt an, der Appell an höchstrichterliche Wertschöpfung sei „natürliche Tendenz einer konservativen Opposition" gegen die sozialliberal-korporative Strategie (1979, S.90). Aber schöpft das BVerfG denn antikorpo-

rative Werte? Im Gegenteil: das Mitbestimmungsurteil beweist – wie *Blanke* gezeigt hat (1980) –, daß *Kompromißpflicht* und *Investitionsfreiheit des Kapitals* die einzigen Werte sind, die das Gericht unter allen Umständen schützen will, während es im übrigen ausdrücklich bereit ist, eine laufende Anpassung der rechtlichen Institutionalisierung der Klassenbeziehungen an die Entwicklung ökonomischer Wachstumsbedingungen und gesellschaftlicher Anschauungen zuzulassen. Kompromißprinzip und Investitionsfreiheit sind aber gerade die Grundpfeiler des Sozialliberalen Korporatismus. Publizistisch ist das Mitbestimmungsurteil als halber Sieg der Bourgeoisie gedeutet worden, weil es der Mitbestimmung enge Grenzen gesetzt habe. Hinzufügen muß man, daß korporatistische Kräfte in den Gewerkschaften mitgesiegt haben: das Urteil nimmt ihnen die unpopuläre Korrektur des sozialistisch deutbaren Programmpunkts „Investitionskontrolle" ab und damit der innergewerkschaftlichen Opposition einen greifbaren innergewerkschaftlichen Angriffspunkt.

Wir finden also, daß der christdemokratische Widerstand zwar stark und seiner Aufgabe hinreichend bewußt ist, aber keine strategischen Elemente enthält, die ihn siegreich machen könnten, und die Schwäche der ökonomischen Basis eines solchen Widerstands war ohnehin klar. Seine Niederlage ist also vorgezeichnet; aber es wird eine langsame Niederlage sein. Aus ganz anderen Gründen ist es um „linken", potentiell sozialistischen Widerstand derzeit schlecht bestellt. Stärke der ökonomischen Basis ist das einzige, was diesen Widerstand positiv auszeichnet, aber wegen zu geringem Bewußtsein von dem, wogegen gekämpft werden müßte, kommt sie vorerst kaum zur Geltung. Breite Ansätze einer innergewerkschaftlichen Opposition gegen den „integrationistischen Flügel" sind vorhanden. In der Periode „neuer gewerkschaftlicher Kämpfe nach 1969", schreibt *Deppe*,

> „im Zusammenhang einer Aktivierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und einer Erweiterung des gesellschaftspolitischen Diskussionsspielraums und insgesamt einer deutlicheren Politisierung auch der innenpolitischen Auseinandersetzungen ... wächst ... eine neue Generation von Kadern der Arbeiterbewegung heran". (1979, S.216) Sie „sind heute längst keine Jugendvertreter mehr. Sie stellen schon einen erheblichen Anteil der Delegierten bei Gewerkschaftstagen; sie lösen allmählich gewerkschaftliche Funktionäre auf den unteren und mittleren Ebenen ab. Sie gehören zu den organisierenden und treibenden Kräften bei den zurückliegenden Streikkämpfen ..." (217)

Dadurch allein werden sie aber noch nicht zum wirksamen antikorporativen Faktor, auch wenn sich im Verlauf der ökonomischen Krise ihre Basis immer mehr verbreitert. Deppe schreibt selbst, ihr

Bewußtsein sei durch die Erfahrung bestimmt, „daß sich die Regierung – und vor allem die SPD – dem politischen Druck, der Erpressung und der ökonomischen Macht des Kapitals unterordnet" (S.216). Dieses falsche Bewußtsein von der SPD als unfreiwilligem und feigem Opfer des Kapitals, hinter dem der ungebrochene Glaube an eine verschüttete sozialistische Grundsubstanz dieser Partei steckt, ist eher selbst ein Stützpunkt der korporativen Strategie. Außerdem macht Repräsentanz „auf der mittleren Ebene" gerade da Halt, wo die innergewerkschaftliche Grenze zwischen Staat und Gesellschaft gezogen werden könnte. Ein Kampf gegen Entdemokratisierungstendenzen ist immerhin im Gange, jedoch könnte er wirkungsvoller sein, wenn bekannt wäre, weshalb er geführt werden muß. Auseinandersetzungen zwischen basisdemokratischen und DKP-orientierten Deutungen von Demokratie, wie sie jüngst von der DGB-Schule in Oberursel ausgingen, nützen wiederum der korporativen Strategie, die entlang einer Fragestellung wie „Gremienarbeit, ja oder nein " noch Kommunisten einzuspannen versuchen kann (vgl. die Diskussionsfronten auf der 12. Jugendkonferenz der IG-Metall, Bericht der FR vom 28.4.1980).

Es gibt leider viele Beispiele für die „Immanenz" sozialistischen Widerstands gegen die sich abzeichnende Entwicklung, darunter das Schauspiel des Kampfes gewerkschaftlich orientierter Wissenschaftler gegen Korporatismus-Kritik von links: für *Bopp-Schmehl/Kypke* reicht es zu wissen, daß Biedenkopf den Korporatismus bekämpft, um *jede* Kritik der Gewerkschaftsfeindlichkeit zu verdächtigen (1979, S.1471).

Ein eklatantes Beispiel „immanenten" Widerstands finden wir auch auf parteipolitischer Ebene, und zwar im sozialistischen Flügel der SPD, wo zur Zeit eine *Otto Bauer-Renaissance* auflebt. Man erhofft von ihr Hervorhebung und Stärkung der marxistischen Tradition der Partei. So begrüßenswert das wäre, so problematisch ist das Schweigen von *Albers* (1979) und anderen über die derzeitige Einverleibung Bauers in den österreichischen korporativen Diskurs. Der schon mehrfach zitierte *Nenning* macht ihn ohne Umstände zum ideologischen Ahnherrn eines Systems, das er selbst als „parlamentarisch-demokratischen ‚Ständestaat' " bezeichnet (1979, S.457f). In seiner einschlägigen Theorie des „Klassengleichgewichts" habe Bauer „bloß darin" geirrt, es „als prinzipiell kurzfristig" zu deklarieren (S.455). Wieweit Nenning (und Lehmbruch: 1977, S.91f, 124) Bauer gerecht werden, steht hier nicht zur Debatte, aber klar ist, daß Bauer nur dann für den Sozialismus zu Buche schlägt, wenn es gelingt, eine eindeutig nichtkorporative Substanz seiner Theorien zu bestimmen. Statt

dies zu tun, stellen z.B. *Gransow/Krätke* die „Gleichgewichts"-Theorie ungewollt wie eine wünschenswerte Vorwegnahme des Sozialliberalen Korporatismus dar; es fehlt weder die Unterordnung des Parlaments unter einen „von allen Volksklassen beschickten koordinierenden und Interessenkollisionen ausgleichenden Clearing-Ausschuß" noch die Angabe der Herrschaftsbedingung, daß die „Klassenorganisation des Proletariats ... stark genug" sein muß, „das gemeinsame Klasseninteresse des Proletariats gegenüber allen proletarischen Sonderinteressen geltend zu machen" (1979, S.111). – Dennoch ermutigen Erscheinungen auf der parteipolitischen Ebene, und zwar einschließlich solcher auf der SPD-Linken, noch am meisten zur Hoffnung auf antikorporative Widerstandsmöglichkeiten. Kurzfristig werden die sozialistischen Kräfte gegen die korporative Strategie infolge des skizzierten Bewußtseinsrückstands nichts ausrichten, aber es scheint, daß die ökonomische Krise eine Bereitschaft zur Kräftesammlung unter dem Vorzeichen der Selbstqualifikation schon jetzt erzeugt hat (Stichwort: Bewußtsein über eine „Krise des Marxismus"), und mit der Konstituierung der ökologischen Bewegung zur Partei hat auch der Loslösungsprozeß vom christdemokratischen wie vom sozialliberalen Block bereits begonnen. Unter solchen Bedingungen kann immanenter in nicht mehr integrierbaren Widerstand übergehen (vgl. hierzu auch *Jäger* 1980, in diesem Band).

Anmerkung

[1] Die theoretischen Beziehungen zwischen der Analyse von Poulantzas und der hier vorliegenden Analyse sind so komplex, daß ich ihre Darstellung einem späteren Aufsatz vorbehalten muß. Im allgemeinen gilt, daß die konzeptionellen Rahmen unterschiedlich sind, der reale Gegenstand aber derselbe zu sein scheint, was zur Folge hat, daß viele theoretischen Aussagen übereinstimmen, allerdings ganz unterschiedliches Gewicht erhalten. Das wichtigste Beispiel dafür sind folgende bei Poulantzas quasi nebensächliche, für mich wegen des „parteitheoretischen Ansatzes" (vgl. *Jäger* 1979 b) aber zentralen Feststellungen: 1. Der „autoritäre Etatismus" setzt nicht wie der Faschismus „eine historische Niederlage der Massenbewegung und der Arbeiterklasse voraus" – „ganz im Gegenteil" (Poulantzas 1978, S.191). 2. „In den europäischen Ländern wird derzeit das klassische Bündnis zwischen der Bourgeoisie und der (alten und neuen) Kleinbourgeoisie infragegestellt". (S.193) Eine ähnliche Art von Übereinstimmung ergibt sich auf der methodologischen Ebene, nicht nur in der Bezugnahme auf Foucault, sondern auch in folgender Hinsicht: „Wenn auch die ökonomische Rolle des Staates, die von ihrem politischen Inhalt nicht zu trennen ist, als Richtschnur einer Analyse des autoritären Etatismus dienen soll, so reicht sie doch bei weitem nicht aus. Es handelt sich um eine institutionelle Realität, die nur an

dem ihr eigenen Ort untersucht werden kann.". (S.186) In beiden Fällen komme ich bei Akzeptierung dieser Ausgangspunkte infolge meiner Interpretation der „Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten" (Jäger 1979 a) zu anderen Vorgehensweisen als Poulantzas. – Unter Berücksichtigung dieser Differenzen können die hier folgenden Überlegungen, die nicht über den Status einer Theorieskizze hinausgehen, als Einführung in die im Detail viel reichhaltigere Analyse von Poulantzas gelesen werden.

Literaturverzeichnis

Albers 1979: Otto Bauer und das Konzept des „integralen Sozialismus", in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.), Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Berlin/W., S. 83 bis 102.

Alemann v. 1979: Auf dem Weg zum industriellen Korporatismus? Entwicklungslinien der Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/79, S. 552 bis 563.

Althusser 1978: Wie es in der FKP nicht mehr weitergehen kann, in: ders., Die Krise des Marxismus, Hamburg, S. 80 bis 146.

Altvater 1975: Wertgesetz und Monopolmacht, in: Theorie des Monopols (Argument-Sonderband 6), Berlin/W., S. 129 bis 198.

ders. 1979: Die bürgerliche Hegemonie, die „Logik der ökonomischen Sachzwänge" und die Alternative der Arbeiterbewegung, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 65 bis 82.

Aschke 1979: Verfassungsrecht, Verfassungsgerichtbarkeit und verfassungspolitische Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 171 bis 188.

Bader u.a. 1976: Bader/Berger/Ganßmann/Knesebeck, Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, Frankfurt/M/New York.

Baines 1977: Die Vereinigten Staaten zwischen den Weltkriegen, 1919–1941, in: Adams (Hrsg.), Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt/M, S. 283 bis 353.

Bauer 1970: Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Sandkühler/de la Vega, Austromarxismus. Texte zu ‚Ideologie und Klassenkampf', Frankfurt/M/Wien, S. 79 bis 97.

Blanke 1980: Reproduktion des Kapitals als Verfassungsproblem, in: PROKLA 38, S. 63 bis 80.

Bopp-Schmehl/Kypke 1979: „Korporatismus" statt „Pluralismus"? Ein untauglicher Theorie-Versuch mit Vergangenheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/79, S. 1462 bis 1473.

Deppe 1979: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg.

Ehrig 1980: Sektorale Strukturpolitik – ein Ausweg aus der Krise? in: Argument 120, S. 225 bis 234.

Esser/Fach 1979: Dann wäre das „Modell Deutschland" ernsthaft in Frage gestellt. Ergebnisse eines Konstanzer Forschungprojekts zu saarländischen Stahlkrise und ihrer politischen Bewältigung, in: Frankfurter Rundschau, 14. 12. 79.

Foucault 1977: Sexualität und Wahrheit, Bd. 1, Der Wille zum Wissen, Frankfurt/M.
Geißler 1979: Verbände und neue soziale Frage, in: Alemann/Heinze (Hrsg.), a.a.O., S. 180 bis 186.
Gramsci 1955: Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens, Berlin/DDR.
ders. 1967: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl (Hrsg. Riechers), Frankfurt/M.
Gransow/Krätke 1979: Thesen zur politischen Theorie im Austromarxismus, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 103 bis 121.
Groser 1980: Das Privatisierungsthema in der politischen Willensbildung, in: aus politik und zeitgeschichte 14/80, S. 3 bis 15.
Hauff/Scharpf 1975: Modernisierung der Volkswirschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Köln/Frankfurt/M.
Haug 1980: Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen (II), in: Argument 121, S. 352 bis 356.
Hübner/Moraal 1980: Zwischen Verbändegesetz und Konzentrierter Aktion, in: PROKLA 38, S. 41 bis 62.
Jäger 1979a: Nichtaussagenkonzeption oder subjektive Rationalität?, in: ders.: u.a., Subjektivität als Methodenproblem. Beiträge zur Kritik der Wissenschaftstheorie und Methodologie der bürgerlichen Psychologie, Köln, S. 69 bis 127.
ders. 1979b: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Grasmcis, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 45 bis 64.
ders. 1980: Die Grünen – eine neue „Partei neuen Typs"? (In diesem Band).
Kastendieck 1978: Problemperspektiven und Forschungsstrategien der Korporativismusanalyse. Thesen und Fragestellungen, Papier für die PROKLA-Konferenz im Mai 1978.
ders. 1979: Corporatist structures – an organisational network of economic and political relations, Papier für Workshop on „Authority in Industrial Societies" des ECPR in Brüssel, April 1979.
ders. 1980: Neokorporativismus? Thesen und Analyse-Konzepte, in: PROKLA 38, S. 81 bis 106.
Lehmbruch 1977: Liberal Corporatism and Party Government, in: Comparative Political Studies, Vol. 10 (H. 1), S. 91 bis 126.
ders. 1979: Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus, in: Alemann/Heinze (Hrsg.), a.a.O., S. 50 bis 71.
Lohmann 1979: Bankrott des Reformismus? Die sozialliberale Wirtschaftspolitik seit 1973, in: Staat und Monopole III (Argument-Sonderband 36), S. 91 bis 109.
Mayntz/Scharpf 1973: Planungsorganisation. Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, München.
Narr/Offe 1976: Was heißt hier Strukturpolitik? Neokorporativismus als Rettung aus der Krise? in: Technologie und Politik 6, S. 5 bis 26.
Nenning 1979: Die siamesischen Zwillinge. Merkmale österreichischer Arbeiterbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/79, S. 454 bis 466 und

9/79, S. 539 bis 551.
Offe 1979a: Die Instituionalisierung des Verbandseinflusses – eine ordnungspolitische Zwickmühle, in: Alemann/Heinze (Hrsg.), a.a.O., S. 72 bis 91.
ders. 1979b: Diskussionsbeitrag im Podium „Politische Folgen redizierten Wachstums" auf dem Politologentag laut Protokoll.
Panitch 1977: The Development of Corporatism in Liberal Democracies, in: Comparative Political Studies, a.a.O., S. 61 bis 90.
ders. 1978: Recent Theoretizations of Corporatism. Reflections on a Growth Industry, Papier für den 9. Weltkongreß der Soziologie, Uppsala August 1978.
Poulantzas 1978: Staatstheorie, Hamburg.
Salvati/Brosio 1980: Politik und Markt in der Krise, in: PROKLA 38, S. 107 bis 136.
Steiger 1971: Studien zur Entstehung der Neuen Wirtschaftslehre in Schweden. Eine Anti-Kritik, Berlin/W.
Vetter 1979: Vom „Gewerkschaftsstaat" zum Verbändegesetz, in: Alemann/Heinze, a.a.O., S. 205 bis 213.
Wehler 1973: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen.
ders. 1974: Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen, S. 36 bis 57.
Winkler 1976: Corporatism, in: Archives Europeennes de Sociology, vol. 17 no. 1, 1976, S. 100 bis 136.
Ziebura 1974: Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914, in: Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte heute, Göttingen, S. 495 bis 524.

Wolfgang Krumbein

Soziale Wurzeln der SPD

Thesen zum Charakter des politischen Reformismus und den Chancen der innerparteilichen Linken

These 1: Der Charakter der Sozialdemokratie ist durch politikzentrierte Analysen nicht zu klären.

Jene Linken, die in der Sozialdemokratie arbeiten, haben sich zu legitimieren: Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß die SPD nach

links veränderbar ist? Dies ist die Frage nach dem Charakter der Sozialdemokratie, denn ohne eine grundsätzliche Analyse der SPD bleibt jede Hoffnung auf eine Linksverschiebung in der Sozialdemokratie rein voluntaristisch. Welche Zusammenhänge also haben der Sozialdemokratie zu einer durch alle Schwierigkeiten hindurch erstaunlichen historischen Stabilität verholfen? Wie ist die hohe Kontinuität der Verankerung unter den Lohnabhängigen zu erklären?

Von folgenden Ansätzen einer Analyse der Sozialdemokratie können diese Fragen nur unzureichend beantwortet werden:

– der *funktionalistische* Ansatz, der die SPD systemtheoretisch dem Bezugspunkt „Erhaltung des kapitalistischen Systems" zuordnet. Dieses Vorgehen, häufig gekoppelt mit der problematischen These einer Gleichrangigkeit der Teilsysteme Politik und Ökonomie, vermag die zugrundeliegenden sozialen Interessen der Basis der SPD nicht einzuordnen, kann die Widersprüchlichkeit der Partei allenfalls marginal erfassen und erklärt letztlich ein veränderndes politisches Handeln der Subjekte für kaum möglich. (Vgl. vielfältige Ansätze in der Studentenbewegung und auch Blanke 1978.)

– der instrumentalistische Ansatz der *Stamokap-Theorie* (in der Variante der DKP) will in der SPD zwei Klassenlinien erkennen und erhält zugleich die alte These eines Führungs-Basis-Gegensatzes aufrecht. Die Frage, weshalb proletarische Wähler und Mitglieder die – als Instrument des Monopolkapitals fungierende – rechte SPD-Führung unterstützen, kann nicht mehr materialistisch erklärt werden; die, allen Vorhersagen zum Trotz, hohe Stabilität der SPD bleibt diesem Ansatz letztlich ein Rätsel.

– ein *soziologistischer Ansatz,* der die SPD zur „Partei des öffentlichen Dienstes, der Staatsbeamten und Staatsangestellten" (Greven 1979, 127) erklärt. Wie aber kann anders als durch fragwürdige Zusatzkonstruktionen erklärt werden, daß die SPD weiterhin von Nicht-Staatsbeschäftigten gewählt wird, daß offensichtlich eine Strukturverbindung der SPD zur Arbeiterbewegung gewahrt bleibt?! Ist die SPD-Basis tatsächlich so beschränkt, daß sie die angeblich ihren Interessen entgegengesetzte Politik der Partei nicht durchschaut?

– ein *politizistischer* Ansatz, der in den Instrumenten der SPD-Politik, ihrem Bezug auf staatliche Institutionen überhaupt („Staats-und Parlamentsfixierung") die Grundlage einer Degenerierung sieht. Dieser Ansatz war und ist eine häufig in der antirevisionistischen Linken vertretene Meinung; außer Acht gelassen wird die Frage, warum sich welcher soziale Inhalt dieser staatli-

chen Formen bedient und welche Widersprüchlichkeiten hierdurch impliziert sind.

Allen vorgestellten Ansätzen, die selbstverständlich in mannigfaltigen Mischformen auftreten, ist letztlich ein *politikzentriertes Vorgehen* gemeinsam, sei es durch die Festlegung politischer Klassenlinien oder durch den Bezug auf politische Abläufe. Soziale Wurzeln der Sozialdemokratie werden allenfalls am Rande thematisiert, die komplexen Vermittlungsmechanismen zwischen sozialen Wurzeln und ihrem Ausdruck im politischen Raum werden kaum untersucht. Die hier aufgestellte These lautet: Es bedarf tiefergehender als nur politikorientierter Untersuchungen, es bedarf des Rückbezugs auf allgemeinere sozialökonomische Strukturen, um sich die historische Wirksamkeit und Stabilität der Sozialdemokratie im wirklichen Sinn *erklären,* d.h. materialistisch herleiten zu können. Der im folgenden vorgeschlagene *Erklärungsansatz* rückt zunächst die vom Kapitalismus hervorgebrachten *sozialen Interessen* und *Bewußtseinsformen* der Lohnarbeiter in den Mittelpunkt der Untersuchung der Sozialdemokratie (vgl. ausführlich zu diesem Ansatz: Göttinger Thesen 1979).

These 2: Bewußtseinsformen und soziale Interessen sind grundlegende Begriffe für die Analyse des Reformismus.

Im politischen Raum agieren Parteien, deren Handeln durch spezifische Interessen geleitet wird; in Programmen werden Bewußtseinsformen von Individuen zu zusammenhängenden Parteiideologien verdichtet. Das Bewußtsein der handelnden Individuen ist dabei keineswegs nur von ihrer jeweiligen politischen Praxis bestimmt, sondern reflektiert zugleich ihre soziale Existenz und ökonomische Abhängigkeit. Für die besondere politische Partei „Sozialdemokratie" ist zu fragen, ob die sozialökonomische Struktur des Kapitalismus stets wiederkehrende Bewußtseinsformen und soziale Interessen hervorbringt, die dieser Partei ihre historische Stabilität verliehen haben.

Die Lohnarbeiter agieren als Besitzer einer der drei gleichberechtigten Revenuequellen Kapital, Arbeit und Boden. Ihre *sozialen Interessen* sind einmal auf das reibungslose Zusammenwirken aller Revenuequellen, also florierende Akkumulation gerichtet, zugleich aber werden die spezifischen Interessen an der Reproduktion der eigenen Revenuequelle (ausreichend hohe und kontinuierlich fließende Revenue) geltend gemacht, so daß in der Distributionskonkurrenz die gegensätzlichen Interessen von Arbeit und Kapital durchscheinen. Sind in diesem Sinn schon die so-

zialen Interessen der Lohnarbeiter keineswegs eine homogene Einheit, so weisen auch ihre *Bewußtseinsformen* Widersprüche auf: Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Leistung sind erstens Begriffe, die das Gemeinsame aller Revenuequellenbesitzer in sich aufnehmen, sie sind aber zweitens auch Kampfbegriffe (auch in der Distributionskonkurrenz muß die „Gleichheit" mit dem Kapital erst erkämpft werden).

Die genannten Inhalte der Begriffe Bewußtseinsformen und soziale Interessen sind offensichtlich nicht rein ökonomischer Natur, sondern umfassen zugleich ein ganzes Ensemble von Normen und Wertanschauungen – und sie beinhalten nicht zuletzt auch eine ideologische Auffassung von der staatlichen Wirklichkeit (Freiheit und Gleichheit als demokratietheoretische Grundbegriffe). Die Umsetzung in den staatlichen Raum ist den sozialen Interessen und Bewußtseinsformen daher keineswegs äußerlich, sondern ihnen selbst inhärent: Das Vertrauen auf die gesetzgeberische Interessenumsetzung durch die Sozialdemokratie hat schon hier die grundlegenden Wurzeln.

Dem vorgeschlagenen Ansatz der Reformismus-Analyse geht es demnach auch nicht darum, das oben kritisierte politikzentrierte Vorgehen durch ein ökonomistisches Starren auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals zu beantworten – wichtig wird vielmehr die Betrachtung des *Verhältnisses von Politik und Ökonomie:* Nicht die Abtrennung der politischen Sphäre von der Ökonomie, sondern die Umsetzung sozialer Interessen in den staatlichen Raum muß von der Reformismus-Analyse thematisiert werden.

Angesichts der Tatsache, daß sich mit der Sozialdemokratie der notwendige Bezug der sozialen Interessen auf die politische Ebene verwirklicht hat und angesichts der immer wieder frappierenden Parallelität von Bewußtseinsformen der Lohnarbeiter und sozialdemokratischer Programmatik kann als vorläufige Definition der Sozialdemokratie festgehalten werden: Die Sozialdemokratie ist der politisch-organisatorische Ausdruck der widersprüchlichen sozialen Interessen und Bewußtseinsformen der Lohnarbeiter.

These 3: Modifikationen des Sozialdemokratie-Begriffs machen den politischen Reformismus noch nicht zur klassenunspezifischen Staatspartei.

Die Betrachtung der „Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft" bedarf der Weiterentwicklung zunächst durch die Untersuchung derjenigen methodischen Ebene, die Marx unter eine „et-

waige Fortsetzung des Werkes" subsumiert hatte und die mit der Analyse u.a. des Staates zwischen allgemeiner und empirischer Ebene anzusiedeln ist (vgl. Krumbein 1977). Im Unterschied zum *gewerkschaftlichen Reformismus*, der die Interessen der Lohnarbeiter in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Kapital vertritt, will der *politische Reformismus* (=Sozialdemokratie) diese Interessen mittels gesetzlicher Fixierung umsetzen. Dadurch, daß das Handlungfeld „bürgerlicher Staat" selbst wiederum von der Ökonomie *besondert* ist, ergeben sich für den Reformismus-Begriff Modifikationen: Schon in den zugrundeliegenden Bewußtseinsformen werden die illusionären Momente durch den Bezug auf den „Hüter des Gemeinwohls" verstärkt und in ihren Handlungen im Parlament und in den staatlichen Verwaltungen muß die Sozialdemokratie spezifische Interessen mit dem Gemeinwohl vermitteln.

Indem der *politische Reformismus* spezifische Interessen in den Staatsapparat übersetzt und *gleichzeitig* durch den Filter des abstrakten Staatsinteresses gießt, wird er nicht zur klassenunspezifischen Staatspartei: Der Rückbezug zu den Interessen seiner sozialen Basis geht durch den Vermittlungsprozeß nicht verloren, wird vielmehr selbst widersprüchlich und ruft innere Spannungen in der Sozialdemokratie hervor.

Daß die Sozialdemokratie eine derartige *Vermittlungsinstanz* darstellt, ist keineswegs als bloße „Staatsfixierung" abzutun, sondern eine notwendige Form von Interessenvertretung, die ja der Umsetzung in allgemeine Gesetze über den Staat nicht entbehren kann. Hier liegt zugleich der Grund dafür, daß die Sozialdemokratie keineswegs eine potentiell abstreifbare Form für die Interessenvertretung der Lohnarbeiter abgibt, sondern als *notwendige Form* zu begreifen ist, die sich die Inhalte *Bewußtseinsformen* und *soziale Interessen* in ihrem Bezug auf den Staat geben. Daß dadurch der Schein entstehen kann, die innere Klammer des politischen Reformismus sei durch das Interesse an der Wahrung der politischen Demokratie gegeben, liegt auf der Hand: Eine republikanische Staatsform ist Voraussetzung der wirksamen Interessenvertretung im politischen Raum, so daß legitimerweise ein enormes Eigeninteresse an dieser Staatsform hervorgebracht wird.

Auf zwei weitere Modifikationen des Sozialdemokratie-Begriffs sei hier nur kurz hingewiesen:

– Interessenvertretung im politischen Raum bedingt die Herausbildung einer *Organisation*, deren jeweilige Ausgestaltung z. T. ganz erhebliche Eigeninteressen, *bürokratisches* Verharrungs-

vermögen usw. mit sich bringen kann, die auf der anderen Seite aber auch tradierte Wertvorstellungen, ein ganzes Bündel von kulturellen Gewohnheiten eines spezifisch-nationalen Arbeitermilieus in sich aufnehmen kann und von daher ein Eigengewicht einer *politischen Kultur* begründet.

– Eine Tendenz zur *Veränderung der sozialen Zusammensetzung* der Sozialdemokratie wird dadurch verursacht, daß haupt- und ehrenamtliche Tätigkeiten immer mehr von den in Bildung und Verfügung über Zeit privilegierten Neuen Mittelschichten wahrgenommen werden. Insbesondere unter Einbezug der spezifischen nationalen und ökonomischen Entwicklung der BRD koppelte sich diese Veränderung in der Sozialstruktur der SPD mit einer Ausweitung der Wählerschichten und einer ideologischen Öffnung in Richtung auf liberale Wertvorstellungen. Durch diese Wandlungsprozesse wird die Sozialdemokratie jedoch nicht zu einer „interklassistischen" Partei und schon gar nicht zu einer bürgerlichen Partei. Der Begriff der Volkspartei faßt in bornierter Form nur die Veränderungen in der Sozialstruktur der Bevölkerung insgesamt (Ausweitung der Lohnarbeit bei gleichzeitiger Binnendifferenzierung), so daß der politische Reformismus nur die Wandlungen seiner sozialen Grundlage nachvollzieht. Die neuen Mitglieder- und Wählerschichten gehören selbst nur z. T. den Neuen Mittelschichten an, sind in anderen Teilen schon in die Arbeiterklasse eingegliedert oder befinden sich im Übergang zu ihr: Die SPD bleibt *als Volkspartei Klassenpartei.* In einer Situation, in der die Mehrheit des Volkes der Arbeiterklasse angehört, bleibt eine Entgegenstellung der Begriffe Volkspartei und Klassenpartei selbst noch der – auf den dienstrechtlichen Status fixierten – bürgerlichen Soziologie verhaftet. Auch in ideologischer Hinsicht vereint die Sozialdemokratie die Anschauungen ihrer gesamten Wählerbasis.

Marxistische Kräfte in der Sozialdemokratie können nicht nur die verschiedenen Entwicklungstendenzen im widersprüchlichen Arbeiterbewußtsein beeinflussen, sondern können auf der Basis der geschilderten Modifikationen auch auf der politisch-ideologischen Ebene an Einfluß gewinnen: Das Handlungsfeld „Staat" der SPD besizt eine bemerkenswerte (gleichwohl aber nur relative) Selbständigkeit gegenüber grundlegenden ökonomischen Prozessen und historisch-politische Ereignisse können einen bedeutsamen Anteil an der Herausbildung ideologischer Anschauungen in der SPD gewinnen und eine spezifische *politische Kultur der Sozialdemokratie* begründen.

Als modifizierte Definition des politischen Reformismus kann gelten: Die Sozialdemokratie ist eine Vermittlungsinstanz, die Bewußtseinsformen und soziale Interessen ins politische System übersetzt und durch die Form des Handelns als Staatsbürger eine relativ selbständige politisch-ideologische Kultur begründen kann.

These 4: Der politische Reformismus ist in seiner Grundstruktur widersprüchlich.

Auf den ersten Blick scheint eine Widersprüchlichkeit der Sozialdemokratie dadurch hervorgerufen zu werden, daß die über die Gewerkschaften an die SPD herangetragenen sozialen Interessen der Lohnarbeiter in einen ständigen Konflikt geraten mit der Staat- und Gemeinwohlfixierung der Partei. Nun trifft es zweifellos zu, daß der politische Reformismus nicht nur über den *Zwang zur Legitimation* bei seiner entscheidenden Wählerschicht, den Lohnarbeitern, sondern ganz besonders über die *personelle und organisatorische Veflechtung (Afa) mit den Gewerkschaften* an die Arbeiterbewegung angebunden bleibt. Jedoch tritt die daraus folgende Orinetierung auf die Arbeiterbewegung nicht in dem Sinne der Orientierung auf den Staat und das Gemeinwohl gegenüber, daß hier zwei einander entgegenstehende und *in sich homogene* Interessenenkomplexe konfligieren. Vielmehr liegt der Widersprüchlichkeit der Sozialdemokratie das widersprüchliche Bewußtsein der Lohnarbeiter selbst zugrunde: Harmonisierende Wertvorstellungen und das Erkenntnis sozialer Abhängigkeit liegen nebeneinander und sind für Gewerkschaften und Sozialdemokratie identische zugrundeliegende Bewußtseinsformen. Der Bezug auf dieses widersprüchliche Alltagsbewußtsein stellt den Kern des komplexen Zusammenhangs von Arbeiterbewegung und politischem Reformismus dar.

Vorherrschenden Ausdruck findet die Widersprüchlichkeit der Sozialdemokratie in der *Flügelbildung:* Ein *reformsozialistischer* Flügel hebt die transitorischen antikapitalistischen Momente des reformistischen Bewußtseins hervor und fordert eine stärkere und kämpferischere Orientierung an den spezifischen Interessen der Lohnarbeiter. Ein *sozialliberaler* Flügel rückt die harmonisierenden Momente im widersprüchlichen Bewußtsein in den Vordergrund und will Interessenvertretung in erster Linie über die Förderung allgemeiner Interessen (florierende Akkumulation) verwirklichen; damit ist dieser in der BRD dominierende SPD-Flügel ebenso wie die vorherrschende politische Linie in den Gewerkschaften

durch eine spezifische Art der Interessenvertretung der Arbeiter charakterisiert.

These 5: Ökonomische Krisenphänomene in der BRD lassen die Widersprüchlichkeit des politischen Reformismus konkret in einzelnen Politikfeldern durchschlagen.

Zyklische Entwicklung der Akkumulation, anhaltende Massenarbeitslosigkeit und Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialversicherung sind jene vordringlichen Problempunkte, die in der Vergangenheit zum Abbruch der Reformpolitik der sozialliberalen Koalition maßgeblich beigetragen haben und deren weitere Zuspitzuung in den nächsten Jahren die innere Widersprüchlichkeit der Sozialdemokratie auch in den einzelnen Politikfeldern zum Ausdruck kommen lassen wird. Deutliche Anzeichen dieser Entwicklung sind schon heute feststellbar:

– Auf dem Feld der *Wirtschaftspolitik* setzt selbst die ansonsten keineswegs überkritische AfA andere Akzente als die offizielle Regierungspolitik und fordert verstärkte planende Staatseingriffe, Priorität der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Reform der Subventionsvergabe, die schon Klose mit seinem Schlagwort vom „Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus" thematisiert hatte. In der wirtschaftspolitischen Debatte innerhalb der SPD macht sich eine Tendenz zur Rückbesinnung auf verstärkte kämpferische Interessenvertretung der Lohnabhängigen bemerkbar.

– In der allerdings erst beginnenden *sozialpolitischen* Debatte in der SPD rückt das alte Ziel der Volksversicherung wieder in den Vordergrund: Mit der Einbeziehung möglichst aller Erwerbstätigen (gerade auch der Höherverdienenden) in die Pflichtversicherung und dem Zurückdrängen des dem bürgerlichen Leistungsideal entspringenden Äquivalenzprinzips zugunsten des Solidarprinzips würde die Umverteilungspotenz der Sozialversicherung ebenso gestärkt werden wie die ohnehin feststellbare Tendenz zur Vergesellschaftung der Reproduktion der Arbeitskraft. Unverkennbar kommt hier der Charakter der SPD (als Volkspartei Klassenpartei zu sein) zum Ausdruck: Das Interesse der Arbeiterklasse an einer verstärkten kollektiven Reproduktion und Umverteilung ist nur über die Einbeziehung immer weiterer Teile speziell der Neuen Mittelschichten in die Sozialversicherung erreichbar.

– Ebenso wie in den Gewerkschaften wird auch in der Sozialdemokratie den *ökologischen Fragestellungen* mehr Aufmerksamkeit zuteil. Noch allerdings gelingt es kaum, die als Gattungsinteressen der Menschen artikulierten Interessen der ökologischen

Mittelschichtbewegung zu überführen in eine klassenspezifische Stoßrichtung gegen die maßlose Aneignung von Mensch und Natur durch das Kapital, die zuallererst die Arbeiterklasse betrifft. Die Integrationskraft der SPD auf diesem Feld, die freilich die ganze verdrehte Weltanschauung und Widersprüchlichkeit der Ökologiebewegung partiell mit integriert, dürfte in dem Moment besondere Kraft gewinnen, wo die sich abzeichnende politische Spaltung der Grünen eintritt und weiterhin die sozialen Interessen der neuen Mittelschichten (angesichts z. B. drohender Arbeitslosigkeit wegen Bürorationalisierungen) in den Vordergrund rücken.

Auch an anderen konkreten Politikfeldern wie Familienpolitik, demokratische Rechte und Außenpolitik ließe sich das in den obigen drei Beispielen aufgeführte Ergebnis konstatieren: Mit aufbrechenden ökonomischen Krisen und sozialen Problemen öffnen sich in der Sozialdemokratie alte und neue Widerspruchsfronten, die zugleich den Linken in der Partei dann Handlungschancen geben, wenn sie den von den Gewerkschaften ausgeübten Druck auf die SPD aufgreifen und umsetzen können.

These 6: Die Aufgaben von Marxisten in der SPD bestehen darin, die aufbrechenden Widersprüche in der Sozialdemokratie für eine Linkswendung zu nutzen.

Für die absehbare Zukunft bestehen in der BRD keine Chancen auf eine sozialistische Transformation der Gesellschaft; zunächst gilt es daher, in einem zähen Kleinkampf die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse in der BRD zu verändern und derart die Voraussetzungen für einen Übergang zum Sozialismus zu schaffen.

Im Rahmen dieser Wandlungen kann die SPD selbst nach links gehen bzw. nach links gedrängt werden und können marxistische Kräfte in der Partei an Einfluß gewinnen. *Der* Ansatz einer realitätsorientierten sozialistischen Politik heute besteht darin, die im Zuge sozialer und ökonomischer Krisen sich zunächst in den Gewerkschaften äußernden antikapitalistischen Tendenzen, die stärkere Kampfbereitschaft, die weiterreichenden wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen auch in den politischen Raum zu tragen und in der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen. Die aufbrechenden Widersprüche im politischen Reformismus können für eine Linkswendung genutzt werden, denn verändertes Bewußtsein der Lohnarbeiter und die Politisierung der Gewerkschaften schlägt auch im politischen Raum durch, wenn auch zeitverzögert und mit vielen Fraktionen, Fraktionskämpfen usw. behaftet.

Für Marxisten in der SPD kommt es gerade darauf an, die Hemmnisse für das Durchschlagen dieser Neuerungen, die aus der Staats- und Gemeinwohlorientierung der Sozialdemokratie resultieren, zu minimieren. Gerade durch ein realistisches Programm einer alternativen Wirtschaft- und Sozialpolitik können die Kerne eines späteren marxistischen Flügels in der SPD, wie sie sich heute bereits bei Teilen der Jungsozialisten zeigen, einen Wandlungsprozeß der SPD beschleunigen.

Ohne Zweifel birgt das Aufbrechen sozialer Konflikte in der aktuellen Situation der BRD erhebliche Gefahrenmomente in sich: Relevante Teile der Arbeiterschaft und der Neuen Mittelschichten reagieren auf Krisenentwicklungen mit der Verstärkung der illusionären harmonisierenden Momente ihres Bewußtseins, so daß ein neuer Riß in der Arbeiterbewegung zwischen nach links gehenden Sektoren besonders der Industriearbeiter und nach rechts wandernden Abteilungen der kommerziellen und im Staat beschäftigten Lohnarbeiter drohende Möglichkeit wird. Gerade Marxisten in der SPD werden gegen diese Entwicklung anzutreten haben

– durch ein Eintreten für Kompromißbildungen in den Gewerkschaften und gegen Abspaltungstendenzen in der Sozialdemokratie, um die SPD als Integrationspartei zu erhalten. Ein Auseinanderdriften der Arbeiterbewegung würde eine neue bürgerliche Hegemonie auf absehbare Zeit konstituieren und die bundesrepublikanische Linke endgültig isolieren. Eine Linkswendung des politischen Reformismus kann daher nicht durch Spaltungen vorangetrieben werden, sondern mittels eines langsamen *ganzheitlichen Linksverschiebungsprozesses der Arbeiterbewegung;*

– durch zunehmende Berücksichtigung der *sozialen Interessen der Neuen Mittelschichten*, deren Annäherung an die Arbeiterklasse ohnehin durch zunehmende Arbeitslosigkeit, Bürorationalisierungen etc. bewirkt wird. Linke Sozialdemokraten werden diesen Volksparteiaspekt der Klassenbewegung Sozialdemokratie immer zu berücksichtigen haben – auch und nicht zuletzt durch die Entwicklung eines sozialistischen Ökologieprogramms;

– durch verstärkte Anstrengungen auf dem Feld des *ideologischen Klassenkampfs*, um durch Einbeziehung klassenunspezifischer Bewußtseinsmomente wie dem nationalen Interesse die Integrationskraft der SPD zu erhalten.

All diese Handlungsnotwendigkeiten -und Chancen der Linken setzen voraus, daß die SPD führende Regierungspartei bleibt. Die Voraussetzungen eines späteren Übergangs zum Sozialismus würden massiv verschlechtert unter einer neokonservativen Re-

gierung: Denn die Alternative Schmidt–Strauß ist nicht nur auf dem Feld der Demokratischen Rechte und der Außen- und Friedenpolitik angesiedelt, sondern bezieht sich generell auf die von Marx so genannten *„Elemente einer neuen Gesellschaft"*. Eine bürgerliche Austeritätspolitik würde diese Elemente (Momente der Kollektivität und Planung von der Sozialpolitik bis zu Staatsinterventionen) entweder zerschlagen oder ihre kapitalistische Formbestimmtheit verstärken (vgl. Krumbein 1980). Unter einer sozialliberalen Regierung dagegen könnten sich diese Elemente weiter entfalten, natürlich in kapitalistischer Form und nicht etwa als sozialistische Inseln. Diese wirkliche Alternative Schmidt–Strauß zeigt auf, daß linke Politik auf längere Frist an den Sozialliberalismus angebunden bleibt.

These 7: Perspektivisch kann ein linksverschobener Reformismus zum Bestandteil eines hegemonialen Neuen Sozialen Blocks werden.

Von denjenigen, die jegliche sozialistische Veränderung der SPD für unmöglich erklären, werden die sozialen Wurzeln des politischen Reformismus, seine Anbindung an die Arbeiterbewegung, außer Acht gelassen. Auf der anderen Seite wird die indirekte Form dieser Anbindung durch diejenigen ignoriert, die die Grenzen einer Veränderbarkeit der Sozialdemokratie nicht wahrhaben wollen. Angesichts der auch in Zukunft erfolgenden Reproduktion illusionärer Bewußtseinsformen in bestimmten Teilen der Arbeiterklasse, angesichts der Tatsache, daß eine Linksentwicklung im Bewußtsein etlicher Abteilungen der Lohnarbeiter kaum ausschließlich in der SPD einen politischen Niederschlag finden wird (auch die Herausbildung einer nichtsektiererischen Kommunistischen Partei ist nach allen historischen Erfahrungen wahrscheinlich!), angesichts der Einbindung des politischen Reformismus in Funktionszwänge des noch bürgerlichen Staates, angesichts der sozialstrukturellen Veränderungen in Wählerschaft und Mitgliedschaft der SPD, angesichts der in Organisationsformen und Programmen geronnenen historischen Wandlungen – angesichts all dieser die Linksentwicklung des politischen Reformismus hemmenden Faktoren beinhaltet die Formel von der „Umwandlung der SPD in eine mehrheitliche konsequent sozialistische Partei" (Herforder Thesen 1980, 101) eine idealistische Setzung. Dieser These mangelt es am materialistischen Nachweis, daß eine objektive Grundlage der gewünschten Entwicklung existiert.

Dennoch: Die SPD ist veränderbar. (Diese Erkenntnis ist ungeachtet aller inneren Differenzen der gemeinsame theoretische wie praktische Ausgangspunkt der Arbeit von Marxisten in der SPD – eine Grundlage, die ein solidarisches Zusammenstehen gegenüber allen Linken außerhalb der SPD ermöglicht.) Möglich ist eine Linksverschiebung des gesamten politischen Reformismus, in dessen Folge der reformsozialistische Flügel sich mehrheitlich gegenüber dem sozialliberalen Flügel durchsetzt und gleichzeitig marxistische Kräfte in der Partei erheblich an Einfluß gewinnen können. Die Grenzen dieser Linksentwicklung, daß nämlich Marxisten kaum mehrheitsfähig werden können, beinhalten zugleich ein Positivum von erheblicher Bedeutung: Die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie, ihr Charakter als Integrationspartei der Lohnarbeiter kann erhalten werden; die politische Ausgrenzung der Neuen Mittelschichten kann vermieden werden, so daß die SPD weiterhin als Volkspartei Klassenpartei zu bleiben vermag – nun aber mit gewandelten Inhalten.

Eine solchermaßen veränderte SPD wird sicherlich einen Großteil der in sich nochmals weit ausdifferenzierten Strömungen der Arbeiterbewegung integrieren können – ihre Gesamtheit jedoch wird sie kaum umfassen können. Daher wird im Rahmen eines *„dritten Weges zum Sozialismus"* (vgl. die demnächst erscheindenden Göttinger Thesen II) eine *Bündnisperspektive* jenseits des erstarrten Volksfrontschemas zu entwickeln sein. Insbesondere die Gewerkschaften sind gefordert, wenn es zur Herstellung eines *„Neuen Sozialen Blocks"* darauf ankommt, die unterschiedlichen sozialen Interessen der einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse wie der Neuen Mittelschichten in einen gemeinsam getragenen und kompromißhaft ausgestalteten Plan zur grundlegenden Veränderung der Ökonomie und der demokratischen Transformation des Staates zu überführen. Eine Bündnisperspektive macht im staatlichen Raum einen politischen Pluralismus unabdingbar: Eine *„Neue politische Formation"* schließt alle verschiedenen politischen Ausdrücke der Lohnabhängigen zusammen. Hier ist nicht nur die sicherlich quantitativ stark dominierende Sozialdemokratie angesprochen, sondern auch dann gewiß weitgehend veränderte christlich-soziale, radikaldemokratische und auch nichtsektiererisch-kommunistische politische Strömungen. Wesentliche Aufgabe einer solchen neuen politischen Formation ist die Eroberung der ideologischen Hegemonie gegenüber dem bürgerlichen Block und seiner Ideologeme – eine Aufgabe, die nicht nur die Pluralität der diversen politisch-ideologischen Anschauungen der beteiligten Parteien bzw. Strömungen als Basis

einer gemeinsamen Auffassung akzeptieren muß, sondern die zugleich den ständigen Rückbezug auf die zugrundeliegenden sozialen Interessen des linken Bündnisblocks unabdingbar macht.

Literaturverzeichnis

Autorenkollektiv 1979: Probleme des gegenwärtigen Sozialdemokratismus, Berlin.

Blanke 1978, Bernhard: Sozialdemokratie und Gesellschaftskrise. Hypothesen zu einer sozialwissenschaftlichen Reformismustheorie, in: Wolfgang Luthardt, (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, Frankfurt.

Göttinger Thesen 1979 Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Thesen zu den Entwicklungstendenzen in der westdeutschen Arbeiterbewegung und den Aufgaben von Marxisten in der SPD, Göttingen.

Greven 1979, Michael Th.: Sozialliberalismus und Reformismus, in: Staat und Monopole III, Argument-Sonderband 36, Berlin/West.

Herforder Thesen 1980 zur Arbeit von Marxisten in der SPD, spw-Sonderheft 2, Berlin.

Lohmann 1979, Karl-Ernst: Bankrott des Reformismus? In: Staat und Monopole III, Argument-Sonderband 36, Berlin/West.

Krumbein 1977, Wolfgang: Staat, Recht und Krise. Ansatzpunkte zur Entwicklung eines Begriffs vom Staat bei Marx und in der aktuellen Diskussion, Göttingen.

Ders. 1980: Reformpolitik unter neuen Vorzeichen, in: Die Linke (Hrsg. H. Gremliza u. H. Hannover), Hamburg.

Frank Heidenreich und Andreas Westphal

Sozialliberalimus oder sozialistische Volkspartei?

Zu den Handlungsmöglichkeiten von Marxisten in der SPD

Linke Sozialdemokraten unterscheiden sich von anderen fortschrittlichen Kräften in der Antwort auf die Frage, welche Bedeutung die Veränderung der SPD im Rahmen einer Strategie der sozialistischen Transformation der BRD hat. Gegenüber Positionen, die die „Neutralisierung" der SPD in den Klassenkämpfen als Voraussetzung für die Wirksamkeit „autonomer" sozialistischer Politik betrachten, sind wir uns mit anderen Sozialdemokraten über eine strategische Grundbedingung unseres Handelns einig: „Daran, wie dieser Kampf um die SPD (und in der SPD) am Ende entschieden wird..., wird sich auch der Weg der Bundesrepublik Deutschland ... entscheiden." (W. Abendroth, 1978, S. 92) Die SPD-Linken müssen Auskunft geben über die Möglichkeiten und Grenzen ihrer politischen Arbeit in der Sozialdemokratie, wenn sie die Notwendigkeit der Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse behaupten. – Wolfgang Krumbein fordert in seinem Beitrag „Die sozialen Wurzeln der SPD" (Krumbein, 1980, in diesem Band) zurecht eine Analyse der SPD, um sich ohne Illusion über die Handlungschancen und -schranken zu verständigen. Einer der tragenden Begriffe ist der des Reformismus. (Vgl. hierzu: „Göttinger Thesen", 1979; sowie „Herforder Thesen", 1980, S. 43ff.)

Ein ökonomischer Reformismusbegriff führt zu mechanistischem Parteiverständnis

Krumbeins Leitfrage lautet: Wie ist die Verankerung der SPD in den lohnabhängigen Massen zu erklären, weshalb sind diese Beziehungen über lange Zeit so stabil geblieben? – In seiner Antwort, die den Fehler einer „politikzentrierten" und damit angeblich nicht-materialistischen Sichtweise (vgl. Krumbein, 1980) vermeiden soll, verweist Krumbein auf die „sozialen Interessen" und „Bewußtseinsformen" der Lohnabhängigen, *deren Ausdruck* die SPD sei. Daß er unter „Bewußtseinsformen" ausschließlich solche der Ökonomie, d.h. die „objektiven Gedankenformen" (vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1 (=MEW 23), S. 90, 564) allein der

ökonomischen Praxen begreift, zeigt seine Bezugnahme auf die Marx'sche Kritik der „Trinitarischen Formel" (Das Kapital, Bd. 3 (=MEW 25), S. 822ff.) Krumbein löst die Parteiförmigkeit der Arbeiterbewegung in das aus Denknotwendigkeiten der Produktions- und der Zirkulationssphäre widersprüchlich zusammengesetzte Lohnarbeiterinteresse auf. Diese *Reduktion von Politischem auf Ökonomisches* macht es unmöglich, den Unterschied zwischen den Bewußtseinsimpulsen der Formseite der Arbeit (Lohn als Wert der Arbeit zur Erhaltung der Revenuequelle, Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsinhalt) und einer übergreifenden *Weltanschauung* wie „reibungsloses Zusammenwirken aller Revenuequellen" (Krumbein, 1980) zu denken. Wenn die Lohnabhängigen für „florierende Akkumulation" und ein „reibungsloses Zusammenwirken aller Revenuequellen" eintreten, so ist ihr Interesse an der Erhaltung ihrer Arbeitskraft bereits mit anderen Elementarinteressen in eine bestimmte Sicht der gesamtgesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge eingegliedert (Artikulation). Die Forderung nach mehr Lohn etwa wird artikuliert im strukturierten Ganzen einer sozialpartnerschaftlichen Denkweise, die politisches Handeln in Richtung auf die Harmonisierung der sozialen Gegensätze anleitet. Die Politik von Marxisten wird sich nicht dadurch auszeichnen, daß sie dagegen „ganz andere" Interessen verfolgt. Sie stellt vielmehr zumeist dieselben Forderung, in den Rahmen ihres nicht auf die Stillegung der sozialen Antagonismen, sondern deren Überwindung gerichteten Diskurses. Die Differenz der verschiedenen Diskurse, deren Konkurrenz im ideologischen Klassenkampf stattfindet, besteht demnach in der unterschiedlichen Weise der Strukturierung und Hierarchisierung der Elemente.

Krumbein interpretiert die politische Formation SPD passivisch als *Ausdruck* der Aktivität „sozialer Interessen". Er bestimmt die Sozialdemokratie im staatlichen Raum mechanistisch als *Vermittlungsinstanz*, die die „ ...sozialen Interessen der Lohnarbeiter ins politische System übersetzt" (Krumbein, 1980). Ein Begreifen der wirklichen Kämpfe, der Entwicklungsprozesse und der wechselnden Koalitionen in der SPD fällt hier schwer: Warum vertritt die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in bestimmten Auseinandersetzungen (z. B. in der Atompolitik, in Rüstungsfragen) Interessen des Monopolkapitals? – Eine Antwort auf diese Frage bleibt Krumbein schuldig, da in seinem theoretischen Modell die Problemstellung gar nicht existiert.

Beschränkung auf reformistische Politik?

Wie beantwortet Krumbein die Frage nach den Wirkungmöglichkeiten marxistischer Kräfte in der SPD? – Seiner Meinung nach werden marxistische Sozialdemokraten die Linkswendung des politischen Reformismus „beschleunigen", etwaige „Hindernisse" (Krumbein, 1980) für diesen Prozeß wegschaufeln können. Diese Formulierung muß erstaunen: Wo liegt der eigentliche Antrieb für die Veränderung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses? Tritt sie auch ohne in Rechnungstellung politischer Erfolge marxistischer Politik ein? Krumbein löst das Problem nicht: Einerseits scheinen die zyklischen Krisenbewegungen die politischen Kräfteverhältnisse zu verändern, indem sie „in einzelnen Politikfeldern durchschlagen" (ebd.). Allerdings schließt auch Krumbein die Verarbeitung von Krisen- und Konflikterfahrungen in Richtung auf harmonisierendes Denken nicht aus.

Dem „beschleunigenden" Eingreifen von Marxisten sind bei Krumbein enge Grenzen gesetzt. Da er mit den Autoren der „Göttinger Thesen" im Reformismus den „Ausdruck des normalen Bewußtseins der Lohnabhängigen" (Krumbein/Schröder, 1979, S. 23) erblickt, bleibt die Veränderung der SPD in eine mehrheitlich marxistische Partei „nicht wünschbar und wäre auch machtmäßig niemals durchsetzbar." (ebd., S. 24, vgl. zur Kritik: Neumann/Wehr, 1979, S. 44) Das Problematische dieser Position ist weniger, *daß* Grenzen einer Veränderbarkeit der Sozialdemokratie behauptet werden, sondern vielmehr, *mit welchen Argumenten* versucht wird, den angeblich prinzipiell reformistischen Charakter der Sozialdemokratie zu belegen. Die „Reproduktion illusionärer Bewußtseinsformen in der Arbeiterklasse" (Krumbein, 1980) wird stattfinden, solange die Reproduktion des materiellen Lebens in der Lohnform organisiert wird. Indem Krumbein diese Formen als durchweg dominierende gelten, werden sie zum Argument gegen eine Strategie, die auf die Stärkung klassenbewußter Kräfte in der Arbeiterbewegung setzt – Rekonstruktion von Klassenbewußtsein also eine „idealistische Setzung" (ebd.)? Die behaupteten Grenzen der Veränderbarkeit der Sozialdemokratie verwandeln sich im ökonomistischen Argumentationszusammenhang Krumbeins zur Unmöglichkeit der Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsweise – es sei denn, der Zusammenbruch der Kapitalverwertung und jeglicher Produktion würde den Mechanismus der Reproduktion des „normalen Lohnarbeiterbewußtseins" aufheben. Auch wenn wir Krumbein – allerdings aus anderen Gründen – in der Warnung vor Linksabspaltungen von der SPD zu-

stimmen, so ist sein Argument, die Politik von Marxisten gefährde die Integrationskraft der Sozialdemokratie dennoch falsch: Krumbeins impliziter Handlungsvorschlag liest sich letztlich wie eine Festlegung auf eine immer notwendig reformistische Praxis innerhab der SPD!

Ohne Zusammenhang mit seiner Theorie des politischen Reformismus bleibt bei Krumbein die Perspektive auf die Errichtung eines „Neuen sozialen Blocks". Die „Eroberung der ideologischen Hegemonie" (ebd.) kann nicht als Problem ins Blickfeld rücken und von daher keine Kampfaufgabe sein, wenn die Formationen in Staat und Gesellschaft die sozialen Kräfte nur nach ihrer ökonomischen Klassenlage repräsentieren. Tatsächlich aber gelingt es dem westdeutschen Monopolkapital und dem herrschenden Machtblock (wie in keinem zweiten entwickelten kapitalistischen Land mit Ausnahme der USA) „ ...einen verhältnismäßig großen Konsens der Bevölkerung bis weit in die Klasse der Lohnabhängigen hinein gegenüber den grundlegenden Mechanismen der Profitwirtschaft herzustellen." („Herforder Thesen", 1980, S. 11) Um diese bürgerliche Hegemonie zu brechen, wird die Arbeiterbewegung mit Kräften Bündnisse bilden müssen, die wie die Ökologiebewegung, die Bewegung der Frauen und der fortschrittlichen Intelligenz sehr unterschiedliche soziale Grundlagen haben. Will die Arbeiterklasse – wie der italienische Kommunist Pietro Ingrao formuliert – in diesem Prozeß „allgemeine Klasse *werden*", „Führerin eines großen und gegliederten Fortschrittsblocks" (Ingrao, 1980, S. 327), muß sie stabile Beziehungen zu den Bewegungen mit plebejischen, gegen den herrschenden Machtblock gerichtete Traditionen aufbauen.

Dieser Fluchtpunkt verschwindet jedoch, wenn sozialdemokratische Marxisten die Richtung der Veränderung der SPD in Begriffen wie „zurück (Re-Transformation) zur Klassenpartei" weisen.[1] Eine Ablehnung des Volkspartei-Konzepts wird eine hegemoniale Politik von Marxisten bremsen und sie immer wieder auf die gescheiterten Strategien des Kampfs „Klasse gegen Klasse" zurückzuwerfen drohen. Um Führungsfähigkeit zu erlangen, muß die Arbeiterklasse sich zur „allgemeinen Klasse" entwickelt und ihre spezifischen Interessen in der Weise als wirklich allgemeine Interessen zu vertreten gelernt haben, daß die Abschaffung der Ausbeutung der arbeitenden Menschen und die Perspektiven der anderen sozialen Bewegungen organisch miteinander verknüpft sind. Die westdeutsche Arbeiterbewegung ist aufgrund der besonderen Schwäche ihrer sozialistischen Kader im Vergleich mit der Linken anderer westeuropäischer Länder noch weit davon

entfernt, führende gesellschaftliche Kraft zu sein. Wenn Linke in der SPD Klassenbewußtsein entwickeln und stärken, werden sie die *Unterordnung* sozialdemokratischer Partei- und Wählerpotentiale *unter bürgerliche Hegemonie* rückgängig machen – die mit der „Wende von Godesberg" ihren vorläufigen programmatischen Abschluß fand –, nicht jedoch die Orientierung aufgeben, die SPD zu einer sozialistischen Volkspartei zu machen.

Handlungschancen zwischen „Flankenschutz" und Linksintegration

Die eigentliche Leistung der Volkspartei liegt auf politischer Ebene: Wie können sich Individuen aus unterschiedlichen sozialen Klassen und Schichten, deren Selbstverständnis sich eben nicht in erster Linie durch ihre soziale Lage, sondern durch gemeinsames Verfolgen bestimmter Wertvorstellungen und kultureller Praxen definiert, in einer Partei wiederfinden? Die Eigenschaft der SPD, Volkspartei in diesem politischen Sinne zu sein, ist gerade ihre Stärke. Der Begriff des Volkes muß von der Linken als politischer Kampfbegriff erobert werden. Mit Ernesto Laclau (Laclau, 1980, S. 33ff.) sind wir der Meinung, daß, während auf der Ebene der Produktionsverhältnisse der bestimmende Gegensatz der zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse ist, der bestimmende Gegensatz auf politischer Ebene der zwischen Volk und Machtblock ist, der das Feld des populär-demokratischen Kampfes eröffnet. Da jedoch Klasseninteressen die Verlaufsform und die Reichweite des populär-demokratischen Kampfs bestimmen, ist letzterer ein Kampf um die Eingliederung klassenspezifischer, populär-demokratischer Anrufungen[2] in klassenspezifische Diskurse. Eine Klasse kann ihre Hegemonie also nur errichten, wenn sie diese Integrationsleistung vollbringt. Die Arten der Eingliederung sind grundsätzlich verschieden: die herrschende Klasse gliedert Elemente in ihren Diskurs so ein, daß der Gegensatz zwischen Volk und Machtblock bestehen bleibt, während es das Interesse der Arbeiterklasse sein muß, die Verdichtung der populär-demokratischen Anrufungen in einem Programm zu leisten, das den Gegensatz zwischen Volk und Machtblock in der Perspektive seiner Aufhebung verschärft.

In der SPD findet ein Kampf darum statt, welche Ideologeme in den sozialdemokratischen Diskurs integriert werden sollen. Das Hauptanliegen der Rechtssozialdemokratie ist die Sicherung ihrer (Regierungs-) Macht, die Produktion von Zustimmung zu ihrer und der Politik der Bundesregierung, d.h. Herstellung der Hege-

monie des sozialliberalen Blocks. Diese Politik verfolgt keine grundlegende Änderung der sozialen Strukturen, sondern eine Politik des „sozialen Ausgleichs" innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftungsformen.

Die Rechtssozialdemokratie arbeitet in einem Widerspruch: einerseits wird die Hegemonie gefährdet, wenn Elemente in den sozialliberalen Diskurs eingegliedert werden, die den Gegensatz von Volk und herrschendem Machtblock verschärfen. Zur Lösung dieses Problems unterwirft sich die rechte SPD einem Mobilisierungsverbot: zur Durchsetzung von Reformvorschlägen (z. B. Berufsausbildung, Mitbestimmung, Friedenssicherung) gegenüber FDP und CDU darf nicht zu einer Massenaktivität von unten aufgerufen werden. Da die Linke in der SPD auf das Mittel der Mobilisierung zur Erreichung ihrer Forderungen nicht ohne weiteres verzichten kann, setzen die Rechtskräfte durch antikommunistische Ideologiearbeit innerhalb der Sozialdemokratie einen Mechanismus in Gang, den Peter Glotz zutreffend als „Flankenschutz" bezeichnet: Durch Abgrenzungsbeschlüsse und Bündnisverbote soll die Entstehung von Rissen im herrschenden Block verhindert werden.[3] Die andere Seite des Widerspruchs besteht darin, daß vom Standpunkt der Erhaltung ihrer Hegemonie für die Rechtssozialdemokratie sich die Notwendigkeit ergibt, politische Kräfte, die sich von der Politik der SPD nach links abgewandt haben oder abwenden könnten, zu reintegrieren. Hierfür ist das Wirken von Kräften in der Sozialdemokratie nützlich, die die Politik der Bundesregierung kritisieren. Ohne diese Kräfte wäre die ideologische Integration eines Teils der Studentenbewegung nicht möglich gewesen. Die beiden Seiten des Widerspruchs zwischen Mobilisierungsverbot und Flankenschutz auf der einen und der Notwendigkeit der Linksintegration auf der anderen Seite bestimmen in wechselndem Durchsetzungsverhältnis jede politische Entscheidung der Rechtssozialdemokratie.Handlungschancen der SPD-Linken liegen dort, wo sie Hegemoniekrisen der Rechtssozialdemokratie ausnutzt, um alternative Politikvorschläge zu entwickeln und innerparteilich durchzusetzen.

Seitdem die Alternativbewegung im Zuge des sich ausweitenden Protestes gegen Atomkraft immer stärker wurde und Grüne-/Alternative-Listen beachtliche Stimmanteile erlangen und in Landesparlamente einziehen, geht es für die SPD um die entscheidenden Prozente, die einen Regierungswechsel zu Gunsten von CDU/CSU herbeiführen würden. Nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 1979, in denen die Alternative Liste 3,7% der Stimmen in erster Linie von Jungwählern erhielt, war die Berliner

SPD notwendig an Vorschlägen interessiert, deren Verwirklichung die verlorengegangene Hegemonie im Bereich „Jugend" wiederherzustellen versprachen. In dieser Situation konnten die Jungsozialisten die Gründung des Sozialistischen Schülerbundes Berlin (SSB/B) im Landes-Parteivorstand sogar gegen Einwände des Bundesgechäftsführers Egon Bahr durchsetzen. Der SSB/B eröffnet die Möglichkeit einer erheblich flexibleren Bündnispolitik. Für nicht-sozialdemokratische Linke mag sich hier die Frage stellen: Übernehmen Linkssozialisten in der SPD integrationistische Strategien ihres rechtssozialdemokratisch dominierten Parteivorstands? Das Kriterium für Integration in den sozialliberalen Machtblock kann u.E. nicht die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Bewegung sein. Beurteilt werden muß, ob diese Zugehörigkeit im Sinne der ideologischen Integration wirksam wird, oder ob die in die innerparteilichen Kämpfe integrierten Potentiale den historisch herrschenden Machblock umbauen können.

Die Handlungschancen von SPD-Linken wachsen, je mehr durch das ständige Scheitern von Reformprogrammen die Problemlösungskapazität sozialliberaler Politik abnimmt. Die Krise rechtssozialdemokratischen Regierungshandelns kann die Neuorientierung desintegrierter Potentiale auf andere politische Programme erleichtern. Sozialistische Politik ist gezwungen, zur Durchsetzung ihrer strategischen Ziele kurzfristig erreichbare Politikvorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zu machen. Reformforderungen werden ausgearbeitet in der Perspektive ihrer Verwirklichung, d. h. gesellschaftlich verbindlichen Durchsetzung in staatlichem Handeln. Hier liegen Handlungschancen marxistischer Sozialdemokraten: Ihr Handlungsfeld ist der Organismus, der die Hegemonie des sozialliberalen Blocks produzieren sowie in staatlichem Handeln durchsetzen muß und so die gesellschaftliche Grundstruktur stabilisiert. Das unterscheidet das Handlungsfeld der sozialdemokratischen Marxisten von dem in der DKP oder SEW organisierten Kommunisten, die innerhalb der politischen Kulturen in der BRD mit Ausnahme der Gewerkschafts-, der Studenten- und der Friedensbewegung stark ghettoisiert sind (bzw. werden), so daß sie bei der Durchsetzung von Reformforderungen über den Staat unwirksam bleiben. Die Einflußmöglichkeiten marxistischer Sozialdemokraten sind ein Grund für die SPD-Rechte, trotz des relativ geringen politischen Gewichts von Marxisten in der SPD teils massive Handlungsbeschränkungen ihnen gegenüber vorzunehmen.

Dies ist Alltagserfahrung nicht nur unmittelbar betroffener linker Sozialdemokraten, sondern auch ihrer Bündnispartner. Die be-

kanntesten Formen der Behinderung fanden im Fall der Mitarbeit von linken Sozialdemokraten im Komitee für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit statt. Der 1977 zum Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählte Klaus-Uwe Benneter und nach ihm Gerhard Kade und die ehemalige SHB-Vorsitzende Mechtild Jansen wurden in diesem Zusammenhang aus der Partei ausgeschlossen. Hieraus wird oft die These abgeleitet, daß die Handlungsfähigkeit der Linken mit Wichtigkeit und Publizität der anstehenden Entscheidung abnehmen würde, da sich proportional der Druck der Parteiführung verstärke. Danach wären Sozialdemokraten für andere linke Kräfte immer unzuverlässige Bündnispartner. Der Mangel dieser Sichtweise besteht darin, daß sie aus der Froschperspektive erfolgt: Subjekte gesellschaftlicher Veränderungen werden nur noch als Objekte der SPD-Führung wahrgenommen. Handeln in sozialistischer Perspektive wird niemals harmonisch verlaufen, es bringt immer die Aktion der Gegner mit sich. Die Frage nach der Möglichkeit gesellschaftsverändernden Handelns stellt sich daher immer als das Problem dar, *wie* die Linke unter bestimmten Bedingungen des Gegendrucks Erfolge erzielen kann.

Bündnisperspektive: „Neuer Historischer Block"

Werden die oben dargestellten Handlungschancen innerhalb der SPD nicht mehr wahrgenommen, verschenkt sich die Linke insgesamt ein notwendiges Handlungsfeld zur Errichtung eines neuen historischen Blocks des Volkes gegen den herrschenden Machtblock. Aufgrund des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der sozialen Bewegungen in der BRD läßt sich noch nicht sagen, wie der neue Historische Block aussehen wird. Er wird keinesfalls das „ganz Andere" fernab von den jetzt existierenden politischen Formierungen der Linken sein. Zu seiner Errichtung bedarf es der Beseitigung der tiefen und unproduktiven Gegensätze zwischen den sozialen Bewegungen, z. B. zwischen Gewerkschafts- und Alternativbewegung, zwischen unorganisierter Linker und der Linken in den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, SPD, DKP/SEW und Gewerkschaften. Diese Gegensätze gründen nicht in einer Unvereinbarkeit der Forderungen der einzelnen Bewegungen. Erst die Eingliederung dieser unterschiedlichen Forderungen in bestimmte politische Kulturen und ideologische Diskurse produziert die Gegensätzlichkeit. Während gewerkschaftliche Strategien zumeist davon ausgehen, daß die Berücksichtigung ökologischer Probleme hinter dem Erhalt von Arbeits-

plätzen zurückstehen muß, führen große Teile der Alternativbewegung die Umweltzerstörung auf die von den Gewerkschaften mitgetragene Produktivkraftentwicklung zurück. Dieser Gegensatz wird von rechten Sozialdemokraten für ihre Politik genutzt: Trotz der sich abzeichnenden Kritik des „Gewerkschaftsflügels" an der Schmidt'schen Wirtschafts- und Sozialpolitik, verstand es der Parteivorstand auf dem Berliner Parteitag 1979, diesen Teil der Delegierten mit dem Argument an sich zu binden, daß ein Verzicht auf die Atomenergie massenhaften Arbeitsplatzverlust bedeuten würde. (vgl. Scholz 1980, 56ff.) Den innerparteilichen Atomkraftgegnern um Erhard Eppler gelang es nicht, eine Strategie zu entwerfen, die aufzeigt, daß ein Stop des Atomprogramms überhaupt nicht notwendig Arbeitsplatzverluste zur Folge hat. Die mangelnde Orientierungsfähigkeit der reformistischen Partei-Linken auf dem Parteitag einerseits und die gegen die Sozialdemokratie polemisch gerichtete Formierung eines Teils der ökologischen Bewegung in der Partei „Die Grünen" andererseits hat die Gräben zwischen den möglichen Elementen eines künftigen historischen Blocks weiter vertieft. Gerade aus diesem Grund ist die Tätigkeit marxistischer Sozialdemokraten in der Perspektive des neuen Historischen Blocks notwendig. Sie können zur Entwicklung von Elementen gemeinsamen Handelns beitragen, die die Erfahrung verallgemeinern, daß die Probleme der sozialen Bewegungen (Ausbeutung der arbeitenden Menschen, Unterdrückung der Frau, Zerstörung der ökologischen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, Gefährdung der Menschheitsentwicklung durch Aufrüstung und nukleare Vernichtung etc.) nur in ihrem Zusammenhang lösbar sind. Die Frage, ob die Hegemonie der marktwirtschaftlichen und sozialpartnerschaftlichen Orientierungen des Sozialliberalismus in der SPD zugunsten einer Hegemonie von Linkssozialisten in der SPD aufgebrochen werden kann, ist eine der Fragen, die zur Bildung eines neuen Historischen Blocks entschieden werden müssen.

Anmerkungen

[1] Bei Krumbein taucht diese Vorstellung bei seiner Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften auf. Von ihnen als umfassendster Klassenorganisation der Lohnabhängigen erwartet er die politische Wende. Die sich in den Gewerkschaften entwickelnden kritischen Positionen werden jedoch u.E. nur dann *politisch* wirksam werden, wenn Linke sie in einem zusammenhängenden Programm sozialdemokratischer Politik ausarbeiten.

[2] Den Begriff der „Anrufung" bildete Louis Althusser in Anknüpfung an fran-

zösische Wissenschaftstraditionen – vgl.: ders. 1977, S. 130ff.; PIT 1979, S. 105f.; W. F. Haug 1980 (in diesem Band).

[3] Peter Glotz: Die Innenausstattung der Macht, 1979, S. 16: „Ein klassisches Problem der Sozialdemokratie: der Versuch, ‚die Flanke abzudecken'. Die Konservativen greifen an und behaupten..., daß die Sozialdemokratie Kommunisten im öffentlichen Dienst begünstige, Terroristen nicht konsequent genug bekämpfe, die Marktwirtschaft zerstören wolle etc. ...Um diese ‚offene Flanke' abzudecken, entschließen sich die zuständigen Regierungen oder Vorstände zu einem Gesetzesentwurf, einem ‚Abgrenzungsbeschluß', einer Klarstellung. Und das setzt jetzt einen inneren Mechanismus der SPD in Gang, der es den Konservativen erlaubt, mit einem Minimum eigener Aktivität ein Maximum an politischer Wirkung zu erzielen."

Literaturverzeichnis

Abendroth, Wolfgang 1978: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 4. erw. Aufl., Köln.

Althusser, Louis 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Berlin/West.

„Göttinger Thesen" 1979, Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Göttingen.

Gramsci, Antonio 1967: Philosophie der Praxis, Frankfurt am Main.

W. F. Haug: Thesen zur Diskursanalyse von Strauß. (In diesem Band)

Ders. 1976: Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf, in: Das Argument 100, 18. Jg., Berlin (West), S. 905ff.

„Herforder Thesen" 1980. Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, wesentl. überarb., erw. Ausgabe (=spw Sonderheft 2), Berlin (West).

Ingrao, Pietro 1980: Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken, in: Das Argument 121, 22. Jg., Berlin (West).

Krumbein, Wolfgang 1980: Soziale Wurzeln der SPD (in diesem Band).

Krumbein, W./Schröder, G. 1979: Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück, abgedruckt in: spw Sonderheft 1, Berlin (West).

Laclau, Ernesto 1980: Zu einer Theorie des Popilismus, in: Das Argument 119, 22. Jg., Berlin (West).

Neumann, K./Wehr, A. 1979: Die Göttinger Thesen – Ein Beitrag zur Diskussion von Marxisten in der SPD?, in: spw 5, 2. Jg., Berlin (West).

PIT 1979=Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband AS 40, Berlin/West.

Scheffler, T./Waldhubl. T. 1979: Zur Politik-Theorie der Herforder Thesen, in: spw 4, 2. Jg., Berlin (West).

Scholz, Dieter 1980: Die Kernenergiediskussion auf dem Bundesparteitag und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke, in: spw 6,3. Jg., Berlin (West).

Michael Jäger

Die Grünen – eine neue „Partei neuen Typs"?

I.

Die ökologische Bewegung und der Prozeß, in dem sie sich zur „grünen" Partei konstituiert, haben nicht nur das Parteiensystem der BRD in Unordnung gebracht, sondern auch dessen theoretischen Überbau: keines der lange Zeit einschlägigen politikwissenschaftlichen Muster will so recht passen, wenn zu erklären versucht wird, was sich gegenwärtig abspielt. Die Ursachen dieser Hilflosigkeit reichen bis in wissenschaftslogische Grunddimensionen von Theoriebildung hinein und damit bis hinein in den Zusammenhang von bürgerlichen Denkformen und kapitalistischer Produktionsweise; denn hilflos sind die Erklärungsversuche schon allein deshalb, weil der *Entstehungs*prozeß eines Phänomens zu erklären ist, während die gängige Theoriebildung sich an schon Entstandenes hält und die Entstehung zunächst einem theorielosen Praktiker, später dem nacherzählenden Historiker überlassen will. Solche Theoriebildung eignet sich gut als Beitrag zur Reproduktion des Bestehenden, auch zur Reproduktion der bestehenden Parteiblöcke in der BRD angesichts der Erosionsgefahr, die von der ökologischen Bewegung ausgeht. Sie raubt denen, die diese Bewegung bilden, die Möglichkeit rationaler Selbstverständigung und bereitet damit langfristig ihren Zusammenbruch vor, den herrschenden Blöcken aber gibt sie Instrumente der Scheinrationalität in die Hand, mit denen versucht werden kann, den Zusammenbruch schon kurzfristig herbeizureden. Die Gefährlichkeit dieser Rationalitätslücke manifestiert sich nicht nur in den bekannten Angriffen von außen gegen die „Inkonsistenz" der grünen Politik, ihre „Einseitigkeit", „Chaotik" usw. Sie ist auch innen wirksam. Es fehlt noch an einer adäquaten Selbstdeutung der ökologischen Bewegung, durch die sie ihren politischen Aufbruch befördert und nicht hemmt.

Meine These ist, daß die Selbstdeutung der grünen Partei sich im Spannungsfeld zweier theoretischer Paradigmen bewegt, deren Unvereinbarkeit zu erkennen wichtig, ja für den politischen Erfolg entscheidend wäre, sowie daß heute noch dasjenige Paradigma dominiert, welches die Grünen an entschlossener Emanzipation von den bestehenden Parteiblöcken hindert. Dieses Paradigma analysiert die neu entstehende politische Kraft unter dem

Stichwort „Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen". Das andere, noch unterlegene Paradigma stellt faktisch einen neuen Versuch dar, das Problem einer „Partei neuen Typs" zu stellen. Daß bereits Lenin sich dieses Problem gestellt hat, dürfte heute angesichts der historischen Erfahrungen mit angeblich „leninistischen" Parteien keine Empfehlung sein. Dennoch werde ich versuchen zu zeigen, daß es notwendig ist, in dieser Problematik zu denken, nicht in der anderen.

II.

Das Thema „Parteien – soziale Bewegungen" war schon lange gestellt, als der Parteientstehungsprozeß der westdeutschen Ökologiebewegung begann. Man kann es als Ablösung und Zuspitzung des Themas „Verbindung von parlamentarischer und direkter Demokratie" auffassen, unter dem z. B. die italienische KP die Verschiedenartigkeit politischer Bewegungsformen zu berücksichtigen versuchte (vgl. *Togliatti* 1967), wobei aber noch die Vorstellung einer Arbeitsteilung zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Aktion bestand, die unter dem Dach des Hegemons Arbeiterbewegung problemlos aufgehoben war. Nun hat sich die Arbeitsteilung streckenweise in Konkurrenz verwandelt. Militante Frauen, Ökologen usw. haben aufgehört, sich an Politik und Parteityp der Arbeiterbewegung zu orientieren. Diese Entwicklung bildet das Begriffspaar „Parteien – soziale Bewegungen" offenbar *aus der Perspektive* der Arbeiterparteien (und anderer etablierter Parteien) ab: die politische Existenz außerhalb ihres Hegemoniebereichs wird als Existenz außerhalb der Parteiform schlechthin wahrgenommen. Ist das realistisch? Ist das Begriffspaar mehr als eine interessierte Sprachregelung, die z. B. den SPD-Politiker Glotz befähigt, von dem „grundlegenden Fehler" zu reden, „daß sich die Grünen von einer sozialen Bewegung in eine Partei umfunktioniert haben" (FR 16. 6. 80, S. 4)? Verschiedene Versuche, es zur Theorie weiterzudenken, lassen daran zweifeln.

So hat die *PROKLA-Redaktion* versucht, die sozialen Bewegungen als Bewegungen „im Reproduktionsbereich" aufzufassen, und hat ihnen eine „Arbeiterklasse im Produktionsbereich" gegenübergestellt, um die Schlußfolgerung zu ziehen: gegenüber früheren Formen sozialer und politischer Kämpfe existiere heute ein „veränderter klassenpolitischer Kontext", der den „praktischen Inhalt der Krise des Marxismus" darstelle (1979, S. 3 f.). Diese Aussagen kann man kaum als theoretische Fassung des Begriffs „soziale Bewegung" akzeptieren. Es ist sinnlos, z. B. die

Frauenbewegung als Bewegung „im Reproduktionsbereich" zu bezeichnen, so als ob die Frauen nicht genausosehr im *Produktions*bereich leben *und kämpfen,* von nichtökonomischen Aspekten ihrer Existenz zu schweigen; und die Vorstellung einer „Arbeiterklasse im Produktionsbereich" ist ebensosehr, nur von der anderen Seite aus, Hypostasierung einer Abstraktion, da schließlich der Begriff der Arbeiterklasse weder geschlechtsspezifisch definiert ist noch durch eine Theorie des „Produktionsbereichs" allein hinreichend ausgeschöpft werden könnte. Man kann sagen, daß die Probleme, die die Frauenbewegung artikuliert, keine „Produktionsprobleme" sind oder sich hierin jedenfalls keineswegs erschöpfen. Aber deshalb ist die Frage der Geschlechtsrollen und der Frauenunterdrückung noch lange kein *Re*produktionsproblem, vielmehr ist es eines, das sich mit ökonomietheoretischen Begriffen *überhaupt nicht mehr* zureichend fassen läßt. Wiederum: das bedeutet nicht, daß diese Probleme mit der ökonomischen Dimension *nichts zu tun* hätten. Die Individuen, die die Frauenbewegung bilden, *sind* Arbeitende oder anderswie ihr Leben Reproduzierende. Auf diese Grunddimension aber und auf nichts anderes ist eine Analyse des „klassenpolitischen Kontextes" zu beziehen, so daß die Tatsache, daß sich Individuen als Frauen, statt als Arbeiter artikulieren, offenkundig die Behauptung, dieser Kontext sei *verändert,* überhaupt nicht deckt. So kann der Versuch, die „sozialen Bewegungen" in Konfrontation zur Arbeiterbewegung (und ihren Organen) zu denken, indem man die Arbeiterbewegung gewissermaßen als Verkörperung bestimmter ökonomischer Abstraktionen auffaßt, denen z. B. die Frauenbewegung als Verkörperung des Problems der Geschlechtsrollen gegenübertritt, als gescheitert gelten. Daß dieser Versuch aber überhaupt gemacht wird, ist gerade Folge der theoretischen Ausgangskonstellation, die einen historisch beobachtbaren Vorgang von noch immer unabschätzbarer Tragweite, nämlich das Auftreten unzusammenhängender Oppositionsbewegungen, theoretisch als *dinglichen Unterschied* von „Bewegung" und „Partei" faßt.

Genausosehr läßt sich *Offe* diesen Rahmen vorgeben und denkt ihn durch Zuhilfenahme von Abstraktionen aus entwickelten Theorien zuende, nur daß es sich diesmal nicht um das Marxsche „Kapital" handelt, sondern um Systemtheorie und Stimmenmaximierungstheorie. Sein Gedankengang (Offe 1980) ist in Kürze folgender: früher einmal hätten Parteien, insbesondere auch Arbeiterparteien, an soziale Identitäten wie z. B. Klassenexistenz appelliert und seien insofern Einheit von Partei und sozialer Bewe-

gung gewesen; durch verschiedene Prozesse – die Offe nur *empirisch* andeutet, z. B. die Unabhängigkeit gewerkschaftlicher und parteipolitischer Aktionsformen als Ergebnis der Massenstreikdebatte – habe sich dann aber eine radikale Trennung von gesellschaftlicher Sphäre und politischer Herrschaftssphäre herausgebildet, derzufolge *jede Form* der politischen Machtpartizipation, auch die der Partei, *jeglichen* sozialen Inhalts entleert worden sei („der Zugang zu den spezialisierten Aufgaben staatlicher Herrschaft ist sozusagen nur dem vollendeten Neutrum gestattet"); dies habe rückschlagend die soziale Identität der Parteienbasis gefährdet und schließlich, je mehr die Parteien *nur noch* mit Stimmenmaximierungsstrategien an die „Wähler" herangetreten seien, nahezu zerstört; die „Wähler" seien *dadurch* gezwungen worden, ihre *Identitäts-Bedürfnisse* anderweitig zu befriedigen, und zwar durch (Neu-)Bildung sozialer Bewegungen, die sich an lebensweltlich erfahrbaren Problemen entzündeten; da solche Bewegungen aber als lokale keine politische Wirkung erzielen könnten, sei ihnen zu raten, zur Form der Partei (zurück-) zu finden, möglichst natürlich unter Vermeidung der „bekannten Muster".

An drei Zügen dieser Argumentation zeigt sich der – schädliche – Einfluß des systemtheoretischen Paradigmas: Erstens werden gesellschaftliche Phänomene einzig aus der Perspektive des Staates, ja als durch ihn erzeugt gedacht, getreu dem allgemeinen Verfahren dieser politikwissenschaftlichen Richtung, die Gesellschaft als „Umwelt" von etwas anderem, eben vom Staat, und nicht etwa als sie selbst, geschweige denn als Umkleidung einer ökonomischen „Anatomie" zu behandeln. Zweitens wird die Übersetzung, die gesellschaftliche Prozesse erleiden, wenn sie in die staatliche Sphäre einfließen – und in deren Hervorhebung der relative Fortschritt dieses Paradigmas liegt –, als Übersetzung ins Inhaltsleere, in die reine Abstraktion gefaßt und damit jeder historischen und materialistischen Deutbarkeit entzogen, was dazu führt, daß der Staat selbst nicht mehr in der Perspektive des Absterbens gedacht werden kann. Drittens bewährt sich in zweierlei Hinsicht der Verdacht, daß die Systemtheorie ein Rahmen von so unnütz hohem Abstraktionsniveau ist, daß praktisch jede politische Theorie und jeder politikwissenschaftliche Begriff in ihm unverändert „reformuliert" werden kann, was auf semantische Spielerei hinausläuft; im Unterschied zu dem, wovon sie spricht, scheint die Systemtheorie *keine* Übersetzungsmacht zu sein. So kann der Vorstellung vom „vollendete Neutren" erzeugenden Filter, der auf dem Weg von der Gesellschaft in den Staat durchzumachen ist, wie in einer prästabilierten Harmonie die Theorie der

Stimmenmaximierung als Strategiebeschreibung von Parteien zugeordnet werden, wobei die Herkunft aus einem anderen Theoriezusammenhang, nämlich dem Marktmodell von Politik (vgl. *Downs* 1957), nicht im geringsten stört. Und ebenso wird das hier interessierende Begriffspaar „Parteien – soziale Bewegungen", dessen Herkunft ebenfalls mit Systemtheorie nichts zu tun hat, ohne Verwandlung eingeordnet. Was herauskommt, ist eine Kette von Methodenartefakten. Wenn sich die Ökologiebewegung diesen theoretischen Schuh anzieht, ist sie gezwungen, sich als Wechselbalg, passiven Effekt gerade jener Parteien zu begreifen, gegen die sie doch kämpft und gegen die sie politische Autonomie zu erringen versucht; und als Impuls ihrer politischen Aktivitäten soll sie einen Willen zur „sozialen Identität" in sich erkennen, für den der politische Problemgegenstand Ökologie nur noch beliebiges Beispiel und zufälliger Anstoß wäre, einen Willen, der nach unerbittlicher Logik von Offes Theorieparadigma genauso abstrakten, „vollendet neutralen" Charakter hätte wie die Stimmenmaximierungsstrategie, auf die er angeblich reagiert.

Daß Offe der Ökologiebewegung schließlich die Entwicklung zur Partei „neuen Typs" empfiehlt, ist so begrüßenswert wie theoretisch inkonsequent. *Lange* (1980) beschreibt die Empfehlung als Bruch zwischen Analyse und Strategievorschlag; zumindestens kann man sagen, daß der Strategievorschlag mit seinen vorhandenen analytischen Mitteln nicht mehr gedacht werden kann, also theorielos bleibt. Ans Ende einer Argumentation in den Bahnen von „Partei/Bewegung" gestellt, muß der Begriff der Partei neuen Typs Postulat bleiben. Wir wollen nun sehen, ob er denkbar wird, wenn man mit ihm *anfängt*. Dabei werden wir von vornherein einen Fehler vermeiden, der *Lenin* m. E. unterlaufen ist: die Problematik der Partei neuen Typs außerhalb der Problematik der Parteiform überhaupt zu denken, so als könne man die Theorie der kommunistischen und die Theorie der „bürgerlichen" Partei mit zwei verschiedenen Methodologien generieren.

III.

Parteien, ob „alte" oder „neue", sind Klassenparteien und sind es nicht. (Vgl. den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen in *Jäger* 1979 a und b.) Die Vorstellung, daß Parteien früher Klassenparteien waren und heute zu „Volksparteien" geworden sind, die keine Klassenkontur mehr haben, ist empirisch unhaltbar und theoretisch eine unnötige Annahme. Sie verkennt einfach die Abstraktionsebene, auf die der Klassenbegriff bezogen ist. Mit

„Klassenpartei" kann nämlich ohnehin nicht (nur) eine Gruppierung von Individuen gemeint sein, die sich nach objektiver Klassenzugehörigkeit politisch organisiert; denn dann müßte man ja unterstellen, diese wäre ihnen – anders als den marxistischen Fachleuten, die über Klassenanalyse streiten – wie selbstverständlich bekannt. Sogar die vorgeordnete Unterstellung, die Individuen würden ihre Existenz nach Basis- und Überbauebenen differenziert betrachten und es könnte von daher auch nur die *Frage* für sie entstehen, ob sie z. B. Lohnarbeiter des Kapitals oder des Staates sind, wäre höchst gewagt. Die Individuen gehen nicht danach, was die Basis, sondern was das für sie Wichtigste ist. Die ihrer Basis bewußte Klassenpartei wird damit nicht für unmöglich erklärt, erscheint aber als Sonderfall, der Zusatzerklärung fordert. Keinesfalls ist es wahrscheinlich, daß mit solchem Parteityp die Geschichte der Parteien *angefangen* haben soll.

Geschichte und Gegenwart der Parteien zeigen das Phänomen, daß Parteien dann entstehen, wenn im Leben einer Nation *Probleme* auftauchen, die bis in den Umkreis der Existenz des einzelnen Individuums hineinreichen, für es erfahrbar und bis zu irgendeinem Grad identifizierbar sind; die große Massen von Individuen auf diese Weise betreffen; die nicht individuell, sondern nur kollektiv, und nicht nur kollektiv, sondern letztlich allein staatlich (bzw.: in Auseinandersetzung mit der Existenz des Staates) gelöst werden können, weil die Lösung *alle* Individuen betreffen würde; und schließlich: Probleme, die bestehenbleiben, wenn sie einmal aufgetaucht sind und solange sie nicht gelöst werden, die sogar eine Tendenz haben mögen, sich bei Nichteingriff zunehmend zu verschärfen. Diese Charakteristik ist der Entstehung etwa der US-amerikanischen oder der französischen Parteien nicht weniger auf den Leib geschrieben als der Entstehung der grünen Partei. Die beiden großen Einschnitte z. B. in der Geschichte des amerikanischen Parteiensystems wurden erstens durch die Frage des Verhältnisses zentralistischer und föderativer Momente der Staatsverfassung und zweitens durch die Stellungnahme zur Sklavenfrage ausgelöst. Das gegenwärtige französische System trägt vor allem die Spuren des Algerienproblems und des Mai 1968. Die unterschiedliche Reflexion über diese Probleme, nicht über eine soziale Lage der Individuen an sich oder gar über Klassenbestimmtheit und Akkumulationsgeschichte des Kapitals führte zur Bildung von Parteien. Was sich aber als Regel in der Geschichte der Parteien erweist, braucht angesichts der grünen Partei, die sich dem Ökologieproblem stellt, nicht zu verwundern.

„Problem" und „Problemlösung" sind scheinbar allzu abstrakte Kategorien, als daß in marxistischer Forschungsperspektive mit ihnen parteitheoretisch gearbeitet werden könnte. Parteien werden jedoch nicht durch Probleme an sich ins Leben gerufen – so wie bei Offe Bewegungen durch einen „Identitäts"-Wunsch an sich ins Leben gerufen werden, der sich an beliebigen Gegenständen entzündet –, sondern nur durch *bestimmte* Probleme, die der Forschung gerade umgekehrt die Schwierigkeit bereiten, daß sie *allzu konkret* sind. Die Sklavenfrage z. B. hat nicht deshalb zur Auflösung der Partei der Whigs, zur Zurückdrängung der Demokraten in die Südstaaten, wodurch sie praktisch zu einer neuen Partei wurden, und zur Entstehung der republikanischen Partei geführt, weil sie ein beliebiges Beispiel für politische Probleme ist. Sondern weil es sich um ein Problem vom parteierzeugenden Typ handelt, dessen Charakterisierung oben ansatzweise versucht wurde. Wenn man nun weiter fragt, weshalb gerade die Sklavenfrage die Individuen so stark „betroffen" hat und weshalb sie sich unablässig verschärfte, nähert man sich der eigentlichen theoretischen Schwierigkeit, die darin besteht, daß nun das parteierzeugende Problem *seinerseits* in seine psychologischen, ethnischen, kulturellen, politischen und ökonomischen *Problemebenen* zerlegt und die ökonomische Problemebene als das „in letzter Instanz Bestimmende" erwiesen werden muß. Bekanntlich waren im Streit um die Sklavenhaltung nicht nur Menschenbilder, sondern Produktionsweisen umstritten. Welches parteibildende Problem wir immer analysieren, es wird sich stets herausstellen, daß die parteitätigen Individuen sich an der empirisch vorliegenden Gesamtgestalt eines Problems orientieren, das erst dann voll begriffen werden kann, wenn es analytisch in Basis und Überbau zerlegt wird und wenn seine Gesamtgestalt wie deren parteibildender Effekt *aus dieser – ökonomischen – Problembasis* abgeleitet werden. Ein solches Verhältnis von Basis und Überbau im Problem selbst läßt sich auch bezüglich des Ökologieproblems bestimmen. Es ist Effekt einer Produktionsweise; aber nicht die Produktionsweise als solche, sondern die vielfältige Natur des Effekts wirkt parteibildend.

Wie das Problem so ist auch die Problem*lösung*, die die parteitätigen Individuen finden, ein konkretes Phänomen, in dem viele Ebenen zusammentreffen, d. h. ein Überbau, zu dem es eine Basis gibt. Eine solche Basis wird durch die Problemlösung, worin immer sie besteht, *impliziert*. Besteht z. B. die Lösung der Sklavenfrage darin, daß man die Sklaverei abschafft – wozu es, wie bekannt, in Amerika eines Krieges bedurfte –, so hat man die in-

dustriekapitalistische Produktionsweise damit verbreitert, also eine ökonomische Basis gesetzt, die von nun an determinierend wirken wird, all das u. U. unabhängig von Deutungen und Intentionen der Parteiindividuen. Nun werden Parteien im allgemeinen nicht erst dadurch konstituiert, daß Problemlösungen durchgesetzt, sondern schon dadurch, daß sie gefordert werden und daß permanent für sie gekämpft wird. Aber bereits der permanente Kampf für eine vorgeschlagene Problemlösung impliziert ein Stück ökonomische Basis, nämlich die *Klassenbasis* des Problemlösungsvorschlags und damit der Partei, die sich durch diesen Vorschlag definiert.

Hier ist allerdings eine Differenzierung zu machen: Eine Bewegung, die es mit *einem* Problem zu tun hat, mag irgendeine Lösung artikuliert haben, die unter Umständen quer zu allen Klassenfronten steht; es ist dann sinnlos, dieser Bewegung einen *besonderen* Klassencharakter zuzuschreiben. Sobald diese Bewegung es – in modellhafter Vereinfachung gesprochen – mit dem „zweiten Problem" zu tun bekommt (oder sobald sich das „eine Problem" im Zuge der Konkretisierung der Parteipolitik in eine Kette vieler Unterprobleme zerlegt), muß es sich zeigen, ob es als geschlossene Front überhaupt weiter besteht oder aber zerfällt. Wenn es dann *nicht* zerfällt, liegt keine Vermutung näher als die, *daß ein besonderer Klassencharakter existiert*, der sich über verschiedene Problemfragen hinweg in immer gleicher Zuordnung von Problemlösungen und Parteiindividuen durchhält. Warum sollten sonst Individuen organisiert zusammenbleiben, egal ob es sich um Westintegration und Wiederaufrüstung, um Widerstand gegen die Gesamtschule oder um Reprivatisierung staatlicher Sozialeinrichtungen handelt? Das bedeutet aber, daß gerade die Permanenz einer Partei, jedenfalls einer Partei, die Massen ergreift, daran gebunden ist, daß es ihr gelingen muß, Klassenpartei zu werden; ob absichtlich oder unabsichtlich und schon gar ob erklärt oder unerklärt, spielt keine Rolle.

Aber wenn *das* der Grund ist, aus dem Parteien Klassenparteien werden müssen, dann ist klar, daß nichts dafür spricht, daß sie *reine* Klassenparteien werden müssen. Nichts spricht nämlich dafür, daß politische Problemlösungen mit großer Wahrscheinlichkeit Grenzen zwischen unterworfener und herrschender Klasse ziehen bzw. solche Grenzen durchhalten; nur darüber, daß sich der Unterschied von Stadt und Land geltend macht – worin die reale Klassengliederung der unterworfenen Klassen enthalten und zugleich überdeckt ist –, kann man einigermaßen sicher sein. Kurz, permanente, massenergreifende Parteien werden stets

Parteien mit einer besonderen Klassenbasis sein, aber es wird sich in der Regel um die Basis eines Klassen*bündnisses* von unterworfener Klasse und Bourgeoisie handeln, eine Basis, die jeweils durch den „unzureichenden" Problemlösungsvorschlag der betreffenden Partei impliziert wird. Es ist klar, daß nicht diese Regel, sondern die Ausnahme vom marxistischen Standpunkt das Wünschenswerte ist. Das ändert nichts daran, daß die Erklärung der Ausnahme die Erklärung der Regel voraussetzt. Wenn Lenin und viele andere die Parteien als direkte Organisationsweisen der einzelnen Klassen auffassen und in *diesem* Sinne von Klassenparteien reden, dann überspringen sie eine Reihe von Analyseschritten.

Aber wir können auch eine Schlußfolgerung ganz anderer Art ziehen: wer Ökologiebewegung und Arbeiterbewegung als notwendig getrennte, dinglich verschiedene politische Phänomene auffaßt, der verkennt, daß er die eine Bewegung *durch ihr Ausgangsproblem* und die andere *durch ihren Klassencharakter* charakterisiert und daß er damit zwei verschiedene Analyseebenen durcheinanderwirft: Hat nicht auch die Arbeiterbewegung ihre Ausgangsprobleme gehabt? Glaubt man, daß die Ökologiebewegung darum herum kommen wird, einen Klassencharakter anzunehmen? Ökologiebewegung und traditionelle Arbeiterparteien stehen sich auf derselben Ebene gegenüber, als konkurrierende Parteien, unter Umständen bald als konkurrierende Arbeiterparteien.

Parteien entstehen also wegen eines Problems und artikulieren sich in besonderen Problemlösungsvorschlägen. Aber wir können dies noch konkreter fassen. Da, wo eine Partei entsteht, war auch schon vorher eine Partei. Bevor sich in den USA die Partei der Republikaner konstituierte, waren die sie bildenden Individuen anderswo parteipolitisch organisiert bzw. repräsentiert, nämlich bei Demokraten und Whigs. Die jetzt die Grünen wählen, haben vorher sozialliberal oder christdemokratisch gewählt bzw. gedacht. Wenn eine Partei entsteht, bedeutet das, daß sich ein Flügel einer schon vorhandenen Partei abgespalten, verselbständigt hat. Diese Überlegung zeigt erneut, daß es unsinnig ist, Parteien und soziale Bewegungen begrifflich gegeneinanderzusetzen.Es hat zwar einigen Sinn, zwischen Ökologiebewegung und grüner Partei zu unterscheiden, den nämlich, daß man bei „Ökologiebewegung" an die Organisationsform der Bürgerinitiativen denken mag, die in der grünen Parteiorganisation ja keineswegs aufgehen und auch nicht als deren bedingungslose Wähler angesehen werden können. Aber wenn die Mitglieder von Bürgerinitiativen

nicht die grüne Partei wählen, was wählen sie dann? In der Regel eine andere Partei, z. B. die SPD. Nur in dem Maße also, wie sie noch in die vorher vorhandenen Parteien integriert ist, fällt die Ökologiebewegung nicht mit der grünen Partei zusammen. Sie ist als Bewegung keine Nicht-Partei, ebensowenig wie Gewerkschaft oder Vertriebenenverband.

Die Überlegung läßt uns ferner den oben schon kritisierten Fehler Offes besser verstehen. Offe hatte die Entstehung der Ökologiebewegung auf das Versagen der stimmenmaximierenden Parteien zurückgeführt: es handle sich um Wiedergewinnung versagter „Identität". Dieser Gedanke hat einen rationellen Kern. *Tatsächlich* muß die Entstehung der neuen Partei – wir urteilen, daß sofern mit der Ökologiebewegung Neues entsteht, es sich um Entstehung einer neuen *Partei* handelt – auf das Verhalten oder auf Züge der alten Parteien zurückgeführt werden. Nur macht Offe (infolge seines systemtheoretischen Ansatzes, s.o.) dann zwei Fehler: erstens liegt nicht in einer „Abstraktheit" der alten Parteien das spaltungsfördernde Fehlverhalten, sondern es handelt sich um die ganz konkrete Unfähigkeit, ein bestimmtes Problem, hier das Ökologieproblem, in den vorhandenen „Diskurs" der Partei noch einzuordnen, ohne daß die Konsistenz dieses Diskurses zerstört wird. Zweitens ist deutlich geworden, daß die Entstehung der neuen Partei durch Abspaltung von den alten *keine hinreichende* Erklärung ist, vielmehr selbst weiter erklärt werden muß, und zwar durch Verweis auf den Katalysator der Spaltung, d.h. eben: auf das – in letzter Instanz ökonomisch determinierte – „Problem".

IV.

Die Partei neuen Tps, wenn es eine gibt, behaupte ich, hat keinen anderen Ausgangspunkt als die Partei. Denn auch hier gilt, daß kein Meister vom Himmel fällt. Die Frage ist, welche besondere Entwicklung die Partei nimmt, die zur Partei neuen Typs wird. Man kann diese Frage auch umdrehen: wenn Partei und Partei neuen Typs denselben Ausgangspunkt haben, dann stellt sich die gewöhnliche, historisch bis zum Überdruß bekannte Partei als Degeneration, an einem bestimmten Umschlagpunkt der Parteientwicklung beginnend, der Partei neuen Typs dar. Worin besteht dieser Umschlag?

Aber beginnen wir mit dem Ausgangspunkt. Ich möchte zunächst auf die verblüffende Ähnlichkeit der Situationen, in denen nach unserer Annahme Parteien entstehen, und der „revolutionä-

ren Situation" hinweisen. Diese wird von Lenin durch „drei Hauptmerkmale"definiert:

„1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten', eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht ... 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen' Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation *als auch durch die ‚oberen Schichten' selbst* zu selbständigem Handeln gedrängt werden." (LW 21, 206; Hervor. im Original)

Diese in der Konfrontation mit dem Zarenstaat getroffenen Formulierungen muß man erst einmal in eine Definition übersetzen, die sich auf den entwickelten bürgerlichen Überbau der „westlichen" Gesellschaften beziehen läßt. Dann erscheinen Herrschende und Unterworfene nicht mehr wie meilenweit zwischen „oben" und „unten" getrennt: der Staat des „Westens" hat sich in den „Unteren" selbst verankert, z.B. in dem Arbeiter, der durch seine Wahlstimme die sozialliberale Regierung an der Macht hält, die ihrerseits die Ausbeutung des Arbeiters politisch reproduziert. Davon abgesehen, beschreibt Lenin mit anderen Worten, was auch wir beschrieben haben. Durch einen „Riß" in der herrschenden Politik bricht sich die Empörung der Unterworfenen Bahn. Wir hatten formuliert: die Diskurse der vorhandenen Parteien erweisen sich als unfähig, ein bestimmtes Problem zu integrieren, daraufhin spaltet sich ein Parteiflügel ab. Lenin stellt neben die Produktion des revolutionären Protests durch die alte Herrschaft die Produktion durch Verschärfung von Not und Elend. In unserer Terminologie gesprochen: der Diskurszusammenbruch der alten Partei ist nur deshalb Entstehungsursache der neuen, weil er seinerseits von einem für die Individuen unmittelbar erfahrbaren Problem verursacht wird. Dabei äußert sich jedes Problem dieser Art subjektiv in „Not und Elend", und man muß bedenken, wie viele Gesichter die Not hat und daß sie sich aufs Essen und Trinken nicht reduziert – auch in Rußland nicht reduziert hat, wo das revolutionsauslösende „Problem" bekanntlich im Weltkrieg bestanden hat.

Nun soll nicht etwa behauptet werden, revolutionäre Situation und Parteientstehungssituation wären dasselbe. Daß ein Unterschied besteht, ist nicht nur evident, sondern es lassen sich auch zwei naheliegende theoretische Gründe für ihn anführen: Wir haben zwischen Problem und ökonomischer Basis des Problems

unterschieden. Das Problem in seiner empirischen Gestalt stellt sich als Überbau oder als Manifestation der ökonomischen Problembasis dar. Danach kann man unterscheiden zwischen Problemen, bei denen der Zusammenhang zwischen Manifestation und Problembasis (relativ) gut sichtbar ist, und solchen, bei denen er nur schwer sichtbar ist. Für Probleme der ersten Art folgt, daß sich wahrscheinlich Lösungsideen schnell verbreiten werden, die das Problem „an der Wurzel packen wollen", also revolutionär sind. Probleme der zweiten Art legen eher solche Lösungen nahe, die wegen Mangels an „Problembewußtsein" zur Reproduktion der Problembasis und damit des Problems führen, also nicht revolutionär sind; aber dennoch „zu selbständigem historischen Handeln drängen". Das ist der erste Unterscheidungsgrund. Der zweite betrifft die Tragweite des Problems. Wenn ein vorhandener Parteidiskurs einen „Riß" erleidet, muß das noch nicht gleich zum Diskurs*zusammenbruch* führen; einen *so tiefen* Riß zu erzeugen, wird vielmehr nur bestimmten, eben revolutionserzeugenden Problemen gelingen. Andere Probleme zerreißen den vorhanden Parteidiskurs *nur lokal* und sind daher nur parteierzeugend. Diese beiden Unterscheidungsgründe sind sicherlich nicht hinreichend, aber es genügt hier, daß sie zeigen, wie noch die Unterschiede zwischen revolutionärer und Parteientstehungssituation auf eine gemeinsame Quelle verweisen. Im Grunde zeigen sie, daß die Parteientstehungssituation *nur deshalb* keine revolutionäre Situation ist, weil revolutionäres Erkenntnis- und Handlungspotential *lokal begrenzt* bleiben. *Innerhalb* dieser Grenzen *ist* die Parteientstehungssituation revolutionäre Situation.

Man kann noch mehr sagen. Revolutionäres Erkenntnis- und Handlungspotential bleibt zwar in der Parteientstehungssituation begrenzt. Aber dafür ist auch gewährleistet – wenigstens in liberal verfaßten bürgerlichen Gesellschaften –, daß sie überhaupt „bleiben". Bei einer Bewegung, die in und durch die revolutionäre Situation entsteht, ist das keineswegs gewährleistet, vielmehr äußerst unwahrscheinlich. Im Augenblick der Entstehung einer revolutionären Bewegung ist diese stets schwächer als der herrschende Block, kann also vom herrschen Block mit Gewalt zerschlagen werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er von dieser Möglichkeit auch Gebrauch macht, wenn er *während einer revolutionären Situation* mit der Entstehung einer revolutionären Bewegung konfrontiert ist, einfach, weil ihm die übrigen Möglichkeiten ausgegangen sind; denn sein Diskurs ist nach Voraussetzung zusammengebrochen, d.h. seine Hegemonie ist verbraucht. Demgegenüber wird er angesichts einer Parteientstehungssituation keinen Anlaß

denfalls eine Besonderheit der Partei neuen Typs, denn den antikapitalistischen Anfang haben viele Parteien gehabt, die sich keineswegs zu revolutionären und Arbeiterparteien weiterentwickelten, beispielsweise SPD, CDU und NSDAP.

Die zweite Besonderheit der Partei neuen Typs bezieht sich auf die *Art der Parteierkenntnis.* Das ist eigentlich trivial: Wenn wir vom *Ausgangspunkt* der revolutionären Partei keine größere Adäquatheit der Erkenntnis verlangen als vom Ausgangspunkt der nichtrevolutionären, müssen wir um so mehr für dasjenige Stadium ihrer Entwicklung verlangen, in der „Abschied vom Kapitalismus" genommen wird, d.h. die Erkenntnisqualität muß zu diesem Stadium hin *wachsen,* sie darf keineswegs stagnieren oder gar zurückgehen. Der Übergang vom unspezifisch-antikapitalistischen Beginn zum Einschluß der Arbeiterklasse, die sich als solche artikuliert, weil man die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus als Basis der parteikonstitutiven Probleme und damit auch die Bedingungen der Beseitigung des einen mit dem anderen *erkannt hat,* ist nur *ein* Aspekt der Erkenntnis, die eine revolutionäre Partei mit der Zeit erlangen muß. Nicht die Basis der Probleme allein und nicht die Oberfläche der Probleme allein genügt es zu erkennen – für beide Einseitigkeiten gibt es abschreckende Beispiele in der Parteiengeschichte –, sondern den *Zusammenhang* von Oberfläche und Basis, und noch mehr, den Zusammenhang der Parteiprobleme mit dem *gesamten „nationalen Problemraum",* sowie schließlich die Triebkräfte der *Entwicklung* dieses „Raums", seiner einander ablösenden „strategischen Situationen". Denn es liegt auf der Hand, daß eine revolutionäre Partei nur siegreich sein kann, wenn sie ihre Handlungsmöglichkeiten in den strategischen Situationen (die alle anderen genannten Momente einschließen) adäquat erkennt, besser erkennt als der an äußerlichen Gewaltmitteln mächtigere herrschende Block.

Aber die Erlangung von Erkenntnis dieser Art kann nicht als allmähliche Aufhäufung von Wissen vorgestellt werden. Dann müßte ja schon in der Ausgangssituation der Partei das im Prinzip richtige *Erkenntnisparadigma* vorliegen; dies zu unterstellen, haben wir keinen Anlaß. Vielmehr wird es sich um eine „Forschungsmethodologie" handeln, in der „Paradigmenwechsel" vorkommen, geduldet, ja um des politischen Ziels willen sogar gewollt werden. Auch dieser Zug einer Partei neuen Typs wurde übrigens schon

sehen, die hegemoniale Herrschaftsform aufzugeben, da der entstandene Schaden nur lokal und der revolutionäre Charakter der eben entstehenden Partei noch nicht deutlich geworden, ja noch gar nicht „entschieden" ist. Diese Überlegung hat zur Konsequenz, daß revolutionäre und Parteientstehungssituation nicht nur eine gemeinsame Quelle haben, sondern auch „genetisch" miteinander zusammenhängen. Es ist nämlich offensichtlich, daß jedenfalls diejenigen revolutionären Situationen, die zum Revolutionssieg führen, neben den schon genannten noch ein weiteres „Merkmal" aufweisen müssen, nämlich die Existenz einer revolutionären Partei, die *schon vor* der revolutionären Situation existiert und irgendwelche Fähigkeiten erworben hat, durch die sie sich selbst und die Bewegung, die durch die revolutionäre Situation entsteht, vor der gewaltsamen Zerschlagung bewahrt. Auch dies ist bekanntlich schon von Lenin festgestellt worden.

Die revolutionäre, die Partei neuen Typs hat also denselben Ausgangspunkt wie die Partei. Aber sie nimmt in mindestens zweierlei Hinsicht einen anderen Weg. Erstens muß sie eine *Klassenbasis besonderer Art* erlangen. Sie muß zu den sie bildenden Individuen *die Arbeiterklasse* zählen können, und zwar eine Arbeiterklasse, die sich selbst *als* Arbeiterklasse artikuliert und die mit der Bourgeoisie gebrochen hat. Mir scheint, daß diese Behauptung, mag sie auch „traditionell" klingen, noch niemals widerlegt worden ist. Auch nicht durch *Rudolf Bahro*, der die „welthistorische Mission des Proletariats" zur Illusion erklärt, obwohl er selbst sagt, daß die ökologische Krise den Abschied vom Kapitalismus erzwingt. Bahro hat recht, „Enteignungsideen" für „abstrakt" zu erklären, aber sie sind nur insofern abstrakt, als sie sich auf der Abstraktionsebene der ökonomischen Basis des Ökologieproblems bewegen. D.h. sie bewegen sich zwar nicht auf der Ebene, auf der jetzt die grüne Partei ins Leben zu rufen ist, wohl aber auf derjenigen, die auch Bahro zugrundelegt, wenn er „Kapitalismus" sagt. Wenn es um den Abschied vom Kapitalismus geht, ist Enteignung konstitutiv, und es ist unbestreitbar, daß die An- und Enteignung der kapitalistischen Produktionsmittel nur von der Arbeiterklasse – nicht von den „Arbeitern als Menschen", wie Bahro sich ausdrückt, sondern von den Menschen als Arbeitern –

von *Lenin* beschrieben – es ist ein Zug, den die die Stalinsche „Leninismus"-Fälschung überdeckt und praktisch unkenntlich gemacht hat; ich kann diesen Aspekt aber hier nicht weiter verfolgen –: „In einer solchen revolutionären Epoche, wie wir sie jetzt durchleben", schreibt Lenin,

„werden alle theoretischen Fehler und taktischen Abweichungen der Partei durch das Leben selbst, das die Arbeiterklasse mit unerhörter Schnelligkeit aufklärt und erzieht, aufs schonungsloseste kritisiert. In einer solchen Zeit ist es die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, danach zu streben, daß der ideologische Kampf in der Partei über Fragen der Theorie und der Taktik möglichst offen, breit und frei geführt wird, daß er jedoch das einheitliche Auftreten des sozialdemokratischen Proletariats auf keinen Fall stört oder erschwert." (LW 10, 315f.)

Nun ist revolutionäre Politik, die sich dieserart als rücksichtslose Forschungsmethodologie versteht, nicht nur von der ideellen Bereitschaft zum Kritisieren, Kritisiertwerdenkönnen, auch zur Selbstkritik abhängig. Es muß auch ein *formaler Rahmen für derartige Prozesse* existieren, d.h. die Partei neuen Typs muß demokratisch verfaßt sein; aber in einem Sinne, in dem keine der gegenwärtig im Bundestag vertretenen Parteien demokratisch verfaßt ist. Der springende Punkt ist, daß die Aufklärung „durch das Leben", von der Lenin spricht, zuallererst tatsächlich stets die Arbeiterklasse bzw. allgemeiner die Parteibasis erreicht, und soll sie sich in der Partei insgesamt durchsetzen und gegebenenfalls zum „Paradigmenwechsel" führen können, dann müssen (u.a.) absolut durchlässige Repräsentationsverhältnisse innerhalb der Partei existieren. Auch dies hat schon Lenin betont:

„Man überlege sich doch wirklich einmal, welche Verpflichtungen der Partei dadurch auferlegt werden, daß sie es bereits mit der *Masse* und nicht mit Zirkeln zu tun hat. Um nicht nur in Worten eine Massenpartei zu werden, müssen wir immer breitere Massen zur Teilnahme an allen Parteiangelegenheiten heranziehen ... Kann man dieses Ergebnis erreichen, ohne in breitester Öffentlichkeit die Fragen zu behandeln, von deren Lösung diese oder jene Einwirkung auf die Massen abhängig ist?" (LW 7, S. 107)

Lenin ging einmal so weit, für Fälle der Parteibeschlußfassung über Aktionen, „bei der die *Masse* selbständig auftritt, z.B. bei einem Streik, bei Wahlen, bei dem Boykott irgendeiner wichtigen örtlichen Körperschaft", die *Aufhebung des Repräsentationsprinzips* zugunsten eines „Referendums" der gesamten Parteibasis zu fordern. (LW 11, 438f.) Die Argumentation läuft jedenfalls darauf hinaus, daß die Basis der Partei, nicht ihre Führung allein Subjekt der Erkenntnis ist.

Der Umschlag von der revolutionären zur nichtrevolutionären Partei bezüglich der Erkenntnis- und damit auch der Demokratie-

unterschieden. Das Problem in seiner empirischen Gestalt stellt sich als Überbau oder als Manifestation der ökonomischen Problembasis dar. Danach kann man unterscheiden zwischen Problemen, bei denen der Zusammenhang zwischen Manifestation und Problembasis (relativ) gut sichtbar ist, und solchen, bei denen er nur schwer sichtbar ist. Für Probleme der ersten Art folgt, daß sich wahrscheinlich Lösungsideen schnell verbreiten werden, die das Problem „an der Wurzel packen wollen", also revolutionär sind. Probleme der zweiten Art legen eher solche Lösungen nahe, die wegen Mangels an „Problembewußtsein" zur Reproduktion der Problembasis und damit des Problems führen, also nicht revolutionär sind; aber dennoch „zu selbständigem historischen Handeln drängen". Das ist der erste Unterscheidungsgrund. Der zweite betrifft die Tragweite des Problems. Wenn ein vorhandener Parteidiskurs einen „Riß" erleidet, muß das noch nicht gleich zum Diskurs*zusammenbruch* führen; einen *so tiefen* Riß zu erzeugen, wird vielmehr nur bestimmten, eben revolutionserzeugenden Problemen gelingen. Andere Probleme zerreißen den vorhanden Parteidiskurs *nur lokal* und sind daher nur parteierzeugend. Diese beiden Unterscheidungsgründe sind sicherlich nicht hinreichend, aber es genügt hier, daß sie zeigen, wie noch die Unterschiede zwischen revolutionärer und Parteientstehungssituation auf eine gemeinsame Quelle verweisen. Im Grunde zeigen sie, daß die Parteientstehungssituation *nur deshalb* keine revolutionäre Situation ist, weil revolutionäres Erkenntnis- und Handlungspotential *lokal begrenzt* bleiben. *Innerhalb* dieser Grenzen *ist* die Parteientstehungssituation revolutionäre Situation.

Man kann noch mehr sagen. Revolutionäres Erkenntnis- und Handlungspotential bleibt zwar in der Parteientstehungssituation begrenzt. Aber dafür ist auch gewährleistet – wenigstens in liberal verfaßten bürgerlichen Gesellschaften –, daß sie überhaupt „bleiben". Bei einer Bewegung, die in und durch die revolutionäre Situation entsteht, ist das keineswegs gewährleistet, vielmehr äußerst unwahrscheinlich. Im Augenblick der Entstehung einer revolutionären Bewegung ist diese stets schwächer als der herrschende Block, kann also vom herrschen Block mit Gewalt zerschlagen werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er von dieser Möglichkeit auch Gebrauch macht, wenn er *während einer revolutionären Situation* mit der Entstehung einer revolutionären Bewegung konfrontiert ist, einfach, weil ihm die übrigen Möglichkeiten ausgegangen sind; denn sein Diskurs ist nach Voraussetzung zusammengebrochen, d.h. seine Hegemonie ist verbraucht. Demgegenüber wird er angesichts einer Parteientstehungssituation keinen Anlaß

sehen, die hegemoniale Herrschaftsform aufzugeben, da der entstandene Schaden nur lokal und der revolutionäre Charakter der eben entstehenden Partei noch nicht deutlich geworden, ja noch gar nicht „entschieden" ist. Diese Überlegung hat zur Konsequenz, daß revolutionäre und Parteientstehungssituation nicht nur eine gemeinsame Quelle haben, sondern auch „genetisch" miteinander zusammenhängen. Es ist nämlich offensichtlich, daß jedenfalls diejenigen revolutionären Situationen, die zum Revolutionssieg führen, neben den schon genannten noch ein weiteres „Merkmal" aufweisen müssen, nämlich die Existenz einer revolutionären Partei, die *schon vor* der revolutionären Situation existiert und irgendwelche Fähigkeiten erworben hat, durch die sie sich selbst und die Bewegung, die durch die revolutionäre Situation entsteht, vor der gewaltsamen Zerschlagung bewahrt. Auch dies ist bekanntlich schon von Lenin festgestellt worden.

Die revolutionäre, die Partei neuen Typs hat also denselben Ausgangspunkt wie die Partei. Aber sie nimmt in mindestens zweierlei Hinsicht einen anderen Weg. Erstens muß sie eine *Klassenbasis besonderer Art* erlangen. Sie muß zu den sie bildenden Individuen *die Arbeiterklasse* zählen können, und zwar eine Arbeiterklasse, die sich selbst *als* Arbeiterklasse artikuliert und die mit der Bourgeoisie gebrochen hat. Mir scheint, daß diese Behauptung, mag sie auch „traditionell" klingen, noch niemals widerlegt worden ist. Auch nicht durch *Rudolf Bahro,* der die „welthistorische Mission des Proletariats" zur Illusion erklärt, obwohl er selbst sagt, daß die ökologische Krise den Abschied vom Kapitalismus erzwingt. Bahro hat recht, „Enteignungsideen" für „abstrakt" zu erklären, aber sie sind nur insofern abstrakt, als sie sich auf der Abstraktionsebene der ökonomischen Basis des Ökologieproblems bewegen. D.h. sie bewegen sich zwar nicht auf der Ebene, auf der jetzt die grüne Partei ins Leben zu rufen ist, wohl aber auf derjenigen, die auch Bahro zugrundelegt, wenn er „Kapitalismus" sagt. Wenn es um den Abschied vom Kapitalismus geht, ist Enteignung konstitutiv, und es ist unbestreitbar, daß die An- und Enteignung der kapitalistischen Produktionsmittel nur von der Arbeiterklasse – nicht von den „Arbeitern als Menschen", wie Bahro sich ausdrückt, sondern von den Menschen als Arbeitern – geleistet werden kann. – Nur: der Akzent liegt darauf, daß die Partei neuen Typs diese „Klassenbasis besonderer Art" *erlangen* muß. Sie muß nicht mit ihr fertig in die Welt springen, mehr noch, es ist schwer vorstellbar, daß unter Bedingungen des entwickelten bürgerlichen Überbaus eine in diese Weise „fertige" Entstehung *jemals* stattfinden könnte. Für den Anfang genügt es, wenn eine

Partei *antikapitalistisch* ist. „Antikapitalistisch" und „die Arbeiterklasse einschließend" sind offenbar keine einander wesensfremden Bestimmungen. Es sind also Entwicklungsprozesse denkbar, die von der einen in die andere Bestimmung führen. Hier liegt jedenfalls eine Besonderheit der Partei neuen Typs, denn den antikapitalistischen Anfang haben viele Parteien gehabt, die sich keineswegs zu revolutionären und Arbeiterparteien weiterentwickelten, beispielsweise SPD, CDU und NSDAP.

Die zweite Besonderheit der Partei neuen Typs bezieht sich auf die *Art der Parteierkenntnis.* Das ist eigentlich trivial: Wenn wir vom *Ausgangspunkt* der revolutionären Partei keine größere Adäquatheit der Erkenntnis verlangen als vom Ausgangspunkt der nichtrevolutionären, müssen wir um so mehr für dasjenige Stadium ihrer Entwicklung verlangen, in der „Abschied vom Kapitalismus" genommen wird, d.h. die Erkenntnisqualität muß zu diesem Stadium hin *wachsen,* sie darf keineswegs stagnieren oder gar zurückgehen. Der Übergang vom unspezifisch-antikapitalistischen Beginn zum Einschluß der Arbeiterklasse, die sich als solche artikuliert, weil man die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus als Basis der parteikonstitutiven Probleme und damit auch die Bedingungen der Beseitigung des einen mit dem anderen *erkannt hat,* ist nur *ein* Aspekt der Erkenntnis, die eine revolutionäre Partei mit der Zeit erlangen muß. Nicht die Basis der Probleme allein und nicht die Oberfläche der Probleme allein genügt es zu erkennen – für beide Einseitigkeiten gibt es abschreckende Beispiele in der Parteiengeschichte –, sondern den *Zusammenhang* von Oberfläche und Basis, und noch mehr, den Zusammenhang der Parteiprobleme mit dem *gesamten „nationalen Problemraum",* sowie schließlich die Triebkräfte der *Entwicklung* dieses „Raums", seiner einander ablösenden „strategischen Situationen". Denn es liegt auf der Hand, daß eine revolutionäre Partei nur siegreich sein kann, wenn sie ihre Handlungsmöglichkeiten in den strategischen Situationen (die alle anderen genannten Momente einschließen) adäquat erkennt, besser erkennt als der an äußerlichen Gewaltmitteln mächtigere herrschende Block.

Aber die Erlangung von Erkenntnis dieser Art kann nicht als allmähliche Aufhäufung von Wissen vorgestellt werden. Dann müßte ja schon in der Ausgangssituation der Partei das im Prinzip richtige *Erkenntnisparadigma* vorliegen; dies zu unterstellen, haben wir keinen Anlaß. Vielmehr wird es sich um eine „Forschungsmethodologie" handeln, in der „Paradigmenwechsel" vorkommen, geduldet, ja um des politischen Ziels willen sogar gewollt werden. Auch dieser Zug einer Partei neuen Typs wurde übrigens schon

von *Lenin* beschrieben – es ist ein Zug, den die die Stalinsche „Leninismus"-Fälschung überdeckt und praktisch unkenntlich gemacht hat; ich kann diesen Aspekt aber hier nicht weiter verfolgen –: „In einer solchen revolutionären Epoche, wie wir sie jetzt durchleben", schreibt Lenin,

„werden alle theoretischen Fehler und taktischen Abweichungen der Partei durch das Leben selbst, das die Arbeiterklasse mit unerhörter Schnelligkeit aufklärt und erzieht, aufs schonungsloseste kritisiert. In einer solchen Zeit ist es die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, danach zu streben, daß der ideologische Kampf in der Partei über Fragen der Theorie und der Taktik möglichst offen, breit und frei geführt wird, daß er jedoch das einheitliche Auftreten des sozialdemokratischen Proletariats auf keinen Fall stört oder erschwert." (LW 10, 315f.)

Nun ist revolutionäre Politik, die sich dieserart als rücksichtslose Forschungsmethodologie versteht, nicht nur von der ideellen Bereitschaft zum Kritisieren, Kritisiertwerdenkönnen, auch zur Selbstkritik abhängig. Es muß auch ein *formaler Rahmen für derartige Prozesse* existieren, d.h. die Partei neuen Typs muß demokratisch verfaßt sein; aber in einem Sinne, in dem keine der gegenwärtig im Bundestag vertretenen Parteien demokratisch verfaßt ist. Der springende Punkt ist, daß die Aufklärung „durch das Leben", von der Lenin spricht, zuallererst tatsächlich stets die Arbeiterklasse bzw. allgemeiner die Parteibasis erreicht, und soll sie sich in der Partei insgesamt durchsetzen und gegebenenfalls zum „Paradigmenwechsel" führen können, dann müssen (u.a.) absolut durchlässige Repräsentationsverhältnisse innerhalb der Partei existieren. Auch dies hat schon Lenin betont:

„Man überlege sich doch wirklich einmal, welche Verpflichtungen der Partei dadurch auferlegt werden, daß sie es bereits mit der *Masse* und nicht mit Zirkeln zu tun hat. Um nicht nur in Worten eine Massenpartei zu werden, müssen wir immer breitere Massen zur Teilnahme an allen Parteiangelegenheiten heranziehen ... Kann man dieses Ergebnis erreichen, ohne in breitester Öffentlichkeit die Fragen zu behandeln, von deren Lösung diese oder jene Einwirkung auf die Massen abhängig ist?" (LW 7, S. 107)

Lenin ging einmal so weit, für Fälle der Parteibeschlußfassung über Aktionen, „bei der die *Masse* selbständig auftritt, z.B. bei einem Streik, bei Wahlen, bei dem Boykott irgendeiner wichtigen örtlichen Körperschaft", die *Aufhebung des Repräsentationsprinzips* zugunsten eines „Referendums" der gesamten Parteibasis zu fordern. (LW 11, 438f.) Die Argumentation läuft jedenfalls darauf hinaus, daß die Basis der Partei, nicht ihre Führung allein Subjekt der Erkenntnis ist.

Der Umschlag von der revolutionären zur nichtrevolutionären Partei bezüglich der Erkenntnis- und damit auch der Demokratie-

frage liegt auf der Hand. Er tritt ein, sobald – aus welchen Gründen immer – die Forschungsmethodologie abgebrochen, verwandelt wird in eine Methodologie der unveränderlichen Behauptungen, wobei es sich nach unseren Voraussetzungen um falsche Behauptungen handeln muß. Die Differenzierung in Führung und Basis hört in einer solchen Partei auf, Arbeitsteilung in einem gemeinsamen Erkenntnisprozeß zu sein: in ihrem Versuch, die Partei zusammenzuhalten, wird die Führung jene falschen Behauptungen verfestigen und gegen die „Aufklärung durch das Leben", der die Parteibasis natürlich weiterhin ausgesetzt ist, verteidigen. D.h. sie wird die innerparteiliche Demokratie beseitigen.

In Prozessen dieser Art entsteht realhistorisch die Trennung von Staat und Gesellschaft mit ihren Befehls- und Scheinrepräsentationsspielen. Aber die falschen Behauptungen lassen sich nur bis zu einem gewissen Grad gegen das „Leben" verteidigen: bis zum Eintritt nämlich eines parteikonstitutiven „Problems" von der oben erörterten Art ...

Unser theoretisches Modell sei an dieser Stelle vorläufig abgebrochen. Blicken wir noch einmal auf die beiden Deutungsmuster zurück, mit denen die Ökologiebewegung zu reflektieren versucht wurde. Die Deutung in Kategorien von „Parteien und sozialen Bewegungen" erscheint jetzt geradezu wie ein resignatives Verharren in einer Trennung von staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre, die bereits das untrügliche Signum des Scheitern einer politischen Bewegung, nämlich des Abbruchs oder gar nicht erst Zustandekommens ihres revolutionären Erkenntniswillens wäre. Wenn die Ökologiebewegung ihr parteikonstitutives Problem an der Wurzel packen und lösen will, darf sie diese Trennung in sich niemals reproduzieren. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß sie sich den Anspruch, Partei neuen Typs zu sein, setzen muß. Die Frage, ob sie dies jetzt schon ist, und gar, ob sie es werden wird, wäre falsch gestellt. Die Ökologiebewegung befindet sich im Anfangsstadium der Parteikonstitution, was nach unseren Annahmen heißt: es stehen ihr noch alle Möglichkeiten offen; nicht mehr und nicht weniger. Gefragt werden kann nur, was praktisch getan werden kann, um eine Degeneration dieses Ansatzes zu verhindern. Gibt es denn sonst einen Ansatz, der im Hinblick auf Klassencharakter, Basisdemokratie, originäre Problembezogenheit, Adäquatheit der Erkenntnis nicht schon degeneriert *ist*? Ein schlechter Anfang ist besser als ein mittelmäßiges Ende.

Literaturverzeichnis
Downs 1957: An Economic Theory of Democracy, New York.
Jäger 1979a: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik. Argument-Sonderband AS 44, 45–65.
ders. 1979b: Rezension von Raschke, in Argument 116, S. 628–630.
Lange 1980: Die Grünen zwischen sozialer Bewegung und Partei, i. ds. Band.
LW: Lenin, Werke, Berlin (DDR) 1971.
Offe 1980: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität; in: R. Roth (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Ffm.
PROKLA 1979: Editorial zu Heft 36, Berlin/West.
Togliatti 1967: Reden und Schriften (Hrsg. Pozzoli), Ffm.

Matthias Lange

Die Grünen zwischen sozialer Bewegung und Partei

1. Vorbemerkung

Die Grünen wollen „Partei" werden (und *müssen* deshalb so tun, als seien sie es bereits), zugleich aber wollen sie „Bewegung" bleiben. Diese Konstellation droht sie innerlich zu zerreißen. Denn er geht mitten durch sie hindurch, dieser Riß, der (allgemein gesprochen) in nichts anderem besteht als in einer *Reproduktion der Trennung* von staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre *im „Inneren"* der Grünen. – In Gestalt der *neuen sozialen Bewegungen* und namentlich der Ökologiebewegung artikuliert sich ein umgreifender *Strukturwandel in den Formen des Politikmachens.* Das „Schwanken" der Grünen zwischen Bewegung und Partei ist charakteristisch für die aktuelle *strategische Situation* (Jäger): Eine Situation, in der sich die Frage nach den politischen Bedingungen für die Herausbildung eines „alternativen Blocks" neu stellt: und zwar erstens als Frage nach den zukünftigen Möglichkeiten für die Bildung eines neuen historischen Blocks von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen (vgl. *Haug* 1980, 129f.); zweitens als Frage nach neuen *Organsationsformen der Verbindung zwischen direktdemokratischer und repräsentativdemokrati-*

scher Politik. – Vor diesem Hintergrund kann die sich der Linken angesichts der Grünen Partei stellende *„Wahlfrage"* begriffen werden als ein *strategisches Problem,* das sich auf das Terrain des wahl*taktischen „Zwangs zur Entscheidung"* verschoben hat.

2. Der Grüne Parteiwerdungsprozeß

In dem Maße, wie sich die Ökologiebewegung zu einer *parteifähigen* politischen Kraft entwickeln konnte (vgl. z. B. *Mez/Wolter* 1980, *Hegner* 1980 und *Roth* 1980; für die Anti-AKW-Bewegung: *Kitschelt* 1980), begann sie für bestimmte Teile der „politischen Eliten" der neuen Mittelschichten zu einem politisch-organisatorischen Kristallisationskern zu werden (vgl. z. B. *Rönsch* 1979, 3of): Diese Sogwirkung definiert den Parteiwerdungsprozeß der Grünen wesentlich auch als *Prozeß der Spaltung* vor allem des sozialliberalen Blocks, aber auch der nichtparlamentarisierten Linken und konservativ-utopischer Strömungen. – Allerdings scheint die Grüne Partei mehr zu sein, als ein Produkt „normaler" Spaltungsprozesse; denn sie könnte das bundesrepublikanische Parlamentsparteiensystem trotz 5%-Klausel *wirklich* in Fluß bringen.

2.1. Zur Analyse der handlungsleitenden Programmatik der Grünen

Die Grünen reagieren mit ihren Parlamentarisierungsanstrengungen auf die durch die Struktur des bundesrepublikanischen Parlamentsparteiensystems gesetzten *politischen Handlungsalternativen.* Um ihre ökologischen Problemlagen als gesellschaftliche Machtfragen artikulieren zu können, müssen sie ihre Organisationsmittel einer *eigenständigen* Entwicklung zur Partei unterwerfen. Die Konkurrenzverhältnisse im Parlamentarischen lassen ihnen praktisch keine andere Wahl: Die Dominanz des „Prinzips der *Volkspartei"* (vgl. *Offe* 1979) bezüglich der Artikulation von *Machtfragen* zwingt die „grünen Eliten" dazu. Nach einer westeuropäisch vergleichenden Analyse der *partei*politischen Bearbeitung ökologischer Problemlagen gibt das Parteiensystem eines Landes nach wie vor den wichtigsten „Selektionsfilter" für die machtpolitische Artikulation gesellschaftlicher Konfliktlagen ab: Die Konkurrenzverhältnisse im Parteiensystem (sein Konzentrationsgrad also) und in der Gewerkschaftsbewegung (die Existenz von Richtungsgewerkschaften) sind die entscheidenden Faktoren dafür, *wie* das Ökologieproblem jeweils übersetzt wird: in Form ei-

ner eigenen Partei oder durch bereits vorhandene politische Organisationen (vgl. *Raschke* 1979, 168f, 55ff, 64f).

Der strategische Vorteil der Grünen in Bezug auf die 5%-Klausel liegt in ihrem Charakter als *Nicht-Volkspartei* begründet: in der spezifischen Art und Weise also, wie sie ihren *Bewegungs*charakter artikulieren. Als ihr *Wählerstamm* lassen sich jene Teile aus der grünen Bewegung bestimmen, für die das Ökologieproblem und damit die Behauptung „des Lebens" gegen zerstörerische Modernisierungsprozesse zum *handlungsleitenden politischen Legitimationsprinzip* geworden ist (*Offe* 1979), für die deshalb die politisch-ideologische *„Frontlinie"* zwischen den Grünen *und sämtlichen anderen Parteien* verläuft (*Lohmann* 1980, 3o). Aus diesem Zusammenhang entwickelt *Karl-Ernst Lohmann* seine These, daß die Wirkung der 5%-Klausel im Fall der Grünen Partei vor allem deshalb nicht durchschlägt, weil sie sich als *Wahlpartei* präsentieren kann, *ohne „Partei" zu sein* (ebd. 29 ff). Diesen ihren Charakter erschließt *Lohmann* vor allem daraus, daß sie kein den Volksparteien vergleichbares *„globales Programm"* aufweise; hier wird von ihm allerdings nicht präzise genug unterschieden zwischen globalen Programmatiken von *Volksparteien,* und jenem ebenfalls *globalen Typ* von handlungsleitender Programmatik, der ausdrücklich *von einem* „ideologischen Kulminationspunkt" beherrscht wird (im Fall der Grünen also von der Ökologiefrage und, hieraus sich ableitend, der basisdemokratischen Orientierung auf direkte Demokratie und „kleine Einheiten"). – Über die „Verdichtungsleistung" (vgl. *Laclau* 1979, 677) einer globalen Programmatik konstituiert sich eine *politisch-ideologische Einheit,* welche eine spezifisch *gerichtete* Sicht auf *alle* gesellschaftlichen Probleme organisiert. Gerade der Parteiwerdungsprozeß der Grünen veranschaulicht, daß die hier erbrachte „Leistung des Konsistent-Machens einer globalen Programmatik" (*Lohmann* 1980, 31) über *ein* zentral gesetztes Prinzip nicht nur zur Ausbildung eines ideologischen „Verdichtungszentrums" führen kann, sondern daß gleichzeitig der *Unterschied* zwischen der von der Grünen Partei erbrachten Verdichtungsleistung und der des „Prinzips der Volkspartei" (vgl. unten) konstitutiv ist für ihren strategischen Vorteil in Bezug auf die 5%-Klausel: Weil ihr Nicht-Volkspartei-Charakter eine relative „Nähe" zur grünen *Bewegung* definiert, weil sie sich wegen ihrer Bewegungsnähe als eigenständige und alternative Partei profilieren kann.

2.2. Zur Funktion der Ökologiefrage als ideologischem Verdichtungszentrum der Grünen Partei

Der Parteiwerdungsprozeß der Grünen wird durch spezifische *Übersetzungsleistungen* strukturiert. Spätestens seit den Programmparteitagen von Saarbrücken und Dortmund ist offensichtlich geworden, daß unter den zur Parteibildung angetretenen Grünen *alternative Übersetzungsmöglichkeiten* der Ökologiebewegung zu einem Feld der politischen Auseinandersetzung geworden sind. So ist das dort beschlossene Programm für *Herbert Gruhl* nicht vom „Modus des Seins" bestimmt, weil die Ökologiefrage nicht mit allen Konsequenzen (vor allem der „Bereitschaft zum Verzicht") zentral gesetzt wurde. „Linke Grüne" wie *Rudolf Bahro* formulierten eine ähnliche Kritik: Die grüne Sache werde „kaputtgehen", „wenn sie von den Linken traditionell behandelt" würde (Interview in „konkret" 6/80, 18). – *Herbert Gruhl* bestimmt den Stellenwert dieser Auseinandersetzungen wenn er festgestellt, daß es hier um „die unterschiedlichen Grundhaltungen unter den Mitgliedern der Grünen Partei" gehe, und nicht primär um „Differenzen in einzelnen Programmpunkten" (vgl. taz, 20. 5. 80): Es geht um die Strukturierung des Programms, um die *Formulierung des ideologischen Kulminationspunktes der Grünen Partei.*

Mit der Karlsruher Rede *Rudolf Bahros* (vgl. taz, 16. 1. 80) liegt der Versuch vor, zu einer „neuen Einordnung" aller gesellschaftlich relevanten Probleme zu kommen. Seine Fassung der These von der „Priorität der Ökologie" soll jene Partei, der er sich zugehörig fühlen kann, zuallererst ideologisch *ermöglichen:* „Die Grünen sind der Versuch, Potentiale, die in anderen Ländern mindestens zwei Parteien traditioneller Konstellation bilden, unter einem Dach zusammenzuführen. ... eine Grüne Partei, die in sich selbst den notwendigen historischen Kompromiß praktiziert, (wäre) unter den Bedingungen der Bundesrepublik langfristig die beste Lösung...": „Grün ist das Dritte, das Bindeglied". Die Grünen als „zusammenführende Umkehrbewegung" seien jene politische Kraft, die den „traditionellen" Kampf der Klassen um ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen positiv-programmatisch überwinden können, indem sie ihn in neuer Form auf „die soziale Massenkraft einer gesamtgesellschaftlichen Krisenlösung" beziehen: Mit der Grünen Partei könne die ökologische Umkehrbewegung „einen solchen Grad an Zusammenarbeit und Übereinstimmung" erlangen, „wie er früher nur mit religiösem Anspruch erreichbar war".

Die Ökologiefrage wird von *Bahro* in einer Weise zentral gesetzt, daß sie dann, wenn sie in dieser ihrer Funktion als „Herr-

schaft" *eines* politisch-ideologischen Kulminationspunktes akzeptiert würde, zu einer parteiförmigen Homogenisierung der ihrer politisch-ideologischen Herkunft nach äußerst inhomogenen Gruppe der „grünen Eliten" führen könnte. – Auf jeden Fall kann die Behauptung, daß die Ökologiefrage keine „solide Integrationsbasis für eine stabile, solidaritätsfähige und einigermaßen geschlossene Partei" abgeben könne (*Zofka* 1980, 45), kaum aufrechterhalten werden. Als *Standpunkt* allerdings ist eine solche These typisch für die Reaktionsweise aller *bereits existierenden* Parteien: Den Grünen wird vorgeworfen, daß sie noch nicht „Partei" seien, daß sie sich also, mit anderen Worten, noch *entwickeln.*

3. Der Bruch zwischen politischer Analyse und Strategievorschlag

Der Tatbestand, daß sich im politischen Bewußtein des grünen Wählerstamms die politische „Frontlinie" entlang der Ökologieproblematik ordnet, und daß diese Frontlinie auch im Wahlverhalten stabil zu bleiben scheint, wird von *Claus Offe* als Konkurrenz zweier nicht mehr miteinander zu vereinbarender *Legitimationsprinzipien* analysiert: Das Legitimationsprinzip „Leben gegen industrielles Wachstum" könne sich per definitionem nicht dem Prinzip des Herrschaftsrechts der „Mehrheit gegenüber der Minderheit" unterordnen (vgl. *Offe* 1979). Seine Frage richtet sich auf die *„Dynamik der Erzeugung"* dieses quer zu den herrschenden politischen Formprinzipien stehenden Legitimationsprinzips. Die neuen sozialen Bewegungen werden von *Offe* dementsprechend als *„Reaktionsbildungen"* auf die Entwicklungslogiken konkurrenzdemokratischer Organisationsmittel analysiert (vgl. auch zum folgenden *Offe* 1980). Im Mittelpunkt seiner Analyse steht die Entwicklung der Parteien zu *Volksparteien:* Die alle Einzelheiten erfassende Ausdifferenzierung von Politik und Gesellschaft habe für die Parteien einen immer vollständigeren „Verlust des Moments von ‚sozialer Bewegung'" zur Folge gehabt (33). Mit ihrer Entwicklung zu Volksparteien würden sie sich ihrer Funktion der Begründung „kollektiver Identitäten" entledigen (33). In der Folge finde die „gesellschaftliche Identität" des politischen Bürgers keine angemessenen politischen Organisationsmittel mehr: *Offe* analysiert diese „Nicht-Anerkennung der gesellschaftlichen Identität" als „operatives Prinzip" von Volksparteien (32f). Auf *die Herrschaft dieses „Prinzips der Volkspartei"* gründe sich ihre identitätszerstörende Wirkung und damit auch die der Entwicklung konkurrenzdemokratischer Politikformen innewohnende

„selbstnegatorische" Tendenz (3o, 35). – Diese Entwicklung sei heute „an einem Punkt angelangt", da sich Reaktionsbildungen zur „Behauptung und Verteidigung von Identität" zu „‚entdifferenzierenden' Gegenbewegungen" verdichten (3o, 35): In diesem Sinne seien die neuen Bewegungen und namentlich die Grünen als „massive Gegenbewegungen in Richtung auf ‚Entdifferenzierung'" (35) zu begreifen.

Da die Politik der neuen Bewegungen bei der „Unmittelbarkeit des eigenen Lebensumkreises und dessen identitätsbildenden Strukturen" ansetze, könne sie eine organisatorisch abgestützte Vermittlung zwischen den gesellschaftlichen Erfahrungshorizonten, dem gesellschaftlichen Handeln und den politischen Willenskundgebungen der Beteiligten herstellen (36). Diese für die neuen Bewegungen charakteristische „Kongruenz von Identitätsbestimmung nach innen und Willensbekundung nach außen" führe zur „Konzeptualisierung eines verbindenen ‚Wir'" über Naturkategorien, allgemeine Gattungs- bzw. Lebensinteressen (35f). Die damit angedeutete *Diskrepanz von globaler Perspektive und partikularem Ansatzpunkt* analysiert *Offe* als gleichzeitig „zu engen" und „zu weiten" Frontverlauf des Konflikts: „der Verlauf des Konflikts stagniert, obwohl und gerade weil er ein sehr ‚allgemeiner', elementare Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung thematisierender ist, auf dem Niveau punktueller ‚Störungen'" (4o).

Um dieses „Dilemma" aufzubrechen, wendet *Offe* sich jetzt mit *strategischer* Fragestellung dem Problem einer die neuen sozialen Bewegungen *vereinheitlichenden politischen Form* zu. Die Partei (und repräsentativdemokratische Organisationsmittel überhaupt) sei jenes Moment der Synthese, dessen Institutionalisierung *in* der grünen Bewegung diese „zu autonomer Machtentfaltung" (39) befähigen würde: Denn angesichts der Fragmentierung der „strukturell ‚lokalen' Konflikte" gehe es wesentlich darum, in den Bewegungen „*irgend*ein Medium der Vereinheitlichung zu institutionalisieren" (40; Hervorh. bei *Offe*). Es sei den Grünen, „konträr zu dem dominanten Formtypus der Konkurrenzpartei" (41), möglich, sich *als Partei* langfristig mit dem Moment „soziale Bewegung" in der Balance zu halten.

Letztlich begründet *Offe* seine *Strategie der „Partei ‚neuen Typs'"* (38) dadurch, daß er die in seiner vorgängigen Analyse herausgearbeitete *Logik im Entwicklungsgang von Parteien* für die Grünen *aussetzt.* – Dieser beim Übergang zum strategischen Problem auftretende *Bruch in der Argumentation* ist einem gegenüber der theoretischen Analyse *äußerlichen* Denkmuster über Politik und Strategiebildung geschuldet: Die Formen der reprä-

sentativen Demokratie werden *bei strategischen Überlegungen für das „richtige" politische Subjekt* so konzipiert, als strukturierten sie sich *für dieses Subjekt* wesentlich bereits durch dessen „richtigen" *Willen.* Dieses Denkmuster reduziert das Problem einer politischen Strategiebildung auf die Frage, ob man die Form der Partei (bzw. des Parlaments, des Rechts ... des Staates) *benutzen, zerschlagen* oder *vermeiden* solle (vgl. hierzu *Jäger* 1980a): Zwischen diesen (Pseudo–)Alternativen habe man sich als Linker zu *entscheiden; Claus Offe* hat sich in diesem Sinne dafür entschieden, den Standpunkt des *Benutzens* einzunehmen und deshalb die politische Zukunft der neuen Bewegung *parteizentriert* zu konzeptualisieren. Diese Entscheidung *zwingt* ihn zu der Annahme, daß die neuen Bewegungen (das *richtige* politische Subjekt also) allein dadurch, daß sie *als Partei* auf die von ihm analysierten Muster konkurrenzdemokratischer Entwicklungslogiken *„verzichten"* (vgl. *Offe* 1980,41), bereits in der Lage sein werden, der Entwicklungslogik von Politikformen ein historisches Schnippchen zu schlagen.

Bei *basiszentriert* argumentierenden Linken findet sich ein strukturell vergleichbarer Bruch beim Übergang zum Strategievorschlag. Wenn z.B. *Joachim Hirsch* feststellt, daß nicht „abstrakt-organisierende ‚Vereinheitlichung'" wichtig sei für die politische Entwicklungsperspektive der neuen sozialen Bewegungen, „sondern bewußte Alltagspraxis an vielen Orten der Geellschaft" (*Hirsch* 1980, 24), dann begründet sich auch diese Strategie aus einem Denkmuster, das der vorgängigen Analyse äußerlich bleibt. Die Ablehnung bürgerlicher Organisationsmittel begründet sich hier aus einer Analyse, die die formende Kraft konkurrenzdemokratischer Institutionen *totalisiert:* Es sei deshalb prinzipiell zu *vermeiden*, in diese Apparatstrukturen politisch involviert zu werden, bzw. sich eigene konkurrenzdemokratisch strukturierte Organisationsmittel zu schaffen. Das Politikmachen „an der Basis" *muß* deshalb als eine Aktivität gedacht werden, die prinzipiell von den politikförmig–bürokratischen Entfremdungen *ausgenommen* ist. Ohne näher auf die spezifische Problematik „basiszentrierter" linker Strategiebildungen eingehen zu können, sei die These aufgestellt, daß auch hier letztlich Denkstrukturen „über" das Strategische durchschlagen, die der jeweils *expliziten Analyse* äußerlich bzw. vorgelagert sind. – *Diese Spezifik linken Erzeugens und Konsistentmachens handlungsleitender Strategiebildungen* hat zur Folge, daß Strategien unter Linken zwar zur *Entscheidung,* nicht aber zur *Diskussion* stehen: *Strategien präsentieren sich in Form von Standpunkten,* von deren Adäquanz nur mehr nach

Maßgabe der im *politischen Alltagsverstand* vorfindlichen „politischen Erfahrungen" *überzeugt* werden kann.

4. Die Autonomie der sozialen Bewegungen und die Arbeiterparteien; Blockbildungspolitik als strategisches Konzept

Die zunehmend systematischer sich ausformende Struktur staatlicher Eingriffe ins Alltagsleben und in den Bereich des kollektiven Konsums produziert ein Geflecht von *politischen Feldern* im außerbetrieblichen Alltag; damit ist eine „Politisierung des Gesellschaftlichen" ebenso wie eine zunehmende Durchdringung des Staates „von der Gesellschaft" impliziert (vgl. *Poulantzas* 1979e, 13off).

4.1. Die sozialen Bewegungen agieren auf einer Ebene des Politischen im Alltag

In dem Maße, wie sich die staatlich-verwaltenden Eingriffe ins Alltagsleben als institutionelle Struktur ausformen, entwickelt sich eine *Ebene staatlichen Handelns*, die nur noch *organisiert* erreichbar ist: Eine spezifische Ebene des Politischen, eine spezifische staatliche „Adressatenstruktur" für die Artikulation und Durchsetzung reproduktiver Interessenlagen. Die neuen sozialen Bewegungen setzen sich mit ihrer Aktivität in ein ausdrücklich *politisches* Verhältnis zu diesen ihren „Adressaten". Der Sprung vom Alltagsproblem zum politischen Konflikt ist kürzer geworden. Der von den sozialen Bewegungen wahrgenommene „Zugang" zum Politischen impliziert, daß sich die zwischen Staatlichem und Gesellschaftlichem vermittelnde „Bindegliedfunktion der Parteien" modifiziert (vgl. *Ingrao* 1979, 187f; daß diese Entwicklung nicht nur bezüglich der neuen Bewegungen zu beobachten ist, soll hier lediglich angedeutet werden; vgl. zur Wandlung des Verhältnisses von *Gewerkschaften* und *Arbeiterparteien* v.a. *Trentin* 1978, und den Versuch von *Deppe* (1979), dessen Thesen auf bundesrepublikanische Verhältnisse zu beziehen). Von *Poulantzas* wird dieser „Funktionsverfall" der Parteien (1979e, 132) als „allgemeine Krise des Systems der politischen Parteien, einschließlich der Arbeiterparteien" analysiert (1980, 61; vgl. 1978). Diese ihre Krise liege wesentlich in jener Entwicklungstendenz staatlichen Verwaltungshandelns begründet, die sich in Versuchen der *direkten* Integration der sozioökonomischen, professionellen (usw.) Gruppen in Formen des institutionalisierten Neokorporativismus und des vertikalen Neoklientelismus *an den Parteien vorbei* manifestiert (vgl. *Poulantzas* 1979a; 1980; 1978).

Neokorporative Formen der Integration haben die Funktion, über eine Politik der Schaffung von Stützpunkten der unmittelbaren Entscheidungsteilnahme eine direkte Artikulation der Interessenlagen sozialer Bewegungen mit dem Staatlichen zu gewährleisten (vgl. *Jäger* 1980b). Die integrative Funktionstüchtigkeit dieser „Mechanismen der Repräsentanz des Staates im Alltagsleben" (*Buci-Glucksmann)* entwickelt sich zu einer Bestandsbedingung hegemonialer Konsensproduktion. Parallel zu dieser neokorporativistischen Entwicklungstendenz läuft die Tendenz, daß sich die Parteien (auch die Arbeiterparteien) in einer ausschließlichen Fixierung aufs parlamentarisch-staatliche Institutionengefüge verlieren.

Festgehalten werden soll zunächst, daß sich im Zuge der „Ausweitung des „Staates" (zur aktuellen Diskussion vgl. *Altvater/Kallscheuer* 1979; zu dem dieser Diskussion zugrunde liegenden „integralen' 'Staatsbegriff *Antonio Gramscis* vgl. *Priester* 1979, 35ff, und vor allem: *Buci-Glucksmann* 1975, 114ff, 315-334) eine Ebene des Politischen herausbildet, die nicht mehr ausschließlich (und der Tendenz nach wohl kaum noch) den *Parteien* zugänglich ist. Ihre Form der Artikulation von Gesellschaftlichem als Parlamentarischpolitisches ist der Ebene des Politischen im Alltagsleben kaum noch angemessen. Dieser Zusammenhang wird in Analysen sozialdemokratischer Kommunalpolitik häufig als deren „Verlust an Integrationskraft" thematisiert (vgl. z.B. *See* 1976, 447); und über die von *Friedhelm Kröll* (in diesem Band) am Beispiel der Kommunalpolitik der CSU analysierten rechtspopulistisch strukturierten „freiwilligen Inkompetenzerklärungen" läßt sich, so meine These, nur in dem Maße eine *parteiförmige* Artikulation kommunaler Interessenlagen herstellen, wie eine *direkte* Konfrontation mit staatlich-verwaltenden Eingriffen ins Alltagsleben vermieden werden kann (vgl. z.B. den Zusammenhang von Anti-AKW-Aktionen in Bayern und abnehmender Integrationskraft der CSU).

Die wachsende Bedeutung zentralstaatlich-verwaltender Steuerung im kommunalen Bereich, die Herausbildung einer Ebene des Politischen im Alltagsleben, läßt sich als Prozeß der Herausbildung „räumlicher Vergesellschaftungszusammenhänge" analysieren (vgl. *Läpple* 1978, 39ff; *Grauhan/Linder* 1974, 151ff; die Diskussion in *Grauhan* 1975). Die diese „territoriale" Vergesellschaftung strukturierenden „Zentralisierungsschübe" (*Elias)* implizieren nicht nur, daß die Relevanz *kommunaler Selbstverwaltungsinstanzen* in dem Maße schwindet, wie sie funktionale Äquivalente in Gestalt von *zentralen* Verwaltungsinstanzen, die

ihren Ort im Alltag selbst haben, finden. Sie implizieren zugleich, daß wachsende „Ansprüche auf Machtteilnahme" auf Seiten der Bürger produziert werden: Diese von *Hermann Korte* (1980) entwickelte These markiert das politische Spannungsfeld von „Stütz- und Widerstandspunkten" der gegebenen *strategischen Situation (Jäger* 1980b): Nach *Korte* führt die Entwicklung der Staatstätigkeit zu einem „Zuwachs" an *individuellem* „Machtpotential", das allerdings „im staatlich politischen Bereich nur noch selten erlebbar" sei; ein „Leerraum" entsteht, seine „Ausfüllung" ist noch nicht entschieden: „ Wenn im näheren Lebensbereich demokratische Beteiligung zur Realisierung ... gestiegener Ansprüche an die Beteiligung an Entscheidungen sich nicht realisieren kann, so wird ... die Aktivität der Bürger ... in privatistischem Rückzug enden oder in der Wir-Perspektive lokaler Bürgerinitiativen" (*Korte* 1980). – Vor diesem Hintergrund läßt sich die aktuelle *strategische Situation* dadurch kennzeichnen, daß der neokorporativistischen Integration die Möglichkeit organisierten Politikmachens *als Bewegung* gegenübersteht (der Rückzug ins Private läuft als ständige und scheinbar unpolitische Alternative mit): In dem Maße, wie die neuen sozialen Bewegungen sich in die Lage setzen, auf der sich herausbildenden *Ebene des Politischen im Alltag* zu agieren, entwickeln sie sich tendenziell als politische Formen. Das bedeutet: Sie differenzieren sich aus dem Gesellschaftlichen aus und organisieren spezifische Mechanismen der Vermittlung von gesellschaftlichem Handeln und politischem Bewußtsein: *Politische Formen der Artikulation von Gesellschaftlichem als Alltäglichpolitisches.*

4.2. Die Strategie der Blockbildung und die Wandlungsfähigkeit der Arbeiterparteien

Die Arbeiterparteien können ihre heute zunehmend wichtiger werdende „Rolle der Koordination" der sozialen Bewegungen nur erfüllen, wenn sie ihre (von der allgemeinen Krise des Parteiensystems unterscheidbare) „besondere Krise" praktisch lösen (*Poulantzas* 1980, 61ff; vgl. 1979a; 1979e, 134; 1978): *Für die Parteien der Arbeiterbewegung geht es um die Entwicklung eines neuen Verhältnisses zu den sozialen Bewegungen.* – Steht die Politik sozialer Bewegungen zur Politik der Parteien in einem Verhältnis der *Entwicklung,* oder geht es hierbei um ein Verhältnis *„gleichrangiger politischer Ordnung"*; anders formuliert: Geht es beim Verhältnis von Bewegungen und Parteien um „Politik" erster und zweiter Ordnung, wobei die Parteien das „eigentlich" Politische

repräsentieren, und die Bewegungen sich als Organisationsmittel des „*Lernens*" von Politik darstellen (als „Massenorganisationen", die das unmittelbare Interesse in seiner Unmittelbarkeit organisieren); oder können Bewegungsformen als den Parteien „gleichwertige" *politische* Organisationen begriffen werden? – Von *Nicos Poulantzas* werden diese Fragen zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen in einen unmittelbaren Zusammenhang zur *marxistischen Theorie der Demokratie* gestellt: Die neuen sozialen Bewegungen erfordern, so seine These, eine neue Diskussion des „Typus der Verbindung von direkter und repräsentativer Demokratie", und sie ermöglichen die positive Überwindung „traditioneller Antworten" (*Poulantzas* 1979c, 62f). Der „Typus der Verbindung" wird von ihm zunächst recht allgemein beschrieben als eine „gewisse unlösbare Spannung" zwischen Arbeiterparteien und sozialen Bewegungen; wobei „Spannung" bedeutet, daß beide Organisationsformen des Politikmachens nebeneinander existieren, ohne im realen politischen Prozeß „zusammenzufallen": Es geht *Poulantzas* um die *reale Autonomie* von sozialen Bewegungen, „deren Organisationstyp nicht derselbe sein kann wie der einer politischen Partei" (1979c, 62; 1979a).

Es geht um die „alte" demokratietheoretische Fragestellung, ob sich in die Organisationsmittel sozialistischer Politik eine *Infrastruktur* einbauen läßt, mittels derer der *formenden Kraft* des ausdifferenzierten und sich gegenüber dem Gesellschaftlichen verselbständigenden Politischen mit einiger Aussicht auf Erfolg entgegengewirkt werden kann. Meine These lautet, daß sich die Linke *für* eine solche *Infrastruktur der „Vermeidung" der Entwicklungslogiken repräsentativdemokratischer Politikformen* nicht in dem Sinne „entscheiden" kann, daß sie zwischen direktdemokratischen und repräsentativdemokratischen Formen zu „wählen" sich anschickt; vielmehr kann eine derartige Infrastruktur nur in einer *politischen Form der Verbindung* bestehen, in einer *Politikform der permanent gehaltenen Spannung zwischen Bewegungen und Parteien*. Diese Form der Verbindung und Spannung bezeichne ich als *alternativen Block*, die entsprechende strategische Konzeption als *Blockbildungspolitik*.

Blockbildungspolitik läßt sich nicht auf „Bündnispolitik" im traditionellen Verständnis reduzieren; denn es geht nicht mehr „nur" um das Bündnis von weltanschaulich und parteipolitisch unterschiedlich akzentuierten politischen Subjekten: Angesichts der in Gestalt der neuen sozialen Bewegungen sich artikulierenden *Strukturwandlungen in den Formen des Politikmachens* stellt sich das Problem einer hegemoniefähigen politischen Bearbei-

tung der Konflikte und Problemlagen *auf allen Ebenen des Staates.* Blockbildungspolitik bedeutet *strategisch,* daß jene *Trennungen* von Gesellschaftlichem und *Politischem* überwunden werden, die besondere *Politikformen* erst funktional erforderlich machen. Blockbildungspolitik sucht die strategische Perspektive einer „Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft" zu vermitteln; und zwar um zu verhindern, daß die Formen sozialer Bewegungen sich in Mikrowiderständen und in fragmentarischen Experimenten erschöpfen (bzw. über Formen neokorporativistischer Mitentscheidung quasi-verstaatlicht werden); um zu verhindern, daß die *Parteien* in ihrer tendenziellen Fixierung aufs Staatliche aufgehen; um eine hegemoniefähige Bearbeitung *aller* Ebenen des Politischen zu ermöglichen.

Um Blockbildungspolitik in diesem Sinne zu ermöglichen, müssen die *Parteien* der Arbeiterbewegung einen spezifischen Entwicklungsprozeß durchlaufen, damit sie Formen der realen Autonomie von sozialen Bewegungen erstens überhaupt „denken" können, damit sie sie zweitens zu *garantieren* in der Lage sind. Denn die neuen sozialen Bewegungen können (ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung) eine *autonome* politische Perspektive nur in dem Maße erringen, wie ein entsprechender Entwicklungshorizont von politischen Handlungsalternativen *bewußt geschaffen* wird. Diese Strategie richtet sich auf die Schaffung einer „Autonomie von Formen der Basisdemokratie, einer Selbstorganisation der Massen, die sich institutionalisiert, ohne von der Utopie in den Bürokratismus zu rutschen" (*Christine Buci-Glucksmann*; nach *Altvater/Kallscheuer* 1979, 40). Eine derartige autonome Perspektive der Bewegungen wäre, in den Worten von *Pietro Ingrao,*

„keineswegs ein Zugeständnis vonseiten der politischen Partei, sie ist vielmehr eine bewußte Konstruktion einer gegliederten Frontstellung, die dem Reichtum und der Komplexität des Transformationsprozesses adäquat sein muß." Bei dieser Perspektive, so weiter Ingaro, „verschwindet oder verringert sich die Rolle der politischen Arbeiterpartei keineswegs. Es verschwindet vielmehr ihr Selbstverständnis als Organismus, der jegliche politische Erfahrung totalisierend in sich zu vereinigen sucht und vorgibt, ein Anrecht auf ein Theorie- und Wahrheitsmonopol zu haben" (*Ingrao,* 1980, 331, 330).

4.3. Kurzer Exkurs zur „Partei neuen Typs" Michael Jägers

Von *Michael Jäger* wird in diesem Band die These entwickelt, daß die Behauptung eines „dinglichen Unterschieds zwischen Bewegungs- und Parteiform" nicht zum Ausgangspunkt politik-

theoretischer Analysen gemacht werden dürfe; vielmehr habe man „den Begriff der Partei neuen Typs ... zur Grundlage der Argumentation" zu machen. – Der Unterschied zur skizzierten Konzeption des alternativen Blocks liegt auf der Hand. Allerdings: *Jäger* kann seine Parteikonzeption und die Behauptung eines „dinglichen Unterschieds..." nur deshalb in der angedeuteten Weise gegeneinander abwägen, weil er seinen eigenen „*Begriff* der Partei neuen Typs" empirisch mißversteht: Die von ihm ins Zentrum bzw. als Ausgangspunkt der Analyse gesetzte *Parteitheorie* (vgl. *Jäger* 1979) „verbietet" es geradezu, von einer *Partei neuen Typs* als *empirischem* politischen Subjekt auszugehen. In seiner Parteitheorie behauptet er vielmehr, daß nach den konkreten politischen Formen erst noch zu fragen ist, daß sie nicht den Ausgangspunkt der Analyse abgeben können (vgl. v.a. *Jägers* Entwicklung des Begriffs des „*Parteiindividuums*"; 1979, 53ff). Begreift man in diesem Sinne die „Partei neuen Typs" als politik*theoretischen Begriff*, so liegt die Vermutung nahe, daß die in diesem Abschnitt entwickelte These zur strategischen Konzeption eines „alternativen Blocks" eine der möglichen „empirischen" Ausformulierungen dieses Begriffs auf der Ebene agierender Politikformen darstellt.

5. „Wahlfrage" und linke Handlungsmöglichkeiten

Als „Kriterium für eine Wahlempfehlung" wird im „Editorial" dieses Bandes formuliert, daß sie in eine „Strategie der linken Blockbildung" eingefügt sein müsse. In seiner konkreteren Fassung beschreibt dieses Kriterium ein zentrales Dilemma linker Bündnispolitik: Denn jede für einen Linken mögliche „Wahlempfehlung" kommt einer *Setzung* gleich, die der *Logik des Entscheidungszwangs* zwischen (potentiellen) Parlamentsparteien auch in dem Sinne gehorchen *muß*, als sie Ausgrenzungen der jeweils anderen für Linke möglichen (Partei-)„Standpunkte" produziert. In diesem Sinne scheint *jede* denkbare „Wahlempfehlung" einer linken Blockbildungsstrategie widersprechen zu *müssen*. – Eine der möglichen Konkretisierungen des Blockbildungskriteriums besteht also in der Position, daß dieses Kriterium eine ausdrückliche Wahlempfehlung *verbietet*: Weil die *Ausgrenzungslogik* wahltaktischer Entscheidungen offensichtlich der *Blockbildungslogik* widerspricht.

Aber versuchen wir, die Entwicklung der Kräfte des alternativen Blocks zu antizipieren. Aus dieser Perspektive läßt sich eine *strategische* Formulierung der „Wahlfrage" begründen, weil jetzt die Problematik der *Entwicklung von „Blockbildungsfähigkeiten" bei*

den (potentiellen) Kräften des Blocks in den Mittelpunkt gerückt werden kann. Und eben auch die Frage nach der Möglichkeit einer Entwicklung von Blockbildungsfähigkeiten *durch ein bestimmtes Wahlverhalten*; allerdings stellt sich diese Frage angesichts der „charakteristischen ‚Unvollständigkeit' unseres Parteiensystems" (*Offe* 1979) nicht für die Arbeiter-, sehr wohl aber für die Ökologiebewegung. Gestellt an die Adresse des parteiförmig organisierten Teils der *Arbeiterbewegung* beantwortet sie sich praktisch von selbst. Denn eine Wahl der SPD könnte zwar Strauß verhindern helfen, brächte aber die politische Entwicklung der Kräfte des Blocks wohl kaum voran. Eine Wahl der DKP würde sich (angesichts der 5%-Klausel, und ohne daß eine ausgewiesene *strategische* Perspektive zur praktischen Herstellung wirklicher Verbindungslinien von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik erkennbar wäre) von vornherein gewissermaßen außerhalb der Wahlform ansiedeln, und sich auf „symbolisches Ausnutzen" der Wahlkampfstimmung für eine Strategie der Aufklärung beschränken. – Gestellt an die Adresse der Grünen Partei wäre nach möglichen *Auswirkungen ihrer Parlamentarisierung auf den politisch und organisatorisch autonomen Entwicklungshorizont der neuen sozialen Bewegungen* zu fragen.

Meine „wahltaktische" Option für eine Stärkung der neuen sozialen Bewegungen *als autonome Politikformen* gegenüber den parteiförmigen Organisationsmitteln (also auch gegenüber den Grünen) begründet sich aus diesem Zusammenhang: Eine möglichst einheitliche linke Wahl der Grünen könnte eine politische Situation schaffen helfen, in welcher den Bewegungen die „Suche" nach konkreten politischen Formen einer *autonomen* Perspektive wieder möglich wird. Denn der angesichts der in der BRD gegebenen parlamentarischpolitischen Handlungsalternativen *notwendige* grüne Parteiwerdungsprozeß hat, weil sich in ihm die politisch-ideologischen Spaltungslinien „nach unten" verlängern *mußten*, eine weitere Entwicklung der *Formen* der neuen Bewegungen zunächst einmal *blockiert*. (Hier soll nicht über Ansätze wie das „Netzwerk"-Projekt hinweggesehen werden; allerdings betreffen derartige Versuche der Befestigung von Bewegungs-Formen nur bestimmte Teile einer *Scene*, nicht aber den Entwicklungshorizont der Bewegungen insgesamt.) Diese Blockierung kann nur durch die *wirkliche Parteiwerdung* der Grünen aufgehoben werden. *Es geht um die Suche nach autonomen Formen der Basisdemokratie, die sich institutionalisieren, ohne von der basisdemokratischen Utopie in den Bürokratismus des Parlamentarischpolitischen zu rutschen.*

Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar und Otto Kallscheuer (Hrsg.), 1979: Den Staat diskutieren, Berlin.

Buci-Glucksmann, Christine, 1975: Gramsci et l'état, Paris.

Deppe, Frank, 1979: Autonomie und Integration, Marburg.

Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.), 1975: Lokale Politikforschung, 2 Bde., Ffm/New York.

Grauhan, Rolf-Richard und Wolf Linder, 1974: Politik der Verstädterung, Ffm.

Haug, Wolfgang Fritz, 1980: Werden die Kräfte von Arbeit, Wissenschaft und Kultur diesmal zusammenkommen?; in: Hermann L. Gremliza und Heinrich Hannover (Hrsg.): Die Linke, Hamburg.

Hegner, Friedhart, 1980: Historisch-gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch-soziale Funktionen von Bürgerinitiativen; in: Otthein Rammstedt (Red.): Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Villingen.

Hirsch, Joachim, 1980: Proletariat adieu?, in: links 122.

Ingrao, Pietro, 1979: Massenbewegung und politische Macht, Hamburg.

Ingrao, Pietro, 1980: Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken; in: DAS ARGUMENT 121.

Jäger, Michael, 1979: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis; in: AWA (Hrsg.), Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, ARGUMENT-Sonderband 44.

Jäger, Michael, 1980 a: Marxistische Staatstheorie; Vortrag für die „Volksuni", Berlin (Ms.).

Jäger, Michael, 1980 b: Ökonomie und Politik des Sozialliberalen Korporatismus, Berlin (in diesem Band).

Kitschelt, Herbert, 1980: Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Ffm/New York.

Korte, Hermann, 1980: Der Einzelne weiß mit seinem Machtzuwachs nicht zu wuchern; in: FR, 16. 4. 1980.

Laclau, Ernesto, 1979: Faschismus und Ideologie; in: DAS ARGUMENT 117.

Läpple, Dieter, 1978: Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Stadtstrukturen; in: Margit Mayer u.a. (Hrsg.), Stadtkrise und soziale Bewegungen, Köln/Ffm.

Lohmann, Karl-Ernst, 1980: Strauß, die Grünen und das sozialistische Wahldilemma; in: Prokla 38.

Mez, Lutz und Ulf Wolter, 1980: Wer sind die Grünen?; in: Dies. (Hrsg.), Die Qual der Wahl, Berlin.

Offe, Claus, 1979: Die Logik des kleineren Übels; in: DIE ZEIT, 9. 11. 1979.

Offe, Claus, 1980: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität; in: Roland Roth (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Ffm/New York.

Poulantzas, Nicos, 1978: Staatstheorie, Hamburg.

Poulantzas, Nicos, 1979a: La crise des partis; in: Le Monde Diplomatique, No. 306 (septembre).

Poulantzas, Nicos, 1979b: l'état, les mouvements sociaux, le parti; in: dialectiques 28/1979.

Poulantzas, Nicos, 1979c: „Wir können nicht einfach Zuflucht bei der alten Orthodoxie suchen", Auszüge aus einem Interview mit Marxism Today; in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 6/79.

Poulantzas, Nicos, 1979d: Political parties and the crisis of Marxism; in: Socialist Review 48/79 (Orig. in: Marxism Today).

Poulantzas, Nicos, 1979e: „Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen"; in: Prokla 37.

Poulantzas, Nicos, 1980: Marxismus zwischen Sozialdemokratie und „realem Sozialismus"; in: Joachim Bischoff und Jochen Kreimer (Hrsg.): Annäherungen an den Sozialismus, Hamburg.

Priester, Karin, 1979: Die Bedeutung von Gramscis „erweitertem" Staatsbegriff; in: AWA (Hrsg.), Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, ARGUMENT-Sonderband 44.

Raschke, Joachim, 1979: Ursachen und Perspektiven des Protests; in: Detlef Murphy u.a.: Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebellen, Reinbek bei Hamburg.

Rönsch, Horst-Dieter, 1979: Die Magister wandern weiter. Zu Sozialstruktur und Einstellungen der Anhänger grüner, bunter und alternativer Listen; in: Kritik 23.

Roth, Roland, 1980: Das Ende des politischen Biedermeier? Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik; in: Volkhard Brandes u.a. (Hrsg.): Leben in der Bundesrepublik, Berlin.

See, Hans, 1976: Die SPD als Kommunal- und Staatspartei; in: Rolf Ebbighausen (Hrsg.); Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Ffm.

Trentin, Bruno, 1978: Arbeiterdemokratie, Hamburg.

Zofka, Stan, 1980: Eine ernsthafte Alternative? Zur aktuellen Auseinandersetzung mit den Grünen; in: spw 7.

Über die Autoren

Breitbach, Michael: Assessor, geb. 1947; wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Univ. Gießen. Veröff.: zum Verfassungs-, Beamten-, Disziplinar- und Standesrecht. Arbeitsgebiete: Verfassungsrecht und -theorie; Beamtenrecht.

Elfferding, Wieland: Dipl. Pol., geb. 1950; Redakteur des *Argument*. Veröff.: *Theorien über Ideologie, AS 40* (Mitautor). Arbeitsgebiete: Produzentendemokratie in der Sowjetunion; Ideologie-Theorie; Politik-Theorie. Mitglied der GEW und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

Greven, Michael Th.: Prof. Dr. phil., geb. 1947; Hochschullehrer am FB Gesellschaftswissenschaften der Univ. Marburg. Wichtigste Veröff.: *Parteien und politische Herrschaft* (1977), *Sozialstaat und Sozialpolitik* (1980). Arbeitsgebiete: Politische Soziologie; Politische Theorie und Wissenschaftstheorie.

Hase, Friedhelm: Assessor, geb. 1949; wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Univ. Gießen. Veröff.: *Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches System* (Mitautor, 1980); Aufsätze zum Verfassungs-, Schul- und Hochschulrecht. Arbeitsgebiete: Verfassungsrecht und -theorie; politische Funktionen der Rechtssprechung.

Haug, Wolfgang Fritz: Prof. Dr. phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Herausgeber des *Argument*. Letzte Veröff.: *Theorien über Ideologie, AS 40* (Mitautor), Zeitungsroman (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.

Heidenreich, Frank: geb. 1956, Studium der Geschichte und Politik an der FU Berlin. Mitglied der GEW, SJD-Die Falken und der SPD, Funktionär der Berliner Jungsozialisten, Mitglied und Sekretär der spw-Redaktion.

Huster, Ernst-Ulrich: Dr. phil., geb. 1945; Hochschulassistent am Institut für Politikwissenschaft der Univ. Gießen. Wichtigste Veröff.: *Die Politik der SPD 1945-1950* (1978). Arbeitsgebiete: Sozialpolitik, soziale Bewegung, politische Geschichte. Mitglied der GEW; Mitarbeit beim „Memorandum alternativer Wirtschaftspolitik".

Jäger, Michael: geb. 1946; 1973-78 wiss. Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin, Doktorand. Veröffentlichungen zu wissenschaftstheoretischen Fragen und zur Parteitheorie Gramscis. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Staatstheorie. Mitglied der GEW.

Kröll, Friedhelm: Dr. phil. habil., M.A., geb. 1945; Soziologe. Wichtigste Veröff.: *Bauhaus 1919-1933 (1974); Gruppe 47* (1977). Arbeitsgebiete: Literatur- und Kultursoziologie, Biographie-Forschung.

Krumbein, Wolfgang: Dr. disc. pol., geb. 1948; Gastprofessor an der GH Kassel; Letzte Veröff.: *Reformpolitik unter neuen Vorzeichen* (1980). Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Staatstheorie, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Parteiensoziologie. Mitglied der GEW, SPD, ehem. stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitherausgeber der Zeitschrift „Sozialist".

Lange, Matthias: Dipl.-Sozialwirt, geb. 1950; Doktorand in Göttingen. Arbeitsgebiete: Soziologie des Alltags, Politische Soziologie, Stadtsoziologie. Mitglied der GEW.

Lindenberger, Ulman: geb. 1961; Psychologiestudium an der FU Berlin, z. Zt. Studium an der University of California, Berkeley.

Scheffler, Thomas: Dipl.-Pol., geb. 1950. Wichtigste Veröff.: *„Bürgerliche" Revolution und marxistische Revolutionstheorie,* in: Argument Sonderband AS 44; *Moskou in het Midden Oosten Konflikt. Sovjet-politiek remde arabiese kommunisten, in Oost Europa Verkenningen, Nr. 45* (1979). Arbeitsgebiete: Diss. zu „Nahostpolitik der Sozialdemokratie"; Deutsche Arbeiterbewegung und Außenpolitik, Vorderer Orient, Asiatische Produktionsweise, Revolutionsforschung.

Seelbach, Ulrich: M.A., geb. 1952; Studium der Germanistik, Philosophie, Politik in Gießen und Berlin. Veröff.: *Die Rätebewegung im Kreis Gießen* (1975). Arbeitsgebiete: Deutsche Literatur des Mittelalters, Novemberrevolution. Mitglied der GEW.

Weg, Marianne: Dipl.-Ökonomin. Arbeitsgebiete: Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik. Mitarbeit beim „Memorandum alternativer Wirtschaftspolitik".

Westphal, Andreas: geb. 1958, Studium der Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin. Mitglied der SPD, Mitglied des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Zehlendorf von 1976-1980.

Marx, Engels, Lenin. Lukács. Gramsci. Althusser. Bürgerliche Ideologietheorie, Luhmann, Berger/Luckmann. Eigene Position des PIT. Projekt Ideologie-Theorie (PIT).
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Gegenstand, Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. Kultur und Ideologie. Produktästhetik. Alltag der Lohnarbeiter. Vereinskultur. Tourismus. Stadtfest. Haug, Hillgärtner, Maase u.a.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)
Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

AS 1/1 Argument-Reprint 1-17
AS 1/2 Argument-Reprint 18-21
AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
AS 3 Vom Faustus bis K. Valentin/Der Bürger in Geschichte und Literatur
AS 4 Entwicklung u. Struktur des Gesundheitswesens/Soziale Medizin (V)
AS 5 Hanns Eisler
AS 6 Zur Theorie des Monopols/Staat und Monopole (I)
AS 7 Projekt Automation und Qualifikation, Bd. I: Automation in der BRD
AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
AS 9 Gulliver, Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
AS 10 Massen/Medien/Politik
AS 11 Brechts Tui-Kritik
AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen/Soziale Medizin (VII)
AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch.
AS 14 Humanisierung d. Lohnarbeit? Zum Kampf um d. Arbeitsbedingungen
AS 15 Kritische Psychologie (II)
AS 16 Probleme d. materialistischen Staatstheorie/Staat u. Monopole (II)
AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
AS 18 Gulliver 2: Landeskunde als Kulturwissenschaft
AS 19 Projekt Automation und Qualifikation, Bd. II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten
AS 20 Argument-Register 1970 — 1976 und Autorenregister
AS 21 Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik
AS 22 Gulliver 3: USA im Jahre 201
AS 23 Massen/Kultur/Politik
AS 24 Angewandte Musik 20er Jahre
AS 25/26 Habermas - Darstellung und Kritik seiner Theorie, v. B. Tuschling
AS 27 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 3
AS 28 Forum Kritische Psychologie 3, hrsg. v. Klaus Holzkamp
AS 29 Gulliver 4: Die roten 30er Jahre
AS 30 Soziale Medizin (VII)
AS 31 Projekt Automation und Qualifikation, Bd. III: Theorien über Automationsarbeit
AS 32 Gesellschaftsformationen in der Geschichte
AS 33 Gulliver 5: Englisch/Unterrichts- und Studienreform
AS 34 Forum Kritische Psychologie 4, hrsg.v. Klaus Holzkamp
AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik 1: Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussionen
AS 36 Stamokap-Theorie/Staat und Monopole (III). Hrsg. v. Werner Goldschmidt
AS 37 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 4
AS 38 30 Jahre Bildungspolitik: Schule und Erziehung (VII)
AS 39 Gulliver 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)
Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

AS 40 Projekt Ideologie-Theorie 1: Theorien über Ideologie
AS 41 Forum Kritische Psychologie 5, hrsg.v. Klaus Holzkamp
AS 42 Musik 50er Jahre, hrsg.v. Dietrich Stern
AS 43 Projekt Automation und Qualifikation, Bd. IV: Automationsarbeit: Empirie (Bd. 1)
AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik
AS 45 Frauenformen. Alltagsgeschichten und Theorie weiblicher Sozialisation. Hrsg. v. Frigga Haug
AS 46 Gulliver 7: Literatur und Politik in Irland. Sean O'Casey
AS 47 Materialistische Kulturtheorie — Alltagskultur — Kulturarbeit. Hrsg. v. W.F. Haug und K. Maase
AS 48 Jahrbuch für kritische Medizin, Bd.5: BdWi-Gesundheitstagung
AS 49 Forum Kritische Psychologie 6: Handlungsstrukturtheorie. Hrsg. v. Klaus Holzkamp
AS 50 Aktualisierung Brechts. Hrsg.v. W.F. Haug, K. Pierwoss, K. Ruoff
AS 51 Sozialliberalismus oder rechter Populismus?
AS 52 Alternative Wirtschaftspolitik 2: Probleme der Durchsetzung
AS 53 Jahrbuch für Kritische Medizin, Bd.6
AS 54 Materialistische Wissenschaftsgeschichte am Beispiel der Evolutionstheorie
AS 55 Projekt Automation und Qualifikation, Bd.V: Gewerkschaften und Automationsarbeit (Empirie Bd.2)
AS 56 Alternative Umweltpolitik: Probleme, Aufgaben, Fronten in der Umweltdebatte
AS 57 Gulliver 8: Commonwealth und Dritte Welt
AS 58 Schule und Erziehung VIII: Die Wertfrage in der Erziehung
AS 59 Forum Kritische Psychologie 7: Therapie. Hrsg. v. Klaus Holzkamp
AS 60 Projekt Ideologie-Theorie 2: Faschismus und Ideologie. Materialstudien
AS 61 Internationale Sozialismus-Diskussion. »Die subjektiven Kräfte des Sozialismus«

Auswahl-Abo: mind. 3 Bände des laufenden Jahrgangs. Abo-Preis pro Band: 12,80 (statt 15,50), f. Stud. 11,- (statt 12,80) zzgl. 1,50 Versandkosten. GULLIVER, FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE und KRITISCHE MEDIZIN - Abo: jeweils 2 Bände im Jahr zu Abo-Preisen.

Das Argument-BEIHEFT '79 und '80: jeweils ca. 100 Besprechungen zu den wichtigsten wissenschaftlichen Neuerscheinungen.
Je 192 S., 15,50 DM, f. Stud. 12,80. Abonnenten der Zeitschrift bzw. der AS: 12,80 bzw. 11,— DM

Wir liefern aus: W.F. Haug: DER ZEITUNGSROMAN oder Der Kongreß der Ausdrucksberater. rotpunkt verlag Zürich, 176 S., 12,80 DM; f. Argument/AS-Abonnenten: 11,— DM.

Bundestagswahl 1980: niemand glaubt mehr, daß wir uns „auf dem Weg zum Einparteienstaat" befinden (Buchtitel 1976). Die Linke in der BRD kann eine realistische Politik nur entwickeln, wenn sie den Zusammenhang zwischen Kapitalherrschaft und Existenz *zweier* gegensätzlicher bürgerlicher Blöcke begreift.

Im ersten Teil des Bandes werden gängige Auffassungen über bürgerliche Herrschaft hinterfragt: Inwiefern repräsentiert F. J. Strauß das Kapital? Inwieweit ist „Konservatismus" ein geeigneter Begriff zur Analyse der christdemokratischen Parteien?

Der zweite Teil untersucht Kampffelder der bürgerlichen Blöcke: Sozialpolitik, Außenpolitik, Kommunalismus, Verfassungsrecht, Verhältnis zu den Gewerkschaften, Formen des politischen Appells. Dabei erproben einige Autoren neue Ansätze (Populismustheorie, Diskursanalyse, Korporatismusdebatte).

Der dritte Teil stellt die Frage nach der sozialistischen Alternative: Vertreter der Jungsozialisten diskutieren von gegensätzlichen Positionen aus über den Sinn kritischer SPD-Unterstützung; eine Kontroverse über den politischen Stellenwert der Grünen „im Spannungsfeld von Partei und sozialer Bewegung" bildet den Abschluß.

ISBN 3-920037-52-9